

D 20 488 F

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

Heft 2/1976

April - Juni

26

Städtebau und Städteplanung
im Kapitalismus

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen. Frankfurt/Main

Heft 2/1976

April – Juni

26

Städtebau und Städteplanung
im Kapitalismus

Einer Teilauflage liegen Gesamtverzeichnis 1976, Bestellkarte und
Informationsbrief des IMSF bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Marxismus-Digest. Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften. 7. Jahrgang
Herausgeber vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main. Der Marxismus-Digest
erscheint vierteljährlich. Bestellungen sind an den Buchhandel oder an das IMSF zu richten. Preis: Einzelheft DM 6,-, Jahres-
abonnement DM 22,-. Für Studenten, Schüler, Lehrlinge, Wehrdienst- und Ersatzdienstleistende gilt ein ermäßigerter Abonne-
mentspreis von DM 18,- zuzüglich Porto. Bezug dieses Abonnements nur über IMSF.

Verantwortlich für den Inhalt: Dieter Schmidt.

Anschrift der Redaktion, Anzeigen: Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6,
Tel. 0611/72 49 14. Postscheckkonto: Frankfurt 516 27–609.

Preis im Ausland nach dem offiziellen Umrechnungskurs der DM zur jeweiligen Landeswährung.

Abonnements sind stets für ein volles Kalenderjahr gültig (4 Hefte). Kündigung des Abonnements ist möglich bis sechs Wochen
vor Jahresende.

Herstellung Anton Hain KG, Meisenheim/Glan.

I
M
S
F

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
W. H. Evans Zur Planung von Industriestädten	5
Edmond Préteceille Die unbewohnbare Stadt	15
Edmond Préteceille Städteplanung. Widersprüche der Stadtentwicklung im Kapitalismus	31
Bob Balkan, Pierre Choubersky Immobilienpekulation. Verantwortliche und Nutznießer	50
Bob Balkan, Pierre Choubersky Immobilienpekulation. Falsche und richtige Lösungen	64
Guiseppe Campos Venuti Paris und die sozialökonomischen Probleme der Stadtentwicklung	81
Piero Bolchini Ballungszentren und lokale Autonomie	91
Dieter Mühe Bodenpekulation und Bodenrechts „reform“ in der BRD	105
Karl Frick Die permanente Wohnungskrise	114
Rundtischgespräch der Zeitschrift „Cahiers marxistes“ Stadtkämpfe und politischer Kampf	121
Bruno Flierl Gesellschaft und Architektur	148

Vorbemerkung

Diese Ausgabe des Marxismus Digest behandelt Probleme des Städtebaus und der Stadtplanung im Kapitalismus. Im engen Zusammenhang damit stehen Probleme der Boden- und Gebäudespekulation, die in diesem Heft ebenso berücksichtigt werden, wie die Frage des Kampfes gegen eine Stadtentwicklung und Stadtplanung, die sich nicht an den Bedürfnissen ihrer Bewohner orientiert, sondern eine möglichst profitable Verwertung privaten Kapitals sicherstellen soll.

Probleme der Stadtentwicklung und Stadtplanung waren in der Bundesrepublik bis weit in die 60er Jahre hinein eine Domäne von „Machern“, die in der Regel lediglich technisch auf ihre Aufgabe vorbereitet waren und sich während ihres Studiums kaum mit sozialwissenschaftlichen Problemen befaßt hatten. Die Tatsache, daß erst 1960 ein Bundesbaugesetz, 1965 ein Bundesraumordnungsgesetz und gar erst 1968 eine Baunutzerverordnung zum Abschluß gebracht wurden, zeigt zudem, daß sich die von der CDU geführten Koalitionsregierungen nur am Rande mit diesen Problemen beschäftigten.

In den 60er Jahren regte sich der erste wissenschaftliche Protest gegen die Zerstörung der Stadt als Lebensraum; stellvertretend soll Hans Paul Bahrdt genannt werden, sowie Alexander Mitscherlichs Schrift „Von der Unwirtlichkeit der Städte, Anstiftung zum Unfrieden“ (Frankfurt/Main 1965). Gegen Ende der 60er Jahre erschien die erste marxistische Arbeit zu Problemen der Stadtplanung, die sich folgerichtig mit dem „Gesellschaftsbild bei Stadtplanern“ beschäftigte (verfaßt von Heide Berndt, Stuttgart/Bern 1968).

Diese Arbeit wurde aber bereits zu Beginn einer Periode veröffentlicht, in der sich die Diskussion über die Probleme der Stadt von den Kathedern auf die Straße verlagerte. Mit angeregt durch die Studentenbewegung entwickelten sich vielfältige Bürgeraktivitäten gegen die schlechende Aushöhlung von Wohnvierteln durch Gewerbenutzung, die Zerstörung ganzer Stadtteile durch Konzernzentralen und „Wohnmaschinen“, gegen eine einseitig auf den Individualverkehr gerichteten Verkehrsplanung, gegen den zur „Sanierung“ erklärten Abriß historischer Stadtviertel usw. Diese Bürgerinitiativen wurden vielfach zu einem beachtenswerten Faktor im kommunalpolitischen Bereich, auf den viele Stadtverwaltungen Rücksicht zu nehmen hatten und haben.

In Widerspiegelung dieser Entwicklung und aufgrund der Tatsache, daß auch in die Architekturfakultäten der Universitäten Sozialwissenschaftler Einzug hielten, entwickelte sich auch eine – im Vergleich zur vorhergehenden Zeit – deutlich wachsende marxistische Literatur und Diskussion zu den Problemen des Städtebaus und der Stadtentwicklung, die hier nicht dokumentiert werden kann.

Das vorliegende Heft versteht sich als ein Beitrag zu dieser Diskussion.

Vorgestellt werden vor allem Arbeiten von französischen, englischen und italienischen Marxisten. Die Übersetzung aus der theoretischen Zeitschrift der belgischen kommunistischen Partei, „Cahiers marxistes“, gibt ein Streitgespräch über die Rolle und Schwierigkeiten von Bürgerinitiativen wider, bei dem Teil-

nehmer mit unterschiedlichen ideologischen und politischen Positionen diskutierten.

Die Zusammenstellung macht zweierlei deutlich: Zum ersten, daß sich die Probleme der Stadtentwicklung unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in allen hochentwickelten Ländern ähnlich stellen; zum zweiten, daß die Diskussion in der BRD von den marxistischen Autoren des Auslandes und besonders den französischen Marxisten noch viel lernen kann.

Der einleitende Artikel von W.H. Evans behandelt verschiedene Theorien der Stadtentwicklung in ihrer historischen Abfolge am Beispiel Englands, das aber stets auch einen großen Einfluß auf die Diskussionen und Realität der Stadtplanung in Deutschland hatte. Der französische Marxist E. Préteceile entwickelt in zwei Artikeln die Probleme der Stadtkrise im staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie eine marxistische Theorie der Stadtentwicklung, die wie die kapitalistische Produktion insgesamt durch den Doppelcharakter von Arbeits- und Verwertungsprozeß gekennzeichnet sei. Hervorzuheben ist die ausführliche Auseinandersetzung mit reformistischen Lösungsvorschlägen. Dieses Problem spielt auch in den folgenden Artikeln von B. Balkan und P. Choubersky eine Rolle, die einleuchtend auf der Basis der marxistischen Grundrenttheorie zeigen, daß es vor allem die „Baulöwen“ sind, die die Grundstückspreise in die Höhe treiben und daß alle reformistischen Lösungsversuche, die allein am Grundeigentum ansetzen, zum Scheitern verurteilt sind. Einen Vergleich zwischen den Problemen in Frankreich und Italien zieht G. Campos Venuti, während der zweite italienische Autor P. Bolchini das Problem der politischen Einwirkungsmöglichkeiten auf die Stadtplanung am Beispiel Italiens behandelt. Die Artikel über die „Wohnungskrise“ in Österreich und die Bodenspekulation in der BRD belegen bekannte Sachverhalte anhand detaillierten Zahlenmaterials. Das bereits erwähnte Rundtischgespräch über die Probleme von Bürgerinitiativen, ihre soziale Zusammensetzung, Bündnismöglichkeiten und politischen Perspektiven aus „Cahiers marxistes“ gibt zwar auf kaum eine der aufgeworfenen Fragen eine endgültige Antwort, behandelt aber nahezu alle Probleme, die im Zusammenhang mit der Arbeit von marxistischen Kräften in Bürgerinitiativen auftauchen. Der letzte Beitrag von B. Flierl ist ein Auszug aus einer Dissertation, der zeigt, daß die Probleme des Städtebaus und der Stadtplanung unmittelbar mit denen der jeweiligen Gesellschaftsordnung verknüpft sind und daß auch in diesem Bereich jede Konvergenztheorie abgelehnt werden muß.

W. H. Evans

Zur Planung von Industriestädten

Aus: *Marxism Today, July 1973, S. 200–204*

Noch im Jahre 1700 war London die einzige Stadt in England, die mehr als 30 000 Einwohner hatte. Zu dieser Zeit überwog bei einer Gesamteinwohnerzahl von ungefähr 5 Millionen die Landbevölkerung im Verhältnis von mindestens 5 : 1, eine Relation, die auch heute noch für einige Länder charakteristisch ist. Seither hat die Urbanisierung einen Verlauf genommen, der Großbritannien an die Spitze der Entwicklung getragen hat, während die übrige Welt offensichtlich darauf aus ist, uns einzuholen.

Zwischen 1801 und 1901 hat sich die britische Bevölkerung vervierfacht: etwa von 10 Mill. auf nahezu 40 Mill. Menschen. Im gleichen Zeitraum kehrte sich auch das Land-Stadt-Verhältnis um. London hatte 1800 als einzige Stadt der Welt die Millionengrenze überschritten, 1900 ging die Einwohnerzahl Großlondons auf die 7-Millionengrenze zu. Im Jahre 1950 lebten in England, dem am stärksten urbanisierten Land der Welt, 80 Prozent der Bevölkerung in Orten mit mehr als 2 000 Einwohnern, und über die Hälfte war in einem Fünftel des englischen Territoriums konzentriert, und zwar in dem Gürtel, der sich von Kent bis Cheshire erstreckt. Gegenwärtig lebt ein Viertel der Bevölkerung nicht mehr als eine Tagesreise von London entfernt. Dabei ist London nicht mehr die einzige Metropole dieser Art. Für New York und Tokio wird die Zahl von 13 Millionen angegeben und neben ihnen gibt es noch andere „Weltstädte“, deren Einwohnerzahl mehrere Millionen beträgt. Aus einem neueren Bericht (The Times vom 24. April 1974) geht hervor, daß São Paulo beispielsweise von 600 000 Einwohnern im Jahre 1935 auf gegenwärtig 8,5 Millionen gewachsen ist und laufend um 150 Neuankömmlinge pro Stunde zunimmt.

Planungserfahrungen

Aufgrund dieser Erfahrungen und der nicht weniger drängenden Probleme, die noch zu lösen sind, kann es nicht überraschen, daß die Stadtplanung in Großbritannien eine einzigartige Entwicklung genommen hat. Keine Geschichte dieses Gegenstands, kein Lehrbuch oder Forschungsbericht, gleich in welcher Sprache, der heute nicht die Entstehung der Industriestadt des 19. Jahrhunderts in England, der englischen Gartenstadtbewegung und der englischen Neuen Städte behandelte. Wir können zwar auch von anderen Ländern und Zeiten vieles lernen, aber die englischen Erfahrungen geben als die historisch frühesten jenen Theoretikern und Praktikern eine unvergleichliche Autorität, die seit nahezu zweihundert Jahren versucht haben, das Phänomen der Industriestadt theoretisch zu begreifen und praktisch zu kontrollieren. Die Alltagserfahrung genügt

um zu erkennen, wie gering ihr Erfolg war. Und es wird niemanden überraschen, daß ein auf die Jagd nach privaten Vorteilen gegründetes System sich nicht als das optimalste für die Stadtplanung und ihre Umsetzung erweist. Es hat allerdings solche Planungen und Realisierungsversuche gegeben und – bei generellen Fehlschlägen – auch einige Erfolge. Die bedeutendsten Leistungen sind jedoch auf dem Gebiet der Theorie erzielt worden, und aus ihrer Geschichte und gegenwärtigen Entwicklung läßt sich trotz aller ihrer Defizite einiges lernen.

Die moderne Industrie und Fabrikproduktion ist zunächst nicht, wie man annehmen könnte, eine typisch urbane Erscheinung. Die Standorte der ersten Mühlen, wassergetrieben und von nur lokal vorrätigen Rohstoffen abhängig, waren an diese Bedingungen gebunden und daher ebenso oft in ländlichen wie in städtischen Gegenden zu finden. Da ihr Betrieb jedoch die Zusammenfassung vieler Arbeiter unter einem Dach erforderte und lange Anreisewege der Arbeiter eine unprofitable Vergeudung von Zeit und Energie bedeuteten, war der Bau von Wohnungen in der Nähe der Fabrik nicht ungewöhnlich. Es gibt in England heute noch zahlreiche düstere Komplexe mit Mühlen und Reihenhäusern, von denen viele jetzt in Städten aufgegangen sind.

„Monoindustrielle Städte“

Mit dem Wachstum der Unternehmen nahmen auch Größe und Komplexität der notwendigen Baulichkeiten zu. Mitte des 19. Jahrhunderts war es nicht ungewöhnlich, daß ein Kapitalist eine „neue Stadt“ gründete, bestehend aus Fabriken, Warenhäusern, Büros, Läden, Schulen und Kirchen sowie Häusern für sich und seine Arbeiter. Ein hervorragendes Beispiel bietet die Stadt Saltaire (heute eine Vorstadt von Bradford), die für Sir Titus Salt am Aire nach einem einheitlichen Plan gebaut worden ist. Modellstädte in Verbindung mit großen Industrieunternehmen sind in vielen Ländern gegründet worden. Zuweilen sind sie als leuchtende Beispiele kapitalistischer Philanthropie herausgestellt worden.

Engels erwähnt in der „Wohnungsfrage“ satirisch den Fall des alten Akroyd, des Gründers von Akroydon bei Halifax, von dem seine „weniger menschenfreundlichen Konkurrenten“ zu sagen pflegten, „er liebte seine Arbeiter und besonders seine Arbeiterinnen so sehr, daß . . . er seine Fabrik ausschließlich mit seinen eigenen Kindern (treibe)“¹. Engels hebt weiter die Vorteile heraus, die ein gewitzter Kapitalist aus seiner scheinbaren „Philanthropie“ ziehen würde: „. . . die englischen Fabrikanten, Bergwerks- und Hüttenbesitzer (hatten) praktisch erfahren, welchen Druck sie auf strikende Arbeiter ausüben könnten, wenn sie gleichzeitig die Mietsherren dieser Arbeiter sind.“² Gerade aufgrund der Ausübung dieses Drucks ist die „Modell“stadt von Pullman, Ohio, später notorisch geworden. Die Exzesse des Unternehmens bei der Niederschlagung eines Streiks

von Pullman-Arbeitern, die zugleich Mieter der Pullman Company waren, führten 1894 dazu, daß der Supreme Court eingriff und eine halbherzige Gesetzgebung die schlimmsten Auswüchse, die mit den „Firmenstädten“ unvermeidlich gegeben sind, etwas milderte.

Die Entwicklung der „monoindustriellen Stadt“ erreichte gegen Ende des vorigen Jahrhunderts mit den Bergwerks-, Werft- und anderen für den Norden und Wales typischen Städten ihren Höhepunkt; sie sind seither von dem zusätzlichen Übel der Massenarbeitslosigkeit betroffen und stellen gegenwärtig im Zusammenhang mit ihrem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang ernste Probleme. Für die jüngere Zeit ist dagegen die Industriestadt typisch, in der zahlreiche Fabriken ihren Arbeitskräftebedarf aus einem allgemeinen „Pool“ decken und die mit einem Netz von kommerziellen, freiberuflichen und anderen Dienstleistungsunternehmen ausgestattet ist. Eine solche Stadt könnte von einem einzelnen Kapitalisten schwerlich geplant werden, wie philanthropisch er auch immer sein mag, und ist daher wie Topsy zunächst „einfach gewachsen“.

Es dauerte daher auch nicht lange, bis die mit der Zusammenballung und den unhygienischen Verhältnissen verbundenen Krankheiten ein alarmierendes Ausmaß angenommen hatten und auch die Bessergestellten mit Seuchengefahr bedrohten. Aus diesem Grund wurden seit den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts nationale und lokale Regierungen durch eine Reihe von Public Health Acts ermächtigt, den übelsten Exzessen der Häuserspekulanten Einhalt zu gebieten und städtische Wasserversorgungs- und Abwassersysteme einzurichten. Der kapitalistische Staat mußte die elementaren Pflichten der Stadtplanung dem individuellen Kapitalisten abnehmen. Seither hat der Ursprung der offiziellen Stadtplanung in Großbritannien aus dem sanitären Bereich ihren Charakter bestimmt, so daß sie bis vor kurzer Zeit hauptsächlich als ein Aspekt der öffentlichen Gesundheitsvorsorge betrachtet wurde.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich jedoch auch eine „Stadtplanungsbewegung“ mit etwas ausgreifenderen Perspektiven. Mit der Ausnahme von Heilbädern, eleganten Residenzen und großartigen Entwürfen für Prachtstraßen war Stadtplanung, wie sie in der viertausendjährigen Entwicklung der Zivilisation bekannt war und betrieben wurde, in der Frühzeit der Industriellen Revolution in England tot. Erfahrungen waren in der Vergangenheit nur auf den Gebieten Festungsanlagen, künstlerische Bauwerke und Verkehrsanlagen gesammelt worden. Abgesehen von einem halbvollendeten Aufsatz aus dem vorrevolutionären Frankreich hat kein Architekt sich jemals mit dem Entwurf einer Industriestadt beschäftigt. Die Fabrik selbst und die mit ihr zusammenhängenden Nutzeinrichtungen wurden von den fashionablen Architekten als ihrer Kunst unwürdig erachtet und als „bloße Technik“ abqualifiziert. Die Lösung der mit den neuen Produktionsmethoden entstandenen urbanen Probleme mußte daher von anderen kommen.

1 Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, in: Marx, Engels, Werke Bd. 18, S. 48

2 ebd., S. 47

Owen und die Utopisten

An erster Stelle ist hier der Waliser *Robert Owen* (1771–1858) zu nennen. Dieser bemerkenswerte Mann hat sich, aus bescheidenen Verhältnissen kommend, schon im Alter von 25 Jahren zum Direktor einer Spinnerei heraufgearbeitet und hatte sich aufgrund der Erfolge seiner ungewöhnlichen Methoden und Theorien Respekt verschafft, obwohl er Sozialist war. Dem Ende der Napoleonischen Kriege war eine große Arbeitslosigkeit gefolgt und *Owen* schlug die Gründung zahlreicher industrieller Siedlungen vor, in denen alle, die anderswo keine Arbeit finden könnten, auf der Grundlage genossenschaftlicher Produktion in Mühlen und auf den Feldern blühende Kommunen errichten sollten. Zur gleichen Zeit machte der französische Sozialist *Fourier* einen ähnlichen, allerdings weniger überzeugenden Vorschlag, aber trotz vieler Experimente in der alten und neuen Welt waren diese frühen Entwürfe, konzipiert als einzelne Unternehmen und als sozialistische Inseln in einer kapitalistischen Welt, zum Scheitern verurteilt.

Das Ideal blieb jedoch, besonders unter den Sozialisten, bestehen und im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte „Utopia“ so sehr an Bedeutung gewonnen, daß *Marx* und *Engels* in den vierziger Jahren sich dieses Begriffs bedienten, um damit eine Richtung innerhalb der Theorie der Arbeiterbewegung zu kennzeichnen, die zu ihrer eigenen im Gegensatz stand. Darüber sollten wir aber nicht vergessen, daß sie die Pionierarbeit von *Owen* und *Fourier* hoch in Ehren hielten und ihrer schneidenden Kritik am Kapitalismus und ihrer Vision einer durch die moderne Industrie ermöglichten besseren Gesellschaft begeistert zustimmten. Das Thema der vollkommenen Industriestadt durchzieht das gesamte 19. Jahrhundert. In den achtziger und neunziger Jahren wurde die romanhafte Utopie zu einer Art Modeerscheinung bei den sozialistischen Propagandisten. Zwischen *Edward Bellamy*, der „Looking Backward“ geschrieben hatte, und *William Morris*, der als Antwort darauf seine „News of Nowhere“ verfaßte, fand ein lebhafter Austausch statt. Aus der Sicht der britischen Stadtplanungsgeschichte war *Bellamys* Buch auch insofern bedeutungsvoll, als es *Ebenezer Howard* anregte, 1898 seinen Vorschlag zu publizieren, „Gartenstädte“ als „einen friedlichen Weg zur Reform“ zu entwickeln.

„Gartenstädte“

Es läßt sich eine direkte Verbindungslinie ziehen zwischen den in England heute noch gebauten neuen Städten und den Gartenstädten Letchworth und Wlwyn, die *Howard* in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts als erster gebaut hat. Der Erfolg seiner Ideen erklärt sich wesentlich aus dem Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung. Um die Jahrhundertwende war eine stärkere staatliche Intervention auf dem Gebiet der Stadtplanung nicht mehr zu umgehen. Während Fabrikschornsteine weiterhin die nahegelegenen Slums verqualmten, hatte das ausgedehnte öffentliche Verkehrswesen die Mittel bereitgestellt, die Expansion

der Städte voranzutreiben und die Wohnstätten in einiger Entfernung von den Arbeitsstätten zu errichten. Die Ära der Expansion der Vorstädte – in der wir noch leben – hatte ihren Einzug gehalten und eine Menge neuer Probleme gebracht: neue Kanalisationen, neue Wasserversorgungssysteme, neue Verkehrsprobleme und die zunehmende Entfernung der Innenstädte vom ländlichen Hinterland. Gleichzeitig mußten die Slums, die die erste Welle der industriellen Expansion in den alten Stadtzentren entstanden waren und die trotz aller Proteste immer noch profitable Renten abwarf, nunmehr verschwinden, um Eisenbahnen, Straßen und Büros Platz zu machen, die den Geschäftsbedürfnissen der modernen Industriestadt dienten.

Der „freie Wohnungsmarkt“

In der Zeit bis 1920 lag die Wohnungsversorgung der Arbeiter meistens in den Händen von privaten Bauherren und Grundbesitzern, die gemeinsam mit den hinter ihnen stehenden Finanziers in bester kapitalistischer Manier sich durch Vermietung der bescheidensten Wohnungen und Häuser zu den höchsten Preisen, die der Markt hergab, einen stetig fließenden Profit zusammenraubten. Mit dem Übergang vom laissez faire und den Kleinunternehmen zum modernen Monopol und der Herrschaft des Finanzkapitals begann sich eine begrenzte Anzahl von Großstädten zu entwickeln und zu unseren modernen Stadtregionen aus mehreren eingemeindeten Städten zusammenzuwachsen. Unter solchen Umständen erzeugt ein „freier Wohnungsmarkt“ untragbare Bedingungen, die noch heute das Leben von Millionen Menschen beeinträchtigen. Die Forderung nach preiswerten Mieten wird zu einem zentralen, permanenten Thema der Innenpolitik.

Staatliche Intervention wird jetzt unvermeidlich. Die Kontrolle der Mieten – die erste erforderliche Maßnahme – soll hier nicht weiter untersucht werden. Vom Standpunkt der Stadtplanung aus ist das bedeutungsvollste Ergebnis der Eigenheimbau, in der Zeit zwischen den Kriegen die typische Antwort der Stadtplaner auf die zeitgenössischen Probleme. Häuser und Gärten auf dem Land, inmitten grüner Felder, sollten jene ländlichen Vorzüge wiederbringen, die die moderne Stadt, wie man glaubte, zerstört hatte. Einige sahen sogar in städtischem Grund- und Wohnungseigentum einen Weg zum Sozialismus, auf dem sie *Ramsay Macdonald* immer weiter und immer höher hinauf führen sollte. Überflüssig zu bemerken, daß die Monopolisten, die sich auf die Versorgung mit einer ausreichenden Anzahl billiger und schnell erreichbarer Arbeitskräfte verließen, in den staatlichen Investitionen für den Bau von Arbeiterwohnungen keine Bedrohung sahen. Und wenn dadurch ganz exorbitante Mieten in Schach gehalten wurden, so war dies nur ein weiteres Argument dafür, die Löhne niedrig zu halten. Trotzdem war der geplante Wohnungsbau eine erhebliche Verbesserung gegenüber den Slums.

Die geplante Erweiterung einer Stadt um neue Vorstädte erfordert in jedem Fall Entscheidungen über Größe und Standort von neuen Geschäften, Schulen

und anderen kommunalen Einrichtungen. Dabei handelt es sich immer um ein kleines Stück Stadtplanung, und dies schlägt sich in dem von *Howards* Gartenstadt-Bewegung entliehenen Begriff der „Gartenvorstadt“ nieder, der für städtische Wohnanlagen verwandt wird. Die Parzellierung des Bodens für diesen oder jenen Zweck führt ebenfalls zur Einrichtung von „Zonen“ – zunächst im Stadumland, dann innerhalb des bebauten Stadtgebiets –, um auf diese Weise eine gewisse Kontrolle über das künftige Wachstum der Stadt zu haben. „Nutzungszonen“ – das kapitalistische Substitut für gesellschaftliches Eigentum – sind heute eine wichtige Komponente der britischen Planungsgesetzgebung und die Grundlage der negativen Alternative des Kapitalismus zu positiver Planung: „Kontrolle der Entwicklung“.

Die Vorstädte

Die Vorstädte sind eine Zeitlang als Antwort auf die meisten urbanen Probleme angesehen worden, aber seit den dreißiger Jahren waren die Folgen dieser kontinuierlichen Ausdehnung der Städte, der Besetzung der Ausfallstraßen mit Reihenhäusern und des Verlusts des offenen Landes bereits alarmierend. Wild wuchernde Städte mit mehreren hunderttausend Einwohnern erzeugten völlig neuartige Probleme, so daß Lösungsvorschläge wie der von *Howard* breiteste Unterstützung erhielten. Der Kern seines Plans war ein Konzept der Dezentralisierung: die Teilung der Großstadt in eine Gruppe separater, in sich geschlossener Städte, deren jede mit eigener Industrie und eigenen kommunalen Einrichtungen versehen und von der Nachbargemeinde durch offenes Land getrennt ist. Diese einzelnen Gartenstädte sollten nie mehr als 30.000 Einwohner haben und untereinander durch ein Schnellverkehrssystem verbunden sein. Jede sollte in ihrer Mitte einen Park haben, die Industriebetriebe sollten in einem Randgürtel konzentriert werden. Grund und Boden sollten zu Agrarland-Preisen aufgekauft werden und in städtischem Eigentum bleiben, so daß der größte Teil des Wertzuwachses durch die Erschließung des Geländes der Kommune insgesamt zugute kommen sollte. In der dezentralisierten alten Stadt selber sollten Parks und öffentliche Einrichtungen an die Stelle der Slums treten. Das weitere Wachstum sollte über die Gründung von „Tochterstädten“ erfolgen.

Es gab auch vornehmlich von amerikanischen Ideen inspirierte Vorschläge, die Städte insgesamt neu zu bauen und Hochhäuser an die Stelle der alten Häuser zu setzen, die es ermöglichen sollten, eine große Anzahl von Einwohnern innerhalb eines noch leicht zu verwaltenden Gebiets zusammenzufassen. Tatsächlich gab es in den dreißiger Jahren auch Tendenzen zum Bau mehrstöckiger Häuser, aber sie waren weniger die Folge solcher Theorien, als vielmehr der Bodenspekulation. Die Quarry Hill Flats in Leeds sind eines der wenigen Beispiele für ein Wohnungsbaukonzept, das die Überlegenheit des kontinentalen Sozialismus über den netten Fabianismus der Vorstadthäuschen beweisen sollte. Sie wurden jedoch in einer krisenhaften Entwicklungsphase der Wirtschaft gebaut, und da ihnen daher

die geplanten gesellschaftlichen Einrichtungen verweigert wurden, die als wesentliche Ergänzung zu den Häusern selber vorgesehen waren, haben sie im Prinzip nur die tiefverwurzelte Vorliebe des englischen Proletariers für ein eigenes Haus mit Garten verstärkt.

Großstädte

Bei Kriegsausbruch im Jahre 1939 entwickelte sich zumindest die Theorie der Stadtplanung schnell weiter und während des Krieges konnten einige bemerkenswerte Fortschritte erzielt werden. Für Coventry und London wurden neue Pläne veröffentlicht und eine Reihe von Entwürfen für andere Städte akzeptiert. Im Parlament wurde ein neues Gesetz vorbereitet und nach dem Wahlsieg der Labour-Partei erfreute sich die Stadtplanung mit der Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums für kurze Zeit offizieller Anerkennung. Der „Town Planning Act“ aus dem Jahre 1947 ist bis heute die Grundlage des Planungsrechts.

Trotz der im Kapitalismus unvermeidlichen Beschränkungen stellten die ersten neuen Städte einen bemerkenswerten Erfolg dar und fanden weltweit Beachtung. Obwohl sie in den meisten Fällen gegründet worden waren, um den „Überschuß“ der Großstädte aufzunehmen, wurden sie nicht als Satellitenstädte konzipiert, sondern als eigenständige Siedlungen. Nach dem Wiedereintritt von Labour in die Regierung in den sechziger Jahren und dem damit ermöglichten Wiederaufleben der Planung folgten ihnen weitere Städte. Gegenwärtig herrscht jedoch die Tendenz vor, die Großstadt als unvermeidliche Folge des modernen Lebens zu akzeptieren, so daß die jüngsten neuen Städte im allgemeinen als Teile großer urbaner Komplexe geplant werden.

Die Tendenz zu solchen Stadtgiganten ist eine Widerspiegelung des Gigantismus der modernen Ökonomie. Eine große Fabrik ersetzt eine Vielzahl kleinerer. Für solche Unternehmungen, die die Produktion für den gesamten Bedarf eines Landes (oder sogar eines Kontinents) an einem bestimmten Gut praktisch unter einem Dach zusammenfassen, werden „economies of scale“ geltend gemacht. Es entwickelt sich ein komplexes Netzwerk wechselseitig abhängiger Elemente. So hat etwa die Diversifizierung der Produktion innerhalb einer Organisation Vorteile. Computerzentren, Forschungslabore und Verwaltungszentren sind unterhalb einer bestimmten Firmengröße ineffizient und unwirtschaftlich, wenn sie nicht einem Riesenunternehmen eingegliedert sind.

Es gibt natürlich notwendig bestimmte Obergrenzen, jenseits derer die Kosten die Vorteile überwiegen. Es wäre jedoch reaktionär und utopisch zugleich, davon zu träumen, diese Tendenz zugunsten der Kleinindustrie der Vergangenheit wieder umzukehren. Das moderne Kommunikationswesen ermöglicht es, die Teile eines Industriekomplexes räumlich zu trennen. Allerdings läßt er sich leichter „horizontal“ als „vertikal“ aufteilen, das heißt so, daß die an den Standorten dieser horizontal aufgegliederten Produktion in den einzelnen Städten

anfallende Arbeit sich in einer Stadt auf die Forschung beschränkt, in der anderen Stadt nur Verwaltungstätigkeiten und in der dritten nur Fabrikarbeiten ausgeführt werden. Die mit der monoindustriellen Stadt verbundenen Übel würden sich erneut einstellen.

Aus der Perspektive der modernen Ökonomie ist die Großstadt daher gerechtfertigt. Für sie werden auch als Vorteile die vielen kulturellen Einrichtungen geltend gemacht, die nur sie bieten könne – von Sportstadien bis hin zu Universitäten. Hier ließe sich allerdings einwenden, daß Athen, Florenz und Venedig in ihrer Blütezeit als relativ kleine Städte sich eines reicherens kulturellen Lebens erfreut haben als das moderne London, Tokio oder New York. Und selbst heute befinden sich unsere größten Universitäten nicht in unseren größten Städten.

Die Großstadt wird nicht nur in der englischen Stadtplanung akzeptiert, nicht einmal nur in der Planung kapitalistischer Länder. Nach neuesten Verlautbarungen sowjetischer Planer tritt auch in der UdSSR an die Stelle früherer Versuche einer dezentralisierten Stadtentwicklung eine Politik, die die zukünftige Perspektive in der Bildung von etwa 80 Großstadt-Agglomeraten, sog. „Stadt-Galaxen“, sieht, die in ihrer Gesamtanlage, wenn nicht gar in ihrer Größe und weiteren Einzelheiten, dem ähneln, was *Howard* vorschwebte.

Strategische Probleme

Die Großstadtregion ist, gerechtfertigt oder nicht, auf jeden Fall die Realität, mit der sich die englische Stadtplanung jetzt auseinandersetzen muß und die ihr die dringendsten Aufgaben stellt. Während in den Großstädten eine panische Maßnahme die anderen jagt, ist in einigen der jetzt entstehenden neuen Städte ein überlegteres Herangehen möglich, aus dem wir einige Hinweise auf eine geeignete Strategie ableiten können.

Gegenwärtig gärt es gewaltig im Denken der Stadtplaner. Über einige Grundlagen herrscht Einigkeit: eine Stadt muß so entworfen werden, daß sie wachsen kann und für diese Zielsetzung ist das „Zielscheiben-Konzept“ mit einem Kern in der Mitte und konzentrisch angelegten Erweiterungen ungeeignet. Dagegen werden offene Formen (im allgemeinen linear) bevorzugt. Die Stadt muß weiterhin in einem Tempo wachsen, daß in der Verteilung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht keine großen Ungleichgewichte auftreten. (Man findet auch viele fromme Sprüche über das Gleichgewicht der sozialen Klassen, aber die sollen gewöhnlich nur die Einführung des Privatunternehmers und der hohen Mieten entschuldigen.) Ferner sollte sich eine Stadt etappenweise entwickeln, wobei jede ihrer Sektionen in sich lebensfähig sein sollte und Wohnungen, Arbeitsplätze und Sozialeinrichtungen jeweils gleichzeitig entstehen müssen. Es besteht, anders als früher, nicht mehr der Zwang, die gesamte Industrie in ein oder zwei entfernte Industriezonen zu verbannen – vielmehr könnte eine breitere Streuung vorzuziehen sein.

Die Differenzen beziehen sich hauptsächlich auf die Verkehrsprobleme und ihre Folgen. In Milton Keynes, einer neuen Stadt, in der alle Vorkehrungen für die größte denkbare Entwicklung des Privatverkehrs getroffen sind, gruppiert sich alles weiträumig um ein Netz zweispuriger Fahrbahnen. Die Sache hat aber einen Haken. Gleichgültig, wie viele Autos es dort einmal geben mag, die Mehrheit der Bewohner ist gegenwärtig und für geraume Zeit auf Busse angewiesen und der Anteil der Bevölkerung, der nicht selber Auto fahren kann, wird wohl kaum jemals unter 50 % absinken. Daher sind Busse notwendig. Aber es leuchtet sofort ein, daß für Autos eine ausgedehnte Stadt günstig ist, während für Busse eine kompakte Besiedlungsform geeigneter ist. Je mehr Menschen eine Bushaltestelle leicht erreichen können, desto besser ist die entsprechende Dienstleistung.

Andere neu gebaute Städte können diesen Widerspruch zwischen Bus und Auto noch deutlicher illustrieren. In Runcorn in Cheshire sind für diese beiden Fahrzeugarten getrennte Fahrwege angelegt worden. Ausgehend von der Erkenntnis, daß eine Straße nicht gleichzeitig die Bedürfnisse einer großen Zahl von Auto- und Busfahrern erfüllen kann, und zwar nicht nur wegen der potentiellen Konflikte der Fahrzeuge untereinander. Eine ausgebauten Autostraße ist weder mit der Sicherheit der Fußgänger vereinbar noch mit irgendeinem anderen Aspekt urbanen Lebens und sollte daher außerhalb der Wohnungen und städtischen Zentren liegen. Eine lokale Buslinie ist nur dann sinnvoll, wenn sie diese Zentren möglichst eng miteinander verbindet. Die Interessen des öffentlichen Transportwesens und der Fußgänger en masse koinzidieren, während die der Fußgänger und der Autofahrer en masse im offenen Widerspruch zueinander stehen.

Diese Einsicht hat sich weder in unseren neu entstandenen Städten niedergeschlagen, noch gar in den bereits bestehenden. Deren Politik hat bisher darin bestanden, die Einrichtungen für den *Verkehr allgemein* so weit wie möglich auszubauen und dann die Passagiere gewissermaßen auf Busse und Autos zu verteilen, so daß der gesamte Fahrzeugfluß sich innerhalb der vorhandenen Straßen bewegen konnte. Daher waren entweder die Busse oder die Autos da, wo sie nicht sein sollten und gerieten einander ins Gehege. Es braucht nicht eigens betont zu werden, daß diese Aufteilung abgesichert wird durch eine Preispolitik, die darauf abzielt, die Menschenmassen und die oberen Zehntausend voneinander abzusondern. Gegenwärtig geht die Tendenz zu reinen Omnibus-Fahrwegen und anderen halben Maßnahmen, die dadurch notwendig werden, daß die grundsätzliche Unvereinbarkeit von privatem Autoverkehr und Großstadt verdrängt wird. In taktischer Hinsicht müssen Forderungen aufgestellt werden nach Fußgängerzentren, nach einem geeigneten öffentlichen Transportsystem, das diese so eng wie möglich miteinander verbindet und nach der Verlagerung des übrigen Verkehrs auf Orte und Zeiträume, in denen er nicht in Konflikt kommt mit der Effizienz des öffentlichen Nahverkehrssystems oder einer sicheren und zivilisierten Umwelt. Die Auswirkungen dieser Forderungen auf privaten Autobesitz und -nutzung sind tiefgreifend, müssen aber in Kauf genommen werden. Ebenso tiefgreifend ist die Notwendigkeit, das öffentliche Transportsystem in

allen seinen Aspekten neu zu durchdenken, damit die Bewegung innerhalb der Städte zu einer erfreulichen gesellschaftlichen Erfahrung wird anstelle des heutigen Kampfes aller gegen alle.

Planung und gesellschaftliche Veränderung

In strategischer Hinsicht liegt die Lösung der großstädtischen Probleme möglicherweise in der Schaffung einer „Konföderation von Nachbarstädten“, wie man dies einmal genannt hat. Jede wäre groß genug, um selbständig lebensfähig zu sein, aber nicht so groß, als daß Verkehrs- und andere Großstadtprobleme entstehen könnten. Untereinander wären sie mittels effizienter externer Transportsysteme zu einem regionalen Komplex mit Fabriken, Büros, Freizeitzentren u.ä. verbunden, so daß sich alle Bewohner der Region der Vorzüge großstädtischen Lebens erfreuen könnten, ohne seine Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Dieser kurze Überblick hat für jedes Entwicklungsstadium der modernen Industrie ein typisches Städtebauschema nachgewiesen: zunächst eine Industrieanansiedlung in Verbindung mit einer Mühle, dann die Fabrikstadt und die monolithische Stadt, heute ausgedehnte Industriestadtkomplexe und morgen den Zusammenschluß von Städten in einer „urbanen Galaxie“. Wir haben uns von der vereinzelten Ansiedlung bis zur Stadt als Element einer ganzen urbanen Region bewegt. Was aber heute technisch eher möglich ist als zu jeder anderen Zeit, setzt zu seiner Verwirklichung bestimmte gesellschaftliche Veränderungen voraus, die allein wirklichen, dauernden Fortschritt bringen können. In einem kapitalistischen England kann die Stadtplanung nicht ein Zehntel ihres Potentials ausschöpfen, und was sie erreicht, ist permanent der Gefahr ausgesetzt, für Ziele pervertiert zu werden, die zu den ursprünglichen Intentionen in krassem Gegensatz stehen. Slumsanierung und umfassende Rekonstruktion – beides einmal Schlachtrufe progressiver Stadtplanung – dienen heute als Vorwand für Stadtzerstörungen in einem Ausmaß, das die Angriffe im Zweiten Weltkrieg an Wirkung noch übertrifft – alles im Interesse von Grundstücksspekulanten und der „British Road Federation“. Die Aufteilung der Stadt in gesunde Stadtviertel wird zum Vorwand für die Einrichtung von Ghettos für Menschen verschiedener Klassen- und Rassenzugehörigkeit. Die Verbesserung der Wohnungen treibt die Mieten in die Höhe und die Arbeiter hinaus.

Jede Diskussion über Stadtplanung bringt uns zwangsläufig auf weitergehende Fragen von regionaler und nationaler Bedeutung, mit denen zugleich dann Probleme zur Lösung anstehen, die wir hier noch gar nicht berührt haben: Wachstum und Verteilung der Bevölkerung, Kommunalverwaltung, Stadt und Land, Umweltverschmutzung, Energiepolitik. Auch auf diesen Gebieten kann die englische Stadtplanung auf ein bedeutendes Erbe zurückgreifen, besonders auf den frühen Regionalismus des Schotten *Patrick Geddes*. Jeden Tag wird deutlicher, daß die zu Beginn des Industriealters von *Robert Owen* vertretene sozialistische Planung unserer Ressourcen längst überfällig ist und daß weitere Verzögerungen technische und politische Katastrophen heraufbeschwören könnten.

Übersetzung: Bernd Moldenhauer

Edmond Préteceille

Die unbewohnbare Stadt

Aus: *économie et politique. revue marxiste d'économie*, Paris, Nr. 251–253, Juni–August 1975, S. 189–200

Die wesentliche Frage in bezug auf die Krise ist die Frage nach ihrem Wesen, ihren Ursachen, ihrem Inhalt und ihrer Lösung. Im Bereich des Städtebaus wie in allen anderen Bereichen ist dies heute die entscheidende Frage, die die verschiedenen Aspekte der Verstädterungsproblematik enger als je zuvor miteinander verbindet.

Angesichts der Entwicklung der Kämpfe, des raschen Fortschritts der marxistischen Analysen und des ideologischen und politischen Einflusses der Kommunisten auf diese Fragen ist der bloße technokratische Reformismus keine Lösung. Er bringt vielmehr eine Fülle neuer, häufig widersprüchlicher Ideen hervor, die aufgrund ihrer Ambivalenz von der Regierung systematisch integriert werden können.

Die reformistische Strömung reagiert auf zwei verschiedene Arten auf die Krise des kapitalistischen Verstädterungsprozesses. Die eine, bereits klassisch gewordene Art ist die Verurteilung der „Megalopolis“, der Riesenstadt, die als unausweichliche Folge der „Industriegesellschaft“ dargestellt wird. Die zweite, neuere Methode ist die Heraufbeschwörung der kollektiven Schuld: wenn es eine Krise der Städte gibt, so ist dies unser aller Schuld – Verunreinigung der Umwelt durch Abfälle, Verkehrsstauungen, Verkehrslärm, Luftverschmutzung durch die Autos, Lärmbelästigung der Nachbarn, Bodenspekulation, wir alle sind dafür verantwortlich.

Man erklärt uns, die Krise sei unvermeidlich; die wildwuchernde, alles verschlingende, unbewohnbare Stadt sei eine zwangsläufige Folge des Wachstums und, um Abhilfe zu schaffen, müsse man Opfer bringen: den Wunsch auf das eigene Grundstück aufzugeben, auf das eigene Auto verzichten bzw. Verteuerungen in der Automobilhaltung in Kauf nehmen, unser Eigenheim „bescheidener“ ausstatten, den Bau von Gemeinschaftseinrichtungen und Sozialwohnungen zugunsten der Erhaltung von Grünflächen einschränken, uns in die „Mittel- und Kleinstädte“ zurückziehen, wenn wir in einer angenehmen Umgebung leben wollen, und schließlich für die Umgebung unserer Wohnung und die Erhaltung der Umwelt selber Sorge tragen – und bezahlen.

Allen diesen Argumenten liegt eine ständige Bemühung zugrunde: man will vermeiden, daß die Verbindung zwischen der Krise des Städtebaus und der allgemeinen Krise hergestellt wird; daß der Kapitalismus als der wirklich Verantwortliche entlarvt wird; daß die Politik der Regierung als eine Politik erkannt wird, die dem Kapital dient und die Krise verschärft; daß die Regierung für die Schwierigkeiten im Städtealltag politisch verantwortlich gemacht wird. Dieser letzte wesentliche Punkt gibt der Regierung Anlaß zu einer bisher beispiellosen

demagogischen Offensive, deren Ziel es ist, die „Verantwortlichkeit der Gebietskörperschaften zu fördern“. In dem Augenblick, wo sich der Städtebau Giscard-scher Prägung als antisozialer, monopolistischer und autoritärer denn je zuvor erweist, wird alles getan, um die politische Verantwortung abzuwälzen und uns davon zu überzeugen, daß die Gemeinden die Hauptverantwortlichen für die Städtebaupolitik sind und auch in Zukunft sein werden.

Man darf diesen Angriff nicht unterschätzen, denn gerade im Bereich des Städtebaus setzen sich reformistische Haltungen sehr leicht durch. In diesem Bereich tritt nämlich das grundlegende Klassenverhältnis, die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital, nicht direkt und offensichtlich zutage; von daher ist es hier schwieriger, die Verantwortlichkeit des kapitalistischen Systems aufzuzeigen und zu vermitteln. Außerdem ist dies ein Bereich, der den Kämpfen der Arbeiterklasse noch nicht in großem Maße offensteht.

Es ist also unbedingt notwendig, dem ganzen Volk unsere Analysen und Vorschläge in größtmöglichem Maße zugänglich zu machen.

Angesichts der Verschiedenheit der Bedingungen ist es ebenfalls unbedingt notwendig, daß unsere Analysen und Vorschläge von der ganzen Partei weiterentwickelt werden, in allen Städten und Regionen, in allen Gemeinden – seien sie von den Vertretern der demokratischen Einheit (Kommunistische Partei Frankreichs und Sozialistische Partei – A.d.R.) verwaltet oder nicht. Nur dann werden wir wirklich überzeugend und schlagkräftig sein, nur dann ist der Fortschritt im Bereich des Städtebaus und im entschlossenen Kampf der Massen gegen die Monopole und gegen den Staatsapparat des Staatsmonopolistischen Kapitalismus möglich.

Der kapitalistische Städtebau und die Krise des Staatsmonopolistischen Kapitalismus

Der gesellschaftliche Charakter der Städtebauproblematik

Der Städtebau ist keine bloße Frage der ästhetischen Gestaltung des städtischen Raumes, es geht vielmehr in erster Linie darum, eine Umwelt zu erhalten bzw. zu schaffen, die die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der Arbeiter in den Städten ermöglicht. Eine Umwelt also, die den Bedarf an Wohnungen decken soll, sowohl im Hinblick auf die Anzahl, die Qualität und die Ausstattung der Wohnungen als auch im Hinblick auf deren Preise, die den finanziellen Möglichkeiten der Arbeiter entsprechen müssen; eine Umwelt, die die Wohnungen in ein Netz von Gemeinschaftseinrichtungen einfügen soll – und zwar einerseits Einrichtungen, die für die Benutzung der Wohnungen selbst notwendig sind (Anschluß an das Wasser-, Gas- und Stromnetz, Kanalisation, Straßenbau, Telefon, Müllabfuhr, Straßenbeleuchtung usw.), zum anderen Einrichtungen, die die notwendige unmittelbare Umgebung bilden (Grünflächen, Spielplätze, Kinderkrippen, Kindergärten, Grundschulen und Gymnasien,

Krankenhäuser, Einrichtungen zur gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Betätigung) und schließlich jene Einrichtungen, die für die Entwicklung der gesamten Gesellschaft notwendig sind, insbesondere die öffentlichen Verkehrsmittel, die den Konsum, die sozialen Kontakte außerhalb der Arbeitswelt und den Zugang zum Arbeitsplatz ermöglichen; eine Umwelt schließlich, die die Wohnungen zudem in ein Netz von privaten Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben zum Zwecke der Konsumtion, welche durch den Warenverkehr ermöglicht wird, einfügt.

Städtebau heißt auch – oder sollte heißen – Gestaltung einer Arbeitswelt, die die Entwicklung und Vergesellschaftung der Produktivkräfte gewährleistet, indem sie einerseits den Warenaustausch ermöglicht und andererseits die technischen Verbindungen zwischen den einzelnen Produktionseinheiten, d.h. den Unternehmen herstellt, die einander immer mehr ergänzen könnten, und schließlich auch Verbindungen zum Bildungswesen und zur Forschung herstellt. Zugleich sollte die Arbeitswelt die sozialen Bedürfnisse der Werktätigen am Arbeitsplatz und in der Umgebung des Arbeitsplatzes befriedigen.

Die Probleme des Städtebaus beziehen sich also sowohl auf den sozialen Bereich, der die Reproduktion der Arbeitskraft durch den Konsum ermöglicht, als auch auf die Produktions-, Verkehrs- und Handelsbedingungen, die die Entwicklung und Vergesellschaftung der Produktivkräfte sowie die notwendige Einheit dieser beiden Bereiche des sozialen Lebens ermöglichen. Das heißt, daß der Städtebau untrennbar verbunden ist mit der gesamten Wohnungs- und Infrastrukturpolitik, mit der Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrspolitik sowie der Industrie- und Forschungspolitik.

Die Widersprüche des kapitalistischen Verstädterungsprozesses

Das charakteristischste Merkmal des kapitalistischen Städtebaus ist seine Unfähigkeit, den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse in befriedigender Weise zu entsprechen. Da das Wohnungsproblem, ebenso wie die kapitalistische Warenproduktion, keine neue Erscheinung ist, taucht die Frage auf, warum die staatliche „Sozialpolitik“ bisher keine befriedigende Lösung für die Wohnungs- und Infrastrukturprobleme gefunden hat.

Die Behauptung, daß nicht die Kapitalisten (Bauunternehmer und andere), sondern die einzelnen Grundstückseigentümer die Hauptverantwortlichen seien, muß entschieden abgelehnt werden. Denn die Grundrente, die den Bodenpreis bildet, ist für das Kapital eigentlich eine Art Gewinnsteuer. Und um seinen Profit zu sichern und diese Steuer niedrig zu halten, ist das Kapital bereit, die Rechte des Grundbesitzes durch den Staat einschränken zu lassen.

Ebensowenig wie sich ehemals die Siedlungsträger und heute die Bauunternehmer bemühen, den Bewohnern eine ihren Bedürfnissen entsprechende Umwelt zu schaffen, bemühen sich die Kapitalisten, die sich den städtischen Raum als Produktionsmittel aneignen, diesen zu erhalten, zu pflegen und zu verbessern; sie ziehen es statt dessen vor, auf möglichst billige Weise den größtmöglichen

Nutzen daraus zu ziehen. Dies führt sehr schnell zu einem Engpaß, zu einer Überlastung der städtischen Infrastrukturen und reduziert damit deren wirtschaftliche Effektivität. Deshalb muß der Staat intervenieren und die Benutzung des städtischen Raumes bis zu einem gewissen Grade vergesellschaften, damit seine Reproduktion als gesellschaftliches Produktionsmittel ermöglicht wird. Die städtischen Infrastrukturen stellen aber ein beträchtliches Volumen langfristig angelegten Kapitals dar, was sich auf die organische Zusammensetzung des gesamten Kapitals auswirkt. Übernimmt nun der Staat diese infrastrukturellen Einrichtungen, so können sie dadurch eine Wertminderung erfahren, ohne daß dies eine Abnahme der Profitrate bedeutet.

Aber diese Entwicklung in Richtung einer, wenn auch von den Interessen des Kapitals bestimmten, Verstaatlichung wird durch das unmittelbare Profitstreben und durch die Konkurrenz unter den Kapitalisten permanent in Frage gestellt.

Andererseits haben sich die Widersprüche des kapitalistischen Städtebaus in den letzten Jahren zunehmend verschärft, so daß man heute von einer wirklichen Krise der Städte sprechen kann, die ein Element der allgemeinen Krise des Staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellt.

Die gegenwärtige Krise – eine tiefgreifende Krise der gesellschaftlichen Reproduktion der Arbeitskraft

Diese Krise kann zum einen als eine rasche Vertiefung der bestehenden Schwierigkeiten gesehen werden, zugleich aber auch als eine qualitative Veränderung, als Inerscheinungtreten neuer Phänomene, die aus der Verschärfung der Widersprüche resultieren. Wenn man zunächst die Entwicklung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft in den Städten betrachtet, stellt man nämlich folgendes fest:

– *Was den Wohnungsbau betrifft*, so hat sich in den letzten Jahren sowohl die Gesamtzahl der gebauten Sozialwohnungen als auch der Anteil der Sozialwohnungen an der Gesamtzahl der gebauten Wohnungen verringert: die Zahl der 1967 im Bau befindlichen Sozialwohnungen belief sich auf insgesamt 275.900 und stellte damit 63 % der Gesamtzahl dar gegenüber 263.000 bzw. 52 % im Jahre 1974. Andererseits hatte die Erhöhung der Zinssätze für die H.L.M.-Wohnungen¹⁾ eine rasche Erhöhung der Mieten für Sozialwohnungen zur Folge, die durch die ebenfalls stark ansteigenden Nebenkosten noch verstärkt wurde. Es werden also nicht nur weniger Sozialwohnungen gebaut, sondern die bestehenden Wohnungen werden außerdem immer unsozialer, was übrigens durch die Untersuchungen über die in Sozialwohnungen untergebrachte Bevölkerung bestätigt wird.

– *Was die öffentlichen Investitionen betrifft*, so muß zunächst betont werden, daß die Regierung in ihren Veröffentlichungen stets die für den gesellschaftlichen Konsum notwendigen Investitionen mit jenen Investitionen in einen Topf wirft,

1) Habitation à Loyer Modéré = Bauträger des Sozialen Wohnungsbaus – (Anm. d. Red.)

die für die Produktion notwendig sind, also Produktionsmittel darstellen. Selbst aus dieser Sicht entspricht der Gesamtumfang der Realisierungen keineswegs den ohnehin zu gering veranschlagten Zielsetzungen der beiden letzten Wirtschaftspläne (V. und VI. Plan). Wenn man aber erst beide Bereiche getrennt betrachtet, so stellt man fest, daß sowohl in den Zielsetzungen der Pläne als auch in den während der Planperioden vorgenommenen „Anpassungen“ jene Investitionen, die in direktem Zusammenhang mit der monopolistischen Akkumulation stehen, zunehmend bevorzugt wurden gegenüber den für den kollektiven Konsum bestimmten Investitionen. Dies zeigt, wie „selektiv“ die Politik der Regierung – entgegen den Behauptungen von *M. Rocard* – ist.

Für die Vergabe von Betriebskrediten trifft dasselbe zu wie für die Entwicklung der Investitionen. Ob es sich um die Lage des Personals oder um die Leistung von Unterhaltszuschüssen usw. handelt, die öffentlichen Einrichtungen und Dienste werden in jeder Hinsicht vernachlässigt. Als konkrete Folge hat sich die Situation der Universitäten und des gesamten Bildungssystems, des Gesundheits- und Fürsorgewesens, der sportlichen und kulturellen Einrichtungen und des öffentlichen Verkehrswesens in den letzten Jahren zunehmend und in raschem Tempo verschlechtert. Hinzu kommen weitere Faktoren, die die Verschlechterung der Lebens- und Wohnverhältnisse anzeigen, wie zum Beispiel der gegenwärtig erreichte Grad der Luftverschmutzung und Lärmbelästigung in den Städten.

Von dieser Entwicklung sind heute nahezu alle Bevölkerungsschichten in zweifacher Hinsicht betroffen: erstens gibt es kaum noch wirklich geschützte und geschonte Stadtgebiete; zweitens hat die zunehmende Lohnabhängigkeit der gesamten werktätigen Bevölkerung eine größere Abhängigkeit von den allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen des Konsums und insbesondere der kollektiven Güter im täglichen Leben zur Folge.

Die sozialen Auswirkungen der Veränderung der Umwelt können natürlich nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der sozialen Bedürfnisse selbst richtig eingeschätzt werden. Dabei muß betont werden, daß die Veränderung der Bedürfnisse keine rein subjektive Erscheinung ist, etwa ein Anzeichen für den wachsenden „Wohlstand“ oder die Unerlässlichkeit der Werktätigen, die sich in einer Art Flucht nach vorn in den Genüssen der Konsumgesellschaft verlieren.

Die Entwicklung der sozialen Bedürfnisse spiegelt hingegen eine objektive Veränderung, nämlich die Veränderung der Produktivkräfte, deren Verschleiß in der Produktion und die Veränderung der sozialen Bedingungen ihrer Reproduktion wider. Diese objektive Entwicklung bestimmt die sozialen Bedürfnisse. Man kann diese Entwicklung in der jüngsten Zeit folgendermaßen charakterisieren:

– Die Entwicklung der Produktivkräfte hat eine *quantitative und qualitative Zunahme der sozialen Bedürfnisse* zur Folge. Selbst vom Standpunkt des Kapitals aus gesehen hat der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zugenommen, aber die Divergenz zwischen den sozialen Bedürfnissen der Werktätigen und den Interessen des Kapitals nimmt ebenfalls zu: erstere streben eine generelle Weiterentwicklung aller Qualifikationen bzw. die Qualifikation aller an, eine

Entwicklung, die durch die Ausbildung und am Arbeitsplatz zugleich möglich und notwendig ist; während das Kapital hingegen aufgrund der verstärkten Ausbeutung alle Arbeitskräfte dequalifiziert.

– Der verstärkte Verschleiß der Arbeitskraft durch die Beschleunigung des Arbeitsrhythmus, durch unmenschliches Arbeitstempo und verschlechterte Arbeitsbedingungen hat eine *Zunahme der sozialen Bedürfnisse, deren Befriedigung zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist*, zur Folge, z.B. Bedürfnis nach Ruhe, nach körperlicher und geistiger Entspannung, nach Gesundheit – Bedürfnisse, die heute stärker sind als je zuvor.

– *Aufgrund der Veränderung der allgemeinen sozialen Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft verändern sich auch die Bedürfnisse.* So wird z.B. durch die Verschlechterung der Umweltverhältnisse und des Transportwesens, durch Lärm und Luftverschmutzung usw. der Verschleiß der Arbeitskraft selbst im Reproduktionsbereich verstärkt. Damit vergrößern sich die Bedürfnisse, deren Befriedigung notwendig ist, damit sich dieselbe Arbeitskraft im selben Maße reproduzieren kann. Andererseits verändern sich die Formen des Konsums, so daß bestimmte teure Konsumgüter unter den gegenwärtigen Bedingungen geradezu unerlässlich sind: der Besitz eines Autos ist aufgrund der Unzulänglichkeit und Kostspieligkeit der öffentlichen Verkehrsmittel eine Notwendigkeit für die Werktätigen, die gezwungen sind, in immer entferntere Stadtrandgebiete zu ziehen. Eine Notwendigkeit, sowohl um sich zur Arbeit zu begeben als auch um Einkäufe zu machen oder Zugang zu kulturellen Einrichtungen und Freizeitbeschäftigungen zu haben z.B. Urlaub. Schließlich besteht eine generelle Tendenz zur Vergesellschaftung der Bedürfnisse und des Konsums, die durch die quantitative und qualitative Unzulänglichkeit der individuellen Konsummöglichkeiten bedingt ist.

Will man den Lebensstandard anhand der Kaufkraft der Löhne einschätzen, so muß man also diese Entwicklung der Bedürfnisse unbedingt mitberücksichtigen. Denn bei konstanter oder sogar steigender Kaufkraft kann der reale Lebensstandard in Anbetracht der objektiven Veränderung der Bedürfnisse sinken. Dies ist genau eines der Hauptmerkmale der gegenwärtigen Krise, nämlich der Widerspruch zwischen der quantitativen und qualitativen Zunahme der sozialen Bedürfnisse und der Verschlechterung der städtischen Umwelt und der allgemeinen sozialen Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft wie Wohnung und infrastrukturelle Einrichtungen. Diese Verschlechterung behindert heute die Entwicklungsmöglichkeiten der Produktivkräfte im Bereich der Reproduktion der Arbeitskraft.

Die Krise und die Produktivkräfte der Verstädterung

Der wichtigste Punkt, der an dieser Stelle hervorgehoben werden muß, ist die zunehmende, von den Monopolen verursachte Vergeudung in all ihren Erscheinungsformen, die im Bereich des Städtebaus besonders ausgeprägt sind.

Verschiedene Faktoren tragen im Zusammenhang mit der Verstädterung zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte bei: die Konzentration eines großen

Arbeitskräftereservoirs im Bereich der Produktion; die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung; die Art der allerdings durch die Handelsbeziehungen begrenzten Kooperation zwischen den Produktionseinheiten; der Gebrauchswert der verschiedenen öffentlichen Einrichtungen, Verkehrsmittel, Straßen-, Fernsprech- und Stromnetze usw. und deren Beitrag zur Vergesellschaftung der Produktivkräfte; die Verbindung zwischen Wirtschaftstätigkeit, Unterrichtswesen und Forschung und im weiteren Sinne die räumliche und soziale Einheit der Produktions- und Reproduktionsprozesse der Produktivkräfte, die in den städtischen Siedlungsräumen eher gewährleistet ist.

Die neuen und verstärkten Formen der Kapitalmobilität, die heute das Profitstreben des Monopolkapitals unter den Bedingungen der internationalen Krise kennzeichnen, gehen mit einer sehr starken Beschleunigung des Entwertungsprozesses des Kapitals und der vielförmigen Vergeudung der Produktivkräfte einher.

Wenn die Eisenindustrie ihre Tätigkeit in Lothringen einstellt, wenn die Regierung die Kohleproduktion reduziert, so bedeutet dies, daß Rohstoffe, Produktionsmittel und qualifizierte menschliche Arbeitskräfte brachliegen, aber auch daß entsprechende Wirtschaftstätigkeiten, Ausbildungsstätten, Wohnungen, soziale Einrichtungen der Gemeinden, ja ganze Städte verkümmern. Aufgrund der Vergesellschaftung der Produktivkräfte und deren Reproduktion und aufgrund der Interdependenz dieser beiden gesellschaftlichen Prozesse in den städtischen Siedlungsräumen löst die Wertminderung des Kapitals Kettenreaktionen aus, die sich nicht nur auf den Wert des produktiven Kapitals beziehen. Heute verläuft diese Vergeudung in immer schnellerem Tempo und nimmt bisher ungeahnte Ausmaße an: der Skandal der Villette, die Anlagen von Fos, die zum Teil schon vor der Fertigstellung der Bauarbeiten stillgelegt wurden, sind nur zwei Beispiele für die vielen anderen, bekannten und weniger bekannten Fälle, für viele vielleicht unmittelbar weniger empörende Vorgänge, die aber alle die Entwicklungsmöglichkeiten unseres Landes schwer beeinträchtigen wie z.B. die Entindustrialisierung des Pariser Großraums.

Die Lage der Bauwirtschaft

Dieser Industriezweig, insbesondere die private Bauwirtschaft, ist am stärksten von der Krise betroffen. Die Arbeitslosigkeit nimmt hier dramatische Ausmaße an, die Konkursmeldungen häufen sich, und wenngleich die kleinen und mittleren Betriebe am stärksten betroffen sind, so bleiben auch die großen Unternehmen nicht verschont.

Außer der Bauwirtschaft im engeren Sinne sind im übrigen alle Tätigkeitsbereiche, die zur Bauproduktion beitragen, betroffen: Architekten, Städteplaner, Techniker und Ingenieure der Konstruktionsbüros – ein riesiges Potential an technisch qualifizierten Kräften, die für unser Land wichtig sind, ist gefährdet.

So ist also zu einem Zeitpunkt, wo die Zunahme der sozialen Bedürfnisse eine verstärkte Wirtschaftstätigkeit und eine Entwicklung der Produktivkräfte erfordern würde, das Gegenteil der Fall.

Der Monopolprofit und die staatliche Städtebaupolitik

Die Krise und der Monopolprofit

Während sich die Schwierigkeiten im sozialen Wohnungsbau rasch verstärkt haben, sind die Profite der Monopole im Wohnungsbausektor in schnellem Tempo gestiegen. Früher wurden die städtebaulichen Projekte – Stadtsanierungsmaßnahmen, Bau großer Stadtlandsiedlungen, Schaffung von sogenannten Stadtentwicklungsgebieten („zones à urbaniser en priorité“) – vor allem auf Initiative und unter Kontrolle des Staates oder der Gebietskörperschaften vorgenommen und in erster Linie den Bauträgern des öffentlichen oder halböffentlichen Sektors übergeben (gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften wie H.L.M., gemischte Gesellschaften, Société Centrale Immobilière de la Caisse des Dépôts). Seit Ende der sechziger Jahre werden die städtebaulichen Unternehmungen mehr und mehr auf Initiative und unter direkter Kontrolle der privaten, an Banken angeschlossenen Bauunternehmen durchgeführt, die damit die Bedingungen des Städtebaus diktieren können. Projekte wie „Neue Stadt“ bilden trotz oder vielleicht gerade wegen ihres technokratischen, autoritären Charakters hier keine Ausnahme. Unsere Partei hat übrigens kürzlich aufgedeckt, daß die wichtigsten Finanzgruppen des Bausektors im Einverständnis mit der öffentlichen Hand den „Kuchen“ der neuen Stadt Saint-Quentin-en-Yvelines unter sich aufgeteilt haben.

Die von den Reformisten verfochtene Ansicht, der Staat solle sich aus diesem Sektor „zurückziehen“, was eine Rückkehr zum „wilden Kapitalismus“, zum „laisser faire“ bedeuten würde, müssen wir von der Hand weisen. Tatsächlich läßt sich nicht nur eine Verringerung der öffentlichen Finanzaufkommen im Wohnungsbausektor beobachten, sondern vor allem auch eine Neuorientierung dieser Finanzierungen. Nach einer Zeit, wo die Bereitstellung von öffentlichen Geldern eine Belebung des Bausektors ermöglichte und für breite Schichten die Möglichkeit schuf, Grundstücke zu erwerben und Wohnungen zu bauen, veränderte sich nach 1967 die Zusammensetzung dieser öffentlichen Finanzierungen in dem Sinne, daß das Bankkapital eine größere Rolle spielte. Diese Neuorientierung bedeutet eine direkte und selektive Unterstützung der Monopole; aber zugleich bewirkt sie eine zunehmende Unsicherheit des Wohnungs- und Grundstücksmarktes, sie beschleunigt die Erhöhung der Wohnungspreise und ruft schließlich eine Konjunkturkrise hervor, die auch die Monopolgewinne gefährdet, wie dies die große Anzahl der z. Zt. nicht verkauften Wohnungen beweist. Dies gilt auch für die Bürogebäude, ein Bereich, den die Monopole, unterstützt durch die Politik der maßgebenden Instanzen, besonders gefördert haben, auf dem sie aber heute mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert sind.

Im Bereich der städtischen Infrastrukturen haben jene Anlagen Priorität, aus denen die großen multinationalen Konzerne entweder direkt Nutzen ziehen können oder jene, die langfristig die größten Gewinne garantieren: Ausstattung der Geschäftsviertel mit Fernsprecheinrichtungen, Bau von internationalen

Flughäfen, großen Hafen- und Transportanlagen, Autobahnen, Parkplätzen usw. Der Oberste Rechnungshof hat übrigens bestätigt, daß vor allem die Realisierung dieser beiden letzten Projekte vom finanziellen Standpunkt her ebensogut vom Staat durchgeführt werden könnte, daß sie aber mit privaten Geldern finanziert wurden, weil dadurch ihre Form, ihre Lokalisierung und ihre Gesamtkonzeption von direkten Spekulations- und Profitinteressen bestimmt werden konnten, was sich nachteilig auf die gesellschaftliche Nutzbarkeit dieser Einrichtungen auswirkte.

Die Regierung versucht außerdem, auf verschiedene Arten die Investitionen der Gebietskörperschaften im Sinne der Monopolinteressen zu lenken: durch die Ausarbeitung von Raumordnungs- und Städtebauleitlinien, durch die autoritäre Definition der lokalen und regionalen Planungsabschnitte, die für die Vergabe von Subventionen entscheidend sind (z.B. in den Modernisierungs- und Investitionsprogrammen und den regionalen Wirtschaftsförderungsplänen), durch Umgemeindungen, die eine Konzentration der Geldmittel auf interessante Projekte ermöglichen, wie das am Beispiel des Bezirks und der Region von Paris deutlich wird.

Die Politik des Staates: zunehmende Selektivität und Autoritarismus zur Durchsetzung von Sparprogrammen und Sicherung von Gewinnen

Während die Regierung die öffentliche Finanzierung der kollektiven Konsumgüter reduziert, versucht sie gleichzeitig, die Kosten für jene Realisierungen, die unvermeidbar sind, zunehmend auf die Werktätigen und die gesamte Bevölkerung abzuwälzen. Dies geschieht entweder indirekt, indem die Kosten zunächst auf die Gemeinden abgewälzt werden, die dies nur durch eine Erhöhung der Gemeindesteuern verkraften können; oder direkt, indem die Kosten in die Wohnungspreise einkalkuliert werden. Wenn ein Privatunternehmer in einem Baugebiet, dessen Erschließung und Bebauung von privater und öffentlicher Hand gemeinsam durchgeführt wird („zone d'aménagement concerté“), öffentliche Einrichtungen baut, die eigentlich vom Staat hätten finanziert werden müssen, so bedeutet das keineswegs, daß er mit weniger Profit arbeitet; vielmehr bezahlen die Wohnungskäufer noch einmal für diese Einrichtung, die sie ja bereits durch ihre Steuern finanziert haben.

Durch diesen zweifachen Mechanismus – Erhöhung der direkten, indirekten und lokalen Steuerlast einerseits und Verringerung der kollektiven Güter andererseits – verschärft die Regierung die indirekte Ausbeutung der Werktätigen.

Die Tatsache, daß die öffentlichen Finanzierungen gekürzt werden und daß zudem die kommunalen Bauarbeiten mit Mehrwertsteuern belastet werden, gekoppelt mit der inflationären Entwicklung und der Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit im Zuge der allgemeinen Krise – diese Faktoren haben zu einer Krise der lokalen Finanzen geführt, die die Regierung nicht ignorieren kann. Aber während sie vage Versprechungen z.B. in bezug auf die Mehrwert-

steuer macht, versucht sie in Wirklichkeit, die Konsequenzen auf die Arbeiter und die gesamte Bevölkerung abzuwälzen.

Der Autoritarismus ist in allen Bereichen vorzufinden. Die Gemeindeverwaltungen, die städtische Bauvorhaben mit sozialem Charakter durchführen wollen, haben nicht nur finanzielle Schwierigkeiten, sondern sehen ihre Projekte darüber hinaus zunehmend durch administrative Schwierigkeiten gefährdet, mit allen Mitteln blockiert, ja sogar unter Berufung auf den Kampf gegen den architektonischen Gigantismus oder die soziale Isolierung in Frage gestellt. Denn gerade jenen Gemeinden, die Sozialwohnungen bauen wollen, begegnet man mit dem Vorwurf, die soziale Isolation zu fördern.

Demgegenüber versuchen die Regierung und ihre Funktionäre, privatwirtschaftliche Bauvorhaben in starkem Maße zu fördern; und diese spekulativen Projekte werden in beschleunigten Verfahren genehmigt.

Ganz allgemein läßt sich feststellen, daß der Modus der Stadtplanung immer schlechter wird. Die Leitlinienentwürfe für Raumordnung unterliegen den konjunkturbedingten Veränderungen der Monopolinteressen; die Bebauungs- und Flächennutzungspläne werden nicht mehr dazu benutzt, ein gesteuertes – wenngleich im Interesse der Kapitalisten liegendes – Städtewachstum zu gewährleisten, sondern um Gebiete, für die die Planung eigentlich eine geringe Bevölkerungsdichte vorsieht, von privater und öffentlicher Hand gemeinsam erschließen und bebauen zu lassen und dadurch eine Reduzierung der Grundrente zu erzielen. Auf diese Weise schützt man den Profit und verstärkt die planlos wuchernde Stadterweiterung; man verhindert jede Möglichkeit einer vernünftigen Städtebaukonzeption und verursacht infrastrukturelle Vergeudungen.

Der Übergang von den „zones à urbaniser en priorité“ zu den „zones d'aménagement concerté“ entspricht derselben Logik, ebenso wie die „Maßnahmen zur Verhinderung großer Wohnblocks“, die den Bau kleiner Projekte propagieren: es handelt sich dabei um die Anpassung an die Unsicherheit des Wohnungsmarktes und die Verschleierung der unterentwickelten Infrastruktur, und zwar unter Berufung auf die Schaffung eines „menschenwürdigen Rahmens“.

So ist die staatliche Intervention im Bereich der Städteplanung immer mehr an den Spekulationsgewinnen und immer weniger an der Verbesserung der allgemeinen Produktions-, Verkehrs- und Reproduktionsbedingungen ausgerichtet und bildet damit einen Hemmschuh für die Entwicklung der Produktivkräfte.

Dieselben Orientierungen liegen der staatlichen Politik gegenüber der Bauindustrie zugrunde. Mit allen Mitteln – standardisierter Bau von Schulen und Sportanlagen, Bau von Mustersiedlungen – unterstützt der Staat die größten Unternehmen, die direkt oder indirekt an Banken angeschlossen sind, und sichert ihnen die Märkte, ohne daß diese Politik eine wirkliche Produktivitätssteigerung und eine qualitative Verbesserung der Bauten zur Folge hätte; das Gegenteil ist vielmehr der Fall, wie man am Beispiel der C.E.S. (Collèges d'enseignement secondaire) gesehen hat. Diese Politik dient den großen Unternehmen; sie beeinträchtigt die Qualität und architektonische Gestaltung der Bauten und

schadet schließlich den Nutznießern sowie zahlreichen kleinen und mittleren Betrieben des Bausektors.

Der Giscard'sche Städtebau: demagogischer Reformismus und Verschärfung der Krise

Die von *Giscard* vorgeschlagenen und als großartige Lösungen angekündigten städtebaulichen Maßnahmen bestehen im wesentlichen darin, daß man zwar von wirklichen Problemen ausgeht, von einigen schwachen Punkten, für die die Öffentlichkeit ansprechbar ist aufgrund ihrer Beeinflussung durch die herrschende reformistische Ideologie der Massenmedien; daß man dann aber „Lösungen“ vorschlägt, die immer das wesentliche des Problems verleugnen, nämlich den frontalen Angriff auf die Monopole, und die damit ambivalent, d.h. im Sinne der Monopole integrierbar bzw. bereits integriert sind.

So stützt sich die Pariser Stadtplanung à la *Giscard* auf die Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltprobleme, d.h. für sekundäre Probleme, denen die eigentlichen Probleme zugrunde liegen. Indem man dem Begriff „Umwelt“ einen rein formalen Inhalt gibt, will man den wahren gesellschaftlichen Charakter der Städtebauproblematik vergessen machen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen – Angriff auf die Autofahrer, Schaffung von Grünflächen, Einstellung der (zu Recht) als teuer, häßlich und „anti-sozial“ bezeichneten Sanierung – bringen keine Verbesserungen: die Schwierigkeiten und Kosten der Automobilhaltung werden erhöht, ohne daß die öffentlichen Verkehrsmittel in irgendeiner Weise verbessert werden; durch Anlage von Grünflächen wird verschleiert, daß das Modernisierungsprojekt der Pariser Hallen nur den Interessen der Geschäftsleute dient; und schließlich werden die wenigen Bauvorhaben des Sozialen Wohnungsbaus in Paris zugunsten privater Renovierungs- und Sanierungsprojekte eingestellt, deren negative soziale Folgen für die Werktätigen die Vorteile bei weitem überwiegen.

Der Gesetzesentwurf von *Galley*² zur Bodenreform ist aus demselben Holz geschnitten. Seit der längst vergangenen Zeit, wo die Reformisten noch das Privateigentum an Grund und Boden anprangerten, endlich wieder einmal ein Entwurf, der sich durch kühnen Reformismus auszeichnet! Aber wenn man diesen Entwurf genauer analysiert, erkennt man seinen wahren Charakter; keine Rede von einem Frontalangriff auf die Spekulation, auf den Grundstücksprofit der Monopole; dieser wird vielmehr sorgfältig geschützt; zu dessen Gunsten werden die Rechte der Eigentümer eingeschränkt; die Gemeinden sollen als Grundstücksmakler, als Grundstückslieferanten für die privaten Bauunternehmer dienen. Dieses Machwerk ist geschickt angelegt; denn formal sichert man den Gemeinden juristische Interventionsmöglichkeiten zu, für deren Durchführung sie allerdings keine entsprechenden finanziellen Mittel haben; diese Mittel

2) Robert *Galley*, Ministre de l'Equipment in der ersten Regierung von *Chirac* (Anm. d. Red.)

können sie sich nur verschaffen, indem sie den Kapitalisten in zweifacher Weise nachgeben: einerseits indem sie einer noch dichteren Besiedelung zustimmen, andererseits indem sie ihnen den Boden zur Verfügung stellen.

Dieser letzte Punkt führt uns zu jenem bereits erwähnten Aspekt der gegenwärtigen Städtebaupolitik zurück: die Gemeinden sollen die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Sinne des Kapitals meistern, sie sollen die Erfüllungsgehilfen der monopolistischen Städtebaupolitik sein und obendrein die Verantwortung für diese Politik tragen. Nur darin liegt der Sinn der seit Jahren betriebenen „Dezentralisierungspolitik“ und der offiziellen Verlautbarungen über die Verantwortlichkeit der Gemeinden auf dem Gebiet des Städtebaus – Verlautbarungen, in denen man sich im übrigen nicht davor scheut, gewisse Konzeptionen der Selbstverwaltung aufzugreifen und zu integrieren. Man muß außerdem sagen, daß dies ein Punkt ist, wo sich die Regierung nicht allzu sehr von der Sozialistischen Partei unterscheidet, wenn man an deren zweifelhafte Bündnisse in den Gemeindeverwaltungen und an ihre reformistische Praxis in den Gemeinden denkt. Als Beispiel sei daran erinnert, daß sich die Sozialisten weigerten, den Kampf gegen die Sparmaßnahmen und die Steuererhöhungen aufzunehmen, zu denen die Gebietskörperschaften von der Regierung gezwungen wurden.

Die Lösung der Krise

Die Politik des Programme Commun³

Mit städtebaulichen Maßnahmen allein kann die Krise des Städtebaus nicht behoben werden, sondern vor allem durch einen direkten Angriff auf die Monopole, die das Land mit der Unterstützung der Regierung immer weiter in die Krise treiben. Die Politik der Verstaatlichung ist also das erste grundlegende Mittel, mit dem die Bedingungen der Städtebaupolitik tiefgreifend verändert werden können, indem der Gesellschaft die Möglichkeit gegeben wird, die wirtschaftliche Entwicklung und die Standortwahl von Produktionseinheiten zu kontrollieren; denn dies ist die Grundvoraussetzung für eine sinnvolle Städteplanung.

Durch die Demokratisierung des wirtschaftlichen Bereichs und durch die Gesamtheit der vom Programme Commun geplanten sozialen Maßnahmen wird der Bau von hochwertigen Sozialwohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen ermöglicht, welche die arbeitende Bevölkerung braucht.

Durch die Demokratisierung aller Institutionen können die städtebaulichen Maßnahmen in einem demokratischen Rahmen durchgeführt werden, indem sie die Möglichkeiten für eine öffentliche politische Diskussion schafft, in der die

³⁾ Programme Commun de Gouvernement du Parti Communiste Français et du Parti Socialiste (Gemeinsames Regierungsprogramm von KPF und SP), 1972. In deutscher Übersetzung erschienen im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1972 (Anm. d. Red.)

sozialen Bedürfnisse artikuliert und schließlich von den Gebietskörperschaften berücksichtigt werden können.

Die Kommunisten sind für den Ausbau der Städte

Die Lösung der Städtebaukrise ist nicht in der mythischen Flucht auf das Land, in der Rückkehr zum Landleben, in der kargen Lebensweise der selbstversorgenden Landkommunen zu finden. Sie liegt vielmehr im allgemeinen Fortschritt der Gesamtgesellschaft, d.h. in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Befriedigung der immer größer werdenden sozialen Bedürfnisse – zwei Faktoren, die eng miteinander verbunden sind. Sie liegt in einem gesteuerten Städtewachstum, in einer Städteplanung, die durch die Infrastruktur und die Organisation des wirtschaftlichen und sozialen Raumes die Bedingungen für die Entwicklung und Vergesellschaftung der Produktivkräfte und der wissenschaftlich-technischen Revolution schafft und eine ausgewogene Entwicklung aller Regionen und Siedlungsräume ermöglicht; eine Städteplanung, die Wohnungen und kollektive Einrichtungen jeglicher Art bereitstellt und dadurch gute Lebens- und Wohnverhältnisse schafft, in denen die Artikulation, Befriedigung und Entwicklung aller sozialen Bedürfnisse und die gleichzeitige Entwicklung der individuellen und kollektiven Konsummöglichkeiten garantiert ist.

Wir sind auch für den Ausbau der ländlichen Gegenden. Wir sind nicht für die Entvölkerung und spekulativen Aneignung des ländlichen Raumes durch die Kapitalisten, wie es heute der Fall ist; sondern wir wollen die Entwicklung der Landwirtschaft und die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen in den Dörfern, die es auch den Werktäglichen auf dem Lande ermöglichen sollen, in einer Umwelt zu leben, die ihren Bedürfnissen in einer fortgeschrittenen Gesellschaft entspricht und die auch ihnen die Entwicklung des kollektiven Konsums zusichert.

Die wichtige Funktion der Kommunistischen Partei

Die politische Arbeit der Kommunisten in diesen Bereichen ist aus drei Gründen unerlässlich:

Erstens: *nur die Kommunistische Partei führt den hartnäckigen Kampf gegen die Sparmaßnahmen, und nur sie deckt das Wesen der Krise und die Verantwortlichkeit der Monopole und der Regierung auf.* Dies gilt für den Städtebau ebenso wie für alle anderen Bereiche.

Zweitens: *nur die Kommunistische Partei führt den Kampf für die Artikulation und Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiterklasse.* Dies trifft vielleicht in besonders starkem Maße auf den Bereich des Städtebaus zu; allerdings muß dieser Punkt noch weiter ausgeführt werden:

Die bürgerliche Ideologie, die den Produzenten vom Konsumenten, den Arbeitenden vom Wohnenden trennt, versucht die Unterschiede zwischen den sozialen Klassen und Schichten zu verschleiern, indem sie sie als eine undifferenzierte Masse von Bewohnern eines Stadtviertels oder einer Gemeinde darstellt.

Und im Sinne dieser Ideologie wird heute Städteplanung und -forschung betrieben. Es trifft jedoch nicht zu, daß alle Leute, die denselben Wohnverhältnissen in der Stadt ausgesetzt sind, deshalb auch dieselben Forderungen in bezug auf die Umwelt stellen. Diese sind vielmehr von der Gesamtheit der Faktoren abhängig, die den Lebensstil bestimmen, d.h. von den Klassenverhältnissen. Deshalb ist es wesentlich, daß jede Klasse oder Bevölkerungsschicht – und in erster Linie die Arbeiterklasse – ihre eigenen Bedürfnisse äußern kann.

Die anderen sozialen Schichten – z.B. die Geschäftsleute oder Handwerker – können ihre städtebaulichen Interessen sehr viel spontaner artikulieren, weil diese in direktem Zusammenhang mit ihrer eigentlichen wirtschaftlichen Tätigkeit stehen. Gewerbetreibende und Handwerker, Ingenieure und Techniker, Lehrer usw. sind außerdem – aufgrund ihrer allgemeinen Lebensbedingungen (Freizeit, Bildungsstand usw.) – eher interessiert oder bereit, sich an der Diskussion über die Städteplanung zu beteiligen. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen, wo die reaktionären und reformistischen Ideologien eine große Anziehungskraft gerade auf diese Bevölkerungsgruppen ausüben, sind die Bedürfnisse, die diese Schichten artikulieren können, weder immer identisch noch zwangsläufig ähnlich den Bedürfnissen der Arbeiterklasse. So sind gewisse Umweltforderungen, z.B. die Forderung nach Erhaltung oder Schaffung dieser oder jener Grünfläche oftmals Forderungen nach dem Schutz eines relativ privilegierten und abgehobenen Lebensrahmens, Forderungen, die der Schaffung von sozialen Einrichtungen wie z.B. Sozialwohnungen entgegenstehen.

Nur die Kommunistische Partei kann dafür kämpfen, daß die Bedürfnisse der Arbeiterklasse als solche artikuliert werden, und nur sie kann die Befriedigung dieser Bedürfnisse durchsetzen; diese Funktion der Partei ist im übrigen in den demokratischen Stadt- und Gemeindeverwaltungen ebenso wichtig wie anderswo.

Abgesehen von den Umweltproblemen ist die Arbeiterklasse auch am direktesten von den Problemen betroffen, die sich auf die Produktivkräfte der Verstädterung beziehen. Z.B. ist der Kampf für die Erhaltung von Industrietätigkeiten in Paris und dem unmittelbaren Umland von Paris zugleich der Kampf der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze, zur Verteidigung ihres Wohnsitzes in der Stadt und gegen die Vertreibung in immer entferntere Stadtrandgebiete, und schließlich auch zur Verteidigung des wirtschaftlichen Potentials, den das industrielle und technologische Gefüge der Region darstellt.

Auch die Ingenieure, Angestellten und Techniker sind heute zunehmend von der Entindustrialisierungspolitik betroffen und deshalb zunehmend bereit, sich den Kämpfen der Arbeiterklasse anzuschließen. Und dies ist der dritte Grund, der die Aktivität und das Engagement der Kommunisten im Bereich des Städtebaus erforderlich macht, denn *die Kommunistische Partei führt den Kampf für die Bildung demokratischer Bündnisse und die Einigung des französischen Volkes*. Ausgehend von einer genauen Klassenanalyse – und nur von dieser Basis ausgehend – können wir Mittel und Wege für eine Annäherung der Bedürfnisse und Forderungen der verschiedenen Klassen und Bevölkerungsschichten, die der

Beherrschung durch die Monopole ausgesetzt sind, finden. Die eindeutige Formulierung der grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse liefert die Basis für eine breite Einheit; denn alle sozialen Schichten leiden heute in steigendem Maße unter der Verschlechterung der Lebensverhältnisse. Wenn man also Klarheit über die Ursachen der Städtekrisse schafft und die Bedeutung der einzigen Politik, die eine Lösung der Krise anbieten kann – nämlich die Politik des Programme Commun, die im Hinblick auf die Situation jeder Stadt und jedes Stadtteils weiterentwickelt und konkretisiert werden muß –, dann ist der Städtebau ein wichtiges Gebiet, das für die Schaffung der Einheit von Bedeutung sein kann.

Die Kämpfe vorantreiben

Die Kämpfe im Bereich des Städtebaus auf der Grundlage dieser Klassenanalyse und mit dem Ziel der Einheit vorwärtszutreiben, heißt, einen notwendigen Beitrag zum allgemeinen Kampf gegen die Sparprogramme und für die Durchsetzung und Anwendung der Lösungen des Programme Commun zu leisten. Die Kämpfe voranzutreiben, das ist eindeutig die Orientierung unserer Partei im Bereich der Gemeindepolitik, das ist die einzige Möglichkeit zu verhindern, daß die Verantwortung für die Krise auf die Gemeinden abgewälzt wird. Aber die Auseinandersetzung mit den Problemen des Städtebaus muß von der ganzen Partei geleistet werden, nicht nur von den Parteimitgliedern, die in den demokratischen Gemeindeverwaltungen vertreten sind, denn alle Werktätigen an jedem Ort sind von der Verschlechterung der Lebens- und Wohnverhältnisse betroffen.

Wir haben gesehen, welche engen Zusammenhänge zwischen dem Städtebau und der gesellschaftlichen Organisation der Produktion bestehen. Heute steht deshalb der Städtebau im Kontext der Arbeiterkämpfe. So hat der Kampf der Arbeiter von Rateau im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage von Seine-Saint-Denis und der Entindustrialisierung des Pariser Großraums eine größere Bedeutung erlangt und eine breitere Solidarität gefunden. Und in der Zukunft, wenn es um die Ausarbeitung einer demokratischen Planung geht, müssen die Kommunisten in der Lage sein, einen aktiven Beitrag zu der Frage der Standortwahl von Produktionseinheiten und deren Einfügung in das städtische Gewebe zu leisten.

Andererseits ist der Kampf in den Betrieben in erster Linie der Kampf gegen die Ausbeutung. Wir haben gesehen, welche Rolle die Umweltprobleme für die Definition der gesellschaftlichen Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft und der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse spielen. Und eben weil diese Fragen – Fragen der Vergesellschaftung des Konsums und der Veränderung der Bedürfnisse – für die wissenschaftliche Analyse des realen Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung so bedeutsam sind, müssen diese Fragen auch im Betrieb eingebracht und diskutiert werden. Auf diese Weise wird ein positiver Beitrag zum Fortschritt der Kämpfe sowohl auf Betriebsebene als auch im

Bereich des Städtebaus geleistet werden. Die Verbindung zwischen den Kämpfen herstellen, heißt, ihnen eine größere Tragweite zu geben, weil man dadurch einerseits aufzeigt, daß die Kämpfe direkt gegen die Politik der Monopole in all ihren Erscheinungsformen gerichtet werden müssen, und weil man zum anderen aufzeigt, daß es sich um eine allgemeine Krise handelt, für die keine punktuellen, sondern generelle Lösungen gefunden werden müssen.

Übersetzung: Marita Molitor/Heidi Wachsmuth

Neue IMSF-Reihe:

Das IMSF beginnt im 2. Halbjahr 1976 mit der Herausgabe einer neuen Reihe:

Soziale Bewegungen

Dokumentation und Analyse des IMSF

Im Rahmen dieser Reihe wird kontinuierlich — zunächst halbjährlich — über Inhalt, Umfang, Kampfformen und Ergebnisse von Streik- und Tarifbewegungen informiert. Dabei finden die jeweils wechselnden Schwerpunkte, die sich im Verlauf einer Bewegung entwickeln und die sich einer starren Gliederung entziehen, Berücksichtigung. Zwischen den Halbjahresberichten sollen spezielle Untersuchungen bestimmter Bewegungen, Kampfformen, Bürgerinitiativen u. ä. veröffentlicht werden. Auf diese Weise sollen die in vierteljährlicher Folge erscheinenden Berichte dieser Reihe ebenso einen Gesamtüberblick wie auch Detailinformationen über die wichtigsten sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik vermitteln.

Die Reihe wird sowohl im Einzelheftverkauf als auch im Abonnement vertrieben.

- **Umfang der einzelnen Hefte zwischen 40 und 70 Seiten im DIN A 5-Format**
- **Preis für das Jahresabonnement (vier Hefte) ca. DM 20,—**
- **Einzelhefte je nach Umfang zwischen 5,— und 8,— DM**
- **Auslieferungsbeginn voraussichtlich September 1976**

Fordern Sie bitte unverbindlich direkt beim IMSF oder über Ihre Buchhandlung einen Spezialprospekt an!

Edmond Préteceille

Städteplanung. Widersprüche der Stadtentwicklung im Kapitalismus

Dieser von der Redaktion des Marxismus-Digest geringfügig gekürzte Beitrag ist entnommen aus: économie et politique. revue marxiste d'économie, Paris, Nr. 236, März 1974, S. 94–114

Die Kritik an der Verstädterung im Kapitalismus beginnt häufig damit, die unkontrollierte Entwicklung der Städte als deren wesentliches Merkmal zu verurteilen. Dies ist das Hauptthema der Städtebauideologien, die den ästhetischen bis hin zum technokratischen Städtebau umfassen, für die der Staat die Ordnung wiederherstellen soll, indem er der „automatischen Verstädterung“ eine „zielgerichtete Städtebaupolitik“ entgegenstellt. Denn Millionen Werktätige erleben die Städte täglich als ein Chaos von unzureichend versorgten Vororten, mangelhaften und beschwerlichen Transportwegen, Verkehrsstauungen und von zu teuren, zu engen und zu lauten Wohnungen.

Dieses Chaos ist dennoch nicht so zufallsbedingt, wie man gerne vorgibt. Die Krise der Städte erweist sich zunehmend als Auswirkung einer Politik und mitnichten als natürliches Verhängnis, als pathologische Entwicklung der Städte, für die jeder von uns in irgendeiner Weise verantwortlich wäre, ebenso wie für die Luftverschmutzung. Bedeutet dies jedoch, daß eine solche Politik als gezieltes strategisches Vorgehen eines Staates verstanden werden muß, der den städtischen Raum, auf den die herrschende Fraktion der kapitalistischen Klasse Anspruch erhebt, gezielt strukturiert?

Wenn die Bedeutung der staatlichen Intervention für das Wachstum der Städte nicht verneint werden kann, so schwankt die Analyse zwischen den zwei Polen der anarchischen Entwicklung der Städte und mitschuldigem Laissez-Faire-Prinzip und dem autoritären staatlichen Eingriff, der eine Strategie zugunsten der Monopole verfolgt. Und wenn es eine Art staatlicher Intervention gibt, die in dieser Hinsicht besondere Probleme aufwirft, so wird diese gemeinhin Städteplanung genannt.

Zu dem Zeitpunkt also, an dem sich die Krise der Städte, Abbild der allgemeinen Krise des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, spürbar zuspitzt, nehmen offenbar staatliche Interventionen in Form von Städteplanung zu. Wie sind diese einzuschätzen? Gibt es wirklich eine Städteplanung, und wenn ja, wie ist sie beschaffen? Oder dient sie nur als „Feigenblatt“, als reine Verschleierungs-ideologie, welche die völlig im Dienste der anarchischen Interessen des Privatkapitals stehenden Praktiken zudecken soll?

Diese Fragen haben zugleich theoretische wie politische Relevanz. Es geht darum, eine gründlichere Analyse der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) unter dem Aspekt der Krise der Städte zu leisten, nicht nur in ihren unmittelbar erfahrenen Konsequenzen — verschärfte Bedingungen zur Reproduk-

tion der Arbeitskraft –, sondern auch in ihren Ursachen und ihrem Ablauf. Zum besseren Verständnis der Tendenz und Widersprüche in der Städtebaupolitik genügt es offensichtlich bei weitem nicht, die durch die Monopole verursachten negativen Auswirkungen pauschal zu verurteilen. Und die Kluft zwischen allgemeinen Analysen über den SMK und die Krise, in der er steht, sowie den speziellen Problemen in der Städtebaupolitik, kann Probleme aufwerfen, sowohl für zahlreiche demokratisch gewählte Personen, die sich auf Verwaltungsebene mit der Vorbereitung von Städteplanung befassen, wo sie im Sinne der „gemeinsamen Durchführung von Stadtplanung“ mit zuständig sind, als auch im weiteren Sinn für die verantwortlichen Politiker, für diejenigen, die zum aktiven Kampf gegen die Macht der Monopole aufgerufen sind, zum „zentralen Kampf“, in dem alles, was mit den Lebensbedingungen der Werktätigen zusammenhängt, von Bedeutung ist. Es geht gleichfalls darum, an der Festlegung der Ziele einer demokratischen Städtebaupolitik im Rahmen der Durchführung des Programmes commun mitzuwirken.

In dem Bestreben, die zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen notwendigen Analysen voranzutreiben, wollen wir nun den Stellenwert der Städteplanung im kapitalistischen Verstädterungsprozeß untersuchen. In weiteren Arbeiten sollen dann die spezifischen Tendenzen in der Phase des SMK untersucht werden, sowie die Wechselbeziehungen zwischen Stadtplanung, politischem Kampf und demokratischen Zielsetzungen.

Die herkömmliche Kritik an der Verstädterung im Kapitalismus verurteilt die unkontrollierte Entwicklung der Städte. Abgesehen aber von Ordnung oder Chaos der Städte erhebt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Beschaffenheit der Stadt, der Verstädterung. Das Erscheinungsbild der Stadt im 19. Jahrhundert ist vor allem eng verknüpft mit der rapiden Zunahme der Industrialisierung im Kapitalismus. Diese konzentriert in den Städten große Massen an „frei verfügbaren Arbeitskräften“, und der Verstädterungsprozeß verdeutlicht diesen wichtigen Aspekt der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit, den Gegensatz zwischen Stadt und Land. Es besteht gleichwohl die Notwendigkeit, in Weiterführung dieser ersten Gesamtbeurteilung die Funktion der Stadt im Hinblick auf Kapitalakkumulation und Reproduktion der Arbeitskraft differenzierter zu analysieren.

Verstädterung, Produktion, Verkehr und Handel

Die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt, wie sie sich für ein einzelnes Unternehmen anhand einer Reihe von Standortvorteilen ergibt, ist ohne Frage der Aspekt, der in der städtischen Wirtschaftsplanung bislang am häufigsten untersucht wurde. Aber die tausendmal wiederholte Formel von „der Stadt als Fokus äußerer Einflüsse“ ersetzt praktisch die Theorie, mit anderen Worten, man begnügt sich mit der Feststellung dieser Folgen für das Unternehmen und bringt die „Stadt als solche“, als äußere Gegebenheit ein, deren Existenz – unabhängig

von der Produktion selbst und verhaftet mit einem irgendwie gearteten kulturellen oder „historischen“ Phänomen, einen „Faktor“ oder ein „Bündel von Faktoren“ der Produktion darstellen würde. Hinzugefügt sei, daß diese aus empirischer Sicht sicher nützlichen Darlegungen überwiegend von einer monetären Quantifizierung ihrer Resultate ausgehen.

Wenn die Stadt schon vor der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise existiert und ursprünglich wirklich als eine günstige Ausgangsbasis besteht, kann die Verstädterung im Kapitalismus weder als äußere Gegebenheit noch als bloßes induziertes Resultat definiert werden, wie es beispielsweise die wirtschaftliche Grundlagentheorie vertritt. Um das eigentliche Wesen der Verbindung zwischen dem Wachstum der Städte und der Steigerung der gesellschaftlichen Produktion zu bestimmen, gilt es, die Sicht des Einzelunternehmens zu verlassen und sich der Gesamtproduktion zuzuwenden. Wenn für jedes Unternehmen die „Einflüsse von außen“ auf die Stadt vorgegebene Fakten sind, die den natürlichen Umständen gleichgesetzt werden, dann steht die Konzentration der vorhandenen Produktionseinheiten im Stadtgebiet in unmittelbarem Zusammenhang mit der fortschreitenden Teilung der Arbeit in der Gesellschaft¹. Räumliche Konzentration und gesellschaftliche Teilung der Arbeit führen zunehmend zu einer besonderen Art und Weise der gesellschaftlichen Kooperation unter den Produktionseinheiten. Diese Kooperation ist sicherlich ganz anderer Art als die, die in der industriellen Produktion mit der technischen Teilung der Arbeit entsteht; Marx sagt dazu: „Anarchie der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit und Despotismus der manufakturmäßigen Teilung der Arbeit sind Kennzeichen der bürgerlichen Gesellschaft.“ Trotz dieser Anarchie verzeichnet die Teilung der Arbeit und Verflechtung der im Stadtgebiet konzentrierten einzelnen Produktionseinheiten die Entstehung und Weiterentwicklung einer neuen Produktivkraft. Diese Produktivkraft ist ein wichtiges Kennzeichen der Verstädterung in bezug auf die Produktion; im Unterschied zu den in jeder Produktionseinheit vom Kapital beherrschten Produktivkräften ist sie eine vergesellschaftete Produktivkraft.

Diese Unterscheidung macht deutlich, warum die bürgerliche Wirtschaft, für die es keine andere Produktivkraft gibt als eine, die zur kapitaleigenen Ware werden kann, sie nur als Einflüsse von außen über ihre konkreten Erscheinungsformen begreifen kann, die zur Verwertung der verschiedenen Kapitalien beitragen. Demzufolge wird der Nutzen dieser Produktivkräfte nur in Zahlen beurteilt, ohne Berücksichtigung ihrer konkreten gesellschaftlichen Realität. Eine gründliche Untersuchung dieser gesellschaftlichen Realität ist um so wichtiger, als die Wirkung dieser gesellschaftlichen Produktivkraft von den Bedingungen der Verwendung der Produktivkräfte durch das Kapital abhängig ist und diese Bedingungen wiederum durch die Gesamtumstände ihrer Verwertung bestimmt werden. Das Ergebnis kann, je nach der allgemeinen Konjunkturlage, der Ent-

1) Siehe hierzu den Artikel von J. Lojkine: „Beitrag zu einer marxistischen Theorie über die Verstädterung im Kapitalismus“. Cahiers internationaux de Sociologie urbaine, 1972.

wicklung der Profitrate in den einzelnen Wirtschaftssektoren, positiv oder negativ beurteilt werden; dieselbe Stadt, dieselbe Stadtregion können eine Zeitlang als Gebiete gelten, in denen sich die Kapitalverwertung lohnt, bald darauf bereits verlassen werden und als kritische Gebiete gelten, und das, obwohl die gesellschaftlichen Produktivkräfte, die dort ansässig sind und das Gebiet ausmachen, unverändert geblieben sind.

Die konkreten Aspekte dieser vergesellschafteten Produktivkraft im Verstädterungsprozeß sind zahlreich. Der seit langem als wichtigster Aspekt erkannte ist die Konzentration einer großen Zahl von Werktäglichen in einem Raum, wobei die kollektive Produktivkraft einer solchen Konzentration weitaus höher ist, als wenn man die Produktivkräfte jedes einzelnen Werktäglichen, getrennt genommen, einfach zusammenzählen würde. Als weiterer wichtiger Aspekt gilt seit langem der Ausbau der Transportmittel, aber es gibt andere, die sich abwechseln und wandeln in Korrelation zur allgemeinen Entwicklung der Produktivkräfte. Die Vielfalt der wechselseitigen Beziehungen der Produktionseinheiten untereinander, als konkreter Ausdruck der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit, die sich im Rahmen der Produktion einer bestimmten Ware vollzieht, ist, obwohl labil und in den Handelsbeziehungen verhaftet, ebenfalls ein wichtiger Aspekt, um den Handel und die Kooperation auf internationales Niveau zu bringen – der heute erreichte Vergesellschaftungsgrad der Produktion kann dank der Transportmittel weit über ein Ballungsgebiet oder ein Stadtgebiet hinausreichen.

Abschließend soll noch, immer aus der Sicht der Kooperation, die einhergeht mit der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit in der Produktion, die Bedeutung verschiedener Produktionsmittel hervorgehoben werden, wie Wasser, Elektrizität, Straßen – welche die Industrie in den Stadtzonen aufgrund des ständigen Betriebs jener vergesellschafteten Produktionseinheiten, die öffentliche Dienste heißen, vorfindet und über die sie verfügen kann.

Wenn wir uns nunmehr dem Verkehrssektor zuwenden, so zeigt sich, daß seine Entwicklung parallel zum Wachstum der Städte verläuft. Die räumliche Ballung von Produktionseinheiten und Bevölkerung hat zwei wesentliche Auswirkungen auf den Warenverkehr: zum einen schafft sie auch hier die Voraussetzung für eine zunehmende gesellschaftliche Teilung der Arbeit, die vom Standpunkt der Gesamtproduktion aus durch Spezialisierung von Kapitalien die Unkosten senken soll, die durch Ausgaben für den Verkehr entstehen, zum andern kann dadurch diese Phase der Unkostensenkung entscheidend verlängert werden, mit dem Ziel, die durchschnittliche Profitrate zu erhöhen bei gleichzeitiger Verkürzung der Dauer der Stillegung des Gesamtkapitals. Von daher gesehen sowie im Hinblick auf die Kapitalzirkulation selbst greift die Verstädterung im Kapitalismus auf bereits typische Strukturen der Städte in der vorkapitalistischen Gesellschaft zurück und hebt sie auf eine andere Ebene.

Hier muß man in der Analyse fortfahren, denn es wäre wohl paradox, die „anarchische Verstädterung“ nur unter dem Aspekt zu sehen, welchen Stellenwert die Stadt als gesellschaftliche Produktivkraft und kostensparender Faktor

hat: aber gerade das ist unbedingt notwendig zur Wiederentdeckung der „verlorengegangenen Ordnung“, auf die die Verurteilung der „städtischen Anarchie“ ja abzielt.

Wenn die herkömmliche städtische Wirtschaftsplanung tatsächlich die „Mißwirtschaft“ oder die negativen Folgen städtischen Wachstums untersucht, behandelt sie diese selbst dann als autonome Erscheinungsformen, die es zu heilen gilt. Ihre Analyse begnügt sich mit einer Aufstellung der negativen und positiven Ergebnisse.

Aber: „Sparwirtschaft“ und „Mißwirtschaft“ in einem Ballungszentrum sind nichts anderes als zwei zusammengehörige Aspekte desselben Verstädterungsprozesses; wenn das Wachstum der Städte Ausdruck der Entwicklung und zunehmenden Vergesellschaftung der Produktivkräfte ist, so ist diese Entwicklung keinesfalls linear oder auch nur kontinuierlich vorstellbar, sondern muß als widersprüchlicher Prozeß analysiert werden, der vom Hauptwiderspruch der Produktionsweise geprägt ist. Die Analyse muß die bestehenden Produktionsverhältnisse und ihre Folgen berücksichtigen.

Wenn das kapitalistische Unternehmen von der Verstädterung Vorteile hat, so deswegen, weil es aus den vergesellschafteten Produktivkräften, die es nichts gekostet haben, Nutzen zieht. Aber die Produktion kann nur weitergehen, wenn die Reproduktion dieser Produktivkräfte gesichert ist. Einige Faktoren für diese Reproduktion können teilweise von den Unternehmen beeinflußt werden, beispielsweise die Beibehaltung und Erweiterung der Kooperation zwischen den Produktionseinheiten, aber dies immer im Rahmen der Handelsbeziehungen und des Strebens nach größtmöglichem Profit; und das macht diese Kooperation von Grund auf labil.

Hingegen werden andere Faktoren von keinem kapitalistischen Betrieb allein beeinflußt oder sind von ihm beeinflußbar. Dies trifft zunächst auf die erhebliche Konzentration von Werktäglichen zu – wir werden später bei der Behandlung der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft hierauf zurückkommen – ferner auf die meisten vorhandenen Hilfsmittel, welche die Vergesellschaftung der Produktivkräfte gewährleisten: hier wären zu nennen Transportwesen, öffentliche Plätze und Straßen, Wasserstraßennetz, Gas, Elektrizität, Nachrichtenwesen usw. Diese Hilfsmittel sind zugleich materielle Dinge, als Produktionsmittel geeignete Gebrauchswerte oder Hilfsmittel für Verkehr und Handel, als auch Hilfsmittel für den Produktions- und Reproduktions-(Erhaltungs-)prozeß dieser Gebrauchswerte, die in den einzelnen Produktionseinheiten, im öffentlichen Dienst und in Privatunternehmen, eingerichtet wurden und für die Errichtung und Erhaltung der öffentlichen Einrichtungen arbeiten. Kennzeichnend für die Verstädterung ist im übrigen nicht allein das Vorhandensein jedes dieser Elemente, sondern nur ihr gleichzeitiges Vorhandensein, ihr räumliches Dasein. Charakteristisch für die städtischen Gebrauchswerte ist, daß es sich hier um komplexe Gebrauchswerte handelt.

Eine Straße, Wasserversorgungs- und Kanalisationsnetz, Elektrizitäts-, Gas- und Nachrichtennetz, ein Bahnhof ... sind Produktionsmittel, von denen jedes

einen eigenen Gebrauchswert hat. Aber die räumliche Gliederung dieser verschiedenen Elemente schafft einen neuen Gebrauchswert, komplex insofern, als er aus der Organisation von elementaren Gebrauchswerten resultiert, die in unterschiedlichen Prozessen hergestellt wurden. Und dieser Gebrauchswert ist hoch, da Produktion und Verkehr im selben Raum eine gleichzeitige Nutzung verschiedener elementarer Gebrauchswerte beinhalten. Dies betont noch mehr den vergesellschafteten Charakter der Produktivkräfte und der städtischen Gebrauchswerte, deren positive Folgen weitgehend abhängig sind von der räumlichen Anordnung, dem Vorhandensein der einzelnen Werte und Produktionseinheiten.

Der Ausbau dieser komplexen Gebrauchswerte ist ein Aspekt des Vergesellschaftungsprozesses der Produktivkräfte in der Verstädterung, diese Gebrauchswerte sind aber gleichzeitig Voraussetzung für eine Vergesellschaftung: die Produktion dieser Gebrauchswerte erfordert selbst besondere Arten der Zusammenarbeit zwischen den Produktionseinheiten, die jedes einzelne Element produzieren oder sie darstellen. Hinzu kommt, daß das Vorhandensein solcher komplexer Gebrauchswerte mit der vergesellschafteten Nutzung eines Teils des städtischen Raums einhergeht, wie es sich an der Bedeutung der öffentlichen Plätze und des Grundbesitzes der öffentlichen Körperschaften erweist.

Daher kann die private, zergliederte und parzellierte – mit einem Wort anarchische – Raumnutzung als grundlegendes Merkmal der Verstädterung im Kapitalismus über die Beschaffenheit selbst der herrschenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse sich nicht weiterentwickeln ohne gleichzeitige Entwicklung ihrer Negation, der gesellschaftlichen Nutzung von Raum, ohne die sie nicht existieren kann. Ebensowenig kann sich die ungehemmte kapitalistische Produktion, diese Vielzahl von Produktionsprozessen, aufgespalten in so viele unterschiedliche und konkurrierende Verwertungsprozesse von Kapitalien, nicht fortentwickeln ohne gleichzeitige Zunahme der vergesellschafteten Produktion von Hilfsmitteln der Produktivkräfte im Verstädterungsprozeß.

In dieser widersprüchlichen Entwicklung wird auf der Ebene der gesellschaftlichen Produktion der Widerspruch der kapitalistischen Produktionsverhältnisse deutlich, der der gesellschaftlichen Natur der Ware zu eigen ist.

In dieser Hinsicht ist der vergesellschaftete Charakter der Verstädterung noch älter als die kapitalistische Produktionsweise, so bestand die grundlegende wirtschaftliche Bedeutung von öffentlichen Wegen und Plätzen schon viel früher. Neu an der Verstädterung im Kapitalismus ist jedoch das Ausmaß des Akkumulationsprozesses. Und wenn sich dieser Prozeß anfänglich auf die vorhandenen Städte und auf öffentliche Einrichtungen, die noch aus früheren Produktionsweisen bestehen, stützen kann, so ist das unaufhörliche Streben nach Kapitalverwertung und nach Profit, das von der Konkurrenz unter den einzelnen Kapitalträgern noch verschärft wird, so groß, daß diese Einrichtungen schnell verbraucht sind – um so mehr, als sie das Kapital nichts kosten – wie auch die Luft, das Wasser, die Natur allgemein rasch verbraucht sind. Und diese immer schnellere Ausbeutung der städtischen Gebrauchswerte durch das Kapital wendet sich schließlich gegen das Kapital selbst, sein planloser und exzessiver Verbrauch

macht die erwarteten Nutzeffekte zunichte oder vermindert sie. Sowie die erweiterte Reproduktion der Gebrauchswerte, welche die Konzentration als Produktivkraft ausmachen, nicht gewährleistet ist, endet die Konzentration in Erstarrung und Immobilismus. Das Kapital, das die natürlichen Hilfsquellen der Verstädterung total aufgezehrt hat, klagt nun über „Mißwirtschaft“, über die anarchische und pathologische Entwicklung der Städte.

Verstädterung und Reproduktion der Arbeitskraft

Ungezügeltes Wachstum der Städte, das ist in der Verstädterungsiedeologie auch und vor allem die Ausuferung der Vororte, die steigende Zahl von weitgehend unzureichenden Siedlungen, die „automatische“ Verdichtung, „Verstopfung“, die „Umweltverschmutzung“. Es überwiegt die Sorge um die Größe der Städte, um die unkontrollierbare Megalopolis.

Dennoch ist dieses ungehemmte Anwachsen der Stadtbevölkerung unmittelbare Folge der Entwicklung der Produktivkräfte, des Strebens nach Kapitalakkumulation. Wenn die Städte auf diese Weise eine immer größere Zahl an Arbeitskräften aufnehmen, so schließt die steigende Akkumulation ein, daß die Reproduktion dieser Arbeitskraft gesichert wird. Charakteristisch für diese Bevölkerung ist, daß es sich überwiegend um eine Masse von „frei verfügbaren Arbeitskräften“ handelt, die kaum etwas anderes als ihre Arbeitskraft besitzen. Die Trennung von Produktionsmitteln und Werktäglichen beraubt letztere im wesentlichen jeder Möglichkeit, auch nur einen Teil ihres Lebensunterhalts durch unmittelbare Nutzung der Natur zu garantieren².

Auch dort wird durch die zunehmende gesellschaftliche Teilung der Arbeit in den städtischen Ballungsgebieten angestrebt, durch autonome und spezialisierte Verfahren die Produktion der verschiedenen notwendigen Gebrauchswerte zu garantieren, um die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu erfüllen.

Die bürgerliche Wirtschaft erkennt diesen positiven Aspekt an, wenn sie von den „Vorteilen der Stadt für den Endverbraucher“ spricht. Da unser Thema jedoch die Produktivkraft im Verstädterungsprozeß ist, muß sofort ergänzt werden, daß diese Arbeitsteilung und diese Herstellung von notwendigen Gebrauchswerten vom Kapital als Verwertungsprozeß für die verschiedenen Kapitalien gelenkt wird. Und das Profitstreben hat die bereits erwähnte Anarchie in der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit zur Folge, eine verzerrte und ungenügende Antwort auf gesellschaftliche Bedürfnisse: es werden nur solche Waren

2) Ein solches Kapital kann einen Mehrprofit anstreben durch Kosteneinsparungen für die Arbeitskraft, wenn ein Teil der Reproduktion dieser Arbeitskraft durch Selbstversorgung in einer anderen Produktionsweise gesichert ist: dies ist die Analyse Engels über den Landarbeiter im 19. Jahrhundert (siehe: Die Wohnungsfrage). Wenn es diese Art der Selbstversorgung auch heute noch gibt, dann vor allem in Kleinstädten. Aber der fortschreitende Verschleiß der Arbeitskraft (Arbeitsrhythmus, Arbeitszeit) erschwert sie immer mehr.

produziert und gehandelt, die einen Mehrwert mit ausreichender Profitrate erzielen.

Das Ergebnis ist in zweifacher Hinsicht unzureichend:

- einmal eine unzureichende Zahl bestimmter Gebrauchswerte
- zum andern unzureichende Qualität der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, denen die kapitalistische Warenproduktion allein nicht gerecht werden kann. Denn der Wandel der gesellschaftlichen Bedürfnisse als Folge der Entwicklung der Produktivkräfte zeigt sich in einer wachsenden Vielschichtigkeit der gesellschaftlichen Bedingungen, die zu ihrer Reproduktion erforderlich sind und in einer Vergesellschaftung des Verbrauchs, die parallel läuft zur Vergesellschaftung der Produktion.

Der städtische Raum als Ort der gesellschaftlichen Reproduktion der Arbeitskraft muß die hierfür erforderlichen Voraussetzungen anbieten: das bedeutet, daß Wohnungen an Wasserversorgungs-, Elektrizitäts-, Gas- und Kanalisationsnetz sowie an das Straßennetz und die allgemeinen Transportwege angeschlossen werden und daß von den Wohnungen aus Geschäfte, Schulen, kulturelle, sportliche und medizinische Einrichtungen und selbstverständlich auch der Arbeitsplatz gut erreichbar sind. Das beinhaltet, daß in den einzelnen Stadtgebieten diese Gebrauchswerte als umfassender Komplex vorhanden sein müssen, wobei ein Teil davon mit den für Produktion und Verkehr erforderlichen komplexen Gebrauchswerten verbunden sein muß.

Zu diesen Aspekten, die überwiegend die unmittelbare tägliche Reproduktion der Arbeitskraft betreffen, kommen noch jene der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion. Davon ist die Reproduktion des „Team-Arbeiters“ betroffen, dessen Bedeutung mit den Anfängen der wissenschaftlichen und technischen Revolution zunimmt. Lehre, Forschung, Informationsmedien, kulturelle und künstlerische Aktivitäten nehmen in der Stadt immer mehr an Bedeutung zu. Aber auch diese Funktion der Stadt ist kein Zufallsprodukt. Es ist notwendig, daß im Verstädterungsprozeß die Voraussetzungen zur Weiterentwicklung dieses Gesellschaftsprozesses geschaffen werden: Und wie kann das geschehen unter der immer stärker werdenden Herrschaft des Profitstrebens?

Widersprüche der Verstädterung im Kapitalismus und staatliche Vergesellschaftung der Raumnutzung

Bei der Analyse der Produktivkräfte der Verstädterung wurde gezeigt, daß diese als besondere Formen der Vergesellschaftung der Produktion zu ihrer Entwicklung das Vorhandensein eines gut strukturierten Gefüges von Hilfsmitteln als notwendig voraussetzt. Das rasche Anwachsen der Wirtschaft bewirkt, daß die städtischen Gebrauchswerte aus früheren Produktionsweisen schnell unzureichend und ungeeignet für die neuen Produktionsverfahren werden.

Kernproblem für Produktion und Verkehr ist folglich die erweiterte Reproduktion der städtischen Gebrauchswerte als notwendige allgemeine Grundlage

für die Produktion. Aber eine derartige erweiterte Reproduktion stößt auf Hindernisse, die im eigentlichen Wesen der Produktionsverhältnisse liegen.

Solche Gebrauchswerte werden von jeder Produktionseinheit oder jedem Unternehmen verbraucht, ebenso wie so viele andere äußere Bedingungen, gleichsam natürliche „Produktionsfaktoren“, deren Erneuerung im Kapitalumlauf nicht so eingeplant ist, wie beispielsweise der Kauf von Rohstoffen oder Arbeitskraft. Sie interessieren jedes Kapital nur dann, wenn es weiterhin darüber verfügen muß oder unter Umständen sogar die bestehenden Bedingungen verbessern will, um seine Produktion zu steigern oder einen differentiellen Mehrprofit zu erzielen. Die städtische Wirtschaft interessierte sich auch hier nur äußerlich für diesen Sachverhalt, nämlich dann, wenn es um die Frage nach dem Standort für ein Unternehmen auf einem Gebiet ging, das durch unregelmäßige Anordnung der notwendigen Faktoren gekennzeichnet war – wobei diese Faktoren als feststehende Größe hingestellt wurden; aber eine Straße, Eisenbahnschienen, ein Wasserversorgungsnetz – all das wird gebaut, ausgebessert, benutzt, weiter entwickelt und modernisiert. Man könnte meinen, daß die Zunahme der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit durch die Entwicklung spezialisierter kapitalistischer Produktionseinheiten von selbst zu einer Lösung führt: aus der Sicht der herkömmlichen Wirtschaft müßte jede Nachfrage für das Kapital die Möglichkeit bieten, ein Angebot zu produzieren, wenn nur die Nachfrage groß genug ist.

Dennoch geschieht das nicht oder nur bedingt. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Der erste Grund ist der stark vergesellschaftete Charakter der Produktion und Verschleiß dieser Gebrauchswerte. Man kann sagen, daß diese Gebrauchswerte nicht auf natürlichem Wege in den Warenkreislauf integriert werden können; die Unteilbarkeit des Gebrauchswertes und seine konkrete Realisierung machen seine Zirkulation als bloße Teilmengen an Tauschwert unmöglich: ein typisches Beispiel hierfür sind Straßen oder Landstraßen. Die Zirkulationsmöglichkeiten als Ware sind sicherlich von Fall zu Fall verschieden: sie sind leichter durchführbar für Wasser, Elektrizität oder Gas als für eine Straße, in dem Maße, in dem man einen einzelnen und quantifizierten Verbrauch individualisieren kann, aber dies geht nur zum Teil, da ein wichtiger Bestandteil des Gebrauchswertes, nämlich der Verbindungen untereinander, nur als Gesamtheit und nicht getrennt realisiert werden kann.

Der zweite Grund liegt in der Funktion dieser Elemente als wesentlicher Träger der Vergesellschaftung der Produktion und der Zunahme des Verkehrs. Die Produktion dieser Elemente als reine Ware würde ihren Gebrauchswert den Gesetzen der Verwertung eines Einzelkapitals unterwerfen, während im Hinblick auf die Akkumulation der Gesamtheit aller Kapitalien, die an ihrem Gebrauch interessiert sind, ein Gebrauchswert notwendig ist, der immer mehr auf die Erfordernisse von Produktion und Verkehr zugeschnitten ist.

Ein dritter wichtiger Grund liegt in der organischen Zusammensetzung und der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals in diesen Produktionssektoren. Nehmen wir die Produktion im Transportwesen, sei es städtisch oder nicht, so ist die organische Zusammensetzung des erforderlichen Kapitals höher, hauptsäch-

lich aufgrund der Bedeutung des Anlagekapitals, das ja Infrastrukturen darstellen: wie Straßen, Brücken, Eisenbahnschienen, Bahnhöfe, Tunnels usw. Die Masse an Wert und Arbeitszeit, die sich in diesen Produkten als Komponenten des Anlagekapitals angesammelt hat, ist gewaltig und die Dauer ihrer Rotation beträchtlich. Man kann sagen, daß das Wachstum der Städte durch die Anhäufung der für sie notwendigen städtischen Infrastrukturen in hohem Maße zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung des gesamten gesellschaftlichen Kapitals und somit auch zur tendenziellen Senkung der durchschnittlichen Profitrate beiträgt.

Als letzter Grund ist noch die Frage des Grund und Bodens zu berücksichtigen. Die Produktion städtischer Gebrauchswerte verbraucht viel Raum, und was noch wichtiger ist, strukturierten Raum. Das Hindernis des Grundbesitzes, bereits erheblich für die Nutzung parzellierter und begrenzter Flächen durch das Kapital, wird unermeßlich groß, wenn es um die Nutzung zusammenhängender Gebiete für die verschiedenen Infrastrukturen geht, da durch die geringe Zahl möglicher Standorte die Monopolrente voll ausgenutzt werden kann. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit staatlichen Eingriffs zur Sicherstellung umfangreicher vergesellschafteter Flächennutzung; zu erwähnen ist dabei, daß sich die Gesetzgebung über Enteignungen genau anhand der konkreten Durchführung von Infrastrukturen wie Transportwegen, Straßen, Leitungsnetzen und öffentlichen Einrichtungen herausgebildet hat.

Parallel dazu bedingt die Reproduktion der Arbeitskraft das Vorhandensein allgemeiner gesellschaftlicher Umstände, die gewährleisten, daß die Werktätigen über die verschiedenen notwendigen Gebrauchswerte verfügen können. Dies bedeutet das Vorhandensein und folglich auch die Reproduktion dieser Gebrauchswerte, ebenso müssen diese räumlich so verteilt sein, daß ein gesellschaftlicher Bereich entsteht, zu dem die Werktätigen auch wirklich Zugang haben.

Einige dieser Gebrauchswerte sind mit denjenigen verbunden, die in der Produktion und im Verkehr eine Funktion haben: man kann beispielsweise einzelne Strecken des Straßennetzes nicht einteilen in Straßen, die im Dienst der Kapitalakkumulation stehen, und solche, die der Reproduktion der Arbeitskraft dienen, sondern die Analyse kann nur auf einer allgemeineren Ebene in bezug auf die Gesamtkonzeption von Straßen- und Verkehrsnetz erfolgen.

Andere Gebrauchswerte sind dagegen speziell zur Reproduktion der Arbeitskraft bestimmt. Wie im vorherigen Fall bezieht sich eine erste Stufe der Vergesellschaftung auf die spezialisierten Produktionsprozesse jedes einzelnen Bestandteils. Die Gründe für eine solche Form der Vergesellschaftung sind jedoch unterschiedlich, vielschichtiger. Wie kommt der Staat dazu, auf diese Weise die Verantwortung für einen Teil der Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse zu übernehmen, eine „Sozialpolitik“ zu betreiben? Hierauf gibt es zumindest zwei und einander widersprechende Antworten: Die Übernahme dieser Verantwortung wird zum Teil vom Klassenkampf erzwungen, zum Teil ist sie Antwort auf bestimmte Bedürfnisse des Kapitals selber im Hinblick auf die von ihm benötigte Arbeitskraft. So sind der Ausbau des staatlichen Schulwesens oder des staat-

lichen Gesundheitswesens beispielsweise Erscheinungsformen, die nicht nur unter dem rein ökonomischen Aspekt ihres Nutzens für die Kapitalakkumulation gesehen werden können, obschon die Senkung der Direktkosten der Arbeitskraft für das Kapital durch vergesellschaftete Verantwortung für einen Teil der notwendigen Bestandteile ein gleichbleibend wichtiger Punkt ist, und obwohl die ökonomischen Ziele der Kapitalisten sich in vielerlei Gestalt äußern.

Über diese erste Stufe der Vergesellschaftung hinaus, die in erster Linie in den staatlichen Maßnahmen im Hinblick auf Sozialinvestitionen manifest wird, erhebt sich wieder die Frage nach der – infolge des Wachstums der Städte erweiterten – Reproduktion von komplexen Gebrauchswerten, die den gesellschaftlich vorhandenen Raum zur Reproduktion strukturiert.

Damit ist eine Vergesellschaftung erreicht, welche konkret die unter den Produktionsprozessen der kollektiven Einrichtungen erforderliche Kooperation sowie ihre Koordination mit der kapitalistischen Produktion und Zirkulation derjenigen Gebrauchswerte absichert, die von den Werktätigen über den Handel konsumiert werden.

Aus all den erwähnten Gründen nimmt im kapitalistischen Verstädterungsprozeß die Zahl der staatlichen Eingriffe zu, die auf verschiedene Art und Weise – historisch und je nach Gesellschaftsstruktur veränderbar – auf eine staatliche Vergesellschaftung der Produktion der einzelnen städtischen Gebrauchswerte abzielen. Diese staatliche Vergesellschaftung erstreckt sich, in unterschiedlichen Abstufungen und Intervallen, zunächst auf jeden einzelnen Gebrauchswert. Aber die weitere Reproduktion der komplexen Gebrauchswerte, die durch die räumliche Gliederung der Einzelemente und der Produktionseinheiten erfolgt, erfordert ihrerseits außer dem staatlichen Eingriff in die einzelnen Produktionsprozesse den Aufbau einer höheren Stufe der Kooperation dieser Prozesse untereinander, einer Kooperation, die als Ergebnis der Gesamtkoordinierung unterschiedlicher Prozesse zur Entstehung komplexer Gebrauchswerte führt.

Wenn die zunehmende gesellschaftliche Teilung der Arbeit bestimmte gesellschaftliche Kooperationsformen beinhaltet, so ist ihr Hauptmerkmal in der kapitalistischen Produktionsweise zunächst einmal Anarachie, ein Aufbrechen der gesellschaftlichen Produktion in eine Vielzahl privater Produktionsprozesse, die vom Gesetz der Kapitalakkumulation beherrscht sind; die Beziehungen innerhalb dieser Prozesse nehmen hier den Charakter reiner Objektbeziehungen an, von Waren, die zirkulieren.

Die Verstädterung im Kapitalismus ist folglich in der Hauptsache eine Vielzahl privater Prozesse der Aneignung von Raum durch Kapitalisten; jeder dieser Prozesse wird dabei bestimmt von den jeweiligen Produktionsverhältnissen, das heißt, von den Eigengesetzen der Verwertung jedes Kapitals oder Kapitalteils.

Als kapitalistische Warenproduktion ist die Produktion von Gebrauchswerten – wenn sie trotz allem einem gesellschaftlichen Bedarf, der Voraussetzung für den Handel, entsprechen soll – dem Profitstreben und den Bedingungen zur Erwirtschaftung des Mehrwerts unterworfen, wird davon beherrscht und gelenkt.

Das Streben nach maximalem Profit für jedes Kapital, die Konkurrenz der einzelnen Kapitalien untereinander, führt unweigerlich zu einer Form der Aneignung des Raumes, in der die Kooperation und die Schaffung von komplexen Gebrauchswerten nur dort zählen, wo sie zur erweiterten Reproduktion des Kapitals – keinesfalls der Gebrauchswerte – beitragen oder hierfür notwendig sind.

Hierin besteht *der Grundwiderspruch der Verstädterung im Kapitalismus*, ein Widerspruch zwischen der Notwendigkeit einer wachsenden Vergesellschaftung bei der Nutzung von Raum zur erweiterten Reproduktion der Produktivkräfte und der privaten Nutzung dieses Raumes im Kapitalismus, die von den zahlreichen und miteinander konkurrierenden Forderungen nach Verwertung der verschiedenen Kapitalien beherrscht ist.

Die Erscheinungsformen dieses Widerspruchs können aufgezeigt werden, indem die verschiedenen Komponenten der erweiterten Reproduktion der Produktivkräfte untersucht werden; wir wollen an dieser Stelle nur auf drei der wesentlichsten Punkte eingehen.

Der Grundbesitz, auf seine Art von der kapitalistischen Produktionsweise als private Aneignung eines Produktionsmittels und als Erwerbsquelle reproduziert, verschärft den Widerspruch besonders, sowohl was die Produktion als auch den Verkehr und die Errichtung der städtischen Gebrauchswerte anbelangt. Der Grundbesitz hat eine doppelte Wirkung, einmal auf den Tauschwert und zum andern auf den Gebrauchswert. Auf den Tauschwert wirkt er sich bei der Verteilung des Mehrwerts aus, wo er durch die Abschöpfung der Grundrente je nach Modalität – Differentialrente, absolute Rente, Monopolrente – zur Entnahme von Mehrwert führt, der für eine unmittelbare Kapitalakkumulation frei wird. Auf den Gebrauchswert wirkt er als Produktionsverhältnis, indem er die tatsächlichen Bedingungen zur Aneignung des Raums, der als Mittel und Hilfsmittel der Produktion gilt, festlegt. Seine Auswirkungen sind besonders spürbar und negativ im Hinblick auf die Vertiefung der Kooperation und all die Gebrauchswerte, für die Raum ein wichtiger Faktor ist, wohlgemerkt, einschließlich der komplexen Gebrauchswerte, die mit der Raumgliederung zusammenhängen.

Hier stößt die kapitalistische Produktionsweise auf ein Hindernis, das durch die Überlagerung verschiedener Arten von Grundbesitz in der Gesellschaft, die für sie nicht alle geeignet sind, d.h. nach ihren ökonomischen Regeln funktionieren, noch erschwerend wirkt.

Insgesamt gesehen ist der Grundbesitz, kapitalistisch oder nicht, ein Haupthindernis für die Vergesellschaftung der Raumaneignung, und dies ist wohl einer der Gründe dafür, daß sich die Städteplanung so früh, weit vor der Wirtschaftsplanung, entwickelt hat. Dennoch möchten wir hinzufügen, daß es nicht genügt, den Grundbesitz zur Hauptursache für die negativen Seiten der Verstädterung zu machen. Das Hindernis des Grundbesitzes (als solches wird es sogar vom Kapital gesehen) wird vom gesellschaftlichen Standpunkt aus im privaten Prozeß der Aneignung von Raum durch das Kapital reproduziert, der vom Profitstreben beherrscht ist. Wenn es stimmt, daß die Aneignung von Raum im Kapitalismus

einen höheren Grad der Vergesellschaftung darstellt im Vergleich zu früheren Verfahren, aus denen noch gewisse Formen des heutigen Grundbesitzes überliefert sind, so steht diese selbst heute im Widerspruch zum neuen Grad der Vergesellschaftung, der im Verstädterungsprozeß durch die Steigerung der Produktivkräfte erreicht worden ist.

Die Planung von Gesellschaftsbereichen zur Reproduktion der Arbeitskraft in der Reichweite von Wohnungen wird zunächst durch die allgemeine Unzulänglichkeit dafür verwendeter staatlicher Finanzierungsmittel erschwert. Sie hat zur Folge, daß dieser Raum dadurch besonders verkümmert, daß nur mangelhafte kollektive Einrichtungen für die Werktätigen und ihre Familien zur Verfügung stehen. Aber außerdem wird eine solche Planung dadurch erschwert, daß die Verwertungsbedingungen der Teilkapitalien nicht aufeinander abgestimmt sind; dies sichert die Produktion und Zirkulation der verschiedenen in diesem gesellschaftlichen Raum bestehenden Gebrauchswerte, führt aber zur Zersplitterung des Raums in spezialisierte monofunktionale Zonen.

In der allgemeinen Raumgliederung der städtischen Ballungsgebiete wird die *Konkurrenz unter den verschiedenen Arten der Nutzung des Raums*, der Nutzung der städtischen Gebrauchswerte, die an verschiedenen Punkten des Raums geschaffen werden können, bestimmt von dem höchstmöglichen Niveau der Grundrente in Form des Bodenpreises. Daraus ergibt sich in Abhängigkeit von der Fähigkeit, die Rente zu tragen, also von der Masse des freigewordenen Profits, eine Selektion der Bodennutzungsarten, die auf eine steigende Entmischung der Funktionen städtischen Raums hinausläuft. Diese Entmischung, die besonders deutlich wird in der Trennung von Arbeits- und Wohngebieten für die Masse der Werktätigen, führt zu einem rapiden Ansteigen des Pendelverkehrs und zur allgemeinen Überlastung der Straßen- und Transportnetze, die sich schließlich nachteilig auf die Möglichkeit auswirkt, an diesem oder jenem Standort in der Stadt Gebrauchswerte zu realisieren.

Erscheinungsformen der Städteplanung und widersprüchliche Ziele staatlicher Intervention

Die Produktionsverhältnisse im Verstädterungsprozeß, das heißt die gesellschaftlichen Verhältnisse, die jeden Produktions- und Zirkulationsprozeß der städtischen Elemente kennzeichnen, sind als bestimmende Faktoren genannt worden. Interventionen des Staates wirken auf eben diese Produktions- und Zirkulationsverhältnisse ein. Es wäre noch zu bemerken, daß der Staat in diesen Verhältnissen mittels der juristischen Kodifizierung, die diese widerspiegeln und absichern, immer gegenwärtig ist. Die erste Kategorie von Städteplanung erfolgt in Form eines juristischen Eingriffs in die Produktionsverhältnisse; es wird eine juristische Definition der Bedingungen gegeben, unter denen die verschiedenen Träger der Gesellschaft sich städtischen Raum aneignen können: Definition des „Bodenrechts“, d.h. der Art eines Bauvorhabens, das auf einem Gelände möglich

ist, seine Funktion und Merkmale, der Gebrauch, der davon gemacht werden kann...

Früher dagegen, oder zu einer Zeit, als es noch keine derartige Planung gab, wurde der Bereich der damals möglichen gesellschaftlichen Nutzungsarten eines Gebiets von ausschließlich objektiven Kriterien bestimmt – natürlicher Art (wie Beschriftenheit des Bodens, Ort) und gesellschaftlicher Art (wie Nähe anderer Erwerbszweige oder Einrichtungen); die möglichen gesellschaftlichen Gebrauchsarten wurden von den städtischen Gerichten festgelegt. Jeder Produktionsprozeß eines Einzelelements wird so teilweise, über die Produktion des geplanten Einzelgebrauchswertes hinaus, zur Produktion komplexerer Gebrauchswerte gelenkt, die sich aus der räumlichen Zuordnung zu anderen, bereits vorhandenen oder geplanten Gebrauchswerten, ergeben können.

Wir möchten feststellen, daß es hier auf Anhieb um ein Interventionsrecht geht, das sich nicht darauf beschränkt, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse widerzuspiegeln und zu kodifizieren, sondern diese durch Vergesellschaftung verändert; dies zeigt deutlich der vorausschauende Charakter der juristischen Bestimmungen, welche die zukünftige Verstädterung mit berücksichtigen. Das zeigt, daß es sich wohl um etwas anderes handelt als um einen rein juristischen Vorgang: die Ausarbeitung des Bodenrechts beinhaltet notwendigerweise einen technischen Vorgang, der einerseits Planungsarbeiten und andererseits technische Aufgaben zum Entwurf komplexer Gebrauchswerte umfaßt, von Nutzeffekten, deren Schaffung es vorzubereiten gilt; die Anwendung dieses einmal erarbeiteten Rechts ist an sich schon interventionistisch und bedingt Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen über private Produktionsprozesse.

Halten wir auch fest, daß ein solches Interventionsrecht in gewisser Weise vom zentralen Inhalt der Rechtsideologie, der absoluten Gleichheit aller vor dem Gesetz, insofern abweicht, als es notwendigerweise eine ungleiche, differenzierte Definition der Voraussetzung zur Nutzung des Raums einschließt. Die Kontrolle über die verschiedenen Arten der Raumnutzung bleibt in privater Hand, eingeschränkt nur durch Bebauungsgesetze – die allerdings sehr eng gefaßt sein und bis zum Bauverbot gehen können.

Doch es gibt noch eine zweite Kategorie der Städteplanung, in der die Änderung der Produktionsverhältnisse tiefgreifender ist. Es handelt sich um die Planung, die mit der Errichtung der sogenannten öffentlichen Einrichtungen eng zusammenhängt. Hier kann man zwei Arten von Produktionsverhältnissen unterscheiden. Die erste ist durch vollständige staatliche Kontrolle des Produktionsprozesses gekennzeichnet (Produktionsarbeit, die von einer öffentlichen Hand, einem Staatsunternehmen oder ähnlichem garantiert wird). Die zweite, wahrscheinlich zumindest im Bereich, der uns angeht, häufigere, ist gekennzeichnet durch die bedingte Kontrolle des Staates über den Produktionsprozeß, von der Kontrolle über Finanzierung und Zirkulation des Produkts bis hin zur Definition seiner Merkmale, die eigentliche Produktionsarbeit liegt jedoch in der Hand von Privatunternehmen. Halten wir die gemeinsamen Merkmale dieser beiden Kategorien nachstehend fest: Finanzierung aus öffentlicher Hand, Definition der Haupt-

merkmale des Produkts durch den Staat, staatliche Kontrolle des Zirkulationsprozesses des Produkts; das steht hinter dem Ausdruck: „Staat als Auftraggeber“.

Wenn einerseits die Produktion öffentlicher Einrichtungen sektoriellen Erfordernissen entspricht – in zweifacher Hinsicht, einmal den Erfordernissen der ökonomischen Interessen eines Wirtschaftssektors und zum andern den spezifisch gesellschaftlichen Erfordernissen des Gebrauchswerts der Einrichtungen – so entspricht sie andererseits den Erfordernissen der Städteplanung. Jede öffentliche Einrichtung kann nur dann als sinnvoller Einzelgebrauchswert errichtet werden, wenn sie sich in die Gesamtstruktur der anderen städtischen Gebrauchswerte einfügt und dadurch die Schaffung komplexer Gebrauchswerte sichert: eine Straße, eine Schule, ein Wasser- oder Kanalisationsnetz werden erst durch die Wohnungen oder Gewerbezweige, die sie versorgen, voll funktional. Durch die Kontrolle der Produktion von öffentlichen Einrichtungen kann der Staat über diese zum Teil die Schaffung von Nutzeffekten der Agglomeration beeinflussen.

Nachdem wir diese beiden Arten der Stadtplanung anhand der Stellung des Staates in den Produktionsverhältnissen definiert haben, müssen wir nun auf die unterschiedlichen, voneinander abweichenden oder gar widersprüchlichen Tendenzen der Planung selbst eingehen. Es besteht zunächst ein großer Unterschied zwischen den städtischen Gebrauchswerten, die für die Kapitalverwertung notwendig sind, und jenen Gebrauchswerten, die für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind. Außerdem bestehen innerhalb jedes dieser beiden Bereiche Unterschiede, z.B. werden in den einzelnen Tätigkeitsbereichen unterschiedliche Nutzeffekte angestrebt oder es werden von den Monopolen andere Nutzeffekte gesucht als von den Handwerksbetrieben und kleinen Unternehmen. Darüber hinaus bestehen im Hinblick auf die Gestaltung der Umwelt Unterschiede zwischen den einzelnen Klassen und Bevölkerungsschichten – Unterschiede, die durch den jeweiligen Lebensstil bedingt sind, der seinerseits von der jeweiligen Stellung im Arbeitsprozeß und von den Besitzverhältnissen abhängig ist.

So liegen also der Stadtplanung keine einheitlichen Überlegungen, sondern unterschiedliche, voneinander abweichende und widersprüchliche Forderungen zugrunde, ohne daß man diese auf formalem Wege in Einklang bringen könnte. Die Stadtplanung ist vielmehr von den Interessen der verschiedenen Wirtschaftssubjekte und Bevölkerungsgruppen bestimmt, die sich im politischen Leben in unterschiedlicher Weise artikulieren können. Von daher röhren die Divergenzen, Spannungen und Gegensätze, die im Laufe des gesetzlich geregelten Ausarbeitungsprozesses der Pläne zwischen den einzelnen beteiligten Instanzen auftreten können, beispielsweise zwischen den Gebietskörperschaften und dem Zentralstaat.

Wenn man davon ausgeht, daß hinter der Stadtplanung, so wie wir sie definiert haben, voneinander abweichende wenn nicht sogar widersprüchliche Interessen stehen bezüglich der Art der Gebrauchswerte, die es zu schaffen gilt, so

darf man daraus nicht schließen, daß jede staatliche Intervention im Bereich der Städtebaupolitik einen positiven Beitrag zur Stadtplanung leistet. Die Diskussion über das Verhältnis von Planung und Planungswirklichkeit bzw. die Erkenntnis, daß zahlreiche Pläne oftmals wenig wirksam sind oder zum Teil nicht durchgeführt werden, wirft dieses Problem – wenn auch nur andeutungsweise – auf. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Bei der Gesamtproduktion der Gesellschaft greift der Staat sowohl in die Gebrauchswertreproduktion als auch in die Tauschwertreproduktion und die Reproduktion der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ein. Auf der Ebene des Tauschwertes äußert sich die Intervention des Staates unter anderem darin, daß er auf verschiedene Arten die Akkumulation fördert, sei es daß er einen ganzen Wirtschaftssektor unterstützt, sei es daß er diesen oder jenen Industriezweig, dieses oder jenes Unternehmen unterstützt. Selbst im Bereich der staatlichen Einrichtungen kann die Tauschwertreproduktion Vorrang vor der Gebrauchswertreproduktion haben. Das wird daran deutlich, daß bei zahlreichen staatlichen Projekten allein auf das finanzielle Gleichgewicht der Operationen Wert gelegt wird oder daß die Rentabilität als wichtigster Indikator für die Effektivität der öffentlichen Dienste dargestellt wird. Das führt im Bereich der Städtebaupolitik, die wir als die Gesamtheit der staatlichen Interventionen in den Verstädterungsprozeß definieren können, zum sogenannten „ökonomischen Realismus“. Dieser besteht darin, daß häufig städtebauliche Projekte durchgeführt oder Veränderungen an Projekten vorgenommen werden, denen ausschließlich entweder unmittelbare Rentabilitätsüberlegungen der beteiligten privaten Kapitalien oder finanzielle Gleichgewichts- und Rentabilitätsüberlegungen der öffentlichen Finanzen zugrunde liegen. Diese Tendenz steht in grundlegendem Widerspruch zur Planung und hat schließlich eine Verringerung oder Verschlechterung der geplanten städtischen Gebrauchswerte zur Folge.

Es sei in diesem Zusammenhang an das erinnert, was weiter oben über die Intervention des Staates im Bereich des Grundeigentums und deren ambivalente Auswirkungen hinsichtlich des Gebrauchswertes sowie deren Auswirkungen auf die Verteilung der Rente gesagt wurde.

Es sei ebenfalls an das Ausmaß der indirekten Ausbeutung auf dem Wege der Besteuerung und an jenes andere wichtige Element der staatlichen Politik erinnert, nämlich die Beschlufsfassung über die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln und die Aufteilung der Finanzaufkommen zwischen Staat und Gebietskörperschaften.

Schließlich wird das Gebiet der Städtebaupolitik ebenfalls von unmittelbaren politischen und ideologischen Überlegungen durchkreuzt. Der ideologische Aspekt ist bekannt, die Stadtplanung ist einer der Bereiche, die einen guten Nährboden für integrierende Argumente (der Staat, das Allgemeinwohl und die harmonische Stadtentwicklung) und reformistische Argumente (Veränderung des Lebens durch die Veränderung der Städte) bietet. Der politische Aspekt war immer gegenwärtig, weil die kapitalistische Bourgeoisie ein grundlegendes Interesse daran hat, gewisse Bündnisse, z.B. mit den Grundbesitzern, aufrecht-

zu erhalten; zum anderen weil die Veränderung der Lebensbedingungen der Werk-tätigen politische Konsequenzen hat (von Arbeitersiedlungen ausgehende Kämpfe, Entstehen von „roten Vorstädten“), die sich ihrerseits über die Gemeinde- und Stadtverwaltungen auf die Städtebaupolitik auswirken.

Betrachten wir nun die verschiedenen konkreten Formen der Städtebau-politik: Bauleitpläne, Flächennutzungspläne, Planung von öffentlichen Einrich-tungen, konkrete städtebauliche Projekte, Nichteinhaltung und Auferkraft-setzung von Plänen usw. Unsere Hypothese lautet, daß die Stadtplanung, so wie wir sie definiert haben, nicht in einer einzigen Form – dem Bebauungsplan – Ausdruck findet, sondern daß es eine Vielfalt von Erscheinungsformen gibt, die den von uns definierten verschiedenen Arten der Planung sowie der Pluralität der zugrundeliegenden Überlegungen entspricht; und daß umgekehrt durch eine bestimmte Form der Stadtplanung – z.B. durch die Bebauungspläne – durchaus Interessen unterstützt werden können, die von der offiziellen Zielsetzung der Städtebaupolitik abweichen.

Daraus läßt sich eine zweifache Fragestellung über die konkreten Formen der Städtebaupolitik ableiten; von welchen Faktoren werden die jeweiligen Formen bestimmt und wie artikulieren sich die verschiedenen konkreten Erscheinungs-formen der Planung?

Wir gehen hier von zwei Beispielen aus, einmal von den Bebauungsplänen und deren „praktischer Durchführung“, zum anderen von der Planung der öffentlichen Einrichtungen.

Die Bebauungs- und Flächennutzungspläne definieren ein Bodenrecht; sie gehören im wesentlichen zur ersten Kategorie der Stadtplanung, d.h. die Bedingungen der Bodennutzung werden juristisch festgelegt, aber die praktische Durchführung erfolgt privat. Aber da nicht nur die Schaffung dieses oder jenes Gebrauchswertes angestrebt ist (Wohnung oder infrastrukturelle Einrichtung), sondern auch die Schaffung von Gebrauchswerten, die sich aus der Anordnung der einzelnen Elemente in einem bestimmten Gebiet ergeben, besteht in der Praxis eine enge Verflechtung zwischen den beiden Interventionsarten. So umfaßt die Ausarbeitung eines Bebauungsplanes, der ja in erster Linie das Boden-recht unterstützt, sowohl die technische Beschreibung der öffentlichen Einrich-tungen (Größe, Standort) als auch die Planung dieser Einrichtungen anhand von Prognosen über die Bedürfnisentwicklung der einzelnen Wirtschaftssubjekte und über die Form der Verstädterung.

Aber zunächst muß daran erinnert werden, daß verschiedene Planungen möglich sind; das entspricht auch der weitverbreiteten Vorstellung, man müsse zwischen mehreren Möglichkeiten wählen, wobei aber verschwiegen wird, daß dies keine objektive „Entscheidung zwischen alternativen Möglichkeiten“ ist, sondern daß hinter dieser Entscheidung unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Interessen stehen.

Mit Hilfe der Bebauungspläne werden also bestimmte Ziele verfolgt. Man hat darauf hingewiesen, daß ein Aspekt des Bodenrechts die Modifizierung des Grundbesitzes und dessen ökonomischer Verwertbarkeit ist. Das Bodenrecht legt

einerseits den Höchstbetrag der Grundrente fest, die für ein bestimmtes Grundstück zu entrichten ist – diese ist abhängig von der Produktion, denn das Grundstück ist ein Produktionsmittel; zum anderen definiert das Bodenrecht die Aufteilung der Rente zwischen Grundbesitzer und Bauunternehmer. Da die Frage der Rente für die Kapitalakkumulation im Bausektor von großer Bedeutung ist, übt das Verhältnis von Grundbesitz und Kapital einen entscheidenden Einfluß auf die Bebauungspläne aus. Teilweise beschränken die Bebauungspläne die Nutzungsrechte des Grundbesitzes; außerdem können durch Besiedelungs- und Bebauungsvorschriften bestimmte Grundstücke „aufgewertet“, andere hingegen „abgewertet“ werden.

Innerhalb eines Siedlungsgebietes verfügen die Grundbesitzer über eine relativ große Freiheit bezüglich der Möglichkeiten, ihre Monopolsituation zur Abschöpfung der Rente auszunutzen; denn sie wissen anhand des Bodenrechts genau, wie sie ihren Boden am gewinnbringendsten nutzen können. Darüber hinaus können die Grundbesitzer direkten Einfluß auf die Bebauungspläne ausüben. Man denke beispielsweise an die Diskussion über den Flächennutzungskoeffizienten (Coefficient d'occupation des sols), für den es verschiedene Definitionen gibt: einmal der „technische“ Flächennutzungskoeffizient, der die Bebauungsmöglichkeiten anhand der bestehenden oder geplanten Einrichtungen definiert; dann der Flächennutzungskoeffizient, der die bisherigen Praktiken durch Erteilung von Baugenehmigungen anerkennt; schließlich der Flächennutzungskoeffizient, der systematisch niedrig gehalten wird, um in Gebieten mit extrem hoher Bevölkerungsdichte höhere Steuereinnahmen zu erzielen usw.

Ebenso wichtig wie die inhaltliche Aussage der Pläne ist die Art ihrer praktischen Durchführung. Die Frage der Nichteinhaltung bzw. Außerkraftsetzung von Plänen ist vor allem deshalb interessant, weil sie die naiven Vorstellungen über die Stadtplanung zerstreut.

Wenn man den Bebauungsplan zum Fetisch macht und die soeben aufgezeigten widersprüchlichen Tendenzen ignoriert, bedeutet Planabweichung dasselbe wie Anti-Planung. Aber wie steht es damit wirklich? Um die Frage richtig beantworten zu können, wäre eine empirische Untersuchung über die Planabweichungen notwendig. Eine solche Untersuchung ist zwar bisher noch nicht geleistet worden, aber man kann dennoch bereits sagen, daß es mehrere sehr unterschiedliche Arten der Abweichung gibt, die zum Teil mit der Art der Städteplanung zusammenhängen (bei bestimmten Grundstücken würde die strikte Einhaltung der Bebauungsvorschriften z.B. jede Verbesserung des städtischen Gewebes verhindern) und zum Teil mit der Verteilung der Rente zusammenhängen und die unterschiedliche Auswirkungen haben, meistens aber eine verstärkte Überlastung der öffentlichen Infrastrukturen verursachen.

Anhand dieser konkreten Formen der Stadtplanung – Planung und Planungswirklichkeit – erkennt man auch die politischen Ziele, die hinter der Intervention des Staates stehen und die manchmal der oben beschriebenen Tendenz, die Grundbesitzer politisch zu unterstützen, zuwiderlaufen. Die Planung von öffentlichen Einrichtungen steht in engem Zusammenhang mit der Ausarbeitung von

Bebauungsplänen. Die Durchführung von Modernisierungs- und Infrastrukturprogrammen im Zusammenhang mit dem staatlichen Wirtschaftsplan hängt in starkem Maße von der staatlichen Finanzplanung ab. In gewissem Sinne kann man sagen, daß bei der Finanzplanung der Aspekt des Gebrauchswertes eine untergeordnete Rolle spielt. Andererseits ist die Planung und Realisierung von öffentlichen Einrichtungen sehr stark von den sektorell bedingten Überlegungen der einzelnen staatlichen Instanzen abhängig. Diese Überlegungen können divergieren und die notwendige Vergesellschaftung der Produktion erschweren. Denn die Vergesellschaftung erfordert eine räumliche, zeitliche, finanzielle, juristische und administrative intersektorelle Koordinierung. Übrigens können gewisse sektorelle Überlegungen nicht nur auf die Planung von öffentlichen Einrichtungen, sondern darüber hinaus auch auf die Bebauungspläne selbst Einfluß nehmen. Man hat z.B. gesagt, manche Bebauungspläne seien im Grunde nichts anderes als Straßenbau-Pläne. Nicht zuletzt ist auch die allgemeine staatliche Finanzplanung, die von Wirtschaftsplan und Staatshaushalt geleistet wird, sowie die Aufteilung der Finanzaufkommen zwischen Zentralstaat und Gebietskörperschaften von politischen Zielen beeinflußt.

Übersetzung: Marita Molitor/Heidi Wachsmuth

Neuerscheinungen 1. Halbjahr 1976

Frank Deppe (Hrsg.)

Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration

Mit Beiträgen von D. Albers, H.-J. Axt, M. Boni, F. Deppe, W. Goldschmidt, F. Holzberger, J. Lau, W. Müller, P. Oehlke, K. Ruhwedel, U. Wacker.

Kleine Bibliothek Bd. 53
368 Seiten, 14,80 DM

Jutta Menschik (Hrsg.)

Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau

Kleine Bibliothek Bd. 61
424 Seiten, 9,80 DM

Die Anfänge-Bewegung und Rückschritt – Neue Impulse nach dem zweiten Weltkrieg – Feminismus – Praktische Frauenarbeit in der BRD. Beispiele und Möglichkeiten.

Heinz Wagner

Recht als Widerspiegelung und Handlungsinstrument

Mit einem Vorwort von H. J. Sandkühler
Kleine Bibliothek Bd. 70
240 Seiten, 12,80 DM

U. Mayer / G. Stuby (Hrsg.)

Die Entstehung des Grundgesetzes

Beiträge und Dokumente

Kleine Bibliothek Bd. 66

338 Seiten, 14,80 DM

Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes (Von der Anti-Hitler-Koalition über das Potsdamer Abkommen bis zum Grundgesetz) – Strukturelemente des Grundgesetzes (Klassische und soziale Grundrechte, Eigentumsbegriff, Öffentlicher Dienst, Die Staatsorganisation, Parlamentarisches System und Volkssovereinlichkeit) – Dokumente (Von der Teheraner Erklärung der drei Großmächte am 1.12.1943 bis zum Besatzungsstatut vom 10.4.1949)

Materialismus in der Praxis

Beiträge zur Notwendigkeit des Materialismus und zur Kritik des Idealismus von H. Arnaszu, K. Bayerts, W. R. Beyer, J. Frerichs, H. J. Sandkühler, L. Sève, R. Steigerwald, F. Tomberg, G. M. Tripp und einem Vorwort von H. J. Sandkühler.

Kleine Bibliothek Bd. 68
240 Seiten, ca. 12,80 DM

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln

Vorgebirgstraße 115

Tel. 0221/ 36 25 01

Bob Balkan, Pierre Choubersky

Immobilienpekulation. Verantwortliche und Nutznießer

Aus: *économie et politique. revue marxiste d'économie, Paris, Nr. 254, September 1975, S. 82–93*

Der städtische Boden hat einen Preis, wenngleich er keinen Wert hat. Er ist als solcher kein Produkt der Arbeit, selbst wenn der Gebrauchswert eines Standorts das Resultat der gesellschaftlichen Arbeit, insbesondere der Errichtung der Infrastrukturen ist. Er ist also nicht von vornherein eine vom Kapital für den Profit produzierte Ware.

Es ist die kapitalistische Nutzung des städtischen Grund und Bodens, die diesen in eine Ware verwandelt und seinen Preis bestimmt. Dieser Preis ist ein Transfer des ganzen oder eines Teils des Extraprofits, den das Kapital bei seiner Verwertung an diesem Punkt des Raumes erzielen kann, auf den Grundbesitz.

In der Tat erzielen die Kapitalisten des Immobiliensektors, die die hauptsächlichen privaten Benutzer des städtischen Bodens sind, je nach Lage unterschiedlich hohe Profitraten.

Wie bilden sich die Preise der städtischen Grundstücke?

Gewisse Kategorien von Immobiliengeschäften werfen – abgesehen vom Faktor Boden – eine interne Profitrate ab, die über der Durchschnittsrate liegt. Das ist der Fall beim *Bau von Büros*. Die Verkaufspreise der Büroflächen schließen nämlich ein: einerseits die Extraprofite, die den diese Flächen nutzenden Unternehmen durch die Einsparung von faux frais erwachsen, die durch einen günstigen Standort möglich ist; andererseits einen reinen monopolistischen Extraprofit in den allerbesten Lagen, welcher finanziert wird durch die Überschüsse überakkumulierter Kapitalien der monopolistischen Unternehmen oder durch die Entwertung des Kapitals der nicht-monopolistischen Unternehmen, die die Büros benutzen. Das ist ebenso der Fall beim *freien Wohnungsbau*, dessen hohe Preise Monopolpreise sind, die das Einkommen nicht nur der Finanzoligarchie, sondern auch der mittleren Bourgeoisie und der bestbezahlten lohnabhängigen Mittelschichten angreifen: Vor allem die Leitenden Angestellten, die durch die monopolistische Wohnungsbaupolitik vom öffentlich geförderten Wohnungsbausektor ausgeschlossen wurden, erleben die Aushöhlung ihrer Kaufkraft durch wachsende Wohnungskosten.

Das ist also ein erster Faktor der Differenzierung zwischen den verschiedenen Lagen unter dem Gesichtspunkt der kapitalistischen Rentabilität: Die Gebiete, in denen der Zustand des Grundstücksmarktes den Bau von teuren Büros oder Wohnungen zuläßt, verschaffen den Bauinitiatoren lagebedingte Extraprofite. Wenn der Konkurrenz zwischen ihnen nicht zu ihrem eigenen Vorteil durch

Eingriffe der öffentlichen Hand entgegengewirkt wird, steigen die Grundstückspreise dermaßen an, daß sie die Profitrate der Immobiliengeschäfte auf die Durchschnittsrate herabdrücken und die lagebedingten Extraprofite auf die Grundeigentümer transferieren.

Einen zweiten Differenzierungsfaktor stellen die *je nach Grundstück ungleichen privaten Produktionskosten* dar. Um ein gegebenes Projekt durchzuführen, muß der Bauinitiator unterschiedliche Kosten tragen, die sich nach der Beschaffenheit des Grundstücks (Verlauf, spezielle Fundierungen etc.), aber mehr noch danach richten, ob die für das Bauvorhaben notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen (Straßen, Verkehrsnetz usw.) existieren oder nicht. Wenn diese Infrastrukturen bereits vorhanden sind oder auf Kosten der Allgemeinheit für den Bauinitiator erstellt werden, ist die interne Profitrate höher, als wenn dieser die Infrastrukturen schaffen und finanzieren muß.

Die bereits erschlossenen Gebiete verschaffen den Bauinitiatoren folglich lagebedingte Extraprofite. Auch hier führt die Konkurrenz zu einem Anstieg der Grundstücksspreise, der die Extraprofite auf die Grundeigentümer übergehen läßt.

Die erste Basis, auf der sich die Bodenpreise bilden, ist also die Existenz von standortbedingten Extraprofiten, die *Ungleichheit der Profitraten je nach Lage der Grundstücke*, die entweder auf der Differenzierung der Monopolpreise der produzierten Waren oder auf der Differenzierung der privaten Produktionskosten dieser Waren beruht: Die Konkurrenz zwischen den Bauinitiatoren gegenüber den Grundbesitzern hat die Tendenz, die Bodenpreise derartig in die Höhe zu treiben, daß die Profitrate der Bauinitiatoren unabhängig von der Lage der Grundstücke auf die Durchschnittsrate herabgedrückt wird.

Die Bildung der Bodenpreise vollzieht sich indessen noch auf einer zweiten Basis: Das Baugewerbe ist ein Produktionszweig, in dem die Kapitalisten bei jedem Arbeitsprozeß das Hindernis des Grundeigentums beseitigen müssen. Eine der Bedingungen für die Kapitalverwertung, der Boden, ist durch das Kapital nicht reproduzierbar: Als Objekt privater Aneignung stellt sie sich ihm wie ein Hindernis entgegen. Auf dieser Basis ist das Grundeigentum in der Lage, sich nicht nur die durch die Grundstückslage bedingten Differentialextraprofite anzueignen – die je nach den räumlichen Gegebenheiten unterschiedlich hoch sind –, sondern darüber hinaus die *branchenspezifischen Extraprofite*, die das Kapital unabhängig von einer bestimmten Lage erzeugt. Worum handelt es sich? In erster Linie um die Tatsache, daß der im Bausektor geschaffene Wert über dem Produktionspreis der Waren liegt – der Mehrwert also höher ist als der Durchschnittsprofit –, weil die organische Zusammensetzung des Kapitals in diesem Sektor niedriger ist als in der übrigen Wirtschaft. Darin kommt der Rückstand der Produktivkräfte in einem Produktionszweig zum Ausdruck, der im Vergleich zur mechanisierten Großindustrie noch durch manuelle Produktionsverhältnisse gekennzeichnet ist. Die Existenz des durch den Grundbesitz gebildeten Hindernisses erzwingt den Transfer des Überschusses des Werts über den Produktionspreis – der ein branchenspezifischer Extraprofit ist – auf die Grundeigentümer und verhindert gleichzeitig das Eingehen dieses Überschusses in den allge-

meinen Ausgleich der Profite und den Zustrom von neuen, durch den Extraprofit angezogenen Kapitalien. Das Grundeigentum hemmt auch die Akkumulation, den Fortschritt der Produktivkräfte und die kapitalistische Konzentration im Bauhauptgewerbe. Ebenso wird jeder branchenspezifische Extraprofit, der sich in der Zirkulation bildet – durch eine günstige Konjunktur auf dem Wohnungsmarkt, besonders im Zusammenhang mit der allgemeinen öffentlichen Finanzierung der privaten Bauförderung wie in der Periode von 1953 bis 1963 – die Tendenz haben, durch die Erhöhung der Bodenpreise auf den Grundbesitz überzugehen.

Daraus resultiert, daß jedes Ansteigen des allgemeinen Niveaus der Profitrate im Bau- und Immobiliensektor höhere Bodenpreise nach sich zieht, die sich unabhängig von den jeweiligen Lagen generell durchsetzen. Dies verschärft die Mechanismen des kapitalistischen Zyklus. In den Industriezweigen (sofern sie nicht monopolisiert sind) induziert ein Anstieg der Profitrate einen Zustrom von Kapitalien, eine Vergrößerung des Angebots, und über den Mechanismus der Überproduktion setzt sich der neue Produktionspreis als Regulator des Marktpreises durch; er ist gesunken, wenn technologische Fortschritte stattgefunden haben. Im Immobiliensektor hat die Überproduktion keine Preissenkung zur Folge, da die Extraprofite die Tendenz haben, auf die Grundeigentümer transferiert zu werden, sich als Bodenpreis festzusetzen und sich so dem Kapital als ein zusätzliches Kostenelement entgegenstellen.

Zu einem gegebenen Zeitpunkt und in einem gegebenen Gebiet wird der Grundstückspreis also durch die Höhe des lagebedingten Extraprofits determiniert – wobei der durch die Lage und der durch die Branche bedingte Extraprofit zusammenkommen –, der *pro Flächeneinheit* durch einen Bauinitiator erzielbar ist: Die Art der Immobiliengeschäfte und ihre Endpreise, die an einer bestimmten Stelle geltenden Produktionskosten als gegeben vorausgesetzt – und somit der Extraprofit pro Kapitaleinheit – wird der Grundstückspreis – oder Extraprofit pro Flächeneinheit – von der Quantität investierten Kapitals, d. h. von der *Bebauungsdichte* abhängen.

Die Preissteigerung für städtischen Grund und Boden resultiert demnach aus der Existenz von Extraprofiten, die die Bauinitiatoren in einer bestimmten Lage realisieren. Sobald in einem gegebenen Gebiet Immobiliengeschäfte getätigt werden, die über den Bodenpreisen liegende Extraprofite abwerfen, wird sich bei den Grundeigentümern die Tendenz zeigen, sich die Differenz anzueignen, und die Grundstücksspreise werden steigen. Weniger rentable Operationen werden sich in Gebiete mit niedrigeren Bodenpreisen verlagern, und diese Bewegung wird eine Preissteigerung in den neuen Gebieten nach sich ziehen. Auf diese Weise löst die *Immobilienpekulation in den rentabelsten Sektoren des Marktes eine Kettenreaktion von Preisanstiegen im gesamten Ballungsgebiet aus*.

Nebenbei sei bemerkt, daß die Bezugnahme auf das „Gesetz von Angebot und Nachfrage“ nichts erklärt. Wenn die Bodenpreise steigen, dann nicht, weil die Nachfrage nach Grundstücken größer ist als das Angebot.

Man kann eigentlich nicht von einem „Angebot“ an Grundstücken sprechen: Diese sind nicht von vornherein Waren, sondern für die meisten Grundeigentümer Gebrauchswerte oder Kapitalanlagen. Es ist die ständige Aktivität der Bauinitiatoren, die darauf abzielt, diese Vermögenswerte in Waren zu verwandeln, die das Grundstücksangebot schafft.

Aber vor allem: Jede Ausdehnung des bebaubaren Gebiets, sei es erschlossen oder nicht, die theoretisch das Angebot vergrößert oder auf jeden Fall die Knappheit verringert, hat kein Sinken der Bodenpreise zur Folge, sondern das Ansteigen in den Gebieten, die vorher nicht erschlossen oder nicht bebaubar waren: was deutlich zeigt, daß der Bodenpreis durch die Höhe der Extraprofite determiniert wird, die das Immobilienkapital dort realisieren kann, und nicht durch die Knappheit als solche.

Die Grundstücksspekulation

Die Logik der Konkurrenz zwischen den Bauinitiatoren gegenüber den Grundeigentümern hat den Effekt, tendenziell die gesamten Extraprofite in Form des Grundstücksspreises auf die Grundeigentümer zu übertragen. Dementsprechend gehorcht die Verhaltenslogik der Bauinitiatoren dem Gesetz der *Maximierung der Differenz zwischen dem in einer bestimmten Lage realisierbaren Extraprofit und dem Bodenpreis*.

Die Konsequenz dessen ist eine Politik, die auf eine permanente Änderung der Bodennutzung hinzielt: Die Bauinitiatoren werden bestrebt sein, in jedem Gebiet, in dem eine Form der Bodennutzung vorherrscht und folglich eine bestimmte Höhe des Bodenpreises gegeben ist, eine Ware zu produzieren, die imstande ist, ihnen pro Flächeneinheit einen Extraprofit zu verschaffen, der über den bestehenden Bodenpreisen liegt. *Das ist das Wesen der Grundstücksspekulation.*

Die Formen dieser Spekulation sind vielfältig und den Bauinitiatoren in unterschiedlicher Weise zugänglich, je nachdem ob es sich um die Großen des Immobiliengeschäfts handelt, die mit monopolistischen Gruppen verflochten sind, oder um die kleinen und mittleren formal unabhängigen Bauinitiatoren.

In den *urbanisierten Gebieten* hat die Grundstücksspekulation zur Folge, daß im Zuge eines unerbittlichen Prozesses die „*niedrigen Nutzungsformen des Bodens durch „höhere“ verdrängt werden*“, wobei die Hierarchie der Nutzungsarten die der Extraprofite ist, die sie in einer gegebenen Lage ermöglichen. Der Bau von Büros verdrängt den von Luxuswohnungen, dieser verdrängt den von Wohnungen mittlerer Preisklassen, und am Ende der Kette werden die mietgünstigen Sozialwohnungen oder selbst die vom Crédit Foncier¹ finanzierten Wohnungen

1) Französische Bodenkreditanstalt (Le Crédit Foncier de France). Sie steht unter staatlicher Kontrolle und vergibt Darlehen für den Bau und Erwerb von Wohnungen. (Anm. d. Red.)

aus den Gebieten verdrängt, die infrastrukturell am besten ausgestattet und in verkehrstechnischer Hinsicht am günstigsten gelegen sind. Gleichzeitig werden die Industriebetriebe aus den Zentren des städtischen Ballungsgebiets vertrieben.

Dieser Prozeß der Eroberung von Wohnvierteln durch Geschäftsviertel, von volkstümlichen Vierteln durch teure Wohnungen wird erleichtert durch die „öffentlichen“ Maßnahmen zur Stadterneuerung: Sie gestatten es, den Widerstand der Grundeigentümer und der Bewohner zu brechen, ganze Zonen umzustrukturieren und schaffen auf diese Weise die Voraussetzungen dafür, daß der Privatsektor auf den Plan treten kann.

Die kleinen oder mittleren Unternehmer, die teure oder staatlich geförderte Wohnungen in kleinerem Maßstab bauen, haben keinerlei Möglichkeit, mit dem Bodenpreisanstieg fertigzuwerden. Ihre Tätigkeit trägt zwar dazu bei, daß dieser Anstieg anhält, ist aber umgekehrt gezwungen, sich ihm anzupassen. Ihre Produktion wandert mit dem Preisanstieg ab und wird von den konjunkturrellen Schwankungen voll getroffen. Die Großen in der Branche können sich dagegen den negativen Auswirkungen der steigenden Bodenpreise auf die Profitrate entziehen. Zunächst ist festzuhalten, daß das Finanzkapital den Bausektor direkt in den Bereichen kontrolliert, wo der lagebedingte Extraprofit strukturell höher ist: bei Büros und Luxuswohnungen. Vorausgesetzt, daß die für den Verkauf notwendigen Standortvorteile gegeben sind, steht ihnen das gesamte Stadtgebiet offen, da die Grundstückspreise durch „niedrigere“ Nutzungsformen des Bodens bestimmt sind. Andererseits kommt das Finanzkapital in besonderer Weise in den Genuß von den öffentlichen Verfahren der Freisetzung von Grund und Boden: Grundstücke der öffentlichen Hand, „konzertierte Operationen“ verschaffen ihm im Stadtzentrum selektiv eine billige Bodenbasis, die es ihm ermöglicht, die Konkurrenz der kleinen und mittleren Bauinitiatoren auszuschalten.

In den *Stadtrandzonen*, wo die Bodenpreise von der Existenz oder Nicht-Existenz der Infrastrukturen abhängig sind, die die Grundstücke bebaubar machen, bewirkt die Grundstücksspekulation die sich „ölleckartig“ ausbreitende *Urbanisierung und die unzureichende Nutzung von bereits erschlossenen Gebieten*, da Bauvorhaben in einem noch nicht baureifen Gebiet von niedrigeren Bodenpreisen profitieren und den Gemeinden die Notwendigkeit der Erstellung von Infrastrukturen aufzwingen.

An der Peripherie ist die Differenzierung der Formen, in denen die Bauinitiatoren in den Bauprozess eingreifen, stärker ausgeprägt als im Verdichtungsgebiet. Dank der von der öffentlichen Hand angewandten Verfahren sind die großen Bauinitiatoren imstande, nicht bebaubare Grundstücke zu kaufen – namentlich in den Z.A.D.², wo eine behördliche Kontrolle der Bodenpreise besteht –, eine Befreiung von den Bestimmungen des P.O.S.³ – im Rahmen einer Z.A.C.⁴ – zu erwirken und unter ihrer faktischen Leitung den gesamten Erschließungs- und

2) Zone d’Aménagement Différé, siehe S.xxx (Anm. d. Red.)

3) Plan d’Occupation des Sols, siehe S.xxx (Anm.d. Red.)

4) Zone d’Aménagement Concerté, siehe S.xxx (Anm.d. Red.)

Bebauungsprozeß zu organisieren, wobei ihnen die öffentliche Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen mit Priorität garantiert ist. Sowohl in den Stadt- als auch in den Stadtrandgebieten spielt also die Bodenpolitik des Staates eine wichtige Rolle, die darin besteht, dem monopolistischen Bau- und Immobiliengeschäft die volle Aneignung der lagebedingten Extraprofite zu ermöglichen.

Das Monopolkapital, Hauptnutznieder der Grundstücksspekulation

Die Bodenpolitik des Staates der Monopole findet hier ihre Erklärung: dem Großkapital die Bedingungen für Extraprofite auf dem Immobiliensektor zu schaffen.

- Bauinitiator / Kapital zur Finanzierung von Bauvorhaben

Der Bauinitiator nimmt in der Produktion und Zirkulation von Bauobjekten eine zentrale Stellung ein.

Als Verwalter (oder Direkteigner) des Baukapitals, das spezifisch in diesem Bereich investiert wird, und das er verwertet, erfüllt er eine ganze Reihe von Funktionen:

- Er definiert das „Produkt“;
- er sorgt für die Freigabe des Grundstücks und stellt es dem Produktionsunternehmen zur Verfügung;
- er sichert die Koordination der Finanzierungen, die zu dem Baukapital hinzutreten (staatliche oder Bankdarlehen);
- er gewährleistet schließlich die Kommerzialisierung der produzierten Ware.

- Z.A.D. (Zone d’Aménagement Différé; 1962 eingerichtet): Zur späteren Erschließung und Bebauung vorgesehenes Gebiet.

Das Verfahren der Z.A.D. erlaubt eine behördliche Kontrolle der Veräußerungen und der Bodenpreise innerhalb dieser Gebiete. Das Kontrollinstrument ist die Ausübung des Vorkaufsrechts durch die öffentliche Hand auf die in diesem Gebiet möglichen Transaktionen. In den meisten Z.A.D. ist der Träger des Vorkaufsrechts der Zentralstaat oder eine ihm direkt unterstellte öffentliche Anstalt.

Die Z.A.D. ermöglichen im wesentlichen eine selektive Begrenzung der Bodenpreise in den Gebieten, in denen sich das Monopolkapital niederläßt.

- Z.A.C. (Zone d’Aménagement Concerté; 1968 eingerichtet): Zur konzertierten Erschließung und Bebauung vorgesehenes Gebiet.

Gebiet, dessen Grundstücke die öffentliche Hand im Hinblick darauf erschließen lassen kann, sie an öffentliche oder private Benutzer zu ver-

kaufen (oder sie ihnen zu überlassen). Die Z.A.C. fallen nicht unter die Bestimmungen des P.O.S., profitieren von der Planung der öffentlichen Investitionen und der damit verbundenen Finanzierungen und genießen Steuervorteile. Tatsächlich ist in den meisten Z.A.C. die Möglichkeit gegeben (über diese Gebiete bestehen vertragliche, d. h. private Abmachungen), daß die Bauinitiatoren den Produktionsprozeß eines ganzen Gebrauchswertkomplexes (Wohnungen, Infrastrukturen etc.) umfassend kontrollieren.

- A.F.U. (Association Foncière Urbaine): *Vereinigung der städtischen Grundbesitzer.*

Als mehr oder weniger freiwillige Vereinigung der Grundbesitzer eines Sanierungsgebietes erlaubt die A.F.U. eine beschleunigte Freisetzung der Grundstücke zugunsten der Bauinitiatoren.

- P.O.S. (Plan d'Occupation des Sols): *Plan über den Umfang der Bodennutzung.*

Als kommunale Stadtbaupläne legen sie u. a. den Bodennutzungskoeffizienten fest, der je nach den einzelnen Gebieten die Bebauungsdichte bestimmt.

Bereits zu Beginn der 50er Jahre werden die Instrumente ausgearbeitet, die notwendig sind, um den Widerstand der Grundeigentümer gegen die Verwandlung des Bodens in eine Ware zu brechen und um die so freigesetzten Grundstücke der kapitalistischen Produktion zuzuführen: Es handelt sich um die Reform der Enteignung und die private Nutzung des öffentlichen Grund und Bodens. Dieselben Instrumente sind indessen nicht imstande, den Anstieg der Bodenpreise einzudämmen, d. h. die Verteilung der Extraprofite zugunsten des Kapitals zu modifizieren: Alle Versuche zu verhindern, daß die Enteignungspreise sich nach den Marktpreisen richten, scheitern nacheinander.

Eine entscheidende Wende vollzieht sich zwischen 1962 und 1968; diese Periode ist dadurch gekennzeichnet, daß die Finanzgruppen massiv in den Immobiliensektor eindringen, was durch vielfältige Interventionen des Staates ermöglicht wurde. Auf der Ebene der Bodenpolitik werden die Versuche einer generellen Begrenzung der Bodenpreise zugunsten einer selektiven Politik aufgegeben, die die Bodenpreise in den Gebieten begrenzt, wo die Monopole sich niederlassen.

Infolgedessen sichert die administrative Kontrolle der Bodenpreise in diesen Gebieten bei gleichzeitig anhaltendem generellem Anstieg der Häuser- und Grundstückspreise dem Extraprofit des Monopolkapitals eine dauerhafte Basis. In diesem Bereich manifestiert sich deutlich wie in den anderen der spekulative Charakter des Großkapitals: Der Staat greift das Grundeigentum nicht durch eine die Bodenpreise generell eindäm-

mende Politik frontal an; im Gegenteil, die allgemeine Erhöhung dieser Preise ist eine Voraussetzung für den monopolistischen Extraprofit, und zwar dank einer selektiven Politik zuungunsten begrenzter, in bestimmten Lagen angesiedelter Sektoren des Grundeigentums. Gleichzeitig vermeiden die politischen Machtorgane der Monopole Maßnahmen, die ihre Massenbasis in den Schichten der Grundeigentümer noch weiter einengen.

So ist das Monopolkapital der Hauptnutznießer der Grundstücksspekulation, obwohl sein relatives Gewicht im Bausektor generell begrenzt ist. Einerseits, weil es in den Produktionszweigen dominierend ist, die selbst mit „rein privaten“ Dingen wie Büros und teuren Wohnungen eine strukturell höhere Profitrate abwerfen. Andererseits, weil es der Hauptnutznießer der „öffentlichen“ bodenpolitischen Verfahren ist, die es sich besonders bei der Herstellung von staatlich geförderten Wohnungen zunutze macht: Die Aufteilung der neuen Städte im Pariser Raum durch die Bankgruppen ist in dieser Hinsicht besonders vielsagend.

Wenn das Problem des Bodenpreisanstiegs für das Monopolkapital weitgehend gelöst werden konnte, so stellt es sich natürlich immer gravierender für die kleinen und mittleren Bauinitiatoren, die zum Durchschnittsprofit und zur Kapitalentwertung in den Überproduktionskrisen verurteilt sind. Es verschlimmert sich vor allem für die öffentlichen Hände und die Träger des sozialen Wohnungsbaus.

Denn die Nutzungsarten des städtischen Bodens, die keinen Profit erzeugen, bestimmen nicht die Bodenpreise: Sie tragen die Auswirkungen, die Extraprofite erzeugende Produktionen auf die Bodenpreise haben. So werden die Enteignungspreise für den Bau einer Schule durch den Preis determiniert, zu dem das Grundstück an einen Bauinitiator verkauft würde.

Das Bodenproblem verlagert sich demnach auf den Bereich der öffentlichen Finanzen, genauer gesagt, auf die Elemente des Staatsapparates, deren Hauptfunktion darin besteht, die Bevölkerung mit öffentlichen Einrichtungen zu versorgen: die Kommunen und die H.L.M.-Organe⁵⁾. Denn die großen Infrastrukturvorhaben, die vom Zentralstaat oder direkt von ihm kontrollierten Organen durchgeführt werden, profitieren häufig von den Z.A.D., während die Entwicklung der kommunalen Z.A.D. durch die Verwaltung gebremst wird und nicht über ausreichende Finanzmittel verfügt: Im Jahre 1971 besaßen die Kommunen das Vorkaufsrecht auf 2,6 % der im Pariser Raum als Z.A.D. ausgewiesenen Gebiete, während der Staat und die staatlichen öffentlichen Institutionen sich den Rest teilen.

Der Anstieg der Bodenpreise trifft sich also mit der Regierungspolitik hinsichtlich der Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen: Die Kommunen müssen zahlen, und die Bevölkerung trägt folglich die Kosten der Restriktionspolitik und der Krise.

5) Habitation à loyer modéré: Bauträger des sozialen Wohnungsbaus (Anm. d. Red.)

Kommt die Erhöhung der Bodenpreise den Grundeigentümern zugute?

Die Eigentümer von städtischem Grund und Boden sind nicht die Urheber des Bodenpreisanstiegs; aber kommt er ihnen zügute? Auf den ersten Blick profitieren sämtliche Haus- und Grundbesitzer von einem Teil des Sozialprodukts, zu dem sie selbst nichts beigetragen haben. Aufgrund des einfachen Sachverhalts, daß sie ein Eigentumsrecht auf eine Parzelle, ein Haus etc. haben, können sie, indem sie beispielsweise dieses Recht einem Bauinitiator übertragen, daraus eine Rente ziehen, die ein transformierter Bestandteil des Extraprofits ist, den der Bauinitiator bei der Verwertung seiner Kapitalien erzielt. Diese Grundrente stellt in der Tat einen Abzug vom gesellschaftlichen Mehrwert dar. Aber kommen wirklich alle Grundeigentümer in den Genuss dieser „grundlosen Bereicherung“, über die sich die Regierung und die Reformisten so sehr ereifern?

Der Inhalt des Eigentumsverhältnisses tendiert dahin, sich in dem Augenblick nach den sozialen Klassen und Schichten zu differenzieren, wo die Grundrente im Zuge der Entwicklung des Kapitalismus nicht mehr die Stütze einer besonderen Klasse ist. Diese Differenzierung prägt sich unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus stärker aus und findet ihren Ausdruck insbesondere in den ungleichen Möglichkeiten, die Rente zu erhalten und zu verwerten. Die monopolistische Bodenpolitik, die im wesentlichen darauf gerichtet ist, permanent die Bedingungen für den Extraprofit des Großkapitals im Immobiliensektor zu schaffen, wirkt sich ebenfalls dahingehend aus, daß sie diese Differenzierung aufrechterhält und verstärkt. So hat man gesehen, daß die Enteignung keine umfassende Begrenzung des Preisanstiegs zugunsten des Monopolkapitals erlaubt hat; indessen wird sie bei den Maßnahmen zur Stadtsanierung je nach der Klassenzugehörigkeit der Eigentümer dieser Gebiete selektiv gehandhabt: Während die Handwerker, die kleinen Geschäftsleute, die Kleineigentümer rasch vertrieben werden, wobei die Höhe der Entschädigung so niedrig wie möglich gehalten wird, werden für den Großgrundbesitz, namentlich den der Monopole, beachtliche Entschädigungssummen gezahlt.

Wer sind die Grundeigentümer und was stellt der Grundbesitz für sie dar?

Für die Masse der kleinen französischen Haus- und Grundeigentümer in den Städten ist der Grundbesitz entweder die Basis eines einfachen Konsumsverhältnisses oder vorkapitalistischer bzw. vormonopolistischer Produktionsverhältnisse. Nur gelegentlich und vorübergehend, unter dem Druck des Großkapitals, das auf der Suche nach Extraprofit die Tendenz hat, den Boden in eine Ware zu verwandeln, kann das Grundeigentum dieser Art Quelle einer Rente werden.

Denn das Haus- und Grundeigentum der Arbeiter, der Angestellten, der Masse der Lohnabhängigen – die Wohnung, das Haus, die Eigentum ihrer Benutzer sind

– stellt in erster Linie einen einfachen Gebrauchswert dar: Für den Bewohner hört die Wohnung auf, eine Ware zu sein, selbst wenn sie weiterhin für das Bankkapital, das ihre Zirkulation gewährleistet (das ist der Fall bei Eigentumswohnungen), ein Kapital ist.

Der Haus- und Grundbesitz, der Gebrauchswertcharakter hat, ist ebensowenig die Basis einer besonderen Klasse wie jedes beliebige Konsumgut: Wie beim Auto, Kühlschrank etc. gestattet seine Konsumtion die Reproduktion der Arbeitskraft seines juristischen „Eigentümers“.

Genauer gesagt: Die Wohnung, über die ein Arbeiter am Ende seines Lebens kostenlos verfügt, oder das Landhaus, das im Hinblick auf den Ruhestand gekauft wurde, ist die Hauptbedingung für die „Stillegung“ seiner Arbeitskraft; für das Kapital ist die Existenz dieser Eigentumsform ein Mittel, um auf die gesellschaftlichen Kosten der „Stillegung“ der Arbeitskraft Druck auszuüben, die Altersrente niedrig zu halten.

Der Haus- und Grundbesitz der Handwerker und Händler kann ebenfalls eine doppelte Funktion haben:

Einerseits stellt das Eigentum ein Arbeitsmittel dar: Als Grundlage des Arbeitsprozesses ist es zugleich Voraussetzung für den Zugang zum Markt, zur Kundschaft. In diesem Fall können Grundrente und Profit austauschbar sein: Das Eigentum an dem Laden, dem Geschäft kann indirekt konstitutiv für den Profit des Händlers sein, und zwar in dem Maße, in dem er seine Aktivität nur fortsetzen kann, wenn er nicht durch Mietkosten belastet ist. Angesichts der Konkurrenz des monopolistischen Großhandels ist das relative Weiterbestehen des Kleinhandels in den Stadtzentren u. a. der historisch gewachsenen Existenz dieser Eigentumsart zuzuschreiben.

Auf der anderen Seite kann das Eigentum auch ein zum späteren Verbrauch vorgesehener Konsumfonds sein: Der Wiederverkauf des Ladens oder des Geschäfts am Ende des Erwerbslebens ermöglicht die individuelle „Stillegung“ der Arbeitskraft (die Altersversorgung der Handwerker und Händler ist eine neue Errungenschaft).

Im Grenzfall ist für zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen die Rente auch konstitutiv für den Durchschnittsprofit: Für gewisse Unternehmen kann die Freigabe eines Grundstücks im Stadtzentrum die Bedingung für die Weiterführung des Betriebs sein; die so erzielte Rente fließt wieder in den Akkumulationszyklus ein und kann den Entwertungsprozeß des kleinen Kapitals aufhalten.

Dieser Eigentumstyp – Gebrauchswert oder Arbeitsmittel – ist nur zufällig eine Quelle der Grundrente: unter dem Druck des im Immobiliensektor engagierten Kapitals, das hier Investitionsmöglichkeiten sucht, um einen Extraprofit zu realisieren (dieser Druck kann bis zur Enteignung durch den Staat zugunsten des Monopolkapitals in den Z.A.C. oder A.F.U. gehen); oder unter dem Zwang der durch die Reproduktion der Arbeitskraft oder den Produktionsprozeß gegebenen Notwendigkeiten.

In den meisten dieser Fälle geht diese Grundrente nur durch die Hände desjenigen, der in der Lage ist, sie zu vereinnahmen, denn die Rente aus dem Ver-

kauf eines Appartements, eines Ladens, eines Stückchen Land erlaubt bestenfalls die Wiederherstellung eines Gebrauchswerts mit gleichartigen Merkmalen.

Die rasche Vertreibung einer großen Anzahl von städtischen Kleineigentümern (Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Kleinhändler und kleine Unternehmer) aus den Stadtzentren, die seit dem Beginn der 60er Jahre vor allem im Zuge von Sanierungsvorhaben stattfindet, zeigt, daß die auf diesem Eigentumstyp erzielte Rente tendenziell keine Wiederherstellung eines identischen Gebrauchswerts möglich macht. Die Wiederverwendung der so vorübergehend erhaltenen Rente zum Kauf eines vergleichbaren Gebrauchswerts – vor allem einer Wohnung –, dessen Preis ständig steigt, speist also, den Immobilienmarkt in seiner Gesamtheit betrachtet, die Extraprofite der Bauinitiatoren.

In den anderen Fällen ist die Grundrente entweder zum späteren Verbrauch bestimmter Konsumtionsfonds oder Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses; die Rente sichert lediglich den Rückzug (in jedem Sinne des Wortes) der unabhängigen Produzenten oder sogar der kleinen und mittleren Bourgeoisie aus dem Erwerbsleben.

Der Erwerb von Eigentum und das in Mietobjekten angelegte Immobilienkapital

Die Reproduktion des in der Produktion und Zirkulation von Wohnungen engagierten Kapitals ist um so besser gewährleistet, je schneller die Realisierung der produzierten Waren vonstatten geht.

Ein Mittel zu dieser beschleunigten Reproduktion war die Entwicklung des Erwerbs von Eigentum, die in den 50er Jahren sehr stark betrieben wurde. Dadurch kam es zu einer massiven Mobilisierung der Vermögen und des laufenden Einkommens der Mittelschichten und der Arbeiter für den Wohnungskauf und infolgedessen zu einem beschleunigten Umschlag der im Immobiliensektor angelegten Kapitalien. Die rasche Verbreitung des Wohneigentums in allen Schichten der Bevölkerung in der Periode 1950–1963, die sich in der Folgezeit verlangsamt, stellte demnach parallel zur Bereitstellung entwerteter öffentlicher Finanzierungen die Voraussetzung für die Kapitalakkumulation im Immobiliensektor dar. Aber diese Eigentumsverbreitung hat dennoch nicht zur Herausbildung einer Schicht von Immobilienrentiers geführt: Für diese neuen Eigentümer bleibt das Eigentum ein einfacher Gebrauchswert. Für gewisse Mittelschichten, die über kleine Kapitalien verfügen (Bauern, Händler), hat die Verausgabung dieses Kapitals für den Kauf einer Wohnung ihre Verwandlung in Lohnabhängige sogar beschleunigt.

Das in Mietobjekten angelegte Immobilienkapital ist unterschiedlich strukturiert und wird in ungleicher Weise von der Entwertung getroffen.

– Da ist zunächst das der *Immobilienrentiers*, die von insgesamt etwa 7 Millionen Mietwohnungen fast 4 Millionen besitzen (nach einer I.N.S.E.E.-Untersuchung⁶⁾ über das Wohnungswesen aus dem Jahre 1973). Diese Rentiers, in denen zum Teil die Eigentümer des 19. Jahrhunderts überleben, besitzen hauptsächlich alte, oftmals baufällige Wohnungen. Im Pariser Ballungsraum beispielsweise gehört diesen Eigentümern 84 % des Mietwohnungsbestandes aus der Zeit von vor 1914 und 55 % der zwischen 1914 und 1948 gebauten Wohnungen.

Die Entwertung ihres Kapitals manifestiert sich u.a. in der Festsetzung der Mieten (mehr oder weniger striktes Einfrieren der Mieten in den Perioden 1914–25, 1929–38; Gesetz von 1948), die hauptsächlich diese Kategorie von Eigentümern trifft. Diese Entwertung führt zur zunehmenden Liquidierung ihres Immobilienbesitzes: Verkauf als einzelne Altbauwohnungen. Auf diese Weise verfügen die Eigentümer nur noch über 18 % des Mietwohnungsbestands, der nach 1948 im Pariser Ballungsgebiet gebaut wurde.

Dieser Entwertungsprozeß vollzieht sich jedoch ungleichmäßig: Er trifft in geringerem Maße die Eigentümer der in der letzten Zeit gebauten Wohnungen, im allgemeinen der Luxuswohnungen mit sehr hohen Mieten (Ver-einnahmung einer Monopolrente). Im übrigen stellen bei den Mietshausbesitzern die reinen Rentiers, die ihre gesamten Einnahmen aus dieser einzigen „Tätigkeit“ ziehen, noch einen ganz beachtlichen Teil dar (mehr als 10 %).

– Der Bestand an mietgünstigen Sozialwohnungen (H.L.M.) (28 % der gesamten Mietwohnungen im Jahre 1973; fast 500.000 Wohnungen im Pariser Ballungsraum) repräsentiert eine extreme Form der Entwertung des in Miethäusern angelegten Immobilienkapitals. Die Entwertung betrifft das gesamte Zirkulationskapital, angefangen bei dem vom Staat bereitgestellten Leihkapital.

Der Staat tendiert jedoch insbesondere in einer Periode verschärfter Krise permanent zur Reduzierung dieses Teils des entwerteten öffentlichen Kapitals, der nicht direkt und selektiv die monopolistische Akkumulation stärkt, und er zwingt die öffentlichen Bauträger zu größerer Eigenfinanzierung. Daher röhren die wachsenden Betriebsschwierigkeiten der H.L.M.-Organe, die an die Mieter weitergegeben werden (rasches Ansteigen der Mieten und Nebenkosten) und die sich sogar in einem schnellen Verfall des Wohnungsbestands niederschlagen können.

– Der mehr oder weniger aufgewertete Teil des in Mietobjekten angelegten Kapitals ist derjenige, den der wachsende Wohnungsbestand der *verschie-*

6) Offizielle französische Statistik (Anm. d. Red.)

denen Immobilien- und Versicherungsgesellschaften darstellt (im Pariser Raum mehr als ein Drittel der nach 1948 gebauten Mietwohnungen).

Unter den Immobiliengesellschaften findet man insbesondere die S.I.I. (sociétés immobilières d'investissement: Immobilien-Investmentgesellschaften) und die S.I.C.O.M.I. (sociétés immobilières pour le commerce et l'industrie: Immobiliengesellschaften für Handel und Industrie), deren Immobilienbestand jeweils aus Mietwohnungen, Büros oder Geschäften gebildet wird. Die großen Finanzgruppen haben sich die Kontrolle über die meisten dieser Gesellschaften mit einer relativ geringen Kapitalbeteiligung gesichert. Die Aufwertung des Monopolkapitals vollzieht sich durch die Verbindung mit kleinen und mittleren Kapitalien, die sich nur unterdurchschnittlich verzinsen, und durch Inanspruchnahme des Kapitalmarktes. Man muß darauf hinweisen, daß diese Kategorie Immobilienkapital vor der brutalen Entwertung, die das Einfrieren der Mieten darstellen kann, selektiv geschützt wird: Tritt dieser Fall ein (wie zum Beispiel sechs Monate lang im Jahre 1974), entschädigt der Staat diese Gesellschaften für ihren „Gewinnausfall“.

Die privaten und staatlichen Versicherungsgesellschaften verfügen über einen relativ umfangreichen Wohnungsbestand. Die Aufwertung ihres Immobilienkapitals basiert auf der Verwendung unentgeltlicher Mittel: Der Überschuß der „Spargelder“ der Versicherten wird in entwertetes Kapital verwandelt.

— Mit dieser Kategorie können die *Investoren* verglichen werden, zum Beispiel die britischen Investoren, die seit 1971 im Pariser Siedlungsraum einen beträchtlichen Teil der neuen Büros aufgekauft haben. Die Aufwertung ihres Kapitals hängt außerordentlich stark von der Konjunktur ab; sie ist in Zeiten großer Nachfrage und inflationärer Entwicklung gesichert, während sie als erste die Auswirkungen der Krise zu spüren bekommt, wie seit Ende 1973: Daher wurden diese Kapitalien seit diesem Zeitpunkt schnell vom Immobilienmarkt abgezogen.

In diesem Reproduktionszyklus des im Immobiliensektor engagierten Kapitals kann neben dem im Bauprozess eingesetzten Kapital ein Immobilienkapital entstehen, das lediglich die Funktion hat, die Zirkulation der produzierten Ware zu sichern, d.h. sie dem Bauinitiator abzukaufen, um sie dann in Form der Miete zu realisieren. Das Einschalten eines solchen Kapitals, das für die kapitalistischen Produzenten die Funktion eines Handelskapitals erfüllt, in die Zirkulation der Ware erlaubt somit einen beschleunigten Umschlag des Baukapitals.

Die Aufwertung des im Bausektor wirkenden Monopolkapitals hat die Tendenz, permanent die Entwertung des in Mietwohnungen angelegten Immobilienkapitals zu bewirken, das einen bedeutenden Teil des städtischen Haus- und Grundbesitzes ausmacht.

Der monopolistische Bodenbesitz

Soweit Bodenspekulation vorliegt, hat sie die Tendenz zur monopolistischen Spekulation.

Einerseits liegt der Haus- und Grundbesitz der Monopole in den Gebieten, wo eine Monopolrente erzielt werden kann. In derartigen Gebieten (Geschäfts- und Prestigeviertel) können die Finanzgruppen die produzierten Gebäude in ihrem Besitz behalten: entweder für ihren eigenen Gebrauch („Hauptsitze“) oder zur Vereinnahmung einer Monopolrente, die anderen, ebenfalls monopolistischen, Benutzern abverlangt wird. Auf diese Weise können die Monopole des Immobiliensektors einen Teil der anderweitig realisierten monopolistischen Extraprofite an sich ziehen.

Darüber hinaus sind die Finanzgruppen die faktischen Eigentümer der Grundstücke, die die von ihnen kontrollierten Industrie- und Handelsunternehmen in ihrer Hand haben. Die Bodenspekulation der Monopole wird durch den Transfer der Grundstücke zwischen den Industriegesellschaften der Gruppe und den Immobiliengesellschaften praktiziert, wenn die Bedingungen für die Realisierung von Extraprofiten auf diesen Grundstücken gegeben sind.

Die Übernahme oder die Kontrolle von Gesellschaften durch die Finanzgruppen kann gleichfalls zu diesem Resultat führen. Dadurch, daß beispielsweise 1974 die Gesellschaft La Hénin, eine von der Suez-Gruppe abhängige Finanzierungsgesellschaft, die Kontrolle über die Compagnie des Salins du Midi übernommen hat, konnte die Suez-Gruppe sich billig einen „Besitz“ von 37 000 Hektar Grundfläche aneignen; dabei liegt ein wesentlicher Teil der Grundstücke in Mittelmeernähe, und von diesem befinden sich 9 000 Hektar bebaubares Gelände in dem Bereich, den das Erschließungs- und Aufbauprogramm für das Küstengebiet Languedoc-Roussillon umfaßt. Als Hauptverantwortliche und Nutznießer der Immobilienspekulation sind die Finanzgruppen ebenfalls, mit Hilfe des Staates, die Organisatoren und Nutznießer der Bodenspekulation.

Übersetzung: Ilse Utz

Neuerscheinung:

IMSF-Informationsbericht Bd. 23

Wyhl – Analyse einer Bürgerbewegung gegen Kernkraftwerke

Verfasser: Rainer Obst unter Mitarbeit von Klaus Pickhaus

148 Seiten, umfangreicher dokumentarischer Anhang, DIN A 4, DM 8,-

Bob Balkan, Pierre Choubersky

Immobilienpekulation. Falsche und richtige Lösungen

Aus: *économie et politique. revue marxiste d'économie*, Paris, Nr. 254, September 1975, S. 94–108

Die Initiatoren des Bodengesetzentwurfes, allen voran der Minister für Investitions- und Infrastrukturfragen, *Galley*, zögern nicht, ihn als „neue“ Reform, als „tiefgreifende Reform“ zu bewerten. Würde sie, wie es die Regierung glauben machen will, gestatten, der Spekulation ein Ende zu setzen, den Gemeinden die Mittel zu geben, die es ihr erlauben, die Stadtentwicklung in den Griff zu bekommen, indem sie ihnen insbesondere die Möglichkeit zu einer wirklich sozialen Wohnungspolitik eröffnet, damit den Städten die „menschliche Dimension“ gegeben wird, die ihnen nach den Worten *Giscards* fehlt?

Diese Boden-„Reform“, die auf viele andere folgt, ist charakteristisch für die Art und Weise, mit der die Regierung sich das Mäntelchen des Reformismus umhängt – auf einem von diesem bevorzugten Gebiet, der Städteplanung –, um zu versuchen, eine Reihe von Restriktionsmaßnahmen durchzusetzen, die gegen die Bevölkerung und gegen die Gemeinden gerichtet sind.

Diese Maßnahmen sind monopolistischer Natur. Mit der Reform der Finanzierungen im Bereich der H.L.M.¹, die zur Zeit ausgearbeitet wird, sind diese Bodenmaßnahmen eine Reaktion auf die Krise, die den Monopolprofit im Immobiliensektor angreift; bereits seit 1973 ist diese Krise im Bürosektor, seit dem zweiten Halbjahr 1974 in starkem Maße im Wohnungssektor spürbar.

Der Galley-Entwurf, eine Falle der Regierung, ein monopolistisches Gesetz

Der Gesetzentwurf der Regierung enthält zwei zentrale Bestimmungen:

- einerseits die Festsetzung einer Steuer, die von den Bauherren an die Gemeinden gezahlt wird, und zwar bei Bauten, die den „gesetzlich zulässigen Grad“ der Dichte überschreiten; dabei ist diese Steuer abhängig von der über ein gesetzliches Höchstmaß hinaus bebauten Fläche sowie vom Grundstückspreis;
- andererseits die Einführung eines Vorkaufsrechts für die Gemeinden und die Verpflichtung, das Steueraufkommen für den Erwerb von Grund und Boden zu verwenden, auf dem öffentliche Einrichtungen und Sozialwohnungen gebaut sowie Grünflächen angelegt werden sollen, wobei dieser Grundstückserwerb insbesondere durch die Ausübung des Vorkaufsrechts ermöglicht werden soll.

Die Falle ist geschickt. Auf der einen Seite versucht die Regierung den Anschein zu erwecken, daß mit Hilfe dieses Gesetzes die Spekulanten, die Verant-

1) Habitation à Loyer Modéré: Bauträger des Sozialen Wohnungsbaus (Anm. d. Red.).

wortlichen für die Krise der Stadt zur Kasse gebeten werden, aber sie wählt einen falschen Angriffspunkt: die Grundeigentümer. Auf der anderen Seite scheint sie den wichtigsten Forderungen der Arbeiter und der von ihnen Gewählten nachzukommen, indem den Gemeinden scheinbar einige neue Einnahmequellen eröffnet werden, und indem sie die Möglichkeit erhalten, ein Vorkaufsrecht auf dem Gemeindegebiet wahrzunehmen; aber in Wirklichkeit handelt es sich darum, die Gemeinden in noch stärkerem Maße zu veranlassen, die Krise auf dem Rücken der Bevölkerung zu verwalten.

Die „Bodenreform“ ist zuallererst eine ideologische Falle. Unter Ausnutzung der durch die herrschende Ideologie genährten Konfusion versucht die Regierung, ihre eigene Verantwortung und die der Monopole für die Krise der Stadt zu verschleieren, indem sie einen Sündenbock benennt: die „Spekulanten“, d. h. die Grundeigentümer. Die Regierung erkennt ohne Zögern an, daß „die Sozialwohnungen und die unrentabelsten Aktivitäten aus den Stadtzentren verdrängt werden“, oder daß die „Lebensqualität der Bürger sich immer mehr verschlechtert...“. Aber sie tut dies, um dann besser die „Unvollkommenheiten des Bodenmarktes“ und das „Verhalten“ der Grundeigentümer anprangern zu können, der Millionen Franzosen, die ein Haus, ein Stück Land besitzen. Hingegen ist nicht die Rede von den Spekulationsgewinnen der Monopole des Immobiliensektors. Die Darlegung der Gründe für diesen Gesetzentwurf der Regierung oder die diversen Erklärungen, die zu dem Entwurf abgegeben werden, sind sorgfältig darauf ausgerichtet, die Unklarheit aufrechtzuerhalten: Man spricht niemals von Bauinitiatoren, sondern die Steuer wird unterschiedslos von dem „Bauherrn“ oder dem „Eigentümer, der bauen läßt“ erhoben; die Schaffung einer „gesetzlichen zulässigen Höchstgrenze“ stellt eine Begrenzung des Baurechts des Grundeigentümers dar; alles geht so vonstatten, als wären die Grundeigentümer die einzigen, die in nennenswerter Weise am Bauprozeß beteiligt sind.

Auf diese Weise kann die Regierung versuchen, die Illusion zu begründen, daß es möglich sei, die Krise der Stadt zu lösen, indem das „Bodenproblem“ isoliert in Angriff genommen, und ohne daß die Herrschaft der Monopole in Frage gestellt wird.

Dieses Bodengesetz ist direkt ein monopolistisches Gesetz. Es sieht so aus, als werde der Bauinitiator die Steuer bezahlen müssen. Aber da nichts unternommen wird, um seinen Profit direkt in Frage zu stellen, wird dieser je nach den lokalen Gegebenheiten die Steuer entweder auf die Grundeigentümer, die Mieter oder die Käufer abwälzen. Dies zeigt, daß jede isolierte Maßnahme auf dem Bodensektor, die das Grundeigentum angeht und die Grundstücksspekulation unberührt läßt, zur Folge hat, daß die Profite im Immobiliensektor und ihre Zentralisierung durch die diesen Bereich beherrschenden Monopole begünstigt werden.

In der Tat sind in dem Entwurf abweichende Regelungen zugunsten des Großkapitals im Bausektor vorgesehen:

– Die Gebiete, die gegenwärtig erschlossen werden², werden von der Steuer ausgenommen sein.

– In dem Erschließungs- oder Sanierungsgebiet, wo „ein Mindestanteil von Sozialwohnungen und öffentlichen Einrichtungen“ realisiert ist, wird entweder die gesamte Steuer oder ein Teil dem Bauträger zurückgestattet werden können. Das bedeutet, daß die großen privaten Bauinitiatoren, die in den Z.A.C. aktiv werden, von der Steuer befreit sein werden: In den meisten Z.A.C., in denen sie bauen, fallen der Bauträger und der Bauinitiator zusammen oder werden von derselben Finanzgruppe kontrolliert.

– Schließlich sieht eine Bestimmung vor – und dies ist eine weitere Vorsichtsmaßnahme –, daß in diesen Gebieten das Überschreiten der „gesetzlichen Höchstgrenze“ im Verhältnis zum Gesamtgebiet und nicht von Parzelle zu Parzelle festgestellt wird.

Das bedeutet, daß beispielsweise mit diesem Berechnungsmodus die Unternehmen, die die Häuser von La Défense gebaut haben, nichts zahlen würden (da die Dichte der Gesamtheit der gebauten Häuser im Verhältnis zur Gesamtfläche des Gebiets die gesetzliche Obergrenze nicht überschreitet).

Es liegt auf der Hand, daß die monopolistischen Großunternehmer nicht zahlen werden; sie werden im Gegenteil durch den wachsenden Druck auf die Grundeigentümer begünstigt werden; der Extraprofit der Bauinitiatoren, die treibende Kraft des Bodenpreisanstiegs, wird unangetastet bleiben.

Der Staat der Monopole wird ebenfalls ohne Kosten davonkommen. Diese „Reform“ wird ihn nicht mehr kosten als die vorangegangenen, und wieder einmal wird es die Bevölkerung sein – die Bewohner und Kleineigentümer –, die zahlen wird. Als monopolistische Reform liegt das Bodengesetz auf der Linie der Restriktionspolitik. Es geht darum, die Bevölkerung anstelle der Baukapitalisten zahlen zu lassen, es geht ebenfalls darum, die Kommunen zu zwingen, die Krise zu verwalten, während die Regierung die Möglichkeit erhält, sich aus ihrer politischen Verantwortung zu stehlen.

Die Falle besteht darin, die Kommunen mit der neuen Steuer zu ködern, um sie in zunehmendem Maße dazu zu bringen, die Bodenreserven anzulegen, die die Bauinitiatoren benötigen. Aber die Kommunen, denen das Vorkaufsrecht auf ihrem Gebiet eingeräumt wird, genießen nur ein formales Recht, solange ihnen die Finanzmittel zur Ausübung dieses Rechts fehlen. Auch muß darauf hingewiesen werden, daß die Kommunen dieses Recht in den Z.A.D.³ nicht werden wahrnehmen können, in denen die Regierung die großen monopolistischen städtebaulichen Projekte durchführt, entweder direkt oder über nicht-demokratische Organe, die ihr unmittelbar unterstellt sind. Zudem wird im Pariser Sied-

2) Die französische Abkürzung für diese Gebiete ist Z.A.C. – Zone d’Amenagement en cours. (Anm. d. Red.).

3) Zone d’Amenagement Différé: Für spätere Erschließung und Bebauung vorgesehenes Gebiet; entspricht im Deutschen in etwa dem Begriff ‚Bauerwartungsland‘. (Anm. d. Red.).

Jungsräum ein Viertel des Steueraufkommens an den Distrikt, eine undemokratische Institution im Dienste der Monopole, gehen.

Das Steueraufkommen wird um so höher, je stärker die Dichte der Neubauten ist. Dies wird für die Stadtverwaltung, die in den Genuss der Steuer kommen möchte, ein Anreiz sein, eine Verdichtung der Bauten zu akzeptieren und den Bauinitiatoren zu gestatten, auf Grundstücken zu bauen, die beispielsweise für öffentliche Einrichtungen vorgesehen sind. Die Erhebung der Steuer durch die Kommune wird der Regierung als Vorwand dafür dienen, die kollektiven Einrichtungen noch weniger zu finanzieren; und in diesem Falle wird das Resultat die Überlastung der bestehenden Einrichtungen, die Qualitätsminderung des Lebensrahmens, die Verschlimmerung der Krise sein.

Die Stadtverwaltungen hingegen, die die Dichte begrenzen, den Lebensraum erhalten sollen, werden keine Einnahmen haben; dann wird die Ausübung des Vorkaufsrechts die Erhöhung der ohnehin schon hohen kommunalen Steuern oder die Streichung mancher Vorhaben im Bereich der öffentlichen Einrichtungen notwendig machen. In beiden Fällen dient die Gemeinde den Interessen der Baukapitalisten: sei es, indem sie die Bodenreserven bildet, die diese benötigen, sei es, daß sie ihnen freie Hand gibt. In beiden Fällen trifft die restriktive Politik die Bevölkerung mit voller Wucht, und die Gemeinde erscheint als politisch verantwortlich.

Minister Galleys möchte „die Stadt an die Krise anpassen“. Und die Propaganda über das Thema der „Kommunalgewalt“, der Dezentralisierung zielt einerseits darauf ab, die Zentralgewalt politisch abzuschirmen, andererseits die Verwaltung der Krise – und die Verantwortung für sie – noch mehr auf die Gemeinden abzuwälzen.

Wenn er auf gewisse linke Stadtverwaltungen zu zählen scheint, um „eine Übereinstimmung über gewisse Optionen einer Städteplanungspolitik zu finden“, soll er auf keinen Fall damit rechnen, daß die Kommunisten und ihre gewählten Vertreter in diese Falle gehen.

Die Illusionen des Reformismus

In den meisten Ländern des kapitalistischen Europa entwickelt die reformistische – besonders sozialdemokratische – Strömung seit langem „revolutionäre“ Positionen im Bereich der Bodenpolitik, indem sie das Prinzip des Privat-eigentums an städtischem Grund und Boden selbst in Frage stellen.

Das ist der „Munizipalsozialismus“ der II. Internationale und der englischen Labour Party zu Beginn des Jahrhunderts. Das ist die Praxis der großen, sozialdemokratisch geführten Stadtverwaltungen in Schweden und in der Bundesrepublik. Das ist in Frankreich das Thema der Munizipalisierung des Städtischen Bodens, das in verschiedenen Formen von der S.F.I.O. (Section Française de

l'Internationale Ouvrière) 1963⁴, der C.F.D.T. (Confédération Française Démocratique du Travail)⁵, der P.S.U. (Parti Socialiste Unifié) 1967⁶ vorgebracht und von der P.S. (Parti Socialiste) 1972 wieder aufgegriffen wurde: „Für die Sozialisten muß der Faktor Boden aus der Marktwirtschaft herausgenommen und jegliches Eigentum an städtischem Boden rechtzeitig an die Allgemeinheit zurückgegeben werden.“⁷ Die verschiedenen Projekte der Munizipalisierung des Grund und Bodens, die der französische Reformismus vorgelegt hat, und die effektiven Erfahrungen der europäischen sozialdemokratischen Parteien basieren auf einem gemeinsamen Prinzip: Die „Boden spekulation“ kann beseitigt werden, wenn ihr Objekt, die bebaubaren Grundstücke, dem Markt, dem „freien Spiel der Kräfte“ entzogen wird. Und dies soll im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst geschehen, ohne daß es notwendig wäre, mit der Herrschaft des Großkapitals über das nationale Leben und insbesondere den Immobiliensektor Schluß zu machen. So schlägt 1972 die Sozialistische Partei ein Bodengesetz vor⁸, das ganz klar die Gedanken formuliert, die derartigen Positionen in der Bodenfrage zugrundeliegen. Welches sind die wichtigsten Bestimmungen?

Innerhalb des Urbanisierungsgebiets besitzt die öffentliche Hand ein *Vorkaufsrecht*. Dieses sowie die Enteignung wird auf der Basis des Werts ausgeübt, den das Grundstück ein Jahr vor der Schaffung des Gebiets hatte. Diese Bodenkäufe werden durch eine *Grundsteuer* finanziert, die jährlich von den Bodeneigentümern gezahlt wird und die sich nach dem Verkehrswert ihrer bebauten oder unbebauten Grundstücke richtet. So würde die öffentliche Hand nach und nach das gesamte erforderliche Bauland erwerben. Diese Grundstücke können dann nicht als *Volleigentum* an Private verkauft werden, sondern nur für eine begrenzte Dauer vermietet oder überlassen werden.

Welche Konsequenzen hätte dies unter den Bedingungen der Herrschaft der Monopole? Im wesentlichen die, daß die öffentliche Hand den für die Verwertung der privaten Baukapitalien, insbesondere des Monopolkapitals, notwendigen Baugrund zur Verfügung stellt. Die Gemeinde kauft den Grund und Boden, beseitigt das Bodenhindernis für das Kapital zu einem Preis, der nicht die gesamten lagebedingten Extraprofite einschließt. Die Gemeinde nimmt Infrastrukturinvestitionen vor, und bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen ist absolut nicht sichergestellt, daß sie dem Kapital die Finanzierung der Investitionen auferlegt. Schließlich verkauft die Gemeinde nicht, sondern sie verpachtet.

4) Gesetzesvorschlag Nr. 782 der sozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung am 17. Dezember 1963.

5) Diese Positionen sind insbesondere dargestellt in: Louis Houdeville – Pour une civilisation de l'habitat, Paris, Ed. Ouvrières, 1969, S. 345–354.

6) Gesetzesvorschlag vom 16. Juni 1967, der die seit 1960 entwickelten Positionen wieder aufgreift.

7) Changer La Vie, Flammarion, 1972, S. 140.

8) Vorschlag eines Bodengesetzes der sozialistischen Fraktion vom 28. Juni 1972, Darlegung der Gründe S. 2.

Zu welchem Preis? Zu einem Pachtzins, der so hoch ist wie die Grundsteuer, d. h. ein oder zwei Prozent der Grundstückskosten beträgt. So eignet sich der Kapitalist, der das Gebäude baut oder nutzt, den größten Teil der lagebedingten Extraprofite an, unter Berücksichtigung ihrer Höhe während des Zeitpunkts des Baues und vor allem danach, wenn sie in der ganzen Zeit der mehrere Jahrzehnte währenden kapitalistischen Nutzung gestiegen sein werden. Die Immobilien spekulation hat nämlich nicht das Grundstück zum Objekt, sondern den Extra profit: Sie kann sich sehr wohl ohne Privateigentum an Boden entwickeln, sobald dieser kapitalistisch genutzt wird.

Das Immobilien-Großkapital erprobt – allerdings sehr vorsichtig – bereits heute in Frankreich das System des Bauens auf öffentlichem Boden auf Pachtbasis oder der Nutzungskonzeption für den Grund und Boden.

In anderen europäischen kapitalistischen Ländern vollzieht sich die Spekulation hauptsächlich über diesen Modus.

Das Zentrum von Stockholm ist Eigentum der Stadtverwaltung. Die Hötorget-Türme sind jedoch in ganz und gar kapitalistischer Weise von den schwedischen Banken gebaut und genutzt worden: Die lagebedingten Extraprofite haben sich derart erhöht, daß sie in keinem Verhältnis zu der an die Stadt gezahlten Bodenpacht stehen. Seit einem Jahrhundert funktioniert in Großbritannien das Erbpacht-System (long-lease), das bei städtischen Bauten sowohl von den privaten Großgrundbesitzern als auch von den lokalen Behörden praktiziert wird: Es ist ein bevorzugter Modus der Entwertung des Grundeigentums zugunsten des Finanzkapitals geworden, und die Spekulation blüht weiterhin auf dem Markt der Pachtverträge. Ihr Objekt ist nicht das Eigentum an Grund und Boden, sondern das an Extraprofit.

Zwar würde die Realisierung der reformistischen Bodenpolitik in Frankreich das Großkapital zu gewissen Anpassungen zwingen. Im Gegenzug würde es aber zwei grundlegende Vorteile daraus ziehen, besonders im Hinblick auf das Problem, das mit der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus gestellt ist. Erstens die Vernichtung des Grundbesitzmonopols durch den Staatsapparat – eine Voraussetzung für einen Aufschwung der Produktivkräfte, für die Konzentration und den monopolistischen Zugriff in der Bauindustrie, Bedingung auch für das Ende des Transfers eines Teils des gesellschaftlichen Mehrprodukts auf die nicht-monopolistischen Schichten. Zweitens die freie Aneignung des Extraprofits ohne Immobilisierung von Geldkapital – eine Voraussetzung für die massenhafte Freisetzung von Monopolkapitalien, deren Mobilität in der Periode der Krise eine Grundbedingung für Rentabilität wird.

Der kleine und mittlere städtische Grundbesitz würde dagegen hart getroffen, ohne daß er eine Gegenleistung erhielte. Insbesondere die Grundsteuer würde für ihn eine verdeckte Entwertung bedeuten: Sie führt zum Zwangsverkauf von Liegenschaften, die für die Eigentümer Gebrauchswerte oder Produktionsinstrumente sind, und deren Verkehrswert aufgrund ihrer Lage hoch sind. Zudem lässt sie die öffentliche Hand am Spekulationsprozeß teilnehmen, den die Existenz des privaten Immobiliensektors weiterhin aufrechterhält, und der sich auf die

munizipalisierten wie die nicht-munizipalisierten Grundstücke erstreckt. So siedeln diese Vorschläge die Wurzel der städtischen Krise nicht im Extraprofit und in der monopolistischen Überakkumulation an, sondern in einem ihr äußeren Hindernis: dem Grundbesitz. Die Spekulation, die Verschwendungen, die Irrationalität auf gesamtgesellschaftlicher Ebene werden nicht direkt dem Großkapital und seinen Widersprüchen zugeschrieben: Sie liegen allenfalls in seinen „Mißbräuchen“ begründet. Der Staat endlich kann diese Hindernisse und diese Mißbräuche bekämpfen, ohne daß sein Klassencharakter sich ändern müßte. Das ist die theoretische und politische Grundlage dieses reformistischen Vorschlags: die Munizipalisierung des Grund und Bodens.

Wirkliche Lösungen im Rahmen des Gemeinsamen Programms

Eine demokratische Bodenpolitik orientiert sich an einem fundamentalen Ziel: *der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse*. Jede ihrer einzelnen Maßnahmen wird durch diese Orientierung bestimmt: die rasche Verwirklichung einer sozialen Wohnungspolitik und die Schaffung von kollektiven Einrichtungen, wie es im Gemeinsamen Programm vorgesehen ist. Das ist genau das Gegenteil, wie es im gegenwärtig betriebenen Politik: alles, was für den Extraprofit des Monopolkapitals notwendig ist, und nur, was für ihn notwendig ist. Unter dieser Bedingung können die Bodenmaßnahmen der demokratischen Regierung die politische Unterstützung der Massen erhalten, die für ihre Durchsetzung vonnöten ist.

Durch die Verwirklichung des Gemeinsamen Programms in seiner Gesamtheit wird sich das Bodenproblem ganz anders darstellen, und zwar im wesentlichen durch *die Ausweitung und Demokratisierung des öffentlichen Wohnungssektors* einerseits und *die demokratische Nationalisierung des Bank- und Finanzsektors* andererseits. Diese Maßnahmen werden es ermöglichen, den Bauprozeß und damit die Nutzung des städtischen Bodens in eine andere Richtung zu lenken. Auf dieser und allein auf dieser Basis werden *spezifische Bodenmaßnahmen* mit Erfolg durchgeführt werden. Um den gesellschaftlichen Wohnungsbedarf zu decken, wird der öffentliche Sektor das Hauptinstrument zur Verwirklichung des Programms sein, das 720 000 notwendige Wohnungen jährlich vorsieht. Die kommunistische Fraktion in der Nationalversammlung präzisiert dieses Ziel und schlägt es als Sofortmaßnahme zur Bewältigung der Krise vor⁹⁾.

In diesem Bauprogramm vergrößert sich der H.L.M.-Sektor und der öffentlich geförderte Wohnungsbau quantitativ beträchtlich, und die Reform ihrer Finanzierung gewährleistet eine sofortige Senkung der Wohnungskosten für die Bewohner. Der Vergleich zwischen diesem Programm (in der untenstehenden Tabelle

	Wohnungen, mit deren Bau begonnen wurde:			Vorschläge der FKP		
	1966		1974		Zahl (in Tausend)	Vorschläge der FKP in %
	Zahl (in Tausend)	in %	Zahl (in Tausend)	in %		
Sozialwohnungen (H.L.M.)	109,6 29,2	24,6 6,6	110,5 62,0	20,1 11,3	340 60	47,2 8,3
Bezuchshüster Sektor	111,5	25,1	75,2	13,6	145	20,1
Nicht bezuchster Sektor						
Insgesamt	444,9		550,8		725	100

9) Gesetzesvorschlag Nr. 1201 der kommunistischen Fraktion in der Nationalversammlung vom 11. Juli 1974.

Wohnungen, mit deren Bau begonnen wurde:						Vorschläge der FKP			
	1966		1974		Zahl (in Tausend) in %				
	Zahl (in Tausend)	in %	Zahl (in Tausend)	in %					
Sozialwohnungen (H.L.M.)	• Vermietung	109,6	24,6	110,5	20,1	340	47,2		
	• Erwerb	29,2	6,6	62,0	11,3	60	8,3		
Bezuschusster Sektor	• Direktdarlehen des Crédit Foncier	111,5	25,1	75,2	13,6	145	20,1		
	• Gemischte Dar - lehen: Banken- C.F.F. (P.S.D.-P.I.C.)	—	—	42,2	7,7	—	—		
	• Bankdarlehen	63,8	14,3	260,9	47,4	175	24,3		
Nicht bezuschusster Sektor	111,0	24,9	111,0	24,9					
Insgesamt	444,9		550,8		725	100			

verdeutlicht) und den seit sechs Jahren hervorgebrachten Resultaten der monopolistischen Politik zeigt die Notwendigkeit einer Tendenzänderung.

Dieses Bauprogramm wird – mit Ausnahme des nicht bezuschüfteten Sektors – von einer demokratisch verwalteten Nationalen Darlehenskasse für den sozialen Wohnungsbau finanziert werden, die die Darlehen zur Verfügung stellen wird, vermittels derer die Einkommen der Bevölkerung entschieden weniger durch die Wohnungskosten belastet sein werden.

Es wird hauptsächlich durch öffentliche Bauträger realisiert werden (öffentliche Sozialwohnungsbauträger, gemischte Unternehmen) und in zweiter Linie durch private gemeinnützige Bauträger (Aktiengesellschaften und genossenschaftliche Unternehmen des Sozialwohnungsbaus) oder durch kapitalistische Bauunternehmer. In allen Fällen wird die Unterstützung durch die öffentliche Hand nach den Prioritäten des demokratischen Plans gewährt werden, mit bestimmten Auflagen verbunden sein (Baunormen, die die Qualität der Wohnung garantieren, Höchstverkaufspreise und -mieten) und die demokratische Vertretung der Bewohner im Verwaltungsrat des öffentlichen oder privaten Bauorgans implizieren.

So wird bei sämtlichen Grundstückstransaktionen das relative Gewicht des öffentlichen Sektors in bedeutenden Größenordnungen zunehmen. Außerdem wird bei einem überwiegenden Teil der gebauten Wohnungen eine Kostenobergrenze festgelegt werden (76 %):

wohingegen die Tendenz der monopolistischen Politik auf die rasche Entwicklung des Bausektors hinzielt, dessen Preise frei sind (von 39 % im Jahre 1966 auf 47 % im Jahre 1974).

Es wird indessen ein großer privatkapitalistischer Sektor bestehen bleiben, der im öffentlich geförderten Sektor tätig werden wird, wo er in den Genuss des Vorteils öffentlicher Darlehen kommt, wenn er dafür eine Begrenzung der Profite und eine Vertretung der Bewohner im Verwaltungsrat der Baugesellschaften¹⁰ akzeptiert. Seine Tätigkeit wird sich aber ebenfalls auf den nicht geförderten Bereich erstrecken.

Die Nationalisierung des Bank- und Finanzsektors wird den spekulativen Aktivitäten der mit den Banken liierten großen Immobiliengesellschaften ein Ende setzen, die heute den Schlüsselsektor des Immobiliengeschäfts ausmachen: Die technischen Kapazitäten dieser Unternehmen werden in den Dienst des öffentlichen Wohnungsbausektors gestellt werden, mit den Vorteilen, die das für die Mehrheit ihrer Belegschaft mit sich bringt.

Zudem wird die Verwaltung und Leitung des öffentlichen Banksektors nach den Richtlinien des demokratischen Plans eine Kontrolle der Aktivität des privaten Bausektors ermöglichen, der einen erheblichen Kreditbedarf hat, welcher heute die Basis für die Herrschaft der Banken über den Bauinitiator und die formal vom Finanzkapital unabhängigen Unternehmen darstellt.

10) Gesetzesvorschlag der F.K.P., Artikel 21, Absatz b.

Die tiefgreifenden Reformen des Gemeinsamen Programms haben jedoch ihre Grenzen: Es wird weiterhin ein privater Immobiliensektor existieren – die heutigen kleinen und mittleren Unternehmen werden von einem gewissen Zstrom von Spargeldern profitieren können – und vor allem der private Bausektor, einschließlich der großen Bauunternehmen, von denen einige heute die Merkmale monopolistischer Unternehmen aufweisen. Dieser Privatsektor wird unzweifelhaft – zumindest in den ersten Etappen der „fortschrittlichen Demokratie“ – spekulativen Tendenzen entwickeln. Es wird also darauf ankommen, seine Aktivität nach den demokratischen Zielen auszurichten, während gleichzeitig sein kapitalistischer Charakter anerkannt wird.

Im übrigen wird das Privateigentum an städtischem Grund und Boden nicht in Frage gestellt werden: Die Grundstücke werden weiterhin verkauft und gekauft werden, und zwar zu einem großen Teil vom öffentlichen Sektor, zu einem geringeren Teil vom Privatsektor.

Die Beseitigung des Motors der Grundstücksspekulation lässt somit weiterhin die Notwendigkeit der öffentlichen Kontrolle des Bodenmarktes bestehen: aber gleichzeitig gewährleistet sie die Möglichkeit dieser Kontrolle. Spezifische Maßnahmen im Bereich der Bodenpolitik werden also ergriffen werden müssen¹¹. Zunächst ist festzustellen, daß der öffentliche Sektor – öffentliche Körperschaften und öffentliche, demokratisch verwaltete Organisationen, die für die Bodenplanung verantwortlich sind – über neue Mittel verfügen wird, um sich die für den Bau von Sozialwohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen erforderlichen Grundstücke zu beschaffen.

Die Reform der Enteignung zu gemeinnützigen Zwecken wird ein erstes Instrument abgeben.

Die Enteignungsentschädigung wird unter Bezugnahme auf eine Periode festgesetzt werden, in der die Bodenpreise stabiler waren: Die *Bezugspreise* werden also die Verkehrswerte der bebauten oder unbebauten Grundstücke zu einem gewissen *Bezugsdatum* sein. Diese Preise und dieses Datum werden bestimmt durch das öffentliche Amt für Bodenplanung, nachdem eine demokratische Beratung mit den Gemeinden im Hinblick auf die quantitativen und qualitativen Zielsetzungen des Programms für Sozialwohnungen und kollektive Einrichtungen stattgefunden hat. Eine solche Entscheidung kann nicht auf bloß administrativem Wege getroffen werden, ohne eine breite, demokratisch herbeigeführte Abstimmung mit den Gemeinden, ihren kommunalen Bodenkommissionen, den öffentlichen Bauträgern, den Organisationen der lohnabhängigen Bevölkerung, der Bauern, der Grundeigentümer, der Bewohner. Die Referenzpreise werden nämlich in vielen Fällen wahrscheinlich unter den marktüblichen Verkehrswerten der Grundstücke liegen müssen.

11) Siehe: Louis Perceval: „Mécanismes fondamentaux du marché foncier et politique foncière démocratique“, „Economie et Politique“, Nr. 210, Januar 1972, S. 29–48. – Gemeinsames Regierungsprogramm, Editions Sociales, S. 66–68. – Kommunistischer Gesetzesvorschlag.

Die Entschädigung wird zwei weitere Elemente umfassen: die Neufestsetzung des Referenzpreises nach einem Index der Entwicklung des Preises und der Löhne; die Berücksichtigung der Höhe der Ausgaben, die der Grundeigentümer seit dem Referenzdatum effektiv getätigt hat.

Die endgültige Festlegung der Entschädigungshöhe auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften wird einer Kommission obliegen, an deren Spitze ein Verwaltungsbeamter steht, und die einen Repräsentanten der enteignenden und einen Repräsentanten der enteigneten Partei umfaßt: Die Kommission wird also den 1958 durch Verordnung eingesetzten Einzelrichter ersetzen.

Wenn die betreffende Sache allerdings die Hauptwohnstätte des Eigentümers oder ein Landwirtschafts-, Geschäfts- oder Handwerksbetrieb ist, der als Familienbetrieb geführt wird, wird die Höhe der Enteignungsentschädigung nicht unter der Summe liegen können, die zur *Wiederbeschaffung eines äquivalenten Gebrauchswerts* notwendig ist. Wenn es möglich ist, wird das die Enteignung durchführende Organ diese Wiederherstellung des ursprünglichen Gebrauchswerts in Naturalform vorschlagen können.

Schließlich wird es eine Reform der verwaltungstechnischen und Indexermittlungsverfahren geben, um zum einen eine schnelle Inbesitznahme der enteigneten Sache im Interesse der Allgemeinheit und zum anderen eine rasche Regelung der Entschädigung im Interesse der Enteigneten zu erreichen.

Ein allgemeines *Vorkaufsrecht* auf die bebauten und unbebauten Grundstücke in den Urbanisierungsgebieten wird zugunsten der öffentlichen Ämter für Bodenplanung und der Kommune geschaffen werden. Durch die Ausübung dieses Vorkaufsrechts wird es der öffentlichen Hand möglich sein, einerseits die Grundstücke zu erwerben, die für die Realisierung der Programme für Sozialwohnungen und kollektive Einrichtungen erforderlich sind, ohne Enteignungen vornehmen zu müssen, andererseits kann sie so den Anstieg der Bodenpreise bekämpfen.

Denn wie es jetzt in den Z.A.D. der Fall ist, wird das das Vorkaufsrecht besitzende Organ den Preis wie bei einem Entschädigungsverfahren festsetzen lassen können, wenn es der Ansicht ist, daß der durch die Erklärung der Verkaufsabsicht erwartete Preis spekulativ ist. Diese Bestimmung wird ein schlagkräftiges Mittel darstellen, das bewirkt, daß die Preise der privaten Grundstückstransaktionen sich an die Referenzpreise angleichen. Die von der öffentlichen Hand – im gegenseitigen Einvernehmen durch Wahrnehmung des Vorkaufsrechts und durch Enteignung – erworbenen Grundstücke werden vorrangig für den Bau von Sozialwohnungen durch die öffentlichen oder gemeinnützigen Bauträger und für die Bereitstellung von kollektiven Einrichtungen verwendet werden. Die Gemeinde, die in zunehmendem Maße ihre Funktion der umfassenden Förderung der Stadtplanung erfüllt, wird dem Privatsektor erschlossene Grundstücke zur Verfügung stellen können: Diese Erschließungstätigkeit sowie die demokratisch ausgearbeiteten städtebaulichen Bestimmungen sind ein Mittel, um den Privatsektor auf die städtebaulichen Ziele der Gemeinden hin zu orientieren.

Selbstverständlich wird die Bereitstellung billiger Grundstücke für die privaten Bauträger nicht, wie es heute üblich ist, zum Transfer der Extraprofite zu ihren

Gunsten führen müssen: Sehr strenge gesetzliche Bestimmungen, die Demokratisierung des kommunalen Lebens und der politische Kampf werden dem öffentlichen Grundstücke nutzenden Privatektor eine Begrenzung der Verkaufspreise und der Profite aufzwingen. Das ist die entscheidende Frage der „konzertierten Erschließung und Bebauung“: Die Frage, ob die Grundstücke als Eigentum voll abgetreten oder zur vorübergehenden Nutzung überlassen werden, ist sekundär, da in jedem Fall Erfahrungen hinsichtlich der Verpachtung des öffentlichen Grund und Bodens gesammelt werden müssen.

Zusätzliche Maßnahmen steuerlicher Art werden ergriffen werden müssen, um die öffentliche Kontrolle über den Grundstücksmarkt und die bebauten Grundstücke zu verstärken, die schon durch die demokratische Planung möglich sein wird, und um darüber hinaus Mittel freizumachen.

Tatsächlich existiert noch ein privater, nicht mit öffentlichen Mitteln geförderter Bausektor und somit ein privater Grundstücksmarkt, auf dem sich die Kaufs- und Verkaufspreise frei bilden, wenn die öffentliche Hand nicht von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch macht. Es wird folglich wichtig sein, die Spekulationsmechanismen zu bekämpfen, die sich hier werden entwickeln können, indem sowohl auf den Preis der Wohnungen und Büros des Privatsektors als auch auf das Preisniveau bei den Grundstücksgeschäften Einfluß genommen wird.

Eine erste Maßnahme wird die *steuerliche Erfassung der „Bodenwertsteigerungen“* sein, die als Überschuß des freien Handelspreises über den Bezugspreis definiert wird: Diese Besteuerung, die einen Steuerfreibetrag für den Familienbesitz der Arbeiter und der Familienbetriebe einschließt, wird massiv sein und in rascher Progression ansteigen. Auf diese Weise werden zwei Ziele erreicht: Die Grundeigentümer werden weniger daran interessiert sein, über dem Bezugspreis zu verkaufen, und die ungleiche Behandlung der Grundeigentümer, je nachdem, ob die öffentliche Hand oder ein Privatmakler ihr Grundstück erwirbt, wird merklich zurückgedrängt.

Gleichwohl läßt diese Steuer zwei Probleme bestehen: Die privaten Bauinitiatoren, die im nicht geförderten Sektor bauen, können weiterhin Immobilien spekulation betreiben und ihre Verkaufspreise erhöhen; andererseits können die Grundeigentümer unter diesen Bedingungen einen Teil der Bodenzuwachssteuer auf den Verkaufspreis der Grundstücke abwälzen, die von den Bauinitiatoren gekauft werden.

Es wird also anderer Maßnahmen bedürfen, um den spekulativen Preisanstieg der Wohnungen und Büros im freien Sektor zu verhindern. Ein Mittel dazu wird die *steuerliche Erfassung der Verkaufspreise der Bauten sein, die über einer gewissen Schwelle liegen*. Bei den Wohnungen kann diese Schwelle in Bezug auf eine Obergrenze der Herstellungskosten festgesetzt werden, bei der ein Recht auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gegeben ist; bei den anderen Bauten, besonders bei den als Geschäftsräume genutzten, wendet man einen Maximalkoeffizienten – der die Grundstückskosten und den Profit des Bauinitiators einschließt – auf die reinen Baukosten an, die ihrerseits geregelt sind. Der Steuersatz muß sehr hoch sein, um die Abwälzung der Steuer auf die Preise

auszuschließen und den Privatektor von den spekulativsten Immobiliengeschäften abzubringen.

Die Gesamtheit dieser Maßnahmen wird den öffentlichen Händen unverzüglich die für die Verwirklichung ihrer sozialen Vorhaben notwendigen Grundstücke verschaffen und die vom Privatektor betriebene Immobilienpekulation eindämmen. Letzteres Ziel ist nur realistisch – das sei noch einmal gesagt –, wenn die Finanzgruppen zerschlagen werden und der Staatsapparat vom Einfluß des Großkapitals befreit wird. Unter diesen Umständen kann eine zunehmende Vereinheitlichung des Bodenmarktes durch die Angleichung sämtlicher Grundstücksgeschäfte an die Preise der öffentlichen Transaktionen erreicht werden. Auf dieser Grundlage wird man neue Fortschritte ins Auge fassen können, nämlich die fortschreitende Abschwächung der Prozesse, die bewirken, daß die Differenzierung der Bodennutzung durch die räumliche Ungleichheit der Bodenpreise bedingt ist.

Diese Politik basiert auf einer Kontrolle der Aktivität und des Profits des kapitalistischen Bausektors: Sie zielt auf die Zurückdrängung seiner spekulativen Orientierung ab, verschafft ihm jedoch ebenfalls den Vorteil bedeutender öffentlicher Märkte und finanzieller Unterstützung – insbesondere durch die öffentlichen Darlehen zum Erwerb von Wohneigentum –; sie ermöglicht ihm eine angemessene Profitrate, während gleichzeitig die Produktion auf die Erstellung von preisgünstigen Wohnungen hingelenkt wird.

Diese Politik berührt auch die Interessen derjenigen, die Grundeigentum in den Städten und in den städtischen Randgebieten haben: Die angestrebte Regulierung der Bodenpreise durch die Referenzpreise wird zur Stabilisierung, ja sogar Verminderung des Verkehrswerts ihres Besitzes führen. Die Eigentümer, die ihren Besitz in kapitalistischer Weise nutzen, werden auf die Perspektiven aktueller „Wertsteigerungen“ verzichten müssen.

Die legitimen Interessen der Kleineigentümer werden freilich sorgfältig geschützt: Die Wiederherstellung des Gebrauchswerts ihres Immobilienbesitzes – Wohnung, Geschäftsräum, Werkstatt, landwirtschaftlicher Betrieb usw. – ist absolut garantiert. Die Politik der Stabilisierung der Wohnungs- und Grundstückspreise und die Politik der generellen Förderung der Klein- und Mittelunternehmen wirken zusammen, um diese Verpflichtung leichter realisierbar zu machen.

Die Lockerung des Drucks der Monopole und die staatliche Unterstützung für die kleinen und mittleren Unternehmen, die Ausdehnung der Sozialversicherung auf alle Franzosen und damit eine anständige Altersversorgung wird es für gewisse handwerkliche und selbständige Berufe in geringerem Maße notwendig machen, Immobilien zu erwerben, die gegenwärtig einen relativen Schutz ihres Kapitals vor der Entwertung und die Sicherung ihrer Altersversorgung bedeuten. Durch den Kampf gegen die Inflation, den Schutz der Ersparnisse und die Indexbindung der Sparzinsen wird nicht nur die Verwendung der Spargelder in einem Sinne möglich, der mehr dem nationalen Interesse entspricht, sondern es wird

zugleich vermieden, daß Immobilienwerte die einzige Anlage sind, die die Ersparnisse vor der Geldentwertung schützt.

Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der Krise

Um die Krise zu bewältigen, ihre wirklichen Urheber aufzuzeigen und zu bekämpfen, die Restriktionspolitik der Regierung zurückzuschlagen und die Demagogie ihrer „Reformen“ zu entlarven, muß für Sofortmaßnahmen gekämpft werden.

Zunächst Sofortmaßnahmen für eine *soziale Wohnungspolitik* und für die *Bereitstellung von kollektiven Einrichtungen*. Was die Wohnungsfrage betrifft, so sind dringende Forderungen bereits Gegenstand von sich entwickelnden Kämpfen: um Mietstopp, um finanzielle Unterstützung der H.L.M.-Organe, um Rückerstattung der Mehrwertsteuer auf die von ihnen gebauten Häuser, um die Senkung des Heizölpreises für Privathaushalte um 30 %, um die Einstellung von Zwangsräumungen und Pfändungen bei unbezahlten Mieten, für besondere Maßnahmen zugunsten der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen. Diese Forderungen einschließlich und über sie hinausgehend formuliert der Gesetzesvorschlag der Kommunisten zur Wohnungsfrage umfassende Kampfziele für eine soziale Wohnungspolitik.

Jedoch wäre die Realisierung dieser Maßnahmen bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ernsthaft gefährdet: einerseits durch die spekulative Ausrichtung des privaten Immobiliensektors und dessen Beherrschung durch die Monopole, andererseits durch die autoritären Verfahrensweisen im Bereich der Städteplanung, die die Unterwerfung des Staates unter die Aktivitäten der Monopole auf dem Immobiliensektor gestatten. Daher die Notwendigkeit von *die sozialen Maßnahmen ergänzenden Sofortmaßnahmen, die gegen die Grundstücksspekulation und den Autoritarismus der Regierung in städtebaulichen Fragen angehen*.

Welche politischen Merkmale haben diese Sofortmaßnahmen?

- Sie schaffen Klarheit über die Projekte der Regierung, die ihre ganze Demagogie entfaltet, um die Verantwortung des Großkapitals für die Krise der Stadt zu bemanteln, indem sie einen falschen Sündenbock benennt: die „Grundstückseigentümer“ im allgemeinen.
- Sie decken die wirklichen Ursachen, die wirklich Verantwortlichen auf: die Monopole und die in ihrem Dienste stehende Regierung.
- Sie bekämpfen tatsächlich eine Auswirkung der Krise, die die Volksmassen besonders hart trifft; sie erleichtern die politische Schlacht auf parlamentarischer Ebene; die Massenschlacht für soziale Ziele, gegen die beherrschende Rolle der Immobilienkapitalisten, für die Demokratie im Bereich der Städteplanung kann die Regierung zum Rückzug bewegen.
- Sie sind eingebettet in die Perspektive des Gemeinsamen Regierungsprogramms, das sie in einigen Punkten präzisieren. Zugleich tragen sie zum Kampf um die Hebung der Qualität des Linksbündnisses und die Zurückdrängung der

reformistischen Illusionen bei; die Versuchung, diesen Illusionen zu erliegen, ist seit langem in den Bodenfragen sehr stark ausgeprägt, wo sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nur indirekt auswirken.

Diese Sofortmaßnahmen gruppieren sich um zwei Lösungen: *Nein zum Skandal der Grundstücksspekulation! Nein zur etatistischen und autoritären Städtebaupolitik!*

Antispekulative und antimonopolistische Maßnahmen

Die übermäßigen Steuervorteile, die dem Immobilien-Großkapital zugute kommen, müssen abgeschafft werden. Diese Steuerbegünstigungen gehören zu dem Instrumentarium, das ab 1958 geschaffen wurde, um die Position der Monopole in diesem Sektor zu festigen. Indem sie den im Immobiliengeschäft erzielten Extraprofit der Finanzgruppen selektiv begünstigen, geben sie dem Preisauftrieb bei den Grundstücken Nahrung.

Die Abschaffung dieser Vorteile entspricht einem Ziel, das dem der Regierung absolut entgegengesetzt ist: die Entfernung der Monopole aus dem Immobiliensektor durch Aufhebung der Hauptmechanismen, über die die Bildung von Extraprofiten zu ihren Gunsten vermittelt ist. Für den Wohnungsbau hätte dies keinerlei merkliche negative Konsequenzen: Die von den Finanzgruppen gebauten Wohnungen sind der Mehrheit der Bevölkerung nicht zugänglich und fallen quantitativ kaum ins Gewicht; seit mehreren Jahren wenden sich die Monopole rentableren Produktionen zu (vor allem Büros). Im übrigen lässt der kommunistische Gesetzesvorschlag dem Privatsektor einen großen Spielraum und gewährt ihm im subventionierten Wohnungsbausektor eine angemessene Rentabilität.

Folgende Sofortmaßnahmen zur Beseitigung der Privilegien sind notwendig:

- Die Immobilienprofite der Gesellschaften, die in zum Verkauf bestimmten Bauprojekten investieren, werden zu 15 % besteuert (anstatt zum normalen Körperschaftssteuersatz von 50 %), wenn sie wieder in Immobiliengeschäften angelegt werden: Dieser Steuervorteil, der in erster Linie den Finanzgesellschaften zugute kommt, die im Immobiliensektor festen Fuß gefaßt haben, muß beseitigt werden.

- Die Immobilien-Investmentgesellschaften und die Immobiliengesellschaften für Handel und Industrie, die Wohnungen, Büros und gewerblich genutzte Räumlichkeiten zu Vermietungszwecken bauen, sind gegenwärtig von der Körperschaftssteuer befreit; diese Gesellschaften sind allesamt Filialen von Finanzgruppen. Sie müssen den allgemein geltenden steuerrechtlichen Bestimmungen unterworfen werden.

- Unter den jetzigen Bedingungen verpflichtet sich der Staat vertraglich, im Falle eines Mietstopps den Immobilien-Investmentgesellschaften den Differenzbetrag zwischen den eingefrorenen Mieten und den normalen Richtsatzmieten zu zahlen. Diese den Banken zugestandene, den öffentlichen H.L.M.-Organen

jedoch verweigerte Garantie ist im ersten Halbjahr 1974 zum Tragen gekommen. Sie muß abgeschafft werden.

Die privaten Bauinitiatoren müssen auch von ihrer eindeutig spekulativsten Aktivität abgebracht werden: dem Bau von Büros und Luxuswohnungen; dies ist der Sektor, in dem sich das Monopolkapital besonders engagiert, und der der Motor der Grundstücksspekulation und des Bodenpreisanstiegs ist. Diesem Ziel entspricht eine Sofortmaßnahme: *die Einführung einer Steuer auf die spekulativen Immobilienprofite.*

Bei Wohnungen und Büros wird ein Verkaufspreis (oder Mietzins) festgesetzt, der als „normal“ betrachtet wird: in Bezug zu den maximalen Gesamtkosten der Wohnungen des Privatsektors, bei Büros durch Anwendung eines Maximalkoeffizienten auf die reinen Baukosten. Was über diesen Preis hinausgeht, die Differenz zwischen den marktüblichen Preisen und dem als „normal“ geltenden Preis, wird besteuert. Der Steuersatz muß sehr hoch sein, um die Abwälzung der Steuer zu verhindern und den angestrebten Abschreckungseffekt zu erreichen.

Es handelt sich folglich nicht um eine Leistungssteuer, die die öffentlichen Hände zu Komplizen der Spekulation macht: Es handelt sich um eine Steuer, die den Privatsektor abschreckt, zu spekulativen Preisen zu bauen, und die so den Motor der Bodenpreiserhöhung außer Kraft setzen will. Wenn die Steuer die gewünschte Wirkung nach sich zieht, werden die steuerpflichtigen Objekte rasch zurückgehen. Durch einen angemessenen Finanzausgleich soll das Steueraufkommen trotzdem den Kommunen zufließen. Der hohe Steuersatz wird nicht die partielle Abwälzung der Steuer auf den Preis der absoluten Luxusbauten – Wohnungen und Büros – verhindern, was kein schwerwiegender Nachteil ist. Er wird jedoch dazu führen, daß die Bauinitiatoren Druck ausüben, um ein Sinken der Bodenpreise in den privilegiertesten Lagen zu erreichen, was nur von Vorteil ist. Er wird vor allem bewirken, daß der Privatsektor sich wieder dem öffentlich geförderten Bereich zuwendet: Die Mittelschichten, die in zunehmendem Maße von den öffentlichen Subventionen zum Erwerb von Eigentum ausgeschlossen und gezwungen wurden, immer höhere Preise zu zahlen und bei den Banken Anleihen aufzunehmen, werden sich darüber nicht gerade beklagen.

Maßnahmen zur Demokratisierung der Städteplanung

Die gegenwärtige Praxis der Boden- und Städteplanung ist dadurch gekennzeichnet, daß die Kommunen ihre Vollmachten an den Staat und die von ihm kontrollierten technokratischen Organe abtreten müssen, und daß die von den öffentlichen Händen betriebene Bodenpolitik im Dienste der Monopole steht.

Sofortmaßnahmen, *die mit dem Autoritarismus in städtebaulichen Fragen Schluß machen und die Befugnisse der Gemeinden bei Erschließungs- und Bebauungsvorhaben auf ihrem Gebiet erweitern:*

- Gesetzliche Einführung eines Vorkaufsrechts für die Gemeinden, das sich auf jedes bebaute und unbebaute Grundstück erstreckt, das Objekt einer Transaktion

im Urbanisierungsgebiet wäre. Finanzierung der Ausübung dieses Vorkaufsrechts durch den Staat.

– Demokratisierung der Erstellung der städtebaulichen Unterlagen durch die effektive Verwirklichung des Grundsatzes ihrer Ausarbeitung durch die Organe des Staates und die kommunalen Körperschaften, das heute in einem autoritären Sinne verzerrt wird: Die Kommunen müssen in allen Etappen des Verfahrens Entscheidungsmöglichkeiten haben.

– Demokratisierung der Organe, die in den meisten Z.A.D. Träger des Vorkaufsrechts sind (Grundstücksfirmen, öffentliche Institutionen für neue Städte usw.), und deren Verwaltungsrat, einschließlich der Repräsentanten der kommunalen Körperschaften, heute durch Dekret ernannt wird und seine Tätigkeit nach Maßgabe der monopolistischen Zielsetzungen der Regierung ausübt. Dieser Verwaltungsrat muß eine Mehrheit von gewählten Vertretern der kommunalen Körperschaften umfassen und eine gerechte Vertretung der betroffenen Bevölkerungsgruppen (Klein- und Mittelbauern, Bewohner, städtische Kleineigentümer usw.) und des Personals der Institutionen gewährleisten. Der Verwaltungsrat muß seinen Präsidenten wählen und den Generaldirektor der jeweiligen Institution ernennen (der heute durch Dekret bestimmt wird).

– Begrenzung des Zeitraums, in dem der Staat in autoritärer Weise das Vorkaufsrecht in den provisorischen Z.A.D.-Gebieten für sich in Anspruch nimmt, auf ein Jahr.

Im übrigen kann die Arbeiterbewegung und die Bewegung der demokratischen Kräfte den Kampf aufnehmen, um lokal die Verwirklichung des Grundsatzes „Verwendung der öffentlichen Grundstücke für die gesellschaftlichen Bedürfnisse“ zu fordern; so soll der Verwendung der dem Staat, den staatlichen Unternehmen gehörenden Grundstücke zugunsten der monopolistischen Bauinitiatoren entgegengewirkt und die Realisierung von Sozialwohnungen und kollektiven Einrichtungen durchgesetzt werden.

Übersetzung: Ilse Utz

Neuerscheinung:

IIMSF-Informationsbericht Bd. 26:

Politische Disziplinierung und Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb

Darstellung und Dokumentation

110 Seiten, DIN A 4, DM 6,—

* Giuseppe Campos Venuti

Paris und die sozialökonomischen Probleme der Stadtentwicklung

Aus: *Politica ed Economia* 5/1973, S. 90–95

Was geht in Paris vor sich? Die Polemiken über die „Manhattanisierung“, über die „gaullistischen Skandale“ und die „mise à mort“, den geplanten Tod der „Ville Lumière“ haben die Grenzen Frankreichs überschritten und dringen in die ausländische Presse ein. Um die Wahrheit zu sagen, der Ton der Informationen und Kommentare ist im allgemeinen recht oberflächlich. Großenteils geht man nur von dem evidenten Sachverhalt aus, daß das „Gesicht“ des Paris (bekannt und der bürgerlichen Kultur – und nicht nur ihr teuer) der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen schon weithin verschwunden ist und offenbar nur durch einen Wald von Wolkenkratzern ersetzt wird. Die weniger pauschalen Analysen weisen die Verantwortung für diesen Kahlschlag dem kapitalistischen System, namentlich seiner gaullistischen Ausgabe, zu. Aber auch solche Analysen beurteilen den ganzen Vorgang letztlich nur als „letzten großen Schwindel“ der Mächtigen.

Die Phänomene, die hinter dem Kahlschlag stehen, sind jedoch viel komplexer und haben darüber hinaus Gemeinsamkeiten mit den Entwicklungen der letzten fünfzehn Jahre in allen Großstädten und Ballungszentren der entwickelten Länder, der kapitalistischen und der sozialistischen. In der Tat hat das Gesicht aller großen Städte der Welt im letzten Vierteljahrhundert sich radikal verändert. Fast überall hat sich die Bevölkerung verdoppelt und die private Motorisierung ist noch viel stärker gestiegen, was das Verkehrssystem völlig verändert hat. Die Beziehung zwischen Großstädten und Mechanismen der Produktion hat sich grundlegend verändert, wobei im allgemeinen der Prozeß der Tertialisierung der großen Zentren beschleunigt wurde.

Das Gesicht dieser Städte ist in fast allen Fällen nicht mehr wiederzuerkennen, weil sich unter der Oberfläche wesentliche Veränderungen struktureller Art vollzogen haben: in Rom wie in Mailand, in Paris wie in London, in New York, in Tokio und in Moskau. Hinter den formalen und besonders den substantiellen Veränderungen stehen jeweils die Bedingungen der ökonomischen, sozialen und städtebaulichen Entwicklung dieser Länder.

Man kann in diesem Zusammenhang feststellen, daß Politiker und Wissenschaftler erst recht spät begonnen haben, sich intensiv mit den Problemen des Städtebaus zu befassen, nämlich erst, als die Ursachen dieser Phänomene sich schon tief in der ökonomischen Struktur verwurzelt hatten.

Auch Frankreich hatte diesen Rückstand zu verzeichnen, aber es ist inzwischen dabei, ihn aufzuholen. Die öffentliche Meinung kümmert sich sehr um die städtebaulichen Probleme, die Kommunen widmen ihnen den größten Teil ihrer Aktivität und das gemeinsame Programm der Linken zu den letzten Wahlen

widmete dem Städtebau viel Raum. Die durchaus heftige Polemik, die sich an der gaullistischen Strategie für die Stadt- und Regionalplanung entzündet hat, begeht sicher nicht den Fehler, deren Gefährlichkeit zu verharmlosen.

Das Engagement, mit dem die Parteien der Linken und die von ihnen verwalteten Kommunen die städtebaulichen Probleme angehen, findet beträchtliches Echo unter Wissenschaftlern und Technikern. Dieses Interesse führte im vergangenen Mai zu einer Tagung des „Zentrums für marxistische Studien und Forschungen“ (das in gewissem Sinn die französische Entsprechung zum Istituto Gramsci ist) über das Thema „Monopolistischer Städtebau – demokratischer Städtebau“. Anwesend waren 250 führende Politiker, Techniker, Wissenschaftler und Mitglieder von Kommunalverwaltungen. Es gab neun Referate und spezielle Arbeitsgruppen. Ziel der Tagung war die Vertiefung der Probleme und der Meinungsaustausch. Dementsprechend gab es kein Schlußdokument. Aber die gewaltige Menge des erarbeiteten Materials und die Originalität der Standpunkte, die in der Diskussion zutage traten, beweisen den beachtlichen Erfolg dieses Unternehmens, das wahrscheinlich im nächsten Winter in Grenoble fortgesetzt wird.

Es ist zunächst notwendig, uns die strukturellen Unterschiede zwischen der Situation in Frankreich und Italien zu vergegenwärtigen. Natürlich ändert sich dies- oder jenseits der Alpen nichts an der Natur der städtischen Grundrente oder des Monopolprofits. Was verschieden ist, ist die Bedeutung einzelner kapitalistischer Phänomene, ihr Verhältnis zueinander und insbesondere der allgemeine (soziale, ökonomische und politische) Rahmen, in dem sie sich manifestieren.

Es ist etwa an die wesentlichen Unterschiede zu erinnern, die auftraten, als vor über einem Jahrhundert die Prozesse der kapitalistischen Akkumulation in Gang kamen. Man denke etwa an die unterschiedliche Rolle der Landwirtschaft, an das Fehlen von grundlegenden Rohstoffen und Kolonien für Italien oder an das Bündnis zwischen norditalienischen Industriellen und süditalienischen Großagrariern, das die Basis der wirtschaftlichen Einigung des Landes und zugleich die Ursache der strukturellen Zurückgebliebenheit Südaladiens war.

So ist die kapitalistische Akkumulation in Italien in viel höherem Maße als die französische vom Phänomen der Rente geprägt, namentlich der städtischen Grundrente. Die städtische Rente gibt es natürlich auch in Frankreich, aber ihr Einfluß auf die ökonomischen Prozesse ist im Verhältnis viel geringer als in Italien. Die Entwicklung von Paris ist in diesem Zusammenhang typisch. Die faktisch schon 1870 abgeschlossene gigantische Transformation der Stadt unter dem Präfekten *Haussmann* führte zu einer Orgie von Spekulationen, ohne daß dies aber nennenswert das Ziel der großen Umgestaltungen verändert hätte, nämlich aus der Hauptstadt ein riesenhaftes Produktionsinstrument zu machen.

Paris, Rom, Mailand – drei unterschiedliche Metropolen

Bei unserer Betrachtung spielt der enorme Bevölkerungsunterschied zwischen Paris einerseits und Mailand oder Rom andererseits nur eine geringe Rolle. Die

Entwicklung Mailands wurde massiv von der städtischen Rente beeinflußt, die zwar zuließ, daß die Stadt zur ökonomischen Kapitale eines zuerst protektionistischen und danach autarkistischen Landes wurde, die aber lange Jahre ihre internationale Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigte. Dagegen kann man sagen, daß für Rom die Immobilienspekulation geradezu der Hauptmotor der Entwicklung war.

Die Umgestaltungen *Haussmanns* in Paris sind derart kolossal und in kapitalistischem Sinne derart weitblickend, daß sie fast noch den heutigen Ansprüchen genügen. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen kam selbst der Wohnungsbau in Paris fast zum Stillstand, mit Ausnahme der Arbeiterviertel, die von den Kommunen des „Roten Gürtels“¹⁾ errichtet wurden. Aber auch das Straßen- und Eisenbahnnetz (dazu die um die Jahrhundertwende begonnene U-Bahn), die Schulen und Gesundheitseinrichtungen, die Grünanlagen (zwei große städtische Parks von fast 20 km²), die Markt- und Lagerhallen, von der öffentlichen Verwaltung gar nicht zu reden – all dies, was in nur 17 Jahren unter *Haussmann* realisiert wurde, bildete die unverzichtbare Grundlage des großen ökonomischen Aufschwungs von Paris und das Rückgrat seiner kapitalistischen Entwicklung.

Während Mailand keuchend hinter der Entwicklung seiner Bedürfnisse zurückblieb und seine Altstadt zunehmend denaturierte, konnte Paris sich in Ruhe in den Strukturen seines großen „ersten Schrittes“ entwickeln und ihnen sogar jene historische Patina verleihen, die sie in den Tagen der Commune sicher nicht hatten.

Rom und Mailand haben sich in den letzten hundert Jahren ständig verwandelt und dabei Tag für Tag charakteristische Züge der früheren Epochen verloren. Paris dagegen blieb fast ein Jahrhundert lang intakt (bis zum Anfang der 60er Jahre). Dies erklärt den Schock, den wir durch die gegenwärtigen rapiden Veränderungen nach so viel Inaktivität erleiden.

Wenn sich auch Paris in einem ganzen Jahrhundert nur wenig verändert hat, so sind doch die alten Dorfkerne in seinem Innern verschwunden – und dieser Prozeß begann schon zur Zeit der großen Umgestaltungen *Haussmanns*, durch die die Arbeiterklasse und andere Volksschichten aus der Stadt vertrieben wurden und dann den „Roten Gürtel“ bevölkerten, der heute unlösbar mit der Hauptstadt verbunden ist.

Die Formierung zur Metropole begann in Paris ein Jahrhundert früher als in Rom und Mailand. Der Klassencharakter des Vorgangs war derselbe: Verlagerung der „ärmsten“ städtischen Funktionen (Arbeiterwohnungen und Industriebetriebe) aus den Innenstadtbereichen und ihre Ersetzung durch „reichere“ Funktionen wie Luxuswohnungen und besonders Dienstleistungsbetriebe, Verwaltungen u. dgl.

Die Gesetze des kapitalistischen Modells der Stadtentwicklung haben sich im Verlauf eines Jahrhunderts nicht geändert. Aber die Wirkungsweise dieser

1) Banlieu rouge – „Roter Gürtel“: Pariser Vororte mit linken Stadtratsmehrheiten und Verwaltungen (Anm. d. Red.).

Gesetze war in Frankreich und Italien sehr verschieden. Die Häuser der Pariser banlieusards wurden weitgehend von den Kommunen aus Mitteln der H.L.M.² gebaut, um den aus der Stadt vertriebenen Werktäglichen wenigstens eine billiges Dach über dem Kopf zu verschaffen. In der nahen und auch weiteren Umgebung von Mailand und Rom dagegen leidet die werkältige Bevölkerung nicht nur unter der räumlichen Isolierung, sondern auch der „Plusmacherei“ der Immobilien spekulation.

Die bourgeoise Transformation der Landwirtschaft hatte in Frankreich die Zahl der Großgrundbesitzer stark reduziert, auch in den Städten. Der für die städtische Expansion benötigte Boden wurde von der großen Masse der kleinen und mittleren Eigentümer gekauft oder enteignet. Der Grundstückspreis war in Frankreich keine wichtige Komponente des Preises der Wohnung. Gerade das Fehlen städtischen Großgrundbesitzes führte dazu, daß die Stadtentwicklung von der kapitalistischen Strategie des Profits und nicht der Rente bestimmt wurde.

Dies ist der grundlegende Unterschied zwischen der kapitalistischen Stadtentwicklung in Frankreich und der in Italien.

In Rom deckten die Kommunisten 1954 auf, wie die Entwicklung der Stadt von ganzen sieben Grundeigentümern entschieden wurde, die zusammen 26 Millionen m² besaßen. In den anderen Städten war die Situation ähnlich.

In Italien war die kapitalistische Immobilienwirtschaft von den Entscheidungen einer kleinen Anzahl von städtischen Großgrundbesitzern, Bauunternehmern und Großeigentümern von Mietskasernen abhängig. Und diese drei Figuren waren oft genug in einer gemeinsamen Holdinggesellschaft liiert. In Frankreich dagegen fehlt die Figur des großen städtischen Grundeigentümers, was das französische Immobiliensystem spürbar modifiziert. Hauptprotagonist der Rente ist viel eher das Gebäude als der Boden, gerade weil die monopolistischen, undifferenzierten Elemente der Rente reduziert sind, zu Gunsten der Lagerrente. Man könnte auch sagen, daß im Fall von Paris die absoluten Werte der städtischen Rente nie von Bedeutung waren. Entscheidend war stets die Differentialrente: zuerst im Zentrum (die Umgestaltungen Haussmanns), dann in den „privilegierten“ Zonen der Peripherie (in Waldnähe etwa) und heute schließlich in den Zonen in der Nähe der Stadtautobahnen und der neuen S-Bahn.

Aus diesem grundlegenden strukturellen Unterschied leitet sich ein zweiter, ebenfalls wichtiger, ab. In Italien haben die „Bauherren“ stets mehr aus der Grundrente als aus dem Unternehmerprofit gewonnen. So blieb die Bauwirtschaft technisch rückständig und in Kleinstbetriebe zersplittert. In Frankreich dagegen bildete sich nach dem 2. Weltkrieg die technologisch fortgeschrittenste (natürgemäß stark konzentrierte) Bauwirtschaft Europas heraus.

2) H.L.M.: Habitation à Loyer Modéré; Bauträger des Sozialen Wohnungsbaus in Frankreich (Anm. d. Red.).

Die Satellitenstädte von Paris

Die Notwendigkeit, etwas gegen die gravierende Wohnungskrise in Paris zu tun und die Techniken des Massenwohnungsbaus voll auszunutzen, führte Ende der fünfziger Jahre am äußersten Rand der Vororte zur Entstehung der berühmten „grands ensembles“. Das waren Satellitenstädte von 10–30 000 Einwohnern mit sehr großen Wohngebäuden, in deutlichem Kontrast zur dichten und kleinen Bebauung der alten Vororte.

Unterdessen fiel die Bevölkerung des „inneren“ Paris unter die Drei-Millionen-Grenze, die vor dem 2. Weltkrieg erreicht worden war. Dagegen überschritt die Bevölkerung der Peripherie die Vier-Millionen-Grenze. Für diese Bürger zweiter Klasse, die in einem großen Teil des Dienstleistungsbereichs auf Paris angewiesen waren, stellten und stellen die Satellitenstädte ein „Ghetto der Entfremdung“ dar, noch schlechter als die Gemeinden in der alten Peripherie, wo wenigstens die Solidarität der Massen oft genug der kapitalistischen Macht der City Halt geboten hatte.

Als Alternative zu den Satellitenstädten am Rand der Metropole sind die Maßnahmen einer „Stadtanierung“ gedacht. Die kleinen und oft ungesunden Häuser der Vororte, in Zonen, die über bessere Verkehrsverbindungen und andere Infrastrukturen verfügen, werden abgerissen und durch große Gebäude ersetzt, wie man sie in den Satellitenstädten findet. Auch die Objekte der Sanierung liegen meist in der Größenordnung von 5–10 000 Einwohnern.

In beiden Fällen läuft die Errichtung der neuen Viertel sowohl über öffentliche (H.L.M.) wie über private Initiative. Dabei überwiegt im allgemeinen bei der „Sanierung“ die private und bei den Satellitenstädten die öffentliche Initiative. Natürlich unterscheiden sich die Projekte je nach ihrem Träger. Das gilt nicht nur für die Kosten der Wohnungen. Die Kommunen bemühen sich im allgemeinen, die Mieter der durch die Stadtanierung zerstörten Häuser wieder an derselben Stelle unterzubringen bzw. die Bürger mit dem geringsten Einkommen in den Satellitenstädten.

Es ist hier noch ein anderer wichtiger Unterschied zwischen der Situation in Frankreich und der in Italien zu nennen. Während in Italien der öffentliche Anteil am Wohnungsbau immer sehr gering war, beteiligt sich in Frankreich der Staat massiv daran. Er tut dies freilich keineswegs aufgrund eines höheren sozialen Verantwortungsgefühls des französischen Kapitalismus, sondern nur, weil dieser über einen größeren wirtschaftlichen Spielraum verfügt und weil in ihm der städtische Großgrundbesitz nie eine wesentliche Rolle spielte. Daher war der öffentliche Wohnungsbau kein wichtiges Problem für die Immobilienwirtschaft.

In diese Situation fügte sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die neue Raumordnungsstrategie des Gaullismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein – die städtebauliche Variante der (welt-)politischen „grandeur“ und ihrer ökonomischen Pläne. Die vage Besorgtheit der Vierten Republik um eine gleichmäßige Entwicklung („Paris et le désert français“ – Paris und die französische Wüste – war eine heftig diskutierte Parole der Nachkriegszeit) wurde

ersetzt durch eine zielgerichtete Politik der „Schwerpunktentwicklung“. Sie tendierte dazu, die Quellen der großen Monopolprofite in wenigen privilegierten Gebieten zu konzentrieren und so die schon bestehenden Disproportionen zu verschärfen. So wird z. B. die lothringische Stahlindustrie durch die neuen Werke an der Küste bei Dunkerque und Fos ins Abseits gedrängt, die die reicherer Erze aus Schweden und Mauretanien verwenden.

Auch in Frankreich entstehen also solch „neue Städte“ als Instrument der Stadtplanung in der neuen gaullistischen Politik. Sie sind ein notwendiger Bestandteil dieser drastischen ökonomischen Operation, schwächen aber noch mehr das System der (meist mittelgroßen) französischen Städte, die schon durch die aussichtslose Konkurrenz mit der Kapitale mattgesetzt sind.

Paris steht natürlich im Zentrum dieses ganzen Planes. In seinem Umkreis hat man mit dem Bau eines halben Dutzends neuer Städte begonnen. Der Zweck dieser neuen Ansiedlungen ist jedoch nicht, die Hauptstadt von einigen ihrer „privilegierten“ Funktionen zu entlasten. Es handelt sich vielmehr um den Versuch, die politische und ökonomische Konsistenz des „Roten Gürtels“ zu untergraben. Ihm sollen gleichzeitig Teile der Arbeiterbevölkerung und jene Funktion einer kulturellen und politischen Alternative zur Hauptstadt entzogen werden, die die von der Linken verwalteten Kommunen auszuüben versuchen.

Die gigantische Neustrukturierung der Hauptstadt

Für Paris ist eine gigantische Neustrukturierung im Interesse des Dienstleistungs- und Verwaltungssektors vorgesehen. Schon in den letzten 35 Jahren hat die Stadt etwa eine halbe Million Einwohner verloren, die durch Büros, Hotels und Geschäftszentren ersetzt wurden. Die geplante Neustrukturierung ist dazu bestimmt, die Fatalitäten von Haussmanns Umgestaltungen ein Jahrhundert später zu wiederholen. Und diese Operation läuft bereits: sie hat die alten Halles zerstört, sie hat von den Seineufern die Karren mit den Büchern und Drucken vertrieben und sie ist dabei, am rive gauche die letzten Funken jener „Folklore“ auszulöschen, die kulturell bereits durch die „Bilderstürmer“ von 1968 ruiniert wurde. An die Stelle all dessen treten Dutzende von Hochhäusern und endlose Stadtautobahnen.

Das Symbol dieser pathologischen Überbetonung des Dienstleistungs- und Verwaltungssektors ist die Défense, das neue Verwaltungszentrum, das vier Kilometer vom Arc de Triomphe entsteht. Über den Bau der Défense wurde viel gesprochen, sowohl wegen der Skandale, die er hervorrief, als auch der „Profanierung“ der Silhouette der Champs-Élysées wegen (durch die Hochhäuser). Die ursprünglich vorgesehenen Büroflächen von 800 000 m² wurden faktisch auf das Doppelte erhöht (und bis 1980 womöglich auf das Dreifache). In diesen Bürotürmen haben die multinationalen Monopole der ganzen kapitalistischen Welt ihre Niederlassungen. Der höchste (ein erschreckendes Parallel-Epipedon, schwarz und mit 52 Etagen) wird der von FIAT sein. Unter den Gebäuden

befinden sich mehrere Etagen von Garagen, ein Omnibusbahnhof und der größte Bahnhof der neuen regionalen S-Bahn. Sicher fällt die Défense am meisten ins Auge, aber man darf nicht die Dutzende von ähnlichen Projekten vergessen, die mit ihren Wolkenkratzern bereits den Pariser Horizont beherrschen. Unaufhörlich werden neue Projekte der „Sanierung“ in Angriff genommen, die die alten städtischen Strukturen ersetzen durch gigantische moderne Gebäude und die alten Funktionen (bürgerliche Wohnviertel, übriggebliebene Lagerhallen, kleine Handels- oder Industriebetriebe) durch neue, hundertmal lukrativere (Büros, Supermärkte, Luxuswohnungen).

Das Resultat ist, daß die betroffenen Zonen gefährlich überlastet sind (es gibt davon inzwischen über hundert) und damit die ganze Stadt. Man denke an Maine-Montparnasse bei dem gleichnamigen Bahnhof, an das Gebiet zwischen Gare de Lyon und der Gare d'Austerlitz, an das Projekt Front de Seine (das den Preis des alten Citroën-Eigentums von Grenelle in die Höhe getrieben hat), an Place d'Italie (wo ein Hochhaus entstehen soll, das bereits apogée de Paris getauft wurde), an die Halles (wo man zwar auf zahlreiche Schwierigkeiten stieß, aber gleichzeitig lernte, mit ihnen umzugehen) oder an die Pläne, die Banken und Versicherungen für die Zone der l'Opéra haben. Der Prozeß der organischen Tertialisierung von Paris ist auch die auf die Spitze getriebene Manifestation dessen, was sich in den andern großen Städten der Welt (nicht zuletzt auch den italienischen) abspielt. „London lacht nicht, wenn Paris weint“: das Viertel von Barbican ist die Londoner Défense, der alte Markt von Covent Garden hat das Ende der Halles genommen, während mit Piccadilly Circus und Trafalgar Square das gleiche geschehen wird wie mit den Champs-Élysées und l'Opéra. Auch in Moskau wurde in den letzten fünfzehn Jahren die Bevölkerung des historischen Zentrums halbiert und durch Dienstleistungs- und Verwaltungsfunktionen ersetzt.

Was in Paris anders zu sein scheint, ist der organische Zusammenhang (freilich im Rahmen der großen Widersprüche des Systems) der ganzen neuen Raumordnungspläne für Frankreich, deren wesentliche Züge sich in der Hauptstadt finden. Z. B. wurden die Programme zur Stadterneuerung, die die öffentliche Verwaltung vor 15 Jahren entwickelte, um den fast vierhunderttausend Parisern, die in Wellblechhütten lebten, menschenwürdige Wohnungen zu verschaffen, immer mehr zu rein spekulativen Operationen mit verhängnisvollen Auswirkungen für die städtebauliche Entwicklung.

Selbst die wichtige Waffe der H.L. M., die den sozialen Wohnungsbau (und dies ist ein großer Unterschied zur Situation in Italien) direkt in die Hände der französischen Kommunalverwaltungen legte, wurde durch die Pläne der Regierung zunehmend abgestumpft. Die allmähliche Reduzierung der öffentlichen Finanzmittel und die den gemischten Gesellschaften gebotenen Vorteile haben in vielen Kommunen die wesentlichen Entscheidungen der Kontrolle der Massen entzogen. Die Zinssätze, zu denen die staatlichen Darlehen zurückzuzahlen sind, haben inzwischen eine solche Höhe erreicht, daß die kommunalen Neubauten bei weitem die Kosten für den sozialen Wohnungsbau überschreiten und somit nicht

mehr den Werktäglichen zugänglich sind, für die sie gedacht waren. Daß der staatsmonopolistische Kapitalismus eine klare Strategie verfolgt, zeigen gerade seine taktischen Rückzüge, wenn die Kritik zu heftig wird. Kürzlich versuchte die Regierung, diese Kritik in den Griff zu bekommen, indem sie eine offizielle „Überprüfung“ der ganzen Stadtplanungspolitik propagierte. Dabei machte sie sich die Klagen über die „profanierte“ Kultur von Paris zu eigen, ohne aber auch nur im geringsten die pathologische Tertialisierung der Kapitale einzudämmen.

Vielmehr bestehen die konkreten Vorschläge, die aus dieser vorgeblichen Selbstkritik hervorgegangen sind, in der Blockierung einiger Projekte in den Satellitenstädten der Pariser Region. Das bedeutendste dieser Projekte sah eine städtebauliche Aufwertung der riesigen „Schlafstadt“ von Sarcelles vor, die von der Regierung hingestellt worden war, heute aber eine linke Kommunalverwaltung hat.

Die Diskussionen des CERM (Centre d'Études et de Recherches Marxistes)

Diese komplexe Problematik steht im Zentrum der politischen und ideologischen Diskussion, die im Zusammenhang mit dem Gemeinsamen Programm der Linken begann und die im Verlauf der letzten Tagung des CERM fortgeführt wurde. Diese Diskussion dürfte dazu beitragen, die strukturellen Eigenarten des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf dem Gebiet der Stadt- und Regionalentwicklung weiter zu klären, um die Formulierung einer alternativen Politik zu ermöglichen. Abgelehnt werden z. B. die territorialen Ungleichgewichte und die „Entwicklung in Schwerpunkten“, die sich im wesentlichen entlang der Seine und Rhône vollzieht (Le Havre, Paris, Lyon, Fos) und die den ganzen Rest des Landes benachteiligt. Abgelehnt wird auch die undurchdachte Politik der „neuen Städte“, da man zur Herstellung eines neuen Gleichgewichts von den vorhandenen Städten als wesentlichem Faktor ausgehen muß.

Die Tagung des CERM hat für Frankreich oder seine Hauptstadt keinen städtebaulichen „Gegenplan“ hervorgebracht, wohl aber eine Massenlinie entwickelt, die sich an die Kampfbereitschaft der Werktäglichen und der Bewohner wendet und sie zu den wahren Protagonisten des Lebens in den Städten macht. So betrachtete man etwa die Okkupation von Paris durch Büros und Verwaltungen und die sich daraus ergebende Vertreibung der Bewohner keineswegs als eine unvermeidliche Konsequenz der Entwicklung der „postindustriellen“ Gesellschaft, sondern im Gegenteil als das spezifische Ergebnis des parasitären Wachstums einiger Teile des Dienstleistungs- und Verwaltungssektors – im Rahmen eines Kapitalismus, der nicht mehr in der Lage ist, die Jagd nach Profit mit der Entwicklung der Produktivkräfte in Einklang zu bringen.

Man ließ sich nicht durch die äußerlichen Aspekte einer technokratischen Rationalität der Politik der „neuen Städte“ täuschen und betrachtete sie auch nicht als „einzige Lösung“ für das zukünftige Bevölkerungswachstum. Man stellte vielmehr klar, daß es diese Politik ist, die am besten die Kontrolle der Entwick-

lung der Städte durch die großen monopolistischen Finanzgruppen garantiert. Ferner (und besonders in Paris) dient sie als Mittel zur Neutralisierung des Widerstands der Arbeiter- und demokratischen Bewegung des „Roten Gürtels“. Diese Politik motiviert in hinterhältiger Weise einige Gruppen der Bevölkerung, sich zum Erwerb von Eigentumswohnungen zu verschulden und hofft, sie dadurch politisch „zu neutralisieren“.

Die Krise der HLM, die zunehmend ihrer eigentlichen Bestimmung zugunsten der Werktäglichen entfremdet wurden, wurde nicht als zufällige Episode finanzieller Restriktion gewertet, sondern als die klare Absicht, den Massen ein Mittel wegzunehmen, das sie in der Vergangenheit erfolgreich im Kampf für das „Recht auf Wohnung“ eingesetzt hatten. Man bekräftigte die klaren Ziele des Gemeinsamen Programms auf diesem Gebiet: „Dabei hat der soziale Wohnungsbau Vorrang. Der Bau von 700 000 neuen Wohnungen pro Jahr ist das Ziel, das schon in den ersten Jahren der Regierung erreicht werden muß. Drei Viertel dieser Wohnungen werden durch die Bauträger des sozialen Wohnungsbaus in der Hauptsache als Mietwohnungen errichtet.“³

Die Rolle der Kommunen

Die gaullistische Propaganda bezeichnet den städtischen Nahverkehr als „Problem Nummer Eins“ und protzt mit den bereits realisierten oder noch geplanten gigantischen Stadtautobahnen. Man entlarvt die Behauptungen, man habe alle nur möglichen finanziellen Anstrengungen unternommen. Man wies auf die Bevorzugung der Investitionen für den Individualverkehr gegenüber denen für den Massenverkehr hin und auf die Benachteiligung der Verkehrserschließung innerhalb der Region gegenüber den Verbindungen zwischen den Satellitenstädten und Paris. Eine alternative Politik auf diesem Sektor hat nicht nur diese Disproportionen und das Prinzip der Gewinnorientierung der öffentlichen Nahverkehrsmittel zu beseitigen. Sie erfordert auch und gerade eine neue gesamtstaatliche wie regionale Politik des territorialen Gleichgewichts, nicht zuletzt zur Einschränkung des Pendelsystems zwischen Wohnung und Arbeitsplatz.

In diesem Zusammenhang wurde auf die Rolle hingewiesen, die der staatsmonopolistische Kapitalismus den gewählten kommunalen Organen zuzuweisen sucht. Sie sollen sich in subalterner Position an der öffentlichen Finanzierung der kapitalistischen Akkumulation beteiligen und die Regeneration der Arbeitskraft innerhalb der Kommunen garantieren. 1966 stellten in Frankreich die kommunalen Haushalte 38 % des gesamten öffentlichen Haushalts dar. Dieser beträchtlichen Finanzmasse entspricht jedoch immer weniger die Möglichkeit, die Investi-

3) Gemeinsames Regierungsprogramm der Französischen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei vom 27. Juni 1972, Frankfurt am Main 1972 (Verlag Marxistische Blätter), S. 12.

tionen qualitativ zu kontrollieren. Die Kommunen müssen ihre Möglichkeiten zur Massenmobilisierung besser ausnutzen, nicht nur an der Seite der Werk-tägigen aus den Unternehmen, sondern auch an der Spitze der Bürger – für das Recht auf Wohnung und allgemeiner für die radikale Umgestaltung der Gesellschaft. Im Verlauf der Pariser Tagung wurde das Interesse an den italienischen Erfahrungen evident, hinsichtlich der Beteiligung der Bürger an der Lenkung und der demokratischen Umgestaltung der Städte (Stadtteilräte, Mieterkomitees, Mietergewerkschaften) und auch hinsichtlich des Kampfs für die regionale Dezentralisierung des Staates.

Stadt und Region von Paris befinden sich in einer Krise, ebenso wie das ganze Territorium Frankreichs. Es ist keine „biologische“ Entwicklungskrise, sondern ein pathologisches Wachstum, das sich unmittelbar aus den Notwendigkeiten, aber auch aus den Widersprüchen des staatsmonopolistischen Kapitalismus ergibt. Das sind kurz zusammengefaßt die analytischen Schlußfolgerungen der CERM-Tagung, die auch die Möglichkeiten einer Überwindung der Krise gewiesen hat, indem sie die Stadtplanung in den allgemeinen Zusammenhang des Kampfs für eine Erneuerung der Gesellschaft stellte.

Es ist ein Kampf, der viele gemeinsame Nenner mit dem in Italien hat, trotz der vielen Unterschiede in der kapitalistischen Entwicklung der beiden Länder. Es ist ein Kampf, der nicht die tieferen Ursachen der städtischen und territoria- len Disproportionen mit den rein formalen Auswirkungen etwa des „entweihnten Antlitzes“ der Ville Lumière verwechselt. Es ist ein Kampf, der sicher nicht gewonnen wird, indem man die Möglichkeiten des Klassengegners unterschätzt, und auf den wir uns durch eine sorgfältige Analyse des „Kampfplatzes“ vorbereiten müssen, wie sie durch die Pariser Tagung geleistet wurde. Und es ist ein Kampf, den die französischen Demokraten heute im Geist und mit den Zielen des Gemeinsamen Programms führen.

Übersetzung: Winfried Roth

**IMSF-Informationsbericht Bd. 24:
Neuere Marx-Engels-Forschung. Zur Marx-Engels-
Gesamtausgabe**

Mit Beiträgen von G. Heyden, W. Sewin, S. Lewiowa. Anhang: Vorwort
der MEGA. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und
Forschungen

48 Seiten, DIN A 4, DM 6,-

Piero Bolchini

Ballungszentren und lokale Autonomie

Aus: *Politica ed Economia*, Nr. 5/1972, S. 26–34

Den offiziellen Statistiken ist zu entnehmen, daß 75,3 % der italienischen Kommunen weniger als 5000 Einwohner haben. 1660 Kommunen (gleich 20 %) haben zwischen 5000 und 20 000 Einwohner. Nur 4 % der Kommunen haben eine größere Bevölkerung und nur 32 (gleich 0,4 %) haben mehr als 100 000 Einwohner¹⁾. Diese Zahlen vermitteln jedoch nur einen unzureichenden Eindruck vom Niveau der städtischen Konzentration in Italien.

Die Expansion der Großstädte hat sich über die Verwaltungsgrenzen hinweg auf eine mehr oder weniger breite Zone von umliegenden Kommunen hin ausgebretet. Diese Zone verlor ihren traditionellen landwirtschaftlichen Charakter und geriet in Abhängigkeit von der Entwicklung der Metropole. Die urbanistischen Untersuchungen haben aufgezeigt, wie diese Expansion mit tiefgreifenden Veränderungen in der städtischen Struktur einherging:

- die Altstadtgebiete der Großstädte werden zunehmend zu Zonen einer Konzentration „gehobener“ Dienstleistungen und Verwaltungen (Tertialisierung)
- die Industrie wird an die äußerste Peripherie bzw. in kleine Gemeinden der Umgegend verlagert
- die Wohnviertel von Arbeitern und andern weniger wohlhabenden Bevölkerungsschichten konzentrieren sich in (z.T. neuerschlossenen) Gebieten der „alten“ Peripherie
- die landwirtschaftlich genutzten Zonen der Umgebung nehmen immer mehr ab und entvölkern sich unter dem Druck des rapiden und ungeordneten Prozesses der Verstädterung.

Die verschiedenen Städte wachsen zusammen und die Verwaltungsgrenzen verlieren ihre traditionelle Bedeutung. In solchen Ballungsräumen stehen Kommunen mit Hunderttausenden von Einwohnern neben andern mit weniger als tausend Einwohnern. Mitunter vervielfacht sich die Bevölkerung um das fünf-, sechs- oder zehnfache, aufgrund der Einwanderung aus anderen Regionen, der Bevölkerungsverlagerung innerhalb des Ballungsgebiets sowie einer oft spekulativen Bautätigkeit.

Grenzen, Entwicklungscharakter und Perspektiven dieser Ballungszentren sind unklar. Die Ansätze zu ihrer Analyse brachten aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsgrundlagen divergierende Ergebnisse. Eine Untersuchung der SVIMEZ („Gesellschaft für die Entwicklung Südaladiens“ – Anm.d.Red.) besagt, daß in den elf größten Ballungsräumen Italiens (Mailand, Rom, Turin, Neapel,

1) F. De Marchi, „Studi preliminari per una ricerca sull’istituzione di un ente intermedio tra provincia e comune: un’analisi sociologica“, *Quaderni ISAP*, Milano 1965. ISTAT, „Popolazione e movimento demografico dei comuni italiani“, Vol. XV, 1969.

Genua, Palermo, Bologna, Florenz, Catania, Venedig, Bari) gegenwärtig etwa ein Viertel der Bevölkerung lebt und daß es bis zum Ende des Jahrhunderts an die fünfzig Prozent sein werden².

Die Entwicklung der Ballungszentren wird sicher nicht nur durch diese Beispiele beschrieben, aber sie lassen einige Grundzüge dieser Entwicklung erkennen. Auch im größten Teil der Provinzhauptorte (vor allem in Norditalien) und in manchen kleineren Industriezentren zeigen sich heute mehr oder minder deutlich Momente von Ballungszentren.

Jedenfalls hat die Bevölkerung der erwähnten Ballungszentren zwischen 1951 und 1969 um fast 5 Millionen zugenommen (das entspricht ca. 80 % des gesamten italienischen Bevölkerungswachses in diesem Zeitraum). Nach den Berechnungen Tagliacarnes werden über 40 % des Volkseinkommens in diesen Zonen produziert (bei Banken, Versicherungen, Transport, Handel und Industrie liegt der Prozentsatz noch höher). Auf die Provinzen, in denen diese Ballungszentren liegen, entfallen ferner 70 % der Importe und 65 % der Exporte unseres Landes³.

Für und vor allem gegen die Entwicklung der Ballungszentren ist viel geschrieben worden, besonders über die Probleme der Raumordnung, das ökologische Gleichgewicht, die ökonomischen und sozialen Kosten dieser Entwicklung. Andere dagegen haben auf das wesentlich höhere Niveau der Kommunikation in diesen Ballungszentren hingewiesen, die das Hauptmotiv für das Wachstum dieser Zonen sei und aus der sich gleichzeitig ihre führende Rolle in der zeitgenössischen Gesellschaft ergebe⁴.

Die unterschiedlichen Ursachen der Entwicklung der Ballungszentren

In jedem Fall ist die Entwicklung der Ballungszentren ein Fakt, den man nicht ignorieren kann. In unterschiedlicher Form findet sich die Tendenz zur Konzentration der Bevölkerung in städtischen Ballungszentren in allen modernen Gesellschaften. Laut der Advisory Commission on Intergovernmental Relations (ACIR) lebten 1960 in den USA zwischen 50 und 66 % der Bevölkerung von 26 Staaten in Ballungsräumen⁵. M. L. Stronghina schreibt in dem Buch „La città sovietica“:

„In der UdSSR stellen der wachsende Anteil der großen Städte und der sinkende Anteil der kleinen an der Gesamtheit der Stadtbewohner eines der

2) Ministero del bilancio, „Progetto '80“.

3) G. Tagliacarne, „Il reddito prodotto nelle provincie italiane 1963–1970“, Milano 1972. G. Manera, „Un metodo per il confronto spaziale sei redditi reali con particolare riferimento alle provincie italiane“, in: Rivista di statistica applicata, anno I, 1968, Nr.4, S. 163–178.

4) E. M. Hoover, „The Evolving Form and Organization of the Metropolis“, in: H. S. Perloff and L. Wingo Jr. (ed.): „Issues in Urban Economics“, Baltimore 1968, S. 237–284.

5) Advisory Commission on Intergovernmental Relations (ACIR), „Governmental Structure, Organization and Planning in Metropolitan Areas“, G.P.O. Washington 1961.

wichtigsten Wachstumsgesetze der Städte dar . . . Nach den Angaben von 1959 gehörten etwa 40 % aller Städte zu Ballungsgebieten und in ihnen lebten etwa drei Viertel der städtischen Bevölkerung der UdSSR. Wichtig ist auch, daß die städtischen Zonen im Umkreis der großen Städte schneller wachsen als diese selbst“⁶.

In England leben 60 % der Bevölkerung in Ballungsräumen, 40 % der städtischen Bevölkerung Polens leben in vier Ballungsgebieten usw. Ursachen und Formen dieser Konzentration sind jedoch unterschiedlich. Besonders in unserem Land verbindet sich der Widerspruch zwischen Stadt und Land zu Beginn der „städtischen Explosion“ mit den Disproportionen zwischen den Landesteilen (Nord- und Südditalien). Nach übereinstimmender Ansicht von Geographen und Soziologen ergibt sich folgendes Bild. Das System der norditalienischen Großstädte beruht vorwiegend auf der Industrie (im Extremfall, wie bei Turin, auf einem einzigen hegemonialen Unternehmen mit monozentrischer Funktion) oder auf der Kombination von Handel und Industrie (Genua) bzw. von Handel, Industrie, Konzernverwaltungen, Banken usw. (Mailand). Je weiter man nach Süden kommt, desto mehr überwiegen in den Ballungszentren Dienstleistungs- und Verwaltungsfunktionen, größter Industriezweig wird die Bauindustrie, die herrschende Klasse erscheint als Bourgeoisie der Unterentwicklung und das Proletariat geht ins Subproletariat über⁷.

1968 war das Pro-Kopf-Einkommen in den Hauptstädten der Regionen des industriellen Dreiecks (das norditalienische Industriegebiet zwischen Turin, Mailand und Genua – Anm. d. Red.) um 40 bis 50 % höher als in Neapel, Catania und Palermo. 1961 lag die Quote der berufstätigen Bevölkerung (an der Gesamtbevölkerung über 10 Jahre) in Mailand und Turin bei 50 %, in Catania und Palermo dagegen bei 36–37 %. Der Analphabetismus war im Süden sechs bis sieben Mal höher⁸.

Wenn man jedoch nur diese Disproportionen aufzeigt, kommt man über eine phänomenologische Auseinandersetzung mit „dem Teufelskreis der Unterentwicklung“ nicht hinaus – man muß die Ursachen analysieren.

Der Prozeß der monopolistischen Expansion bestimmt die Entwicklung der Metropolen des Südens wie der des Nordens. Die Verbindung von Profit und Rente bestimmt die Formen der Entwicklung, das spezifische Verhältnis zwischen Stadt und Land und auch den Grad der Unterordnung zwischen den einzelnen städtischen Systemen. Die Logik von Rente und Profit manifestiert sich in den Slums von Neapel, in den gesichtslosen, infrastrukturstarken Ghettos

6) M. L. Stronghina, „La città sovietica“, Roma 1971, S. 18, 56 f.

7) R. Mainardi, „Caratteristiche demografiche ed economiche delle grandi città italiane“, in: R. Mainardi (ed.), „Le grandi città italiane – Saggi geografici ed urbanistici“, Milano 1971, S. 10 ff. E. Aquarone, „Grandi città e aree metropolitane“, Bologna 1961.

8) R. Mainardi, op. cit., vgl. bes. die Aufsätze von R. Rochefort, „Le città siciliane e il problema del lavoro“, S. 413–417, 427–441, und U. Melotti, „Il problema sociale delle periferie urbane a Milano“, S. 159–206.

der norditalienischen Großstädte, in der Zunahme unerentwickelter Zonen und den wachsenden Disproportionen zwischen den verschiedenen städtischen Agglomerationen.

Die Probleme der Kommunalverwaltungen

Typisch für die italienische Situation ist aber auch der umfassende (allgemeine wie besondere) Kampf der Arbeiterklasse gegen diese Entwicklung. Man denke an die Kämpfe für die Vollbeschäftigung und die Entwicklung der Wirtschaft, die die Probleme der Metropolen mit denen der ländlichen Gebiete und Südaladiens verbinden, oder an die Kämpfe für eine Wohnungsreform und bessere öffentliche Dienstleistungen usw. bis hin zur Mobilisierung für die Probleme des eigenen Wohnviertels.

Zentrale Bedeutung hat in der Analyse der Entwicklung der Ballungsgebiete das Problem der Kommunalverwaltungen gewonnen. Es ist ein Gemeinplatz, zu sagen, daß in den großen städtischen Agglomerationen – gegenüber der Vergangenheit – ein vielfacher Bedarf an Dienstleistungen besteht. Dieser muß von der kommunalen Verwaltung befriedigt werden. Aber gerade in den Gebieten höchster Bevölkerungsdichte stoßen die Kommunalverwaltungen auf Schwierigkeiten, wenn es darum geht, die Linien der Entwicklung zu bestimmen, das Dienstleistungsangebot der Nachfrage anzupassen oder die traditionellen Bindungen zur Wählerbasis aufrechtzuerhalten. Zahlreiche Wissenschaftler (vor allem amerikanische und britische) haben systematisch die Symptome dieser Krise untersucht⁹. Diese Ansätze wurden in Italien von Kommunal- und Finanzwissenschaftlern im Umkreis der Zeitschrift „Città e Società“ aufgegriffen wie etwa Mazzocchi oder Villani¹⁰.

Die Veröffentlichungen dieser Wissenschaftler haben mit zahllosen Details die zunehmende Zentralisation der kommunalen Einnahmen aufgezeigt, die antizipierte Aufteilung der Funktionen durch die Kommunal- und Provinzgesetzgebung sowie die falsche Dimensionierung der kommunalen Verwaltungen. Bei der Beschreibung der Krise werden am häufigsten folgende Faktoren aufgeführt:

- hohe Dichte und Mobilität der Bevölkerung als Ergebnisse des rapiden Verstädterungsprozesses

9) ISAP, „La finanza degli enti locali nella dottrina contemporanea 1947–1967“, Milano 1968, S. 15 ff.

10) G. Mazzocchi, „La crisi economico-finanziaria degli enti locali come riflesso della crisi delle strutture politico-amministrative“, in: Città e Società, Nov. 1966. G. Mazzocchi/G. Pastore, „Linee per una riforma della legge comunale e provinciale: aspetti economici e aspetti giuridici“, in: Rivista Internazionale di Scienze Sociali, Nr. 2, Juli 1972. A. Villani, „Regole di scelte collettive e pragmatismo politico nella distribuzione di funzioni tra diversi livelli di governo“, in: Città e Società, Jan. 1972. A. Villani, „La distribuzione di funzioni tra diversi livelli di governo: il caso italiano“, in: Città e Società, März/April 1972.

- „die ungleichmäßige Verteilung der Ressourcen
- die Interdependenz der verschiedenen Kommunen
- der rasche Wandel der Technologien, der unpassend dimensionierten Kommunalverwaltungen die Bereitstellung von Dienstleistungen von Anfang an erschwert.

Schließlich betonen diese Autoren den Gegensatz zwischen Partizipation und Effizienz – Partizipation erfordert Dezentralisierung, Effizienz dagegen eine zunehmende Zentralisierung der Entscheidungen¹¹.

Diese Analyse schließt einige Urteile ein, auf die besonders hingewiesen werden muß. Sie betrachtet das Ballungszentrum als einen „Markt“, auf dem es Konflikte und Hindernisse gibt (vor allem aufgrund des überholten und nicht funktionalen Reglements für die Kommunalverwaltungen). So kann eine optimale Situation für die Konsumenten ebensowenig erreicht werden wie eine Kostenminimierung für die Kommunalverwaltung. Diese Theorie setzt auch die Möglichkeit voraus, eine kollektive Wohlfahrtsfunktion aufzustellen, in der das lokale Kollektiv seine Präferenzen ausdrückt¹².

Von großer Bedeutung sind in diesen Analysen die als *spill-outs* bzw. *spill-ins* bezeichneten Effekte, d.h. jene Fehlleistungen bei der Produktion öffentlicher Dienstleistungen, die auf externe Ursachen zurückgehen. Das Problem bestünde also nur noch darin, diese Defekte zu beseitigen und Dimensionen herzustellen, die es bei der Bereitstellung der öffentlichen Dienstleistungen erlauben, die externen Momente zu internalisieren und so den gefürchteten Konflikt zwischen Partizipation und Effizienz „glattzubügeln“.

Dieser Ansatz vermag ernste Bedenken hervorzurufen. Warum z.B., könnte man sich fragen, ist nicht von spürbaren Unterschieden in den Ballungszentren die Rede, in denen es der administrativen Einheit noch gelingt, die exogenen Komponenten zu minimieren? Rom, um ein naheliegendes Beispiel zu nennen, verfügt über ein so ausgedehntes Territorium, daß auch heute seine Entwicklung sich innerhalb der eigenen Verwaltungsgrenzen abspielt. Die Situation in den Randvierteln Roms jedoch läßt nicht auf besondere Vorteile dieser „Internalisierung“ schließen. Die Urbanisten stimmen auch darin überein, daß zu den

11) Atti del Convegno Nazionale su „Partecipazione ed efficienza nella costruzione delle strutture politico-amministrative regionali e locali“, Camera di Commercio Ind. Art. e Agric. di Pavia, Pavia 3./4. Mai 1969: E. Gerelli, „Relazione introduttiva“, G. Mazzocchi, „Materiali per una teoria economica delle strutture amministrative locali e della loro riorganizzazione“. Unione regionale delle province lombarde: Tavola rotonda su „Posizione e funzioni delle province nella prospettiva regionale“, Milano 6. Juli 1968: G. Mazzocchi „Profili economici“ S. 13–40; F. Ferraresi „Profili sociologici“, S. 41–62; P. Bisanetti die Ruffia, „Profili comparativi“, S. 63–89.

12) J. M. Buchanan/G. Tullock, „The Calculus of Consent“, Ann Arbor 1965. R. A. Musgrave, „Approaches to Fiscal Theory of Political Federalism“; C. M. Tiebout, „An Economic Theory of Fiscal Decentralization“; Y. Margolis, „Metropolitan Finance Problems: Territories, Function and Growth“, in: Nber, „Public Finances: Needs, Sources and Utilization“, Princeton 1961.

Ursachen für das Wachstum der Peripherieviertel in den Metropolen, wie es sich gegenwärtig vollzieht, die Eingemeindung der Randgemeinden gehört, die in Rom etwa 1923 bis 1926 vom Faschismus durchgeführt wurde.

Die Grenzen der Analyse

Diese Eingemeindung hatte zur Folge: eine höhere Besteuerung in den „geschluckten“ Gemeinden, eine Verringerung der kulturellen und sozialen Einrichtungen und eine Verlagerung öffentlicher Ressourcen von der Peripherie ins Zentrum. Diese Beispiele erlauben keine endgültigen Schlüsse, zeigen aber doch, zu welch zweifelhaften Ergebnissen die „Internalisierung“ führen kann.

Dieser Ansatz vernachlässigt den Zusammenhang zwischen ökonomischen und sozialen Disproportionen innerhalb des Ballungsraumes und der Krise der kommunalen Verwaltung.

Diese Zusammenhänge sind übrigens den so oft zitierten amerikanischen Beobachtern durchaus klar, aber man verdrängt sie systematisch, wenn es um unsere Probleme geht. Die Untersuchungen der ACIR machen deutlich¹³, daß die von wohlhabenden Weißen bewohnten Vorstädte (in denen Personen mit besserer Ausbildung und im arbeitsfähigen Alter überrepräsentiert sind) durchweg (im Namen der „lokalen Autonomie“) eine Eingliederung in die vorwiegend von Negern, Arbeitslosen, Rentnern usw. bewohnten Städte ablehnen. Als Rechtfer tung dienen fiskalische Gründe. Die Vorstädte nehmen zwar Dienstleistungen der Stadt (Transportmittel, Krankenhäuser usw.) in Anspruch, lehnen es aber ab, sich an den Kosten zu beteiligen. Dies ist jedoch nur ein Aspekt der Situation. Die Gemeindesteuern, die vorwiegend den Immobilienbesitz belasten, sind meist in den Vorstädten niedriger als in der Stadt. Die Vororte können einen Großteil ihrer Einnahmen für Infrastrukturen ausgeben (was zu einer weiteren Zunahme der städtischen Rente führt), während die Städte mit einem Teil ihrer Mittel Wohlfahrtsleistungen finanzieren müssen. „Es existiert eine negative Korrelation zwischen Höhe der Besteuerung und Qualität und Quantität der Dienstleistungen“, gibt D. Netzer bei seiner Analyse dieses Sachverhalts zu¹⁴.

Aus diesem Beispiel folgt, daß die ökonomischen und sozialen Disproportionen bestimmende Elemente der Entwicklung der amerikanischen Ballungsgebiete sind, daß sie sich in den lokalen Finanzen widerspiegeln und daß sie die Grundlage für das ungleiche Angebot an Dienstleistungen und für die Krise der lokalen Verwaltungen sind. Es ist auch offensichtlich, daß die verwaltungsmäßige Zer-

13) ACIR, „Metropolitan Social and Economic Disparities: Implication in Central Cities and Suburbs“, G.P.O. Washington 1965.

14) H. S. Perloff/L. Wingo Jr., op. cit., vgl. bes. D. Netzer, „Federal State and Local Finance in a Metropolitan Context“, S. 442, und O. A. Ornati, „Poverty in the Cities“, S. 335–362, W. B. Neenan, „Suburban-Central City Exploitation Thesis: One City's Tale“, in: National Tax Journal, Juni 1970, S. 117–139.

splitterung nicht als historisches Relikt aufgefaßt werden kann, das Ursache für Spannungen wird, sondern daß diese Zersplitterung in der klassentypischen, rassistischen Entwicklung der amerikanischen Metropolen eine neue Bedeutung erhalten hat. Diese sozialen und urbanistischen Kontraste schließen die Existenz eines gemeinsamen Optimums für alle Bewohner des Ballungsgebietes aus. Man muß davon ausgehen, daß die kommunalen Entscheidungen das Kräfteverhältnis zwischen entgegengesetzten gesellschaftlichen Gruppen widerspiegeln.

In Italien scheinen andere Entwicklungsmodelle der Metropolen zu überwiegen. Die Grundlinien unterscheiden sich jedoch wohl nicht wesentlich.

Aus den Statistiken ergibt sich eine beträchtliche Divergenz des Pro-Kopf-Einkommens in der Metropole gegenüber den umliegenden Gemeinden (in der Relation von 1,5 bis 1,7). In einigen Ballungszentren (vor allem in Südalien) ist dies weitgehend auf die Einkommensdifferenz zwischen Landwirtschaft und tertiärem Sektor zurückzuführen. In Norditalien handelt es sich vorwiegend um Einkommensunterschiede innerhalb der Industrie und des tertiären Sektors. Die Randgemeinden sind Ziel der Migrationsströme, während das Zentrum des Ballungsgebietes immer stärker von Konzernverwaltungen und anderen tertiären Funktionen in Beschlag genommen wird. Dies verstärkt die radiozentrische Struktur. Der Hauptort bleibt privilegierter Sitz der Dienstleistungen für seine Umgebung. Die Vertreibung der weniger wohlhabenden Schichten und der weniger lukrativen Funktionen durch die städtische Rente ist typisch für dieses Entwicklungsmodell. Es wird gestützt durch höhere öffentliche Ausgaben und eine höhere Besteuerung als in den Randgemeinden¹⁵.

Eine sorgfältige Analyse ergibt, daß die verwaltungsmäßige Aufteilung nicht nur ein Relikt der Vergangenheit ist. Sie bezeichnet in gewissem Maße die Grenze zwischen „zwei Städten“. Sie dient dazu, die Randgemeinden in einer Position der Schwäche und gegenseitiger Konkurrenz zu halten, gesellschaftliche Unterschiede deutlich zu machen und die Entstehung der Grundrente zu beeinflussen.

Auch hier sind die ökonomischen und sozialen Disproportionen kennzeichnend für die Krise der Kommunalverwaltungen. In den Randgemeinden fehlen primäre Dienstleistungen, die Verwaltungen können die Nachfrage nicht entfernt befriedigen. Die Metropolen selbst – in der forcierten Anhäufung privilegierter Funktionen und der baulichen Verdichtung – haben die gravierende Beeinträchtigung ihrer primären Ressourcen – wie Luft, Wasser und Boden – zugelassen. Die Kosten aus dem Umweltchaos belasten nicht nur die Gemeinschaft immer mehr, sondern auch Funktionsfähigkeit und Etat der kommunalen Verwaltung.

Auch in diesen Fällen ist das Problem der Effizienz der Dienstleistungen bzw. der Dimensionierung der lokalen Verwaltungen nicht in einer abstrakten kollektiven Wohlfahrtsfunktion zu lösen.

15) A. Villani, „L'indebolimento degli enti locali“, Quaderni ISAP, Milano 1969.

Die immanenten Widersprüche der Entwicklung der Metropolen erschöpfen sich nicht in den „internen“ Konflikten. Es ist sicher nichts Neues, festzustellen, daß der Prozeß der urbanen Konzentration territoriale und soziale Disproportionen bestimmt, die auf das ganze System zurückslagen.

Einige Ökonomen, wie *Tiebout*¹⁶, stellen die Beziehungen zwischen den einzelnen Kommunalverwaltungen durch ein Schema dar, das vom Modell der vollständigen Konkurrenz zwischen Unternehmen abgeleitet ist. Aber wenn man schon solche Parallelen ziehen will, dürfte den Beziehungen zwischen den Metropolen noch die oligopolistische Marktform am nächsten kommen.

Städtische Konzentration und territoriale Disproportionen

Die Entscheidungen, die die Entwicklung eines Ballungsgebiets bestimmen, beeinflussen direkt die Situation der anderen Gebiete und das allgemeine Gleichgewicht, indem sie beträchtliche Verschiebungen von Ressourcen veranlassen. Ganze Regionen finden sich in subalterner Position gegenüber der Metropole. Zwischen den Ballungsgebieten selbst bildet sich eine Hierarchie heraus, in Abhängigkeit von den vorhandenen Funktionen, der Wachstumsrate usw. Der Abfluß menschlicher und materieller Ressourcen aus den weniger entwickelten Regionen ist Bedingung für die Entwicklung der reichereren Zonen. Das Wachstum der Metropolen ist durch Konflikte und Disproportionen gekennzeichnet.

Die Analysen *Mazzocchis* und der Ökonomen um „Città e Società“ erwähnen durchaus die Bevölkerungsverlagerungen als Ursache der Krise der Kommunalverwaltungen, verzichten jedoch darauf, dies näher zu untersuchen. In einem Extremfall könnten die Zugewanderten Touristen sein – die Analyse sagt nur, daß die Infrastrukturen dem Zustrom „von außen“ nicht entsprechen. Auch die Disproportionen in der Verteilung der Ressourcen werden erwähnt – aber auch sie gelten als Fakt, der nicht mehr zu untersuchen ist¹⁷.

Die Unterbewertung dieser strukturellen Widersprüche ist ein gravierendes Hindernis, wenn es darum geht, Lösungsmöglichkeiten für die Krise zu suchen. So produzieren die Verfasser entweder unbestimmte Abstraktionen oder offen apologetische Interpretationen der Wirklichkeit¹⁸.

Die Bürger werden als „Konsumenten“ aufgefaßt, die Kommunalverwaltungen ausschließlich als „Produktionseinheiten“. Die Kriterien für Effizienz sind die „Internalisierung“ der „Überlaufeffekte“ und eine kostenminimierende

16) C. M. Tiebout, „A Pure Theory of Local Expenditure“, in: *Journal of Political Economy*, Okt. 1956, S. 416–424. V. Ostrow/C. M. Tiebout/R. Warren, „L’organizzazione del governo delle aree metropolitane: un’indagine teorica“, in: A. Testi, „Sviluppo e pianificazione regionale – Le teorie e le politiche“, Torino 1970, S. 386–408.

17) Vgl. bes. G. Mazzocchi/G. Pastori, „Linee . . .“, op. cit.

18) W. G. Baumel, „Welfare Economics and the Theory of the State“, London 1965, S. 162 ff.

Dimensionierung der Dienstleistungen. Wenn man so vorgeht, sind die Lösungen vorgegeben:

- höhere Verwaltungsinstanzen haben jene Funktionen und Belastungen zu übernehmen, die solche „Überlaufeffekte“ darstellen (bis hin zur Auflösung der lokalen Verwaltung im Staatsapparat, der allein dimensioniert wäre, das Problem zu beseitigen), oder
- Schaffung neuer Regierungsinstanzen, die den verschiedenen Funktionen der kommunalen Verwaltungen entsprechen (davon ausgehend, daß die kostenminimierende Dimensionierung für die verschiedenen Funktionen nicht übereinstimmt).

Das sind allerdings Rezepte, die zur Heilung der Krankheit die Beseitigung des Patienten vorschlagen.

Freilich führen (bei allen Unterschieden) die Prognosen der zitierten Ökonomen nicht soweit. In ihren Schlußfolgerungen jedoch bleibt die Antithese Partizipation–Effizienz ungelöst. Es werden keine optimalen Lösungen für die Verwaltung von Ballungsgebieten geboten, man plädiert für Pragmatismus. Die Neustrukturierung der Institution Provinz wird als ausreichend betrachtet, um eine Internalisierung der „Überlaufeffekte“ und eine Minimierung der Produktionskosten für die öffentlichen Güter in den Ballungsgebieten zu erzielen. So schlagen die politisch Verantwortlichen von „Città e Società“ eine hierarchische Struktur der lokalen Verwaltungen vor, wobei sie die Provinz der Region und den Kommunen zwischenschalten wollen¹⁹.

Trotz gewisser Anregungen und des Engagements der Untersuchungen erweisen sich ihre Schlußfolgerungen als schwach und enttäuschend auf theoretischer, aber diskussionswürdig auf praktischer Ebene.

Die Diskussion in Italien

Die Diskussion über die Probleme der Ballungsgebiete steckt in Italien noch in den Anfängen. In den letzten Jahren hat sich unser Wissen dank der Entwicklung von Stadtplanung, regionaler Programmierung und öffentlicher Verwaltung vergrößert. Ziel dieser Bemühungen war jedoch eher die Analyse einzelner Situationen als eine systematische Auseinandersetzung mit den Realitäten. Es ging mehr um die Vertiefung methodischer Kriterien als um eine „operative“ Synthese. Die folgenden Überlegungen wollen keine abschließenden Urteile liefern. Sie sind vielmehr als Arbeitshypothesen aufzufassen, als Ansatzpunkte für weitere Arbeiten, als Elemente für die Bestimmung einer Strategie.

19) E. Peracchi, „L’articolazione territoriale dello Stato e la posizione dell’ente provincia“, in: *Città e Società*, Mai 1967.; derselbe, „I livelli subcentrali dello Stato e il ruolo nell’assetto amministrativo italiano“, in: *Città e Società*, Aug. 1968, S. 59–69. V. Columbo, „Obiettivi tecnici ed obiettivi politici per le autonomie locali“, in: ebenda, Feb. 1972, S. 3–17.

A) Disproportionen und Widersprüche finden sich in der Verwaltungsstruktur der verschiedensten Typen von Ballungsräumen:

- in solchen, deren Dimensionen die „Überlaufeffekte“ internalisieren konnten,
- wie auch im entgegengesetzten Fall – den Gebieten, die eine radiozentrische Ordnung beibehalten haben –
- und auch dort, wo weitgehend eine Dezentralisierung erfolgt ist²⁰.

Dies zeigt, daß die Krise der kommunalen Verwaltung in den Ballungsgebieten nicht auf Grundlage nur von Kriterien innerer Effizienz gelöst werden kann und ebensowenig durch spontane Gleichgewichtsmechanismen des Marktes. In dieser Hinsicht sind die Erfahrungen der amerikanischen Metropolen aufschlußreich.

Die Entwicklung der Ballungsgebiete erfordert eine Strategie, die die Ineffizienzen der lokalen Verwaltung eliminiert und zugleich die Ursachen jener Disproportionen angreift, die dem Prozeß der urbanen Konzentration immanent sind. Das bedeutet, gegen die Verbindung von Rente und Profit und letztlich gegen die Logik der monopolistischen Expansion vorzugehen. Unter diesem Aspekt erfordert die Situation der Ballungsgebiete dringend die Realisierung einer Reformpolitik mit neuen Prioritäten und Formen der konkreten Umsetzung. Reformen wie die des Städtebaus, der Transporte, des Wohnungsbaus usw. sind unumgänglich, um diese Widersprüche zu überwinden und um den Kommunalverwaltungen durch geeignete Mittel die Kontrolle der Stadtentwicklung zu ermöglichen.

Diese Strategie führt nicht zum Ziel, wenn durch die Reformen nicht auch die räumliche Verteilung der öffentlichen und privaten Ressourcen beeinflußt wird. Zur Steuerung der Entwicklung der Ballungsräume ist daher die Wirtschaftsprogrammierung unumgänglich. Diese muß die **territorialen Ungleichgewichte** (besonders die zwischen Nord- und Südalitalien) aufheben, indem sie die unterentwickelten Zonen neu belebt, alternative Stadtmodelle entwickelt und die unkontrollierte Expansion der Metropolen bremst.

Reformen und Programmierung lassen sich mit unterschiedlichen Instrumenten und Maßnahmen realisieren. Das „Projekt 1980“ z.B. schlug spezielle Institutionen (die direkt von der Zentralregierung abhängig sein sollten) zur Ausarbeitung und Realisierung von Großstadtprojekten vor. Solche Vorschläge zielen darauf ab, die Autorität der lokalen Institutionen auszuhöhlen und ihre Initiative und Autonomie zu beseitigen. Diese müssen im Gegenteil aufgewertet werden und sie sind an der Programmierung zu beteiligen. Dies ist notwendig, um dem Programmierungsprozeß demokratischen Charakter zu verleihen, um die Verantwortung der lokalen Institutionen zu steigern und um so Unterstützung und Partizipation der Volksmassen für die Planpolitik zu sichern.

Verteidigung der lokalen Autonomie und Kampf für Reformen und demokratische Programmierung vereinen sich in dieser politischen Perspektive. Diese

20) ACIR, „Alternative Approaches to Governmental Reorganization in Metropolitan Areas“, G.P.O. Washington 1962. I. L. Bollens/H. J. Schmandt, „The Metropolis“, New York 1970.

Strategie fügt sich in die Erfahrungen der Arbeiterbewegung ein, die darauf zielt, die Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung im Interesse der arbeitenden Massen aufzulösen und zugleich die Strukturen der Akkumulation zu verändern. Andererseits stellt die Entwicklung der Metropolen neue Ziele. Die immanenten Disproportionen dieser Entwicklung sind nicht durch die Forderung nach einer „sozialistischen Stadt“ als Gegensatz zur „kapitalistischen Stadt“ zu überwinden, sondern durch die Beseitigung der Unterschiede zwischen Stadt und Land und letztlich die Beseitigung des Stadtbegriffs selbst.

Neue Funktionen der lokalen Institutionen

B) Neuere Studien stimmen in der Betonung der Veränderungen der Rolle der lokalen Institutionen überein²¹. Die zunehmende Zahl der von den Kommunen angebotenen Dienstleistungen steht neben einer weitgehenden Übertragung von Funktionen der Kommunalverwaltungen an höhere Verwaltungsinstanzen. Die wechselseitige Abhängigkeit der Kommunen ist gewachsen. Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Stufen der Verwaltung haben sich geändert. Das frühere System basierte auf einer deutlichen Unterscheidung nach Funktionen und auf der strikten politischen Unterordnung der lokalen unter die zentralen Instanzen. Statt dessen stehen sich jetzt Tendenzen politischer Dezentralisierung (z.B. die Konstituierung der Regionen) und Maßnahmen zur Unterdrückung der lokalen Autonomie gegenüber, wobei die Zentralregierung sich weniger direkter Druckmittel bedient (etwa die Zentralisierung der Steuereinnahmen, die Kreditpolitik usw.). Die Entwicklung von Metropolen bedroht die traditionellen Werte der lokalen Autonomie. Unter dem Etikett „Verteidigung der lokalen Autonomie“ verbergen sich freilich auch Kirchturmpolitik, Konflikte innerhalb der Verwaltung oder die Ausschaltung der schwächsten Interessen durch die stärksten.

Wenn die lokale Autonomie gerade heute besondere Bedeutung gewinnt, dann in „politischem“ Sinn – als Instrument der Partizipation, der Kontrolle und der Beeinflussung der Verwaltung der Stadt durch die Massen. Unter diesem Aspekt bieten die Ballungsgebiete noch viele ungenutzte Chancen für die Entwicklung der direkten, der Basisdemokratie. An neuen Erfahrungen aus den letzten Jahren ließen sich nennen:

- die Bildung von Stadtteilräten

21) K. Philip, „Intergovernmental Fiscal Relations“, Copenhagen 1964, S. 35–71. W. A. Robson, „Local Government in Crisis“, London 1966, S. 29–40. C. Cosciani (ed.), „la riforma fiscale in italia“, Milano 1967, vgl. bes. S. Steve, „La riforma dei tributi locali“, S. 143–160; E. Gerelli, „Analisi della struttura finanziaria degli enti locali“ (con particolare riferimento alla finanza comunale), S. 161–186; G. Mazzocchi, „I rapporti tra i diversi livelli di governo“, S. 187–203.

- Partizipation an der Formulierung des Budgets, an der allgemeinen Tätigkeit der Verwaltung
- die Entstehung von Bürgerkomitees, die sich mit Kontrolle und Organisation der öffentlichen Dienstleistungen befassen.

In erster Linie als politisches Subjekt sowie als Konsumenten der öffentlichen Dienstleistungen wollen die Werktäglichen an den (generellen und partikularen) Entscheidungen der kommunalen Verwaltung beteiligt werden. Unter dieser Perspektive erhält der Begriff der lokalen Autonomie wieder seine ursprüngliche „politische“ Bedeutung und verbindet sich mit den gesellschaftlichen Alternativen unserer Zeit.

Daher heißt Ausweitung der lokalen Autonomie für die Linke nicht so sehr die Gegenüberstellung verschiedener staatlicher Ebenen als vielmehr die komplexe Evolution der staatlichen Strukturen in demokratischem Sinne. Es geht vor allem um eine Erneuerung der kommunalen Statuten, die die direkte Beteiligung der Massen an der lokalen Verwaltung fördern müssen. Ausweitung der lokalen Autonomie bedeutet auch eine Politik der Koordinierung zwischen den verschiedenen Kommunen und sie erfordert Kriterien technologischer Effizienz, die die Partizipation nicht beschränken.

Es ist evident, daß auf lokaler Ebene die „öffentlichen“ Güter von den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen in ganz unterschiedlicher Weise durch „private“ ersetzt werden können. Der Reiche kann für sich öffentliche Grünanlagen durch seinen Garten ersetzen oder die staatlichen Schulen durch private usw. Die ärmeren Klassen sind von den öffentlichen Dienstleistungen wesentlich abhängiger. Der Reichtum dieser Klassen setzt sich weithin aus dem Angebot an öffentlichen Dienstleistungen zusammen, besonders auf lokaler Ebene. In diesem Sinn steht die „öffentliche Effizienz“ zur Partizipation der Massen an der Kommunalverwaltung nicht im Gegensatz, sondern erfordert (und ist Bedingung für) diese. Diese Aufgabe ist zu realisieren unter Berücksichtigung der jeweiligen Adressaten, Prioritäten und der Organisation der öffentlichen Dienstleistungen selbst. Bezeichnend sind hierbei die Erfahrungen von Bologna, der einzigen italienischen Großstadt mit einer linken Verwaltung.

Verwaltungsstrukturen und Partizipation der Massen

C) Wesentliche Bedingungen für die Entwicklung einer solchermaßen verstandenen lokalen Autonomie ist die Entsprechung von Verwaltungsstruktur und Möglichkeiten der Partizipation. Denn sonst (und nicht nur auf lokaler Ebene) kann die Bewegung für die Partizipation leicht in einen sterilen Spontaneismus abgleiten, der darauf beschränkt bleibt, Forderungen zu verkünden.

In dieser Perspektive ist die Kommune (aus Gründen der Tradition, ihrer Funktionen und ihrer Beziehung zu den städtischen Massen) als grundlegende, kleinste und unersetzbare Zelle der lokalen Regierungsausübung zu verstehen. Dies vorausgesetzt, stellen sich sofort folgende Fragen:

- sind Strukturen und Dimensionierung der Kommunen in den Ballungsräumen in politischer und verwaltungsmäßiger Hinsicht den Beziehungen zur Wählerbasis angemessen?
- besitzen die Wahlkörperschaften in Millionenstädten noch eine direkte Anschauung von den Effekten ihrer Verwaltung?
- sind sie in der Lage, kommunale Betriebe mit tausenden von Beschäftigten zu leiten?
- können die Stadtteilräte, soweit sie existieren, echte Initiativen zur Lösung der Probleme in ihrem Bereich ergreifen?
- und ist nicht in den kleineren Kommunen vielleicht das Fehlen von Haushaltsmitteln schuld an einer müden Verwaltungstätigkeit, die keine realen Möglichkeiten einer konkreten Umsetzung ihrer Ziele hat?

Diese Probleme betreffen nicht nur die Politik der verschiedenen Parteien, sondern auch die grundsätzliche Frage der Regierbarkeit von Ballungszentren. Es ist abzusehen, daß man Maßnahmen zur Neustrukturierung der kommunalen Verwaltungen (darunter auch Umgruppierungen sowie die Aufteilung von Ballungszentren) wird ergreifen müssen, um eine weitere Verschlimmerung der (nicht nur verwaltungstechnischen, sondern auch politischen) Probleme und Disproportionen zu verhindern.

Man muß auch erkennen, daß die Wähler nur minimale Möglichkeiten haben, die komplexe Entwicklung der Ballungsräume zu beeinflussen. Von diesen Entscheidungen sind namentlich die Menschen an der Peripherie der Metropolen, wo sich die ärmeren Schichten und die Arbeiterklasse konzentrieren, ausgeschlossen. Regionalplanung, die Hauptstraßen des privaten und öffentlichen Verkehrs, die technischen Dienstleistungen, die Naherholungsgebiete usw. sind für die Entwicklung der Ballungszentren bestimmende öffentliche Güter. Die Kriterien ihrer Produktion und Nutzung haben evident politischen Charakter, und die Verwaltungen müßten darüber der Wählerschaft des ganzen Ballungsgebietes Rechenschaft leisten.

Bislang werden diese Funktionen von Gemeindeverbänden, der Provinzverwaltung und anderen Behörden wahrgenommen. Diese Strukturen können nur schwerlich eine adäquate und koordinierte Produktion jener Dienstleistungen garantieren. Zu dieser Frage sind viele Vorschläge gemacht worden. Manche wollten in der Provinz die geeignete Institution zur Erfüllung dieser Aufgaben sehen, andere in einem kleineren Konsortium von Gemeinden oder auch in einem Organ der Zentralregierung²².

22) E. Foschi/E. Peracchi, „Una proposta di legge per la Provincia Comprensorio“, in: Regione e Potere locale, März 1970. G. Beltrame, „Tesi sul comprensorio“, in: Città e Società, Dez. 1970, S. 33 ff. A. Carassi, „regioni e autonomie locali“, in: Il comune democratico, Juli 1970. R. Truva, „Proposte di riforma dell'ordinato comunale e provinciale“, Rimini 1971. P. Bolchini, „L'esperienza comprensoriale in cinsi“, in: Critica Marxista, Dez. 1969, S. 88–103.

Es liegt auf der Hand, daß solche Vorschläge noch der Vertiefung bedürfen. Bisher wurden sie nur unter juristischen und institutionellen Aspekten diskutiert. Kein Autor hat dagegen die finanziellen Implikationen dieser Alternativen in Betracht gezogen, ebensowenig wie ein systematischer Vergleich zwischen der Situation verschiedener Städte unter ökonomischen, sozialen und verwaltungsmäßigen Aspekten vorgenommen wurde.

D) Wahrscheinlich bleiben auch danach noch mehrere Lösungen offen. Lösungen, die sich von zentraler Position zum Detail hin orientieren, dürften nur mit Mühe die Komplexität der Situationen erfassen. Es erscheint unwahrscheinlich, daß in kurzer Zeit die verschiedenen lokalen Erfahrungen derart synthetisiert werden könnten, daß eindeutige Vorschläge von der Basis kommen. Das ist auch leicht zu verstehen. Ein Stadtteil von Mailand oder Rom hat soviel Einwohner wie ein Ballungsgebiet kleineren Ausmaßes; kommunalpolitisches Leben, Traditionen und Perspektiven der städtischen Zentren Südaladiens unterscheiden sich von denen Norditaliens; in mehr ländlichen Zonen stellen sich die strukturellen Probleme anders als in Verdichtungszonen usw.

Die Institutionalisierung der Regionen hat die Möglichkeit geschaffen, die unterschiedlichen Erfahrungen der Ballungszentren zu koordinieren und zu synthetisieren. Als Organ der politischen und funktionellen Dezentralisierung kann die Region zum Beschützer und Förderer der lokalen Autonomie werden. Als Hauptsubjekt der Wirtschaftsprogrammierung kann die Region auch als das verbindende Element zwischen Zentralregierung und lokaler Verwaltung bei der Verwirklichung der Reformen fungieren.

Dieser Prozeß wurde und wird von den gemäßigten und konservativen Kräften in und außerhalb der Regierung massiv behindert. Jedoch lassen sich seine immensen Möglichkeiten und seine tiefgreifende Bedeutung für die Erneuerung des Staatsapparats und der lokalen Institutionen erkennen.

Diesen Weg muß man fortsetzen. Die Reform der Kommunal- und Provinzialgesetzgebung könnte auch eine Übertragung bisheriger Vollmachten der Zentralregierung an die Regionen vorsehen, so daß diese (im Rahmen der Verfassungsbestimmungen) die Möglichkeit von Innovationen und Experimenten bei der Neuordnung der kommunalen Verwaltungen erhalten²³. Einige Experten haben hier (übrigens nicht unüberwindbare) juristische Schwierigkeiten geltend gemacht. Insgesamt zeigt die hier entwickelte Linie jedoch, indem sie die Möglichkeiten der Regionalisierung ausschöpft, klares Vertrauen in die lokale Autonomie als Form der politischen Willensbildung der gesellschaftlichen Kräfte – und so ist es trotz allem eine realistische Linie.

Übersetzung: Winfried Roth

23) M. S. Giannini, „Il riassetto dei poteri locali“, in: *Rivista trimestrale di diritto pubblico*, Nr.2/1971, S. 457 ff. F. Bassanini, „Le regioni sul bagnasciuga“, in: *Realzioni Sociali*, Nr.I/1972, S. 9 ff. M. Vaccari, „La provincia nell'ordinamento regionale“, ILSES, 1970.

Dieter Mühle

Bodenspekulation und Bodenrechts-,reform“ in der BRD

Aus: IPW-Berichte. Hrsg. Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin/DDR, H.12/1973, S. 38–42

In der letzten Zeit entwickeln die systemkonformen Kräfte in der BRD eine bemerkenswerte Aktivität zur sogenannten Reform des Bodenrechts. In der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 wurde sie ausdrücklich als ein Schwerpunkt der Reformpolitik gekennzeichnet. Bodenrechtsfragen wurden zu wichtigen Programm punkten aller Parteitage. Selbst auf dem Parteitag der rechtskonservativen CSU (27. bis 30.9.1973), die sich in gesellschaftspolitischen Fragen bisher betont zurückhielt, kam es zu einer lebhaften Diskussion über das Bodenrecht, in deren Ergebnis Beschlüsse gefaßt wurden, die von Massenmedien als „noch vor wenigen Jahren undenkbar“ qualifiziert wurden.

Diese Aktivitäten sind darauf zurückzuführen, daß sich die Widersprüche auf dem Bodensektor in einem Grade zugespitzt haben und so krasse Mißstände zutage getreten sind, daß sie einen sozialen Zündstoff anzuhäufen drohen, der den herrschenden Kräften systemgefährdend erscheint. Auf diesem Gebiet zeigt das als soziale Marktwirtschaft firmierte profitwirtschaftliche System zugleich besonders deutlich seine Unfähigkeit, die sozialen Probleme von heute zu lösen, offenbart es seine historische Überlebtheit.

Märchenhafte Profite durch hemmungslose Bodenspekulation

Eine kleine Gruppe von Großgrundeigentümern preßt in der BRD mit Hilfe des Monopols an Grund und Boden durch eine ungezügelte Spekulation Profite von unerhörtem Ausmaße aus der Bevölkerung. Ein deutliches Kennzeichen dieser Entwicklung ist der rapide Anstieg der Baulandpreise, die von 1950 bis 1960 auf 310 Prozent und bis 1970 auf 1201 Prozent stiegen. In den Ballungsgebieten liegt die Steigerungsrate noch weitaus höher. Allein für die Zeit von 1959 bis 1969 betrug sie dort mehr als 2000 Prozent; in München sogar 2830 Prozent¹.

Hierbei sind noch nicht die beträchtlichen Preissteigerungen berücksichtigt, die sich aus den sogenannten Widmungsänderungen, d.h. dem Übergang einer Baulandart in eine höhere Nutzungsform, ergeben (indem Äcker und Wiesen durch Planungen bzw. Erschließungen der Gemeinden in Bauerwartungsland, Rohbauland und schließlich in baureife Grundstücke „umgewidmet“ werden)².

1) M. Ratz, Bodenpolitik in der BRD, Darstellung und Kritik, Köln 1973, S. 10; Die Zeit, Hamburg, 27.4.1973.

2) Siehe dazu und zum folgenden: E. Rechtziegler, Privates Grundeigentum und Bodenrecht in der BRD, in: DWI-Berichte, Berlin, 5/1971, S. 18–28.

Für einen einzigen Hektar, der 1971 von Rohbau land in baureifes Land „umgewidmet“ wurde, betrug der Preiszuwachs durchschnittlich 142 000 DM³. In der Zeit von 1960 bis 1969 beläuft sich der durch Widmungsänderung erzielte spekulative Gewinnzuwachs auf rund 70 Mrd. DM⁴. In den Zentren der Großstädte werden für einen Quadratmeter Boden nicht selten 10 000 DM gezahlt, am Münchner Stachus durchschnittlich 14 160 DM, im Einzelfall sogar 31 800 DM⁵. Insgesamt erhöhte sich der kapitalistische „Bodenwert“ in der BRD – wie eine Gruppe von Wissenschaftlern unter Leitung von Professor Wolfram Engels kürzlich nach vorläufigen Berechnungen ermittelte – von 1950 bis 1970 um fast 650 Mrd. DM⁶.

Dieser enorme Zuwachs fließt überwiegend einer winzigen Gruppe von meist aristokratischen Großgrundbesitzern (wie den *Freiherren von und zu Guttenberg, von Finck, von Thurn und Taxis*, den Sprossen des Hauses *Wittelsbach*), den mit ihnen eng verfilzten Versicherungsgesellschaften, Banken, privatkapitalistischen Wohnungsbaugesellschaften usw. zu. Nur etwa 2,2 Prozent aller Boden-eigentümer (0,001 Prozent der Bevölkerung) besitzen in der BRD mehr als ein Drittel der Wirtschaftsfläche und fast drei Viertel der Forstfläche. Entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Bodenpreise hat die Deutsche Bank, die im Prozeß der fortschreitenden Konzentration des Finanzkapitals 1970/71 die Mehrheit des Aktienkapitals der beiden größten privaten Hypothekenbanken, der Deutschen Central-Bodenkreditbank AG und der Frankfurter Hypothekenbank, erwarb⁷.

Die Gewinne fließen den Bodenspekulanten zu, ohne daß sie irgendwelche Leistungen erbringen oder ein Risiko übernehmen. *Baron August von Finck*, der reichste Mann der BRD, der allein um die expandierende bayerische Landeshauptstadt herum rund 20 Millionen Quadratmeter Bauerwartungsland besitzt, verdient aus seinem gesamten Grundbesitz tagaus tagein mehr als 1 Mio DM⁸. Er und seinesgleichen nutzen skrupellos ihre Monopolstellung an Grund und Boden und die wachsende Nachfrage ohne Rücksicht auf das vielzitierte Gemeinwohl aus. Dank ihrer engen Beziehungen zu den Behörden erfahren sie frühzeitig von kommunalen Planungs- und Erschließungsvorhaben. Nachdem sie in der betreffenden Gegend Land erworben haben, erzielen sie gerade dadurch Höchstprofite, daß sie sich so lange weigern zu verkaufen und dadurch Investitionen und Leistungen auf den für die Stadtentwicklung notwendigen Flächen verhindern, bis sie den verlangten Wucherpreis erhalten. Sie bewegen sich damit keineswegs

3) H.-J. Vogel, Die Notwendigkeit bodenpolitischer Aktivitäten, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 10.4.1973.

4) E. Rechtziegler, a.a.O., S. 24.

5) M. Ratz, a.a.O., S. 11; Vorwärts, Bonn, 12.4.1973.

6) Die Welt (B), Hamburg-Westberlin, 8.3.1973; H.-J. Vogel, a.a.O.

7) F. Seibert, Das Milliardending. Mietwucher und Bodenspekulation, Frankfurt (Main) 1972, S. 46 f.; M. Ratz, a.a.O., S. 12 f.

8) Vorwärts, a.a.O.

außerhalb oder auch nur am Rande der bürgerlichen Legalität. Im Gegenteil, das Gesetz ermuntert sie direkt zu solchem Tun: Die Spekulationsgewinne brauchen nicht einmal versteuert zu werden, wenn zwischen An- und Verkauf mindestens zwei Jahre liegen.

Die Ursachen der Bodenspekulation liegen im kapitalistischen System, in dem selbst ein Gut, das – wie Grund und Boden – Voraussetzung menschlicher Existenz und nicht vermehrbar ist, zur Ware gemacht und dem Profitstreben untergeordnet wird⁹.

Die Lasten trägt die Bevölkerung. Die Gemeinden müssen für den Landerwerb die von den Bodenspekulanten geforderten Wucherpreise zahlen und geraten dadurch in immer größere Finanznot. München mußte von 1957 bis 1966 bei Landkäufen für Schulen, Krankenhäuser, Straßen und andere öffentliche Einrichtungen 612 Mio DM aufwenden¹⁰. In einigen Gebieten stieg der Anteil des Bodenpreises an den Gesamtkosten der Errichtung von Schulen in der Zeit von 1965 bis 1971 von 30 auf 50 Prozent¹¹.

Daraus ergeben sich Fehlentwicklungen der Städte und Gemeinden. Denn selbst wenn z.B. eine Stadtverwaltung das Stadtzentrum durch ausgewogene Streuung von Wohnungs-, Kultur-, Dienstleistungseinrichtungen usw. zu einer Stätte der Kommunikation zu entwickeln plant, ist sie doch häufig nicht in der Lage, die hohen Entschädigungssummen aufzubringen. Statt dessen etablieren sich im Zentrum Banken, Versicherungen, Konzerne. Sie errichten dort ihre Geschäftshäuser und Parkplätze, verdrängen die Bewohner in die Außenbezirke und tragen so dazu bei, daß die früheren Mittelpunkte städtischen Lebens veröden.

Quelle des Mietwuchers

Die Spekulation mit Grund und Boden ist eine der Hauptursachen der schnellen Steigerung der Mietpreise¹², die erheblichen Anteil an der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben. Sie werden zudem durch die wachsenden übrigen Baukosten und durch das Profitstreben der großen Hauseigentümer in die Höhe getrieben¹³.

Während der Preisindex für die Lebenshaltung von 1962 bis 1972 auf 137,9 Prozent stieg, erhöhte sich die Wohnungsmiete prozentual wie folgt (1962 = 100)¹⁴:

9) UZ, Düsseldorf, 29.6.1973.

10) M. Ratz, a.a.O., S. 12.

11) Vorwärts, a.a.O.

12) Siehe dazu: J. Nitsche/E. Rechtziegler, Staatsmonopolistische Wohnungspolitik in der BRD, in: DWI-Berichte, 5/1971, S. 29–37.

13) F. Seibert, a.a.O., S. 30 f.

14) Blick durch die Wirtschaft, Frankfurt (Main), 23.1.1973.

1963	105,6	1968	148,4
1964	112,1	1969	161,9
1965	118,6	1970	168,5
1966	129,7	1971	178,5
1967	138,2	1972	187,9

Für den sogenannten 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen stieg der Anteil der Miete an den Verbrauchsausgaben im Zeitraum von 1965 bis 1971 von 15,3 auf 18,9 Prozent¹⁵. Das sind Durchschnittswerte, die in den Ballungsgebieten wesentlich übertroffen werden. Der Quadratmeterpreis für eine Mietwohnung im sozialen Wohnungsbau beträgt in Düsseldorf 4,71 DM und in Saarbrücken 5,00 DM. Für sogenannte freifinanzierte Wohnungen mit „gutem Wohnwert“, die 1973 fertiggestellt wurden, muß der Mieter in Frankfurt (Main) 7 DM, in Stuttgart 10 DM und in Hamburg 14 DM entrichten¹⁶. Zur Ausbeutung über den Mietpreis kommt die Verknüpfung des Mietvertrages mit unwürdigen Bedingungen – so etwa die Verweigerung von Wohnungen für Familien mit Kindern, die Auflage, keine Besuche zu empfangen, keine Tiere zu halten oder das Ansinnen, unentgeltliche Arbeiten zu verrichten, die an vorkapitalistische Verhältnisse gemahnen¹⁷. Davon werden am meisten natürlich diejenigen betroffen, die sich am wenigsten dagegen wehren können, wie alte Menschen und ausländische Arbeiter.

Auch auf dem mit der Bodenfrage eng zusammenhängenden Gebiet des Wohnungswesens offenbart sich das Versagen des profitwirtschaftlichen Systems. 1960 waren nach einem Plan des damaligen Wohnungsbauministers Lücke (CDU), der heute bezeichnenderweise Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V. ist, unter dem demagogischen Schlagwort vom Abbau der „Wohnungszwangswirtschaft“ der Mietstopp und die Wohnraumbewirtschaftung sukzessive aufgehoben worden, weil der Wohnungsmangel angeblich am besten durch die Eingliederung des Wohnungswesens in die Marktwirtschaft gelöst werden könne. Die Folge war, daß die Mieten sprunghaft anstiegen, während der Wohnungsbau zeitweilig erheblich zurückging (1966 bis 1970 von jährlich 604 800 auf 478 050 Einheiten)¹⁸. Von 1960 bis 1967 nahm die Zahl der Wohnungen in der BRD um 20 Prozent, das Mietaufkommen aber um 160 Prozent zu¹⁹.

15) E. Bessau, Mieten und Wohnungsbau in der BRD. Informationsbericht Nr. 9 (Hrsg. Institut für Marxistische Studien und Forschungen [IMSF]), Frankfurt (Main) 1972, S. 23.

16) Wirtschaftswoche, Frankfurt (Main), 10.8.1973.

17) F. Seibert, a.a.O., S. 18.

18) E. Bessau, a.a.O., S. 34.

19) F. Seibert, a.a.O., S. 16 f.

Verschärzte Widersprüche und systemkonforme „Lösungs“versuche

Kapitalistische Bodenspekulation und Mietwucher verschärfen zwangsläufig die inneren Widersprüche des Systems. Der Unwillen der Bevölkerung nimmt zu, löst Bewegungen und Aktionen aus, in denen die herrschenden Kräfte die Gefahr „systembedrohender Entwicklungen“ sehen. In einem Kommentar der „Wirtschaftswoche“ heißt es: „Am Ende liefern die Auswüchse Systemüberwindern Munition zur Generalkritik, . . . Sie schließen vom Boden auf die gesamte Gesellschaft, demonstrieren am Boden die Fragwürdigkeit des Leistungsprinzips.“²⁰

Die Situation auf dem Bodensektor beeinträchtigt die „Funktionstüchtigkeit“ des Systems; es zeigen sich Widersprüche, divergierende Interessen auch innerhalb der herrschenden Klasse. Das derzeit geltende Bodenrecht beeinträchtigt auch die Profitinteressen von Industriekonzernen, die ausgedehnte Produktionsstätten und zur Verwertung ihres Kapitals auch eine moderne Infrastruktur benötigen.

Entsprechend ihrer Funktion, die Wählerschaft an das staatsmonopolistische System zu binden (wozu deren Forderungen wenigstens partiell berücksichtigt werden müssen), d.h. politische Strategien und Konzeptionen für die Stabilisierung und Effektivierung des Gesamtsystems zu entwickeln, stimmen alle systemkonformen Parteien deshalb heute darin überein, daß die krassesten Auswüchse des profitwirtschaftlichen Systems auf dem Bodensektor beschnitten werden müssen, ohne die bestehenden Eigentumsverhältnisse dabei anzutasten.

Über Art und Umfang der Maßnahmen bestehen indessen Differenzen, die sich aus Bindungen an verschiedene monopolistische Interessengruppen und aus unterschiedlichen Mitglieder- und Wählerstrukturen ergeben.

Die Diskussion unter den Bundestagsparteien konzentriert – und beschränkt – sich im wesentlichen auf zwei Fragen:

- die Abschöpfung eines Teiles des Bodenwertzuwachses durch Steuern und Abgaben zugunsten der Gemeinden;
- die Erweiterung des Handlungsspielraumes der Gemeinden durch Änderung des Planungs- und Enteignungsrechtes und anderer Instrumentarien.

Das Konzept der Regierungskoalition

Die SPD/FDP-Koalition hatte 1971 ein Städtebauförderungsgesetz verabschiedet, das den Gemeinden bessere Möglichkeiten zur Sanierung der Innenstädte und zur Planung von Neubaugebieten gibt, die Spekulationsmöglichkeiten zeitweilig etwas beschneidet, die Konzentration des Grundeigentums dagegen fördert²¹.

20) Wirtschaftswoche, 35/1973.

21) Siehe E. Rechtzeitig, a.a.O., S. 26 ff.

Die Regierung will nun „diese Möglichkeiten in das allgemeine Baurecht übertragen. Die Steigerung im Kaufwert, die Grundstücken durch Planung und Investitionen der öffentlichen Hand zufällt, soll zur Finanzierung herangezogen werden“. Außerdem will sie „eine Bodenwertzuwachssteuer vorbereiten, die zur Bekämpfung des Preisanstiegs auf dem Bodenmarkt beiträgt und das Angebot an Bauland in städtischen Regionen größer werden lässt“. Damit soll die Bodenspekulation „zurückgedrängt“ werden²².

Im April 1973 faßte die SPD auf ihrem Parteitag in Hannover Beschlüsse zur Bodenrechtsreform, die u.a. vorsehen:

- die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer auch für nichtrealisierten Wertzuwachs; eine Steuer, bei der nicht, wie von der DKP gefordert, gewährleistet ist, daß sie nicht auf die Boden- und Mietpreise abgewälzt wird. Insoweit sie auch von Kleineigentümern erhoben würde, regt sie diese dazu an, ihren Boden an kapitalkräftige Gesellschaften zu verkaufen und fördert somit die Bodenkonzentration.
- die Einführung eines Planungswertausgleichs, für den ähnliches gilt;
- die Erweiterung des Planungsrechts der Gemeinden (z.B. durch Bau-, Modernisierungs- oder Abbruchsgebote);
- die Neuregelung des Enteignungs- und Entschädigungsrechts;
- die Einführung eines Nutzungseigentums in bestimmten Regionen. Das Verfügungseigentum soll Bund, Ländern und Gemeinden zustehen, die den Boden an Private nicht verkaufen, sondern als Nutzungseigentum übergeben und auf diesem Wege die Verwendung der Grundstücke besser beeinflussen können²³.

Die SPD möchte das Instrumentarium der Gemeinden erweitern, um die größten Mißstände auf dem Bodensektor beschneiden zu können. Sie gibt selbst zu, daß mit ihrem Konzept die Bodenspekulation nicht überwunden und schon gar nicht das Übel an der Wurzel gepackt wird. Sie erwartet lediglich, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen die Mißstände „mildern“ werden, der „Umfang der leistungslosen Gewinne“ zurückgehen und die Bodenpreisentwicklung „verstetigt“ werde. Etwa aufkommenden Verdacht, mit der Einführung eines Nutzungseigentums die Eigentumsverhältnisse berühren zu wollen, weist sie mit der unzweideutigen Feststellung zurück: „Die Kommunalisierung oder Sozialisierung des Bodens mit allen Gebäuden und Nutzungsrechten kann auch als langfristige Zielsetzung nicht in Betracht gezogen werden.“²⁴

Mit der Formel vom „neuen Rechtsinstitut Nutzungseigentum“ sollen die stärker werdenden Forderungen nach Überführung des Großbesitzes an Grund und Boden in kommunales Eigentum aufgefangen werden. In Verbindung mit den anderen Punkten ihres Konzepts begünstigt die SPD-Führung insbesondere jene expandierenden Industriemonopole, die geringe Reserven, aber großen

22) Deutscher Bundestag, 7. Sitzung, Bonn, 18.1.1973, S. 128.

23) Parteitag Hannover 1973. Beschlüsse zur Bodenreform (Hrsg. Vorstand der SPD), Bonn 1973; UZ, a.a.O.

24) Parteitag, a.a.O., S. 27.

Bedarf an Boden haben und denen das geltende Recht daher im Wege steht. Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Hans-Jochen Vogel, weist dementsprechend auf die Funktion des Nutzungseigentums als „sichere Basis für private Investitionen“ hin und versichert, daß „jeder, der bodengebundene Investitionen vornimmt, ein garantiertes Nutzungsrecht an diesen Flächen beanspruchen kann“²⁵.

Mit der Ablehnung der Kommunalisierung von Grund und Boden findet die SPD natürlich die Unterstützung ihres Koalitionspartners, der sich freilich in seinen eigenen Reihen, namentlich seitens der Jungdemokraten, mit dieser Forderung konfrontiert sieht.

Die FDP möchte auch einer „stillen Kommunalisierung“, die sie schon bei einer größeren „Bodenbevorratungspolitik“ der Gemeinden angeblich heraufziehen sieht, vorbeugen und verlangt daher, daß „unbenötigte“ Grundstücke wieder privatisiert oder der privaten Nutzung zugeführt werden sollen. Eine Bodenwertzuwachssteuer für nichtrealisierte Gewinne befürwortet die FDP nur bei Bauland und auch da nur mit Einschränkungen, so daß der mögliche Effekt einer Bodenwertzuwachssteuer, einen Verkaufsdruck und damit ein vermehrtes Angebot an Boden auslösen, wesentlich abgeschwächt wird. Außerdem wendet sich die FDP gegen die sozialdemokratischen Forderungen nach einem Planungswertausgleich und einem preislimitierten Vorkaufsrecht der Gemeinden.

Die Position der CDU/CSU

Der CDU/CSU, die sich der Sache der großen Grundeigentümer seit jeher besonders annimmt und die die Hauptverteidigerin uneingeschränkter Rechte privater Bodeneigentümer ist, fällt es angesichts ihrer rechtskonservativen Grundposition schwerer, ihr Programm den veränderten Bedingungen anzupassen. Dabei spielt der Umstand eine Rolle, daß die Großgrundbesitzer in der BRD zu den Hauptstützen neofaschistischer und rechtskonservativer Parteien gehören. Vertreter der großgrundbesitzenden bayerischen Aristokratie spielen seit jeher in der CSU eine maßgebliche Rolle (z.B. der 1972 verstorbene *Freiherr von und zu Guttenberg*, der Präsident des bayerischen Bauernverbandes, *Freiherr von Feury*, der Präsident des bayerischen Senats, *Freiherr von Poschinger und Frauenau*).

Nicht zufällig nimmt sich die der CSU nahestehende „Deutsche National-Zeitung“ der Sache der Großgrundeigentümer mit rüden Attacken selbst gegen die zahmsten Reformansätze besonders an²⁶.

Der unter maßgeblichem CDU-Einfluß stehende Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e.V., in dem 1200 Haus- und Grundeigentümervereine zusammengeschlossen sind, gilt als „eine der rücksichts-

25) Frankfurter Rundschau, Frankfurt (Main), 12.5.1973.

26) Siehe z.B. Deutsche National-Zeitung, München, 16.2. und 11.5.1973.

losesten und härtesten Pressure groups der Bundesrepublik“²⁷. Er macht gar kein Hehl daraus, daß sein Ziel in „der koordinierenden Beeinflussung der Parlamente und Regierungen der Länder auf dem gesamten Gebiet der Wohnungswirtschaft“²⁸ besteht. In ihrer politischen Borniertheit gelangen diese Elemente zu Auslassungen über die Bodenfrage, die zitiert zu werden verdienen, weil sie die „freiheitlich-demokratische“ Phraseologie als bloßen Fassadenputz kalter Profitinteressen entlarven. So etwa, wenn die Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände in 12 Thesen zur Bodenrechtsdiskussion das Grundeigentum unter Berufung auf die „Würde des Menschen“ als den „Eckstein der Freiheit“ verteidigt und in einem zustimmenden Kommentar eines Mitglieds der „Christlich-Sozialen Kollegenschaft“ dann auch noch hervorgehoben wird, daß in der Wahrung dieser „Würde und Freiheit“ eben der „grundlegende Unterschied zwischen unserer Konzeption und Gesellschaft und der des Ostens besteht“²⁹.

Erst in der letzten Zeit war die CDU/CSU – vor allem wegen der Wahlniederlage und der zunehmenden Aktionen gegen Bodenspekulation und Mietwucher – bemüht, ihre Aussagen zum Bodenrecht „zeitgemäß“ zu modifizieren. Dabei kam es, wie in anderen gesellschaftspolitischen Fragen – Mitbestimmung, Berufsausbildung u.a. –, zu Differenzen, die zu den Hauptursachen der immer wieder offen zutage tretenden parteipolitischen Spannungen innerhalb der CDU sowie zwischen ihr und der CSU gehören.

In einer ganzen Reihe von Fragen der Bodenrechts„reform“ stimmen die CDU/CSU und die Regierungsparteien weitgehend überein. So namentlich hinsichtlich des Instrumentariums, das den Gemeinden in die Hand gegeben werden soll. Auch CDU und CSU befürworten eine Erweiterung des kommunalen Planungs- und Enteignungsrechts, jedoch eindeutig zum Nutzen des Großgrundeigentums. So gestehen sie z.B. der Gemeinde zwar Bau- und Modernisierungsgebote zu, verlangen aber, daß sie den Haus- und Grundeigentümern „Finanzierungshilfe“ leiste³⁰, oder diese das Recht haben sollen, die Mieter dafür zur Kasse zu bitten, indem sie die „Mieten angemessen erhöhen“³¹. Das Enteignungsrecht soll überdies mit einer Pflicht zur Reprivatisierung verbunden werden, die die SPD lediglich in der Form von befristeten Nutzungsrechten, wie dem Erbbaurecht oder dem vorgesehenen Nutzungseigentum, befürwortet.

CDU und CSU können angesichts der allenthalben bekannt gewordenen Milliardenprofite der Großgrundeigentümer nicht umhin, deren Steuerprivilegien wenigstens etwas zu beschneiden. Die Frist, innerhalb der spekulative Gewinne versteuert werden, soll von zwei auf acht oder mehr Jahre verlängert, der Einheitswert der Grundsteuer zeitnah festgesetzt und ein Planwertausgleich zur

27) Vorwärts, a.a.O.

28) Zitiert nach E. Bessau, a.a.O., S. 78.

29) Gesellschaftspolitische Kommentare, Bonn, Nr. 19/1973.

30) Beschlüsse des CSU-Parteitages (27.–30.9.1973), Bayernkurier, München, 13.10.1973.

31) Bodenrechtsvorlage des CDU-Bundesvorstandes, in: Die Welt (B), 9.10.1973.

Erfassung planungsbedingter Wertsteigerungen eingeführt werden. Der hauptsächliche Differenzpunkt innerhalb der CDU/CSU besteht in der Frage einer Besteuerung des nichtrealisierten Wertzuwachses, die die CSU und der rechte Flügel der CDU ablehnen.

Im übrigen konzentriert sich die CDU/CSU in der Auseinandersetzung mit der SPD auf die Ablehnung eines Nutzungseigentums, von dem sie demagogisch behauptet, daß es der Anfang der Sozialisierung sei, während es ihr in Wirklichkeit darum zu tun ist, die Kompetenzen der Gemeinden gegenüber den Großgrundbesitzern auf das ihr unabdingbar scheinende Maß zu beschränken.

Trotz bestehender Differenzen zwischen den „Reform“konzepten der BRD-Bundestagsparteien ist eines offenkundig: Allen diesen Konzepten zufolge werden mehr oder minder konsequent „systemstabilisierende“ Korrekturen angestrebt, die jedoch nichts daran ändern, daß in der BRD Grund und Boden, die Grundlage menschlicher Existenz, weiterhin Objekt profitwirtschaftlicher Interessen bleiben, eine Ware, die von Großspekulanten gehandelt wird wie andere Waren auch – mit dem Unterschied, daß ihre Menge von der Natur begrenzt ist. Jede dieser Parteien gibt offen zu, daß die Realisierung ihrer Vorschläge die Bodenspekulation nicht aus der Welt schaffen würde. Sie gestehen selbst ein, daß es ihnen allein darum geht, das bestehende System funktionstüchtiger zu machen, nicht aber, das Bodenproblem im Interesse der Werktätigen zu lösen.

Neuerscheinungen 1. Halbjahr 1976

M. Buhr / G. Irrlitz

Der Anspruch der Vernunft

Die klassische bürgerliche deutsche Philosophie als theoretische Quelle des Marxismus:
Kant – Fichte – Schelling – Lessing – Herder
– Goethe – Schiller.
Kleine Bibliothek Bd. 67
280 Seiten, 14,80 DM

Jörg Höffschmid / Herbert Schui (Hrsg.)

Gesellschaft im Konkurs?

Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–1976
in der BRD.
Kleine Bibliothek Bd. 72
Ca. 500 Seiten, 12,80 DM

Frauenaktion Dortmund

Schwangerschaft und der neue § 218

Handbuch für Frauen,
Abtreibung in der BRD: Praxis und Möglichkeiten.
Kleine Bibliothek Bd. 74
204 Seiten, 9,80 DM

Gert Meyer (Hrsg.)

Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR

Ein Quellenband.
Kleine Bibliothek Bd. 75
460 Seiten, 14,80 DM

B. Moldenhauer / H.-H. Wüstenhagen

Atomindustrie und Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 26
48 Seiten, 4,- DM

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln

Vorgebirgstraße 115
Tel. 0221/ 36 25 01

Karl Frick

Die permanente Wohnungskrise

Aus: *Weg und Ziel, Wien, H. 1/1976, S. 3–6*

Wien war in den Jahren zwischen 1925 und 1930 durch seine fortschrittliche Wohnungspolitik bekannt geworden. Unter der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung wurde ein für damals völlig neuer Weg des Wohnbaus, der soziale Wohnbau, gegangen. Durch die Einführung einer zweckgebundenen und sozial gestaffelten Wohnbausteuer und Zuschüssen aus allgemeinen Steuermitteln war es in den Jahren von 1924 bis 1928 möglich, 25.000 neue Wohnungen zu errichten. Da sie nicht nach dem Prinzip der Amortisierung und damit entsprechender Belastung der Mieter verwaltet wurden, konnte die Zinsbildung nach echten sozialen Prinzipien vorgenommen werden. Innerhalb von zehn Jahren wurden rund 63.000 Wohnungen und Geschäftslokale errichtet, wobei der Mietzins zwischen sechs und acht Prozent des Einkommens eines durchschnittlichen Arbeiters gelegen ist.

Ohne Zweifel wurde durch diesen sozialen Wohnbau ein wichtiger Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot aber auch zur Ankurbelung der Bauwirtschaft, zur Erhaltung der Arbeitsplätze von Bauarbeitern geleistet.

Ebenso steht aber außer Zweifel, daß auch mit dem sozialen Wohnbau an der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht einmal gekratzt wurde. Es wurde lediglich eine der für die Arbeiterschaft ungünstigen Auswirkungen dieses Gesellschaftssystems gemildert.

Politische Situation entscheidend

Dabei muß man die politische Situation sehen, in der dieser soziale Wohnbau geschaffen wurde. Dem erschütterten Kapital stand in Österreich 1918 und noch in den Jahren nachher eine vom revolutionären Willen erfaßte Arbeiterklasse gegenüber, der von der sozialdemokratischen Führung da und dort Zugeständnisse gemacht werden mußten, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung konsolidieren zu können.

Eine weitgehende Ähnlichkeit der Situation bestand aber auch nach 1945 wieder in Österreich. Wieder hofften breite Schichten der Arbeiterklasse auf eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, sprachen sogar katholische Kreise von einem „*neuen, revolutionären Österreich*“. Wieder war eines der Zugeständnisse, die das Kapital und die Führung der nunmehr als Sozialistische Partei etablierten Sozialdemokratie machten, das Versprechen auf einen sozialen Wohnbau.

Die Grundfrage dabei blieb und bleibt stets dieselbe: Die Wohnung ist ein unerlässlicher Bestandteil für die Reproduktion der Arbeitskraft. Sie ist aber etwa

im Verhältnis zur Industrie ein Zweig der Wirtschaft, der für das profitorientierte Finanzkapital nicht sehr rentabilitätsträchtig ist.

Öffentliche Mittel für den Wohnbau

Hier sprang nach 1945 der Staat mit seiner Fondswirtschaft aus Steuermitteln in die Bresche. Im Wege der öffentlichen Finanzierung aus Steuermitteln wurde die Wohnungswirtschaft gelenkt, wobei die inzwischen stark verbesserten materiell-technischen Möglichkeiten genutzt werden konnten.

Österreich und damit die Bundeshauptstadt standen 1945 vor schweren Problemen sowohl auf dem Gebiet der Sicherstellung von Wohnungen – durch Kriegseinwirkungen war in Wien viel Wohnraum zerstört worden – als auch der Ankurbelung der Bauwirtschaft. In den kommenden Jahren wurden das sogenannte Wohnhauswiederaufbaugesetz und das Gesetz über den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds geschaffen, die in ihren Grundzügen einen Wohnbau sichern sollten, der mit öffentlichen Mitteln bei niedriger Verzinsung und langer Laufzeit (bis 99 Jahre) es auch sozial schwächeren Schichten ermöglichen sollte, eine Wohnung zu erhalten.

Einschaltung des Finanzkapitals

Mit der Erstarkung des Finanzkapitals kam es 1968 unter der Regierung der Volkspartei zu einem grundlegenden Wandel der Wohnbaufinanzierung.

Dem gewachsenen Interesse des Kapitals entsprechend wurde beschlossen, die beiden Wohnbaufonds auslaufen zu lassen, und an ihre Stelle kam das sogenannte Wohnaufförderungsgesetz. Zum erstenmal wurde hier die direkte Beteiligung des Finanzkapitals gesichert. Der „*revolutionäre Schutt*“ war inzwischen schon von den Koalitionsregierungen weggeräumt und der Weg der „*Sozialpartnerschaft*“ vorgezeichnet worden.

In Zukunft sollte der Wohnbau zu 60 Prozent aus öffentlichen Mitteln des Staates und der Länder, die durch für den Wohnbau zweckgebundene Steuern hereingebracht wurden, zu 30 Prozent aus Krediten durch Banken und Sparkassen und zu 10 Prozent durch Aufbringung von Eigenmitteln des Wohnungswerbers durchgeführt werden.

Gleichzeitig wurden die Laufzeiten für die Kredite stark herabgesetzt, was zu einer stärkeren Zinsenbelastung des Wohnungswerbers führen mußte. Wenige Jahre später wurde dieser Verteilungsschlüssel der Mittel weiter geändert, und er lautet zum Beispiel in Wien auch heute noch: 45 Prozent öffentliche Mittel, wobei auch die Zinsen für diese Mittel schon über 6 Prozent liegen, 45 Prozent Bank- und Sparkassenkredite, die Zinsenbelastung für diese Mittel erreicht heute schon 12 bis 14 Prozent pro Jahr, und schließlich 10 Prozent Eigenmittel, die

zum Teil wieder vom Wohnungswerber von Banken und Sparkassen zu entsprechend hohem Zinssatz genommen werden müssen.

Der Schritt der Loslösung des Staates vom Engagement im sozialen Sektor wurde beim Wohnbau mit besonderer Deutlichkeit gemacht. Wohnbaufinanzierung wurde für das Finanzkapital und die Banken wieder „interessant“.

Weniger statt mehr Wohnungen

Welche Bedeutung diese Art der Wohnbaufinanzierung nicht nur für die Verschuldung des einzelnen, sondern im gesamten hat, sollen einige Zahlen zeigen. 1967 wurden in Österreich 52.744 Wohnungen fertiggestellt, 1973 waren es nur mehr 44.193. Wenn man die entsprechenden Zahlen für Wien – die Millionenstadt mit der größten Wohnungsnot in Österreich – nimmt, so ist der Abfall noch krasser: von 15.518 Wohnungen im Jahre 1967 sank die Zahl im Jahre 1973 auf 6927 und 1974 sogar auf nur mehr knapp 5500.

Während wir etwa noch 1967 eine weitaus überwiegende Kapitelleistung für den Wohnungsbau durch die Körperschaften der öffentlichen Hand hatten, war 1973 der grundlegende Wandel längst vollzogen. In diesem Jahr wurden 34.004 Wohnungen gefördert. Vom Förderungsbetrag von rund 14 Milliarden Schilling stammten fast genau die Hälfte aus Krediten von Banken und Sparinstituten. Man kann sich ausrechnen, welche Zinsenbelastung einerseits dadurch für die Wohnungswerber entstanden ist und andererseits, welche gewaltigen Zinsengewinne sich für das Finanzkapital ergeben haben. Die Rentabilität mag zwar da und dort nicht die Höhe der von industriellen Investitionen erreichen, aber durch die Übernahme der Haftung für die Wohnbaukredite durch die öffentliche Hand war die Sicherheit dieser Rentabilität gegeben.

400.000 Wohnungen mehr als 60 Jahre alt

Österreich und die Bundeshauptstadt Wien kennen aus verschiedenen historischen Gründen eigentlich nicht die Slumbildung, wie man sie in anderen Millionenstädten der kapitalistischen Welt finden kann. Nach den letzten Erhebungen gibt es in Wien von den 712.470 Wohnungen 565.616 Mietwohnungen. Von diesen sind nach wie vor rund 200.000 ohne Wasser oder ohne WC oder ohne Wasser und ohne WC innen, wenn man so sagen darf, „ausgestattet“. Wien hat also eine sehr veraltete Wohnsubstanz. Immerhin sind mehr als 100.000 Wohnungen schon vor dem Jahre 1880 und fast 300.000 Wohnungen in den Jahren von 1880 bis 1914 errichtet worden.

Andererseits aber muß berücksichtigt werden, daß Wien zu den wenigen Millionenstädten der Welt zählt, die das Problem des Bevölkerungszuwachses nicht kennen. Mit 1,6 Millionen Einwohnern hat Wien eine seit vielen Jahren gleichbleibende, ja sogar geringfügig sinkende Bevölkerungszahl. Das Grund-

prinzip des Wohnbaus hätte also sein müssen, einerseits die verlorengehende Wohnsubstanz und nicht mehr auf einen halbwegs modernen Stand zu bringende Wohnungen durch einen zügigen Wohnhausneubau zu ersetzen. Andererseits wären schätzungsweise zwischen 150.000 und 200.000 Wohnungen durch entsprechende Renovierungen zu erhalten.

Durch die immer stärkere Einschaltung des Finanzkapitals in den Wohnbau wurde die Durchführung derartiger Maßnahmen aber entscheidend behindert. Dabei sind nicht nur die sinkenden Zahlen des Wohnungsneubaus von grterer Bedeutung, sondern noch mehr wirkt sich aus, daß die Wohnungen heute denselben Prinzipien unterliegen, die den „*freien Markt*“ kennzeichnen, das heißt, daß Profitdenken und Profitstreben auch diesen entscheidenden Sektor des Lebens der Bevölkerung beherrschen.

Wohnkosten mit an der Spitze der Teuerung

Dazu vielleicht einige Vergleichszahlen über die heutigen Wohnungskosten in Wien. Rechnet man im Durchschnitt für Wohnungen, die zwischen 1919 und 1944 gebaut wurden, einen Wohnungsaufwand von 416 Schilling, so beträgt dieser Aufwand laut amtlicher Statistik für Wohnungen, die nach dem Jahre 1970 errichtet worden sind, 1652 Schilling monatlich. Natürlich kann hier längst nicht mehr von einem Wohnungsaufwand von 6 bis 8 Prozent, wie es einmal der soziale Wohnbau hatte, gesprochen werden. Allein von Februar 1974 auf Februar 1975 ist der durchschnittliche Wohnungsaufwand für einen Quadratmeter Wohnfläche um fast 13 Prozent auf 11,55 Schilling gestiegen.

So zeichnet sich auch in Wien heute schon eine der für den staatsmonopolistischen Kapitalismus typischen Erscheinungen auf dem Sektor der Wohnungen ab: Obwohl zum Beispiel in Wien beim städtischen Wohnungsamt 20.000 Familien als sogenannte „Notstandsfälle“ vorgemerkt sind, stehen tausende Wohnungen leer, nicht wenige deshalb, weil sich arbeitende Menschen die Kosten für solche Wohnungen, vor allem die hohe monatliche Belastung, nicht leisten können.

Nun ist aber, wie schon erwähnt, die Wohnung eben eine unabdingbare Voraussetzung für die Reproduktion der Arbeitskraft, an der das Kapital größtes Interesse hat. Und wieder springt der Staat und springen seine Institutionen helfend ein. Da werden Gesetze geschaffen, die im Grunde genommen darauf hinauslaufen, durch Beihilfen und ähnliches jenem Bevölkerungsteil, der für die Schaffung des Profits des Kapitals notwendig ist, das Wohnen doch irgendwie zu ermöglichen.

Eine langjährige Forderung der konservativen Kreise und vor allem des Finanzkapitals, daß weniger Mittel für die sogenannte Objektförderung ausgegeben werden sollen, dafür aber mehr für die sogenannte Subjektförderung, wurde unter der sozialdemokratischen Regierung weitgehend erfüllt. Unter dem Titel Subjektförderung wurden zum Beispiel allein in Wien im Jahre 1975 mehr als 80 Millionen Schilling als Beihilfen für Familien ausgegeben, damit sich diese

die Wohnung überhaupt leisten können. Aber auch die Beihilfen zur Verbesserung alter Wohnungen tragen letzten Endes dazu bei, daß der Wert des Hausbesitzes vermehrt wird. Eine Tatsache, die auch der Wiener Wohnungsstadtrat und Vizebürgermeister *Pfoch* zugegeben hat.

Lohnforderungen sollen „gebremst“ werden

Diese indirekte finanzielle Unterstützung des Kapitals soll verhindern, daß die Arbeiterschaft die Kosten des Wohnens mit in ihre Lohnforderungen einbezieht, denn höhere Löhne würden eine Schmälerung der Durchschnittsprofite der Kapitalisten bedeuten. In einem vielfältigen Wechselspiel zwischen Finanzkapital und öffentlichen Organen bleibt daher ein gewisser Teil des Wohnbaus in den Händen des Staates und der Gemeinden. Etwas günstigere Bedingungen gegenüber dem nur profitorientierten Wohnbau sorgen für eine gewisse Milderung des Drucks bei Lohnforderungen und damit für „Einsparungen“ bei den Lohnkosten der Unternehmer.

Da man aber einer Bevölkerung, die auf Schritt und Tritt mit der nach wie vor herrschenden Wohnungsnot, mit der permanenten Wohnungskrise konfrontiert wird, schwer einreden kann, daß der Wohnbau keine entscheidende Rolle mehr spielt, dachte man sich in Österreich unter der Regierung *Kreisky* einen neuen Slogan aus: Plötzlich heißt es, das seinerzeitige Regierungsversprechen, in Österreich jährlich um 5000 Wohnungen mehr zu bauen, sei ein Irrtum gewesen. Der quantitative Wohnungsbestand in Österreich sei jetzt schon ausreichend, es gehe eigentlich nur mehr darum, die Qualität der Wohnungen zu verbessern.

In Wirklichkeit wird dadurch bemängelt, daß von einem Prinzip des sozialen Wohnbaus, der vor allem den nach wie vor vorhandenen und zahlenmäßig gar nicht geringen armen und ärmeren Schichten der Bevölkerung helfen würde, keine Rede mehr ist. Längst wurde nämlich der Wohnbau auf kommunalem Sektor, dort, wo die Gemeinde direkt als Bauherr auftritt, drastisch eingeschränkt und Genossenschaften sowie an Wohnbaugesellschaften übertragen, die sogenannte Genossenschafts- und Eigentumswohnungen zu entsprechenden Preisen bauen.

Welche Auswirkungen diese Politik bei der Finanzierung hat, soll ebenfalls am Beispiel von Wien gezeigt werden. Im Jahre 1973 wurden rund 1,5 Milliarden Schilling für den Wohnbau eingesetzt, wobei mehr als 500 Millionen Schilling mit mehr als 6 Prozent zu verzinsen waren und die öffentliche Hand sich bereits weitgehend aus dem Wohnhausneubau zurückgezogen hatte. So entfielen in diesem Jahr in Wien von einem Schilling an Ausgaben der Gemeinde nur mehr fünf Groschen, also ein Zwanzigstel, für den Wohnhausneubau. Auf der anderen Seite weist aber die gemeindeeigene Zentralsparkasse einen Gewinn an Zinsen von einer Milliarde Schilling für 1974 aus! Aber nicht nur der Wohnhausneubau wurde mit Hilfe der Gesetzgebung zu einer ergiebigen Profitquelle für das Kapital. Auch die sogenannten Wohnungsverbesserungen, die durch ein eigenes

Gesetz geregelt sind, bringen vor allem dem Bankkapital zusätzliche Einnahmen. Da es allein in Wien 200.000 Wohnungen gibt, die dringend verbessert beziehungsweise modernisiert werden müßten, wurde ein Wohnungsverbesserungsgesetz geschaffen, dessen Mittel dem Bewerber aus Bankkapital zur Verfügung gestellt werden.

Das Zinsengeschenk

Da aber eine Zinsenbelastung von 12 bis 14 Prozent das ganze Unternehmen in Frage stellen würde, zeigen sich erneut Länder und Gemeindeverwaltungen als direkte Förderer der Rentabilität solcher Kredite für die Geldinstitute.

Sie übernehmen die Zinsenlast. Das bedeutet etwa bei einem Kredit zur Wohnungsverbesserung, der auf 50.000 Schilling lautet und für den innerhalb von zehn Jahren rund 85.000 Schilling zurückgezahlt werden müssen, daß aus Steuermitteln diese 35.000 Schilling bezahlt werden. Hier kann man wohl schon von einer direkten finanziellen Unterstützung des Kapitals sprechen.

Gleichzeitig muß man aber sehen, daß insgesamt Dutzende Millionen Schilling für derartige Beihilfen verwendet werden, und da sie aus den Mitteln genommen werden, die eigentlich für den Neubau von Wohnungen vorgesehen sind, so ist die Folge eine Verringerung der Mittel für den Wohnungsneubau.

Wohnungen, ob nun Neubau oder Verbesserung, sind aber auch in einer weiteren Beziehung für das seinerzeit völlig abseits stehende Finanzkapital „interessanter“ geworden. Im Verlaufe der inflationistischen Entwicklung stiegen nämlich die Preise für den Wohnungsbau wesentlich rascher als auf anderen Sektoren. Die größten Gewinne wurden dabei bei der Bodenspekulation gemacht. Bekanntlich ist der Boden eines der Güter, die nicht beliebig vermehrt werden können, und die Rentabilität des Besitzes an Grund und Boden wird um so größer, je weniger sich der Staat in die Verfügung über Boden einschaltet und je dringender gleichzeitig der Bedarf an Grund und Boden wird.

Da nicht der geringste wirksame Versuch unternommen wurde, der Bodenspekulation einen Riegel vorzuschieben, sieht sich heute bereits die öffentliche Hand dort, wo sie bauen will, der Tatsache gegenüber, daß sie mit Steuermitteln diese Bodenspekulation zu finanzieren hat.

„Wohnungen . . . keinesfalls billiger“

Wie die Zukunft aussehen soll, darüber konnte man in den „*Salzburger Nachrichten*“, einer, wie es heißt, unabhängigen Zeitung, die wesentlichen Aspekte erfahren. Allein der Titel „*Die Wohnungen werden keinesfalls billiger*“ diente der Vorbereitung der Bevölkerung und vor allem der vielen Wohnungssuchenden, daß sie nicht zögern dürfen, sich in die Verschuldung zu stürzen, wenn sie eine Wohnung wollen. Da kann man die Ankündigung lesen, daß die

öffentliche Hand eine weitere „Umschichtung der Mittel“ durchführen wird und an öffentlichen Wohnbauförderungsmitteln nicht mehr als früher zur Verfügung stehen werde. Da sich weder an den Grundkosten noch an den Aufschließungs- und Baukosten etwas ändern werde, die Finanzierung immer mehr auf Kredite aus privaten Geldinstituten beruhen werde, sei also keine günstigere Situation zu erwarten.

Diese Tatsache kann heute auch offiziell nicht mehr geleugnet werden. So meint der Wiener Planungsstadtrat Hofmann in der Werbeschrift „Wien aktuell“ im November 1975: „Es gibt keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Gesamtkosten (für eine Wohnung, der Verfasser) ein Ausmaß erreicht haben, das für Bevölkerungsschichten mit geringem Einkommen die Beschaffung von Wohnungen nahezu unmöglich macht.“

Auch Gewerkschaftsbundpräsident Benya gab dies mit der Ankündigung zu, daß eine „Verbesserung des Kreditwesens für die Wohnungsbeschaffung“ erreicht werden müßte. Er sieht allerdings nur den „Ausweg“ in der Einschaltung eines weiteren Kreditinstituts.

Im Gegensatz dazu fordern etwa die im WGB zusammengefaßten Gewerkschaftsorganisationen den Kampf für einen sozialen Wohnbau beziehungsweise den Einsatz staatlicher Mittel für Sozialwohnbau und die Schaffung günstiger Ausgangspositionen für genossenschaftlichen Wohnbau oder die Errichtung von Eigenheimen. Der Unterschied ist entscheidend: Der WGB fordert den Kampf um den Sozialwohnbau – der ÖGB verspricht ein weiteres Kreditinstitut.

Ziel des Kampfes der arbeitenden Bevölkerung kann nur sein, die Wohnung wenigstens zum Teil aus dem Profitstreben des Kapitals herauszuziehen. Wie die Geschichte zeigt, hängt es von der Stärke und dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse ab, wie weit der Staat gezwungen werden kann, diese Ausschaltung des Profits für das Kapital aus dem Wohnbau durchzuführen. Die Politik der „Sozialpartnerschaft“ brachte und bringt das Resultat, daß er seinen Anteil am Wohnbau auf ein Minimum reduzieren und dafür einen um so größeren Spielraum dem Finanzkapital und seinem Profitinteresse überlassen kann.

Sozialwohnbau – erreichbares Ziel

So sind auch Forderungen nach Nationalisierung oder Kommunalisierung von Grundstücken besonders in Ballungsräumen, wo Wohnraum für die arbeitende Bevölkerung und Erholungsräume benötigt werden, durchaus keine Illusion, wenn darum gekämpft wird. Ebensowenig ist der Kampf um die Rückkehr zur Finanzierung des Wohnbaus im wesentlichen aus Mitteln der öffentlichen Hand oder die Forderung nach einem allgemeinen Zinsstopp nur ein frommer Wunsch. Gerade das Beispiel Wien hat nach zwei Kriegen auf Grund der politischen Verhältnisse der Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft, gezeigt, daß ein bestimmtes Maß an sozialem Wohnbau auch im Kapitalismus ein erreichbares Ziel ist.

Rundtischgespräch der Zeitschrift „Cahiers marxistes“:

Stadtkämpfe und politischer Kampf

Aus: Cahiers marxistes, Nouvelle serie, Nr. 13 (32), Brüssel, März 1975, S. 15–33

Die Eingliederung der Stadtkämpfe in den politischen Kampf zu untersuchen, zu bestimmen, in welchem Maße die derzeitigen Stadtkämpfe bereits der Auftakt sind zu einer von gesellschaftlichen Bedürfnissen bestimmten Raumplanung – oder unter welchen Bedingungen sie es werden können –, das war das Ziel einer Diskussionsrunde, die von den „Cahiers marxistes“ unter Teilnahme von folgenden Personen organisiert wurde:

- Jacques Aron, Städtebau-Architekt
- Maurice Culot, Professor an der Nationalen Architekturschule von Cambre, Initiator der Werkstatt für Stadtplanung (Atelier de recherches et d'action urbaines – ARAU)
- Michel Godard, Mitglied im Stadtteilkomitee Watermael-Boitsfort
- Pierre Got, Stadtplaner in Tournai
- Xavier Leroy, Soziologe
- Rosine Lewin, Journalistin
- Luce und Albert Martens, Mitglieder im Stadtteilkomitee des quartier Nord von Brüssel
- Marguerite Mertens, Mitglied im Komitee von Maelbeek
- Jacques Moins, Experte für Ballungsraumfragen in Brüssel
- Marcel Save, Beirat für Umweltfragen in Mons
- René Schoonbrodt, Initiator der ARAU, Berater in der Bewegung Christlicher Arbeiter (Mouvement Ouvrier Chrétien – MOC)
- René Soupart, Gemeinderat in Mons
- Jacques Vanderbiest, Vikar und Initiator des Komitees in den Marolles¹
- Christian Vandermotten, Geograph
- Jean-Paul Vankeerberghen, Journalist, Mitglied im Komitee Gray

Diese Diskussionsteilnehmer, die alle – und oft gemeinsam – in der Stadtteilarbeit engagiert sind, erhielten vor dem Treffen ein Papier der „Cahiers marxistes“, das den Gegenstand der Diskussion näher erläutern sollte. Einige von ihnen reagierten darauf mit einer Reihe schriftlich formulierter Überlegungen. Auf dieser Basis fand der Gedankenaustausch an zwei Tagen (am 19. Dezember 1974 und am 16. Januar 1975) statt.

Wir drucken hier die wesentlichen Beiträge nach dem Tonbandprotokoll ab. Diese Beiträge geben selbstverständlich nur die Meinung ihrer Verfasser wieder und stellen nur ein Moment der Überlegungen zu diesem Thema dar. Sie verdeutlichen jedoch, daß den Stadtkämpfen noch eine Dimension fehlt, wenn man

1) Les Marolles: altes Arbeiterviertel in der Brüsseler Stadtmitte (Anm.d.Red.).

davon ausgeht, daß sie sich in den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft eingliedern. Diese neue Dimension muß die Arbeiterbewegung, müssen ihre politischen Kräfte den Stadtkämpfen geben.

Rosine Lewin – Wir wollen ein Problem diskutieren, dem es an Bemühungen nicht fehlt. Um die Untersuchung zu vereinfachen, wurde in dem Schreiben, das allen Teilnehmern vor der Debatte zuging, vorgeschlagen, zwei Seiten des Themas zu unterscheiden: zunächst eine Analyse des „Kampffeldes“ der Stadtkämpfe, d.h. ein beschreibender Teil, der auf die Bereiche der Auseinandersetzungen eingeht (Wohnungswesen, Kulturerbe, öffentlicher Verkehr usw.), auf die sozialen Schichten, die in den Kämpfen engagiert sind, auf die sozialen Schichten, die am stärksten von urbanen Problemen betroffen sind, auf die angewandten Organisationsformen und auf die erzielten Resultate.

Der zweite Teil der Untersuchung soll uns zu Antworten auf folgende Fragen führen: stellen die Stadtkämpfe die politische Macht in Frage? Wodurch sind sie mit dem Kampf um ein demokratischeres System verbunden? Stellen sie die ökonomische Macht in Frage?

Ich schlage Ihnen eine erste Gesprächsrunde auf der darstellenden Ebene vor, ohne daß wir uns allzu lange dabei aufhalten sollten. Sie sollte uns aber einen klaren Überblick über die reale Situation der Stadtkämpfe verschaffen. Es scheint mir angebracht, das Wort zunächst den aktiven Mitgliedern, die aus eigener Erfahrung sprechen, zu geben: *Luce und Albert Martens!*

Luce Martens – Bei der Aktion, die wir im Stadtteil Nord von Brüssel führten, haben wir die Grundstücksspekulation bekämpft, uns für eine echte Sanierung eingesetzt (mit Wiedervermietung an die aus den Wohnungen Ausgewiesenen) und die Errichtung von Privatbanken mit minimaler sozialer Infrastruktur zurückgewiesen.

Die beteiligten sozialen Schichten waren die Bewohner (vor allem Mieter) ohne hohes Einkommen, belgische Arbeiter und Gastarbeiter, Rentner, Handwerker und Händler. Zu Beginn wurden die Aktivitäten durch Personen von außerhalb getragen, die sich dann ins Viertel integrierten. Die Gastarbeiter und die älteren Menschen wurden selbstverständlich am härtesten von den sogenannten Sanierungsmaßnahmen betroffen, da sie ihre Rechte nicht kennen, da sie die Ausgaben für einen Anwalt scheuen und da sie Angst haben. Wir haben festgestellt, daß die Mittelschichten sich stärker als die Arbeiter von dieser Art von Aktivitäten angesprochen fühlten. Als Erfolge unseres Komitees kann man nennen: die Information der Ausgewiesenen über ihre Rechte, eine politische Bewußtwerdung und somit eine politische Reife, die Errichtung (wenn auch noch nicht ausreichend) von Sozialwohnungen, das Infragestellen – auch über noch nicht ausreichend) von Sozialwohnungen, das Infragestellen – auch über das Viertel hinaus – einer Art von Sanierung, die an Autobahnen gebunden ist, und vielleicht auch eine gewisse Klarstellung gegenüber den politischen Parteien, die alle keine Alternative zur Bodenspekulation bieten. Alle, außer der kommunistischen Partei, die nicht an der Macht ist . . .

Marguerite Mertens – Ich kann aus meiner Erfahrung berichten, daß das Feld der Stadtkämpfe sehr mannigfaltig ist. Die sozialen Schichten sind entsprechend

dem Viertel, in dem die Auseinandersetzung beginnt, unterschiedlich, auch entsprechend dem Ziel der Kämpfe. Sogar die Bourgeoisie kann betroffen sein, z.B. durch Angriffe auf das Kulturerbe. Allerdings sind die am härtesten angegriffenen Schichten fast immer die sozial Benachteiligten (und das ist, wenn man es zu sagen wagt, normal), da die Viertel, die abgerissen werden, im allgemeinen zu den ärmeren zählen und ihre Bewohner sich, vor allem in Unkenntnis ihrer Rechte, schlecht verteidigen.

Xavier Leroy – Das trifft auch auf die im Stadtteil Nord geführten Aktionen zu, von denen ich sprechen möchte. Allerdings sind meine Aussagen eher die eines Beobachters als die eines aktiven Teilnehmers. Es scheint mir, daß es sich im Stadtteil Nord um zwei Bevölkerungsschichten handelt. Auf der einen Seite die Mieter, d.h. eine ziemlich verarmte Arbeiterbevölkerung, unter ihnen auch viele Gastarbeiter. Auf der anderen Seite die Hausbesitzer, die durch die Sanierungsprojekte bedroht sind. Es erscheint mir schwierig, diese Eigentümer zu kennzeichnen: besitzen sie ein einziges Haus, nämlich das, in dem sie wohnen, oder noch drei, vier weitere? In jedem Fall verhöhnte man ihre Interessen. Es muß eine weitere Überlegung angestellt werden. Sie betrifft die Verwendung von Gemeinschaftsfonds für die Realisierung von Projekten, die nicht gemeinschaftlich sind. Es handelt sich um eine Form der Privatisierung von öffentlichen Geldern, wie es der Fall im Stadtviertel Nord zeigt.

René Soupart – Wenn ich die Lehren aus den Stadtkämpfen, an denen ich – meist in meiner Eigenschaft als Gemeinderat der UDP² von Groß-Mons – in Ghlin, Jemappes, Baudour und Mons teilnahm, würde ich sagen, daß die beteiligten sozialen Schichten ein breites Spektrum bieten. Das geht von den Gewerkschaftlern der CGSP³ oder der CSC⁴ (die nicht unter diesem Namen an der Aktion teilnahmen) über die Gastarbeiter bis hin zu unterbezahlten Arbeitern. Es gibt auch eine Art von Aktionen, an denen Bürgerliche teilnehmen, da sie die Anschläge auf das Kulturerbe empören. In diesem Fall ist das Vorgehen ebenso anders, wie es die angewendeten Mittel sind: sie geben sich weniger radikale Namen und die Gruppierungen nehmen manchmal die Form einer ASBL an. Meistens sind die Reaktionen zunächst individuell. Übrigens ist in diesem Stadium das Eingreifen von „außen“ vielleicht noch gern gesehen und nützlich. Aber die Reaktionen von Mietern (wenn sie jung sind und anderswo ein Unterkommen finden) und Hausbesitzern unterscheiden sich merklich.

Michel Godard – Mein „Kampffeld“ ist ein angesehenes Kleinbürgerviertel, aber mit einem alten dörflichen Kern. Was mir auffiel, ist die Übereinstimmung zwischen Mietern und Hausbesitzern, die identisch reagierten, weil sowohl die

2) Union Démocratique et Progressiste – Wahlbündnis von Kommunisten, Sozialisten und Christen. (Anm.d.Red.).

3) Centrale Générale des Services Publics – Gewerkschaft öffentliche Dienste. (Anm. d.Red.).

4) Confédération des Syndicats Chrétiens – Bund der christlichen Gewerkschaften: eine Gewerkschaftszentrale neben der Fédération Générale du Travail de Belgique – Allgemeiner Gewerkschaftsbund Belgiens. (Anm.d.Red.).

einen als auch die anderen von der Stadtpolitik in die Enge getrieben wurden. Der Mieter, der bisher eine sehr geringe Miete zahlt, hat wenig Chancen, dieselben Mietbedingungen wiederzufinden und er steht somit mit dem Rücken zur Wand. Ebenso geht es dem kleinen Hausbesitzer, der seine Ersparnisse oder eine bescheidene Erbschaft in ein Haus angelegt und sich für 20 oder 30 Jahre verschuldet hat. Beide Gruppen kann man, der Gegend entsprechend, in wechselnden Proportionen wiederfinden. Sie erscheinen mir aber wie zwei Pfeiler für die Mobilisierung in den Stadtteilkomitees.

Jacques Vanderbiest – Auch nach meiner Meinung ist das Feld der Stadtkämpfe außerordentlich breit und die beteiligten sozialen Schichten sind sehr unterschiedlich.

Ein amüsanter Fall ist der eines Komitees, das ein Baron gründete, um sich der Errichtung eines Wohnblocks zu widersetzen. Wie soll man erklären, daß das Phänomen so allgemein ist? Es scheint mir, daß es aus der Ohnmacht herrührt, in der man sich heute den Stellen gegenüber befindet, die für die Lebensbedingungen der Städter zuständig sind. Aber wenn praktisch alle betroffen sind, so sind doch nicht alle Opfer, und mein Baron wird schon eine Lösung für sein Problem finden, selbst auf die Gefahr hin, daß er umziehen muß. Denn die Opfer sind selbstverständlich die Leute mit den kleinen Einkommen, und vor allem die Rentner und die Gastarbeiter.

Pierre Got – Die Stadtkämpfe in Tournai sind eine relativ neue Erscheinung: sie gingen, wie anderswo auch, aus ganz konkreten Problemen hervor: im vorliegenden Fall der Verbreiterung der Escaut (Schelde) gerade in einer Wohnlage und der Umweltverschmutzung, verursacht durch die Sprengung der Steinbrüche. Man konnte so die Anfänge von mehr oder weniger strukturierten Gruppenbildungen durch direkt betroffene Personen verfolgen. Unter ihnen waren sowohl die benachteiligten sozialen Schichten als auch solche, die eher dem Kleinbürgertum angehören. Vielleicht sollte man hier auf die Eingeschränktheit der Aktionen hinweisen, die es nicht geschafft haben, einen begrenzten Radius zu überschreiten und die Gesamtheit der Bevölkerung von Tournai zu interessieren. Man kann ebenfalls feststellen, daß alle Versuche, die Arbeit in den Gruppen bis zu einer politischen Analyse weiterzuentwickeln, an einer Art Abwehr gescheitert sind. Trägt man dieser Reaktion nicht Rechnung, läuft man Gefahr, die Wirksamkeit der Gruppe zu beeinträchtigen. Übrigens muß man bemerken, daß die Ergebnisse der Aktionen auf der Ebene des Dialogs mit der lokalen politischen Macht negativ sind und auf der Ebene des Dialogs mit der Zentralregierung eher positiv.

René Schoonbrodt – Es stimmt, daß das Milieu heterogen ist: Arbeiterviertel und Bürgerviertel sind betroffen. Mich erstaunt am meisten, daß die großen Institutionen und insbesondere die der Arbeiter in den Auseinandersetzungen fehlen – abgesehen von einigen Versuchen seitens der MOC und einigen Bruchstücken im Programm der PSB⁵, das die sehr allgemeinen Probleme der Boden-

5) Sozialistische Partei Belgiens (Anm.d.Red.).

politik und die spezielleren des Wohnraums erörtert, das sich aber kaum um die Wohngebietsplanung kümmert.

Man kann sagen, daß es von seiten der großen Organisationen der Arbeiter keine Forderungen bezüglich der Stadt gibt. Meines Erachtens liegt das an zwei Tatsachen: einerseits an dem soziologischen Gewicht der Mittelschichten, das auf kommunaler Ebene viel mehr wiegt als das der Arbeiterklasse, und andererseits an der Schwäche der Analysen der großen Denker des Sozialismus, die die Frage der Stadt nicht erörtert haben. Letzten Endes findet man darüber wenig bei Marx und Engels. Sicher findet man bei ihnen Möglichkeiten der Analyse, aber nicht das Bild einer überzeugenden Alternative für die Raumordnung. Ich erinnere in diesem Zusammenhang als Beispiel daran, daß die FKP 1936 für die Eigenheimpolitik stimmte – obwohl sie eigentlich dagegen war –, weil sie keine andere Lösung vorzuschlagen hatte⁶. Folglich beschäftigt mich das Fehlen von Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung in bezug auf die Stadt.

Jacques Moins – Bevor ich auf das eingehe, was Schoonbrodt eben sagte und was sehr wichtig ist, möchte ich noch bestimmte Charakteristika der Stadtkämpfe herausstreichen. Sie nehmen in der Tat meist defensive Formen an, indem sie gegen einen Angriff, gegen eine Entscheidung protestieren, die ohne Anhörung der Bewohner getroffen wurde. Der Mangel an Informationen und das tatsächliche Nichtfunktionieren der Demokratie, deren sich die Regierung so gerne röhmt, sind auf dieser Ebene offenkundig. Die Konsultationsverfahren sind unzureichend und meistens nur formeller Art; Kontakte zwischen Wählern und Gewählten sind nur sporadisch bzw. gibt es nicht zwischen zwei Wahlen. Tatsächlich ist die Reaktion der Bewohner gegenüber den Entscheidungen, die vom Himmel zu fallen scheinen, oft zögernd: ihr Bewußtsein erwacht erst dann, wenn der Bulldozer schon an der Straßenecke steht. Deswegen ist auch der politische Aspekt so interessant: durch die konkreten Erfahrungen können die Menschen (oder sie könnten es jedenfalls) lernen, *wer wann und wie entscheidet*. Wenn die Reaktion defensiv ist, ist sie, zu Beginn, auch individuell: man verteidigt „sein“ Anwesen, „seine“ Wohnung, man informiert sich über Möglichkeiten der Entschädigung und Umquartierung. Und – das wurde schon gesagt – der Mieter fühlt sich weniger betroffen; er ist „mobiler“. Wenn die streng individuelle Ebene überschritten ist, und die Betroffenen sich zusammentonnen, bleibt die Beziehung zu den Behörden oft eine Beziehung der Unterordnung. Die Aktionsformen der Komitees schwanken zwischen dem Dialog (um Garantien zu erringen) und dem Einspruch (um die Behörden zum Rückzug zu zwingen).

Aber wie es auch sei, die Komitees der Bewohner spielen eine wichtige Rolle, weil sie die etablierte Macht aufschrecken, die diese Art der Reaktion nicht gewöhnt ist. Ich sehe darin eine Form des politischen Lernens, die Hinführung zum gemeinsamen Handeln gegenüber der Regierung.

Rosine Lewin – Jeder wird feststellen, daß wir schon mitten im zweiten Teil

6) Vgl. Louis Houdeville, *Pour une civilisation de l'habitat*, Ed. Economie et Humanisme et Ed. ouvrières, Paris 1969, S. 85 f.

unseres Themas sind. Die Trennung von Darstellung einerseits und den politischen Fragen andererseits wurde sehr schnell aufgehoben ...

Albert Martens — Ich komme aber, ausgehend von den praktischen Erfahrungen im Stadtviertel Nord auf die Frage der sozialen Schichten, die in die Stadtkämpfe einbezogen sind, zurück. Man muß die Analyse verfeinern, indem man unter den Mietern zwischen den „Seßhaften“ und den „Nomaden“ unterscheidet. In bestimmten Stadtteilen von Brüssel liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in einer Wohnung bei unter einem Jahr und es ist nicht leicht, die „Nomaden“ zu organisieren ...

A propos Organisationsformen, ich nehme den Ansatz von *Moins* wieder auf, aber nicht unter dem Aspekt der Wähler, sondern der Bewohner. Für uns ist es so schwierig, weil wir ein Minimum an Organisation nötig hätten; jedoch sind wir nur soweit gekommen, daß wir dauernd eine Art Guerilla-Taktik anwenden, d.h. von einem Fall zum anderen „springen“, Aktionen punktuell durchführen. Oft existiert in den Vierteln kein ausdrückliches politisches Projekt für die Raumplanung. Außerdem haben wir es im Nordviertel mit 3 Kommunalregierungen zu tun, ganz abgesehen von den anderen Organen, wie denen für Ballungsgebiete, denen der Provinzen und den Ministerien. Das alles schafft Verwirrung und Zersplitterung. „Auf der Gegenseite“ bleibt der Bürgermeister sechs Jahre an der Macht, „auf unserer Seite“, in der Fabrik, können die Arbeiter die Produktion stoppen. Und wie können wir Kontinuität und Wirksamkeit unserer Aktion sichern?

Jean-Paul Vankeerberghen — Ist es nicht genau der Punkt, daß verschiedene soziale Schichten, mit teilweise gegensätzlichen Interessen, an den Kämpfen beteiligt sind? Sind sie es nicht, die den Kämpfen die Diskontinuität und die Guerilla-Taktik aufdrücken? Man beobachtet, daß sogar Arbeiter, wenn sie von Entscheidungen der Stadtplanung betroffen sind, sich weniger leicht den Kämpfen der Wohnkomitees anschließen als die Mittelschichten. Die Arbeiterklasse ist, so glaube ich, nicht als solche an der Aktion beteiligt, während auf der anderen Seite das Großkapital in seinen Interessenverbänden der zu bekämpfende Gegner ist. Die Stadtkämpfe haben sicher einige Ergebnisse zu verzeichnen, aber ich habe den Eindruck, daß man in Brüssel nach einem zweiten Schwung sucht. Jetzt stellt sich das Problem, die Bevölkerung in einen Kampf für Wohnraum und öffentliche Verkehrsmittel miteinzubeziehen. Es ist klar, daß die Inhalte dieser Probleme direkt politische sind, weil mit ihrer Lösung die Frage der Kredite gestellt ist.

Maurice Culot — Drei Bemerkungen. Man muß zunächst zwischen den Problemen wie sie sich in Brüssel und wie sie sich in Wallonien stellen, unterscheiden: mit ihren sprachlichen Implikationen, der Begrenzung auf 19 Gemeinden, der starken Verstädterung, der „intellektuellen“ Dichte, die hier größer ist als anderswo, den neuen Kräfteverhältnissen, die das Auftauchen der FDF⁷ bewirkte, sind die Bedingungen Brüssels nicht mit denen von Charleroi

oder von Verwiers z.B. vergleichbar. Darüber hinaus sind die Stadtkämpfe noch sehr jung. Sie datieren von 1969, während die Umwälzungen im Zentrum von Brüssel seit 1958 stattfinden. Es ist schließlich zu bemerken, daß dem Komitee ein wichtiger Erfolg zuzuschreiben ist. Tatsächlich haben die Aktionen gegen den ITT-Turm und in der Marolle, bei sehr unterschiedlichem Vorgehen und sehr unterschiedlichen sozialen Schichten, beide erwiesen, daß der Urbanismus eine politische Tatsache ist und daß die Stadtkämpfe eine politische Entscheidung einschließen.

Jacques Aron — Der Widerstand gegen die Projekte, die den Stadtraum zugunsten der Monopole aufteilen, ist zumindest in Brüssel ein Widerstand, der vor allem von den Handwerkern, den Händlern und den kleinen und mittleren Unternehmen ausgeht. Die ökonomische Situation dieser Mittelschichten steht tatsächlich in einem engen Abhängigkeitsverhältnis zu ihrer Lage in der Stadt. Die Arbeiter und Angestellten sind weniger direkt betroffen, da sie schon immer zu größerer Mobilität gezwungen waren und ihre Ortsveränderung nicht grundlegend ihre ökonomische Situation ändern würde. Es ist nicht erstaunlich, daß die Stadtkämpfe in Brüssel oft Vergangenes anstreben: das Kleinbürgertum hängt vor allem an der Vergangenheit. Der Widerstand konnte bis heute nicht über das Blockieren von Zerstörungsprojekten hinausgehen.

An diese Feststellung möchte ich eine andere Überlegung anknüpfen, die durch das bereits Gesagte hervorgerufen wird. Es scheint mir in der Tat, daß bei den ausgetauschten Erfahrungen ein Widerspruch zum Ausdruck kommt, der vielleicht nicht sofort offensichtlich ist. Einerseits sind die Stadtkämpfe oft punktuell, da sie nur ein begrenztes Ziel haben und sich auf eine stark heterogene Bevölkerung stützen. Andererseits, und trotzdem, ist den Komitees gemeinsam, daß sie sich einem Modell städtischen Lebens widersetzen, dem sich zu entziehen nur eine kleine Minderheit von Bürgern in der Lage ist, während es für die Mehrheit der Bevölkerung keinen Ausweg gibt. Es scheint mir, daß wir einen großen Schritt nach vorn machen würden, wenn es uns gelänge, diesen Gegensatz zu überwinden. Es ist in der Tat die Frage zu wissen, wie die Stadtkämpfe, indem sie umfassend werden, eine Lösung für die Probleme der Mehrheit der städtischen Bevölkerung bringen können.

Marcel Save — Meinerseits bin ich sehr erstaunt über die Ideenverwirrung hinsichtlich der Mittel, die im Städtebau anzuwenden sind. Hierzu ein einziges Beispiel: das von Petit-Paris in Ghlin⁸. Die Anhänger der Restaurierung von alten Häusern (ich war unter ihnen) fragen sich nach dem Wert ihrer Wahl: ist es nicht womöglich ein Irrtum für die Zukunft, die Restaurierung zu sichern, wie es die Betroffenen selbst fordern, die zwar eine geringe Miete erlaubt, aber den Bewohnern z.B. die Zentralheizung vorenthält? Die Vorstellungen auf diesem Gebiet sind nicht genügend ausgearbeitet. Da städtebauliche Gesamtentwürfe fehlen, bleiben die Reaktionen auf die Stadtprobleme lokal oder personell begrenzt und sind zuweilen ungenügend fundiert. Dagegen haben bestimmte Verwaltungen

7) Front des Fracophones (FDF) – Sprachpartei in Brüssel (Anm.d.Red.).

8) Stadtteil in der Nähe von Mons, südwestlich von Brüssel (Anm.d.Red.).

klare und geschlossene Auffassungen: z.B. immer mehr Straßen, um besser und schneller zu fahren. Übrigens sind die Verwaltungen für Städtebau und Raumplanung erst nach den Straßenverwaltungen entstanden. Diese historische Situation schafft eine zusätzliche Schwierigkeit, da sie die logische Hierarchie der Probleme verkehrt, denn die Straßen müßten sich in die Pläne einer Gesamtordnung einreihen.

Rosine Lewin — Nach dieser ersten Diskussionsrunde bilden sich schon gewisse Elemente heraus. Wir sind alle einverstanden, daß verschiedene soziale Schichten von den Veränderungen der Stadt betroffen sind, aber daß es letztendlich immer die gleichen sind, die zu Opfern werden. Dagegen ist das Problem, das uns Schwierigkeiten macht und somit ohne Zögern untersucht werden sollte, zunächst die Überlegung von *Schoonbrodt* über den ungenügenden Beitrag der marxistischen Denker und das ungenügende Einwirken der Arbeiterbewegung im Bereich der Stadtplanung. Das sind des weiteren die Bemerkungen über die Diskontinuität in der Praxis der Basiskomitees, da sie in gewisser Hinsicht, wie *Aron* es aufgezeigt hat, trotz dieser Diskontinuität Projekte bekämpfen, an deren Zurückweisung die Mehrheit der Bevölkerung ein Interesse hat.

Jacques Vanderbiest — Ich frage mich, in welchem Maße ein ernsthafter Denker über eine Wirklichkeit nachdenken kann, die in dem Moment, in dem er schreibt, nicht existiert. Wir erleben die urbane Revolution. Seit dem Beginn dieses Jahrhunderts finden die größten Bevölkerungskonzentrationen der Geschichte statt. Die Stadt ist ein Produkt der Industrialisierung und man kann *Marx* nicht vorwerfen, nicht darüber nachgedacht zu haben, da er es nicht erlebt hat.

Jacques Aron — Damit bin ich nicht einverstanden. *Marx* und *Engels* sind Zeitgenossen des stärksten Aufschwungs städtischer Konzentration gewesen. Wenn wir heute anders reagieren, so deswegen, weil inzwischen neue Umstände eingetreten sind. Für *Marx* und *Engels* war der ökonomische Kampf das Wesentliche. Der Kampf um höhere Löhne und um eine andere Einkommensverteilung hat Einfluß auf die Wohnungsprobleme: wer mehr verdient, kann besser wohnen. In diesem Sinne treffen sich ökonomischer Kampf und Stadtkampf in den Gedanken der Begründer des Marxismus wieder.

Das, was sich seit *Marx* entwickelt hat, ist der Kapitalismus selbst: heute zielt das System auf die Unterordnung der Aktion des Staates unter die Profite der Monopole. Seitdem ist die Alternative: kollektive Konsumtion des Arbeitsproduktes aller oder die Unterschlagung des Arbeitsproduktes zugunsten einiger. Diese Alternative wird deutlich auf der Ebene der Stadt, dem typischen Schauplatz der kollektiven Konsumtion. Gewisse Kampferfahrungen der Arbeiterklasse laufen Gefahr, in Frage gestellt und revidiert zu werden durch eine Stadt, die vom Großkapital verschlungen wird. Meines Erachtens haben die gewerkschaftlichen Organisationen, die sich gegenüber dem urbanen Phänomen ziemlich apathisch verhalten, das nicht genügend begriffen.

Michel Godard — Ich möchte eine historische Klärung der Frage geben. Die Reflexion über die Stadt, ihre Übel und ihr Unheil, ist eine typische Reflexion

des 19. Jahrhunderts. *Marx* und *Engels* haben sich gegen diejenigen gewandt, die die Probleme mit Begriffen wie Übel und Stadtkrankheit belegten — also gleichzeitig gegen die Utopisten, die dem Bösen ein ideales Modell gegenüberstellten und gegen die Rückwärtsgewandten, die rückwärtsgerichteten Utopisten, die in der mittelalterlichen Stadt das Bild einer idealen Stadt sahen. Für *Marx* und *Engels* gibt es kein Modell. Man muß die ökonomischen Probleme an der Wurzel packen. Der Begründer der Stadtsoziologie ist kein anderer als *Engels*, mit „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“⁹⁾.

Aber man muß sehr wohl sehen, daß die Stadt-Problematik, wie sie brennend die barmherzigen Mediziner in einer hygienischen Perspektive interessierte und auch gewisse Sozialreformisten, die mehr oder weniger ständisch und reaktionär waren, diese theoretisch und praktisch überholte, seit sie wissenschaftlich erörtert wurde. Es ist möglich, daß die gewerkschaftlichen Organisationen von dieser Art Überlegung geprägt sind, sogar wenn sie sich von *Marx* und *Engels* abgewendet haben.

René Schoonbrodt — Ich habe gerade mehrere marxistische Texte wiedergelesen und insbesondere „Die Wohnungsfrage“¹⁰⁾. *Marx* und *Engels* untersuchen den Prozeß der Industrialisierung, und der Prozeß der Urbanisierung ist damit verbunden. Die Beunruhigung in hygienischer Sicht ist darin sehr stark und stellt einen Sensibilisierungspunkt dar, von dem ausgehend man aufzeigt, daß die Veränderung der städtischen Lebensbedingungen in erster Linie die Veränderung der ökonomischen Bedingungen voraussetzt. Das ist ein Faktum. Der Niederschlag dieses Fakts im Bewußtsein der Arbeiterorganisationen besteht in der Akzentuierung der ökonomischen Bedingungen und der Arbeitsbedingungen und nicht des urbanen Aspektes. Und da man die technischen Mittel zur Lösung des Stadtproblems noch nicht gesehen hat, zieht man die systematische Umquartierung der Bevölkerung in die Randgebiete vor. Von allen Wohnungsbaugesellschaften Europas hat keine Wohngebiete innerhalb der Städte errichtet, abgesehen von besonderen Fällen, die Gegenbeispiele sind. In den Organisationen der Arbeiter erörtert man vielleicht das Wohnungsproblem, aber niemals das der Stadt.

René Soupart — Muß man denn wirklich bei *Marx* und *Engels* die Lösung unserer praktischen Probleme suchen? Ich suche sie eher am Ort des Geschehens: es scheint mir, daß man sich der Bibel bedienen und nicht der Bibel dienen muß ... Zweifellos ist es nicht leicht für Politiker, die als solche bekannt sind, in den Einwohnerkomitees zu intervenieren; *Got* hatte recht, das zu unterstreichen. Man muß die latenten Probleme aufzuspüren wissen, diejenigen, die sich stellen, und von Anfang an da sein und seine Position offen darlegen.

Man muß wissen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen — und ich denke da an die FGTB¹¹⁾ — sich nur sehr wenig mit den kollektiven Einrichtungen und

9) Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx, Engels, Werke Bd.2, 225–506.

10) Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, in: Marx, Engels, Werke Bd.18, S. 209–287.

11) FGTB: Fédération Générale du Travail de Belgique – Allgemeiner Gewerkschaftsbund Belgiens (Anm.d.Red.).

dem Wohnungsbau insbesondere befassen. Wir wissen, daß gewisse Gewerkschaftler es für gut halten daran zu erinnern, daß ihr Auftrag zusammengefaßt lauten würde: „Die Gewerkschaft ist fürs Soziale zuständig. Der Rest ist nicht ihre Sache.“ Für sie sollte sich gewerkschaftliche Praxis darauf beschränken, materielle Forderungen in den Betrieben zu erhöhen und aufzunehmen. Die Wohnungsprobleme werden anlässlich der Kongresse als Forderungen an die Nationalregierung gestellt. Infolgedessen gibt es keine Artikulation an der Basis. Man muß die Praxis den realen Notwendigkeiten und Möglichkeiten anpassen.

Ausgehend von den praktischen Erfahrungen in Mons, in der Borinage¹², im Pays Noir¹³ und in Brüssel, hat man zum Beispiel einen Verband der Bewohner von Sozialwohnungen auf die Beine gestellt, in dem Mieter und Eigentümer vereinigt sind. Die Erfahrung der Kämpfe erlaubt es, Dummheiten und falsche Schritte zu vermeiden . . .

Jacques Moins – Ich möchte keine Auslegung des marxistischen Denkens über die Probleme der Stadt betreiben . . .

René Schoonbrodt – Vielleicht ist die Auslegung nicht nützlich, aber ich bleibe bei meiner Überzeugung, daß die Organisationen der Arbeiter dem Problem gleichgültig gegenüberstehen, weil hier eine Lücke im marxistischen Denken besteht.

Jacques Moins – Die marxistische Analyse gründet sich auf den Klassenkampf, der eine Realität ist. Die Arbeiter kämpfen zunächst da, wo sie den Klassenfeind sehen, d.h. im Unternehmen. Sie geben dem Lohnkampf Vorrang. Auf diese Weise ist die Gewerkschaft entstanden, und erst danach in einem weiteren Schritt geht die Arbeiterklasse zu komplexeren Problemen über, wie z.B. der Beschäftigung, der Investitionskontrolle auf Unternehmensebene, zu Problemen, die relativ neue Aktionsbereiche darstellen. Man kann eine politische und soziale Aktion nur entsprechend dem Bewußtseinsstand der Menschen entwickeln, d.h. in der Weise, wie sie die Wirklichkeit wahrnehmen. Die Wohnungs- und Verkehrsprobleme werden von den Arbeitern wahrgenommen, aber das bedeutet nicht, wie schon unterstrichen wurde, daß sie dadurch das gesamte Problem der Stadt erfassen. Aber die sie umgebende Wirklichkeit wird empfunden, wird erlebt. Somit stimme ich ziemlich überein mit jenen, die meinen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen und die meisten der politischen Gruppierungen hinter bestimmten Realitäten und insbesondere der Realität der Stadt zurückbleiben. Um die Menschen darin zu sensibilisieren, benötigt man viel Geduld. Jedoch scheint es mir auf politischer Ebene wichtig, keine Prioritäten zwischen zwei Problemtypen aufzustellen, und z.B. nicht das Beschäftigungsproblem dem Umweltproblem, das Beschäftigungsproblem dem Problem der Stadt entgegenzusetzen. Wir haben tatsächlich eine Zeit erreicht, in der beide Problemtypen absolut miteinander verbunden sind. Ein konkretes Beispiel dafür ist der Raum-

12) Bergaugebiet in der Nähe von Mons (Anm. d. Red.).

13) Bergaugebiet bei Charleroi (Anm. d. Red.).

ordnungsplan von Neder-Over-Heembeek¹⁴, wo der Minister Vanden Boeynants¹⁵ sein beispielhaftes Militärkrankenhaus errichtet (neben dem Friedhof) und wo sich die Kokerei von Marly¹⁶ befindet. Muß man Marly schließen? Die Stadt Brüssel wünscht es (um gegen die Umweltverschmutzung zu kämpfen) gegen die Ansicht der FGTB (im Namen der Verteidigung der Arbeitsplätze). Aber warum kann man sich nicht auch Anlagen vorstellen, die nicht umweltverschmutzend sind und die es ganz konkret und nicht in einem idealen Brüssel erlauben würden, Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz in Übereinstimmung zu bringen?

Albert Martens – Mich beschäftigt eine Frage. Die stärksten Gewerkschaftszentralen, und das betrifft die CSC ebenso wie die FGTB, sind jene, die die Bauarbeiter organisieren. Deshalb sind die großen Städtebauprojekte bei ihnen gern gesehen, egal welchen Wert sie für die Stadt an sich haben. Der Druck auf diese Projekte kann also nicht nur von den Unternehmerverbänden ausgehen: die Angelegenheit ist offenbar komplexer, als man auf den ersten Blick glaubt; eine „Schwarz-Weiß-Malerei“ wäre hier zu einfach.

Maurice Culot – Der hier benutzte Begriff „ideale Stadt“ verdient hervorgehoben zu werden. Die Analyse zeigt, daß die bisher gegebenen Bilder einer idealen Stadt im Jahr 2000 oder 3000 tatsächlich von Bewegungen faschistischer Prägung herühren und daß es die Bilder einer „Stadt der Ordnung“ sind. Das einzige Bild, das man ihr entgegensetzen kann, ist das einer „konzertierten Stadt“. Ich glaube, daß man dem kindlichen Mythos einer idealen Stadt, die nur eine totalitäre Stadt sein kann, ein Ende setzen muß.

Jacques Aron – Das was Culot sagt, trifft sich in gewissem Sinne mit dem, was Godard sagte. Ich sehe darin einen der fundamentalen Gründe, die Marx und Engels dazu brachten, sich besonders vor utopischen Modellen zu hüten.

René Schoonbrodt – Kommen wir zurück zur Rolle der Organisationen der Arbeiter. Seit dem 2. Weltkrieg ist es offensichtlich, daß sie nicht nur auf der Ebene des Betriebes und des Lohnkampfs eingreifen. Sie haben eine umfassendere Rolle auf verschiedenen Ebenen. Aber das Fehlen von sozialistischen Modellen, die sich auf die Stadt beziehen, hat die Arbeiterbewegung in dieser Sache zu kleinbürgerlichen Lösungen geführt. Nehmen wir das Beispiel des kleinen Rings von Charleroi¹⁷. Getragen von den Organisationen der Arbeiter ist er maßgeschneidert für die Händler der Stadt und ihre Ideologie: Der Verbraucher wird so nah wie möglich an die Geschäfte herangeführt.

Jacques Aron – Das Problem ist nicht so einfach und wir können den Aspekt des ökonomischen Drucks, den Stadtprojekte mit sich bringen, nicht unterschlagen. Die Stadtkämpfe stoßen sehr schnell auf ökonomische Probleme. Was heißt es, in der Stadt zu wohnen? Wer wird am Platz der Albert-Kasernen wohnen,

14) Kleiner Ort in der Nähe von Brüssel (Anm. d. Red.).

15) Verteidigungsminister; Mitglied der Parti social chrétien (PSC) (Anm. d. Red.).

16) Braunkohlenbetrieb in der Nähe von Brüssel (Anm. d. Red.).

17) Schnellverkehrsstraße um Brüssel (Anm. d. Red.).

wer am Museumsplatz, wer in der Königsstraße? Um welche Bevölkerung handelt es sich, wenn man von einer „Rückkehr der Bevölkerung ins Zentrum“ spricht? Ich will nicht noch einmal die Bodenaspkte ansprechen (weil man darin eine Marotte sehen könnte), aber ich glaube, daß man von den kommunalen Finanzen sprechen muß, die immer ein Defizit aufweisen. Sogar die Gemeinden, die einen volksgerechten Wohnungsbau begünstigen möchten, können es nicht. Und da ist es zweifelsohne möglich, eine Verbindung mit dem gewerkschaftlichen Kampf zu sichern.

Michel Godard – Man kann sich fragen, warum plötzlich Stadtteilkomitees entstehen und warum ihre Rolle neu erscheint. Widerstände gegen die Bodenspekulation gibt es im ganzen 19. Jahrhundert, aber wirklich neu ist seit 1962 die offizielle Zusammenarbeit zwischen Staatsapparat und privaten Interessen: Illustration dessen, was die Kommunisten den staatsmonopolistischen Kapitalismus nennen, Ausdruck eines bestimmten Entwicklungsstadiums des Kapitalismus. Dieses neue Phänomen erklärt die neue politische Dimension.

Andererseits macht die Entwicklung des industrikapitalistischen Modells die Stadt unter ökonomischen Gesichtspunkten sehr empfindlich für Disfunktionalitäten wie Verkehrsstaunungen usw.

Die Stadt wird mit anderen Worten als Ort kollektiver Konsumtion ein bedeutendes ökonomisches Problem, wenn sie nicht gut funktioniert, und damit auch Aktionsfeld für die Gewerkschaften. Es wäre noch hinzuzufügen – ich nehme die „Marotte“ von *Aron* wieder auf –, daß die Bodenspekulation derartige Ausmaße erreicht, daß sie gleichsam alle betrifft, in jedem Fall die kleinen und mittleren Unternehmen ebenso wie die Arbeiter, wie man in dieser Hinsicht denn auch sich annähernde Positionen zwischen den beiden Gruppen feststellen konnte. Und selbst wenn es keine Mobilisierung an der Basis gibt, wäre zu bemerken, daß z.B. die FGTB in Brüssel seit 1968 den Kampf für Arbeitsplätze sowie den Kampf gegen die Bodenspekulation und gegen die Beseitigung der öffentlichen Verkehrsmittel durch Lösungen verbindet, die alle Berufsgruppen ansprechen.

Xavier Leroy – Godard hat meinen Beitrag schon vorweggenommen und ich kann den ökonomischen Angelpunkt, den er die Disfunktionalität der Stadt nennt, nur unterstreichen. Zu diesem Punkt frage ich mich – und ich richte die Frage auch an Sie –, ob die gewerkschaftlichen Organisationen die Situation nicht klären können, indem sie bestimmte Forderungen nach strukturellen Reformen in den Vordergrund stellen. Wie steht es insbesondere mit der Forderung nach staatlichen Grundstücksverwaltungen?

Jacques Moins – Was Brüssel betrifft, könnte ich zu einer Antwort beitragen. Das Problem stellt sich dort auf der Ebene des „Rates für Ballungsgebiete“, der denselben finanziellen Schwierigkeiten gegenübersteht wie die Gemeinden. Zur Zeit kann der Bevollmächtigte für Ballungsgebiete kaum wirksamer agieren als der Gemeindebevollmächtigte, weil die wirkliche Macht in den Händen der Finanzierungsgesellschaften liegt. Es ist also die Gesellschaftsordnung, die man in Frage stellen muß. Tut man es nicht, riskiert man, daß die Aktivität der Stadtteilkomitees sich einengt und nachläßt.

Jacques Aron – Sehr richtig, und die kürzlich erfolgte Diskussion um den Kommunalhaushalt von St. Josse beweist es. Wie man erfahren hat, trägt, wenn der Bürgermeister Cudell über die für das Territorium seiner Gemeinde bewilligten Investitionen erfreut ist, die Gemeinschaft die Lasten dieser Investitionen, Lasten, die zum Teil die halbe Milliarde Haushaltsdefizit erklären. Wird die Gemeinde von St. Josse das Geld, das sie den Erbauern des „Manhattan-Centers“¹⁸ lieh, jemals wiedersehen? Auch hier zeigt sich der Mechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus und auch hier geht es darum, diesen Mechanismus und dieses System in Frage zu stellen, wenn man die Verantwortlichen festmachen will. Die Aufklärung ist um so notwendiger, als die Verwirrung der institutionellen Kompetenzen den politisch Verantwortlichen immer die Möglichkeit gibt, die Verantwortung auf die anderen Behörden oder ganz global auf „die Regierung“ abzuschließen – mit allen poujadistischen Gefahren, die ein solches Verhalten in sich birgt.

René Soupart – Bezuglich der öffentlichen Grundstücksverwaltung möchte ich anmerken, daß die Stadt Mons, die dafür gestimmt hat, die Probleme damit nicht löste. Es fehlt uns an Krediten und seitdem sind unsere Projekte blockiert. La Louviere hat sich auch für die öffentliche Grundstücksverwaltung entschieden und es geht, wenn auch aus anderen Gründen, nicht besser: wenn die Stadt über ein Grundstück verfügt, gibt sie es an private Baufinanzierungsgesellschaften. Folglich ist es sehr wohl das Regime, das in Frage zu stellen ist!

Rosine Lewin – Gibt es denn keine Verbindung zwischen den „punktuellen“ und oft ermüdenden Aktionen der Wohnkomitees, die naturgemäß begrenzt sind, einerseits und den Forderungen nach strukturellen Reformen, wie sie im Programm der großen gewerkschaftlichen Organisationen stehen, andererseits? Ein Kongress der FGTB in Brüssel hat die Parole: „Die Bodenspekulation muß zerstagen werden“ ausgegeben. Wie könnte diese Parole sowohl von den Stadtteilkomitees als auch von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter in die Praxis umgesetzt werden?

René Schoonbrodt – Es scheint mir sinnvoller zu sein, von Bodenpolitik zu sprechen, als von öffentlicher Grundstücksverwaltung, die nur ein Mittel, ein Teil eines Ganzen ist. Darüber hinaus scheint mir die von *Rosine Lewin* aufgeworfene Frage wesentlich zu sein. Die Arbeit der Wohnkomitees muß irgendwo eine Fortsetzung finden, und ich sehe für sie keinen besseren Verbündeten als die Organisationen der Arbeiter – wenn ich auch, zumindest vorläufig, gegenüber den politischen Parteien noch Vorbehalte habe. Aber ich halte es nicht für richtig, die Arbeit der Stadtteilkomitees als eng begrenztes, diskontinuierliches Stückwerk zu charakterisieren. Es gibt einige von ihnen schon seit 1969, und mehr als eines haben ein geschlossenes Programm.

Albert Martens – Das Stadtteilkomitee Nord hat mehrere Appelle an die gewerkschaftlichen Organisationen gerichtet. Die haben uns jedes Mal an die

18) Spekulationsobjekt, an dem der Staat rd. 1 Milliarde belgische Francs verloren hat (Anm.d.Red.).

lokale politische Macht oder an die lokalen Wohnungsgesellschaften verwiesen. Das alles geschieht, als ob es eine Aufgabenteilung innerhalb der Arbeiterbewegung gäbe: den Gewerkschaften mit der Stadt kommen, heißt sich in der Adresse irren.

Jacques Vanderbiest – Ich bin ganz *Schoonbrodt's* Meinung: es ist nicht richtig zu sagen, daß die Stadtteilkomitees keine kontinuierliche Praxis hätten. Z.B. währt sie in den Marolles seit 5 Jahren, vielleicht, weil unsere Gruppe nicht danach strebt, die Gesamtheit der Bedürfnisse abzudecken, sondern eher eine Verstärkungsfunktion erfüllt. Es gibt andere Komitees, die mit ihrem Schwung weitermachen. Das ist wichtig, und aus meiner Sicht mit dem urbanen Phänomen selbst verbunden, das sehr neu ist, und dessen neue Qualität von Beziehungen, die es den Menschen bietet, von den Institutionen noch nicht durchdrungen ist. Neue Kommunikationsformen sind geschaffen worden, die nichts mehr mit den Beziehungen der Unterordnung, wie sie aus den vertikalen Strukturen der ländlichen Gesellschaft hervorging, zu tun haben. Die Stadtteilkomitees können diese neue Art der Beziehungen schaffen, erforschen und pflegen. Es ist übrigens wahr, daß die meisten Menschen nicht wahrnehmen, daß sich auf der Ebene der Stadt ökonomische Erscheinungen offenbaren, die zurückzuführen sind auf das, was Sie staatsmonopolistischen Kapitalismus und ich Technostruktur nenne. Aber es handelt sich genau darum, sich nicht einschließen und sich nicht begrenzen zu lassen... Man muß einen abgesteckten Bereich auswählen, in ihm einen begrenzten Kampf gewinnen und dann anderswo wieder anfangen. Ich nenne das, vielleicht zu Unrecht, den langen Marsch *Mao's*: man beginnt mit der Eroberung eines Dorfes, dann zwei, dann 10, selbst wenn man 40 Jahre braucht.

Pierre Got – Noch eine Bemerkung zur Arbeit der Stadtteilkomitees. Zumindest in Tournai sind die Menschen, die in den Komitees mitarbeiten, „Randgruppen“, die sich meistens in Humanismus und politischer Abstinenz ergehen und ein Aktionsfeld außerhalb der traditionellen politischen Strukturen suchen, die in ihren Augen allzusehr kompromittiert sind. Wenn sie mir trotzdem interessant erscheinen, dann in dem Maße, wie sie zum Lernen von Widerstand und kollektiver Verantwortung hinführen. Man muß sehr wohl sehen, daß ihr Randgruppeninteresse auch zu Blockierungen führt. Die organisierte Linke legt gegenüber diesen neuen Kämpfen eine verlegene Vorsicht an den Tag. Wäre es nicht eher ratsam, daß die linken Parteien ihre Mitglieder ermutigen, aktiv in den Komitees mitzuarbeiten, um eine Politisierung zu begünstigen?

Maurice Culot – Ich möchte auf mehrere Beiträge eingehen und besonders auf den von *Aron*, auf das Mißtrauen gegenüber den Stadtteilkomitees: man sieht in ihnen ein Durchgangsstadium oder ein Sprungbrett. Man kann gegen die Tendenz einiger Komitees, die Sonderinteressen verteidigen, auftreten. Aber je mehr es von ihnen gibt, desto eher verschwinden egoistische Forderungen. Von dem Moment an, wo es nicht mehr möglich ist, die Autobahn den Nachbarn zuzuschieben, sind die Komitees gezwungen, einen umfassenden Aktionsplan auszuarbeiten. Die Zahl der Wohnkomitees in Brüssel erreicht Rekordhöhe und ihre Arbeitserfolge können nicht vernachlässigt werden. Die von der „*Interenvironne-*

ment“¹⁹ ausgearbeitete Denkschrift beweist das. Ich wette, daß in Brüssel keine Organisation in der Lage ist, ein Dokument zu liefern, das die gleiche Qualität hätte und ebenso geeignet wäre für die praktische Umsetzung, besser geeignet als alle urbanen Theorien. Daher erlaubt die Kontinuität in der Diskontinuität, die die Komitees kennzeichnet, meiner Meinung nach nicht, sie mit einem Satz beiseite zu schieben... Die Vorbehalte, die ich hier gegenüber den Wohnkomitees spüre, sind nicht zu rechtfertigen.

Rosine Lewin – Das Gefühl des Mißtrauens, das *Culot* wahrnimmt, scheint mir nicht der Wirklichkeit zu entsprechen. Niemand hier mißtraut den Stadtteilkomitees. Was es geben kann, ist eine Beunruhigung über den Mangel an Wirksamkeit oder ein Bedauern über gewisse Grenzen der Komitees.

Pierre Got – Man darf die Wirksamkeit und die Reichweite der Wohnkomitees nicht nur von den in Brüssel geführten Aktionen aus verallgemeinern. In Tournai z.B. ist die Denkschrift zur Stadtplanung größtenteils von einer Arbeitsgruppe, der in der Mehrheit Frauen der „aufgeklärten Bourgeoisie“ angehörten, ausgearbeitet worden. Die in der Denkschrift enthaltenen Alternativen störten sie keineswegs, sie unterschrieben sie sogar, weil sie Mitverfasser sind. Es ist nicht so, daß ihnen die reale Tragweite der Ziele entginge, sondern ich glaube, daß es immer möglich ist, eine Übereinstimmung über fortschrittliche Ideen zu finden. Es ist etwas anderes, wenn es um ihre Verwirklichung geht.

Albert Martens – Zwei Bemerkungen: die erste betrifft den „langen Marsch“, die zweite das „Mißtrauen“. *Vanderbiest* hat *Mao* angeführt. *Mao* jedoch wußte sehr gut, wo er hinging, und ich bin nicht sicher, ob die Stadtteilkomitees es immer wissen. Wir sind ihnen gegenüber nicht mißtrauisch, aber ich persönlich fürchte, daß sich unterschwellig eine Tendenz entwickelt, die die Rückkehr zur Vergangenheit als fortschrittliche Lösung anbietet. Man schafft die Hochhäuser ab, man restauriert das 19. Jahrhundert und glaubt, es sei alles in Ordnung. Tatsächlich aber setzt die herrschende Klasse die Eroberung der Stadt fort, sogar wenn beispielsweise der Place des Martyrs gerettet wird. Aber mit *Van den Boeynants*, der den Place des Martyrs verteidigt, verliert der Stadtkampf seine Glaubwürdigkeit.

Marguerite Mertens – Bezüglich der Stadtteilkomitees muß man zwei Erscheinungen unterscheiden. Die Komitees in Atem halten, hängt meiner Ansicht nach weniger vom Organisationstalent ab, als von den angebotenen Schwerpunktorientierungen. Wenn der Schwerpunkt des Interesses, für den ein Komitee gegründet wurde, seine Brisanz verliert, sehe ich nicht, wie man es am Leben erhalten soll. Man kann sicher die Motivationen erneuern, aber nicht künstlich. Es dreht sich nicht darum, Probleme zu erfinden, sondern darum, sie aufzudecken und zu versuchen, sie zu lösen. Was nun die „*Erleuchteten*“ angeht, die bereit sind, die Stadtteilkomitees einzugliedern und zu leiten, so finden sie immer ein Betätigungsgebiet, sogar wenn in dem Stadtteil gar nichts geschieht. Wir sollten sie aber

19) Eine von Experten und Vertretern verschiedener politischer Richtungen gebildete Organisation für Stadtplanung (Anm.d.Red.).

nicht mit der Bevölkerung selbst verwechseln. Ich möchte auch noch ein Wort zu den Gewerkschaften sagen. Ich weiß aus Erfahrung, daß die gewerkschaftlichen Organisationen im allgemeinen eine höfliche Gleichgültigkeit an den Tag legen, wenn man sie zu Erklärungen bezüglich der Stadt auffordert. Ich frage mich, ob dies nicht deshalb so ist, weil wir ihnen keine alternativen Lösungen aufzeigen. Ich will das erklären. Wenn wir z.B. die Ausgaben für Militärflugzeuge bekämpfen, wissen wir, daß die Arbeiter der Flugzeugfabriken, besorgt um ihren Arbeitsplatz, uns schwer verstehen. Aber wir bemühen uns, ihnen – zumindest theoretisch – zu zeigen, daß ihr Arbeitsplatz besser verteidigt werden könnte, wenn man die Milliarden, die fürs Militär ausgegeben werden, in andere Bereiche investiert. In bezug auf die Stadt vollziehen wir nicht immer diesen Schritt. Andererseits, wenn wir versuchen, innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen Unterstützung für die Stadtteilarbeit zu erhalten, antwortet man uns gern, daß hier in Organisationen wie den Wirtschafts- und Sozialräten etwas getan wird. Aber von dieser Arbeit gibt es nur alle zwei, drei Jahre einen Bericht. Deshalb habe ich mich schon gefragt, ob es nicht nützlich wäre, ein Kolloquium oder einen Dialog (in einer Form, die noch zu klären wäre) zwischen Vertretern der Gewerkschaften und den Stadtteilgruppen anzuregen.

Marcel Save – Die Idee verdient aufgenommen und vertieft zu werden. Die Erfahrungen, die ich als Beirat in Mons machte, haben mich überzeugt, daß auf allen Ebenen und in verschiedener Hinsicht die theoretische Klarheit bezüglich der Rolle der Stadt fehlt. Die Stadtteilgruppen verteidigen oft Gefühlspositionen, die über das Ziel hinausschießen und damit ihre Maßregelung erleichtern. Die öffentliche Meinung ist schlecht informiert. Die Techniker selbst sind sich ihrer Sache nicht sicher. Man sieht manchmal Funktionäre, die sich wieder der Unternehmerseite zuwenden. Es existiert also das grundlegende Bedürfnis nach stadt-politischer Reflexion, die nicht die sozialen und materiellen Aspekte der Stadt vernachlässigt, die aber auch nicht von einer Konzeption über den Menschen getrennt sein kann. Ich sehe keine Organisation, die in der Lage wäre, eine derartige Analyse zu leisten und anzubieten. Aber es könnte begrüßenswert und fruchtbar sein, Menschen unterschiedlicher Ausbildung und Erfahrung zusammenzuführen, die Konfrontation von Stadtplanern, Praktikern im sozialen Bereich, Politikern usw. zu organisieren.

Jacques Aron – Ich möchte zu dem Problem des Mißtrauens, wie *Culot* es aufgeworfen hat, zurückkommen. Wenn ich feststelle, daß der Widerstand gegen städtebauliche Projekte von Seiten der Gewerbetreibenden eher die Sache der Mittelschichten als der Lohnempfänger ist, spiele ich diesen Widerstand nicht herunter. Nichts rechtfertigt das Mißtrauen, das man mir zuschreibt. Zweifels ohne haben wir, *Culot* und ich, als Architekten ziemlich große Divergenzen bezüglich der Stadtgestaltung und der den Stadtteilkomitees vorzuschlagenden Alternativen. Aber das ist nicht das Problem, welches uns hier beschäftigt. Kommen wir zurück zu dem, was unser Freund *Vanderbiest* von seinem langen Marsch sagte. Ich möchte mit *Albert Martens* unterstreichen, daß *Mao* sich immer bemühte, die Verbindung zwischen den einzelnen Operationen seines

Marsches und seinem Endziel herzustellen. Ist das Ziel jener, die versuchen, die Stadtkämpfe voranzutreiben, ebenso klar? Was bedeutet das, wenn man, wie *René Schoonbrodt* in einem Vorlagetext des ARAU, von der städtebaulichen Belebung spricht? Die kleinen erleuchteten Tannenbäume auf einer Baustelle – das heitert auf. Aber zwischen den Tannenbäumchen und dem politischen Ziel derer, die sie dorthin gestellt haben, bleibt Raum, sich Fragen zu stellen. Zersplittert, wie sie sind, können die Stadtkämpfe tatsächlich beigelegt werden durch die herrschende Macht, die nicht zögert, Ballast abzuwerfen, um Wesentliches zu retten . . .

Jacques Moins – Ich möchte mich ebenfalls bezüglich der Stadtteilkomitees klar ausdrücken: ich hege ihnen gegenüber nicht das geringste Mißtrauen. Wenn sich Fragen ihrer Entwicklung und ihrer Kontinuität stellen, so geschieht das nicht aus Mißtrauen, sondern im Gegenteil aus Interesse, weil ich ihnen sehr große Bedeutung zumesse. Das bedeutet nicht, daß man punktuelle Aktionen und allgemeine Aktionen in einen Gegensatz bringen könnte. In allen Formen des Kampfes ist es schwierig, die einen mit den anderen zu verbinden. Aber diese Schwierigkeiten können uns nicht den Reichtum und die Neuartigkeit des Phänomens der Stadtteilkomitees vergessen lassen. Wenn wir bezüglich ihres Aufschwungs einige Ungeduld demonstrieren, so geschieht das, weil wir tatsächlich die Gesellschaft verändern wollen. Da liegt dann die Schuld bei uns.

Jean-Paul Vankeerberghen – Meiner Ansicht nach erliegt man einem Irrtum, wenn man die gewerkschaftlichen Organisationen für die spezifische Praxis der Stadtteilkomitees interessierter will. Die Vorhaben und Aufgaben sind zu unterschiedlich, als daß es eine Erfolgsschance gäbe. Die Verbindung muß sich anderswo vollziehen, über den Umweg der konkreten Forderungen gegenüber der politischen Macht, z.B. auf dem Gebiet der Wohnungsfrage und der Verkehrsmittel. Dort können Gewerkschaften und Stadtteilkomitees eine gemeinsame Plattform haben.

René Schoonbrodt – Die Kontakte mit den Organisationen der Arbeiter haben wir. Man muß aber auch sehen, daß innerhalb dieses Bereichs Differenzen bestehen. Ich lege in dieser Hinsicht Wert darauf zu unterstreichen, daß die MOC sich erstmalig über Stadtprobleme geäußert hat (Zentralrat vom 7.12.1974). Man hat hier Kolloquien oder Gespräche zwischen Mitgliedern der Arbeiterbewegung und der Stadtteilkomitees vorgeschlagen. Warum nicht? Es genügt, einen gemeinsamen Ansatzpunkt zu finden und bei einem bestimmten Reifegrade könnte die einheitliche Aktion, die bis vor einem Jahr undenkbar war, gelingen.

Aber da jeder von uns sich klar ausdrücken will, erkläre ich meinerseits mein Bedauern darüber, daß *Jacques Aron* die Passage, die sich auf die städtische Belebung bezieht, aus dem Zusammenhang meines Textes über die ARAU herausgelöst hat . . .

René Soupart – Die städtische Belebung kann sich gewiß in einen Prozeß der Bewußtwerdung der Bevölkerung einfügen. Man darf sie nicht isoliert sehen.

René Schoonbrodt – . . . Das Wesentliche in dem Text ist die Vorstellung, daß die Stadt Machtbasis ist oder sein muß, daß die Stadt eine der Strukturen ist

oder sein muß, die die Entwicklungsmöglichkeiten der Autonomie des Individuums maximalisieren, indem sie seine Macht maximalisieren. Die Belebung ist nur Beiwerk. Die Eroberung der Stadt ist in meinen Augen eines der Elemente des Klassenkampfes. Die Arbeiterbewegung – d.h. die gewerkschaftlichen, kulturellen und politischen Organisationen – ist tatsächlich in einer ziemlich zwiespältigen Situation. Sie fordert eine Verbesserung der Lebensqualität (eher „mehr sein“ als „Mehr haben“), aber auf dem Terrain der Stadt prägt ihre Einfügung in die Gesamtgesellschaft ihr bestimmte Schwankungen oder Widersprüche auf. Eins ist jedoch gewiß: das Stadtproblem findet seine Lösung nur mit der Arbeiterbewegung. Die Stadtteilkomitees, was auch immer ihre historische Rolle sein mag, sind nicht imstande, das Problem in gesamtgesellschaftlicher Perspektive zu stellen. Die Aufteilung des Bodens ist abhängig von den ökonomischen Strukturen. Es sind aber die Organisationen der Arbeiter, die im Bereich der ökonomischen Strukturen den Kampf führen.

Rosine Lewin – Wir sind jetzt am Kern des Problems. *Schoonbrodt* Aussage erscheint mir sehr wichtig, und ich schlage vor, daß jeder von uns einmal sagt, ob es für ihn auch eindeutig ist, daß das Stadtproblem nur mit der Arbeiterbewegung gelöst werden kann.

René Schoonbrodt – Noch ein Wort zu Brüssel. Die Besonderheit am Fall Brüssels ist es, daß es gezwungen ist, um als Ballungsgebiet zu überleben, kollektive Lösungen zu finden, in denen Beschäftigungs- und Wohnungssituation, Verbesserung der Lebensqualität und durch die Struktur der Stadt bestimmte Beteiligung an der Macht miteinander verbunden sind.

In dem Maße, wie man aus Gründen des gemeinschaftlichen Überlebens gezwungen ist, alles was man unter Städtebau verstand, zu revidieren – nämlich den Städtebau des Wirrwarrs – wird man gezwungen, auf gemeinschaftliche Lösungen für die Arbeitsplätze und den Wohnungsbau zurückzugreifen. Die Notwendigkeit einer Übernahme der Verantwortung durch die Organisationen der Arbeiter in der Stadtplanung ist um so dringlicher. Trotzdem bleibt eine Schwierigkeit im Verhältnis von Organisationen der Arbeiter und politischen Organisationen bestehen: in der Vorstellung von vielen Arbeiterführern existiert eine alte Arbeitsteilung, gemäß der die Politiker, die gewählt worden sind, dazu dienen, alle Probleme, die nicht die der Unternehmen sind, zu behandeln. Man muß aus dieser Schwierigkeit herauskommen und erreichen, daß die Arbeiterbewegung sich direkter betroffen fühlt durch die Maßnahmen einiger Bürgermeister im Bereich der Stadtplanung.

Marguerite Mertens – Ich knüpfte da an. Warum gibt es so wenig Arbeitervertreter in den Stadtteilgruppen? Ich glaube, daß es zunächst, vor allem für die Gewerkschaftler, ein Zeitproblem ist. Wenn ein Arbeiter oder ein Angestellter sich in ein städtebauliches Problem, das seinen Stadtteil betrifft, miteinbezogen sieht, ist es gut möglich, daß er im Komitee mitarbeitet, aber ohne eine Verbindung mit der Gewerkschaft. Es ist übrigens auf diesem Gebiet ein Unterschied zwischen Angestellten und Arbeitern zu beobachten, denn die ersteren erscheinen vielleicht aktiver. In den Altstadtvierteln sind oft die Handwerker am aktiv-

sten in den Stadtteilkomitees: sie wissen am besten, was sie wollen. Übrigens wird die gewerkschaftliche Bremse oft von bestimmten Funktionären gezogen, die nicht ihre politischen Freunde in Frage stellen wollen.

Michel Godard – Ich schließe mich dem an, was *Schoonbrodt* sagte und erinnere an die Notwendigkeit, das Problem der kollektiven Konsumation und der Verbesserung der Lebenslage im Zusammenhang mit der monopolistischen Entwicklung, in der wir uns befinden, zu sehen. Die Verbindung von ökonomischer Macht und Staatsmacht ist sehr eng geworden und sie wirkt sich auch aus, wenn es um die Sicherung der Reproduktion geht, das typische Problem einer entwickelten monopolistischen Gesellschaft. Das unterscheidet die gegenwärtige Situation von der vor 20 oder 50 Jahren. Hieraus ergibt sich eine wichtige Funktion für die Stadtteilkomitees, die niemals aus der Defensive herausgekommen sind. Wenn man sich den Gewerkschaften anschließen will, muß man in die Offensive kommen, und zwar in Zielbestimmungen qualitativer Erfordernisse für eine funktionierende Stadt. Die Gewerkschaften stoßen auf diese Erfordernisse durch andere Notwendigkeiten der ökonomischen Entwicklung. Es ist interessant festzustellen, daß die Frage der Raumordnung zunächst die Domäne öffentlicher Bauträger war, daß sie aber mehr und mehr die Domäne der regionalen Baugesellschaften wurde. Wie auch immer dieser Mechanismus sich auswirkt, allein die Verschiebung der Kompetenzen verdient unsere Beachtung. Das schließt für die Stadtteilkomitees die Bereitschaft ein, die städtischen Probleme auch in der Perspektive von Forderungen nach sozialen und kulturellen Einrichtungen und nach einer gewissen regionalen Entwicklung zu stellen. Und für die Gewerkschaftler kommt es darauf an, daß die Forderungen, die die Stadt betreffen – z.B. die öffentlichen Verkehrsmittel –, an die Basis getragen werden.

Jean-Paul Vankeerberghen – Ich wiederhole, daß es m.E. nicht nötig ist, die Gewerkschaften als solche in die Stadtkämpfe einzubeziehen. Diese müssen vor allem Politiker interessieren und darüber hinaus die Abgeordneten und die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung. An gewerkschaftliche Aktionen an der Basis, von denen *Godard* spricht, glaube ich im Moment kaum.

Maurice Culot – Ich halte die Position von *Godard* für sehr utopisch. Die Wohnkomitees haben eine Grenze, die in ihrer Konstitution selbst liegt. In gewisser Weise sind jene, die sich in den Komitees engagieren, Randgruppen: Soziologen, Pfarrer usw. Das sind nicht Arbeiter mit normalem Arbeitsrhythmus, in jedem Fall nicht auf der Ebene der Arbeitsgruppen. Für mich ist übrigens die offensive Praxis der Komitees erwiesen: die einzigen Gruppen, die jemals eine kohärente Praxis und ein umfassendes Raumplanungskonzept entwickelten, sind die Wohnkomitees, die über ein Städtebau-Programm verfügen. Sie haben zumindest Zeit gewonnen, eine kostbare Zeit, da sie ihnen erlaubt, bestimmte Situationen zu fixieren – und das kann ein vorantreibendes Moment sein. Vergessen wir nicht, daß die Komitees es waren, die die Vorstellung von der Vorherrschaft des hochheiligen Autos in Frage gestellt haben; daß auch sie es sind, die den Begriff von städtischer Verflechtung geschaffen haben. Das alles zählt!

Pierre Got – Kann man von einem umfassenden Konzept sprechen, wenn es die politische Analyse ausschließt? Gerade dieser Mangel erleichtert es der regionalen Verwaltung, diese „Randgruppen“ zu integrieren und sogar, sie für ihre Zwecke zu benutzen. Die Regierung hat in gewissem Maße die Auseinandersetzung um Fragen der Stadtplanung nötig, besonders dann, wenn sie nicht über den Rahmen einer technischen Analyse hinausgeht. Es steht nicht zur Diskussion, die Wirksamkeit dieser Kämpfe zu verkleinern, aber man muß ihre Grenzen erkennen und darf von einer kritischen Haltung ihnen gegenüber nicht abweichen.

Jacques Aron – Man kann theoretisch eine Verbindung zwischen den Komitees und den Gewerkschaften über Forderungen wie öffentliche Verkehrsmittel oder Kinderkrippen herstellen, da das Fehlen von sozialen und kulturellen Einrichtungen einen Lohnverlust bedeutet. Wäre es nicht praktischer, die Forderung nach höherer Lebensqualität mit der Arbeit der Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene zu verbinden? Warum soll die „Lebensqualität“ sich auf die Wohnung beschränken? Die Bedingungen, unter denen die Arbeiter acht Stunden pro Tag in der Fabrik arbeiten, erfordern sie nicht auch den Kampf um ihre qualitative Verbesserung? Die Arbeitsplätze sind auch ein Teilbereich der Stadt.

Christian Vandermotten – Es scheint mir möglich, alle Positionen zur Synthese zu bringen. Tatsächlich betreffen die „Disfunktionalitäten“ der Stadt alle Bürger und nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sogar wenn die Unbequemlichkeiten bei Verkehrsstockungen und vor allem die Unzulänglichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel sowie die diversen anderen Mängel für die bessergestellten Bürger leichter zu vermeiden beziehungsweise weniger spürbar sind. Deswegen sind die Stadtteilkomitees in ihrer Gesamtheit so heterogen zusammengesetzt. Es stimmt auch, daß die Handwerker und Händler die aktivsten sind, sie haben mehr Zeit als die Gewerkschaftler und bestimmte Gruppen von höheren Angestellten. Aber es gibt, z.B. im wallonischen Brabant²⁰, Stadtteilgruppen, in denen ausschließlich leitende Angestellte und Bürgerliche sind, sehr motiviert und sehr aktiv. Von daher scheint mir ein direkter Kontakt mit der Arbeiterbewegung auf der Ebene der Stadtteilkomitees zum Scheitern verurteilt. *Vankeerberghen* hat recht. Der Kontakt muß auf anderer Ebene hergestellt werden – der Ebene, auf der die politisch und ökonomisch Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Und diese Verantwortlichen – wir wissen es – sind letzten Endes ganz wenige.

Jacques Moins – Ich bin mit dem von *Schoonbrodt* Gesagten einverstanden, was die Rolle der Stadtteilkomitees betrifft. Er hat sogar von einer „geschichtlichen Rolle“ gesprochen und der notwendigen Stellung, die die Arbeiterbewegung hier einnimmt. Dabei darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß unzählige Bürger mehr haben müssen, um mehr zu sein. Ich möchte trotzdem unsere Über-

20) Gebiet südlich von Brüssel, früher Ackerland, jetzt von Brüsselern mit Wochenendhäusern und Wohnhäusern besiedelt; es soll auch Industrie dort angesiedelt werden (Anm. d.Red.).

legungen zur Verbindung von Komitees und Politik fortsetzen. Es ist interessant, daß die Stadtteilkomitees, besonders in Brüssel, eine bestimmte Erfahrung von direkter Demokratie darstellen, die eine Reihe von Fragen über die Rolle der Abgeordneten und über ihre Beziehung zu den Wählern aufwirft. Diese Fragen sind neu und interessant. Aber wenn man näher hinsieht, wird diese direkte Demokratie ziemlich schnell zu einer Demokratie, die Delegationen im Auftrag derer bildet, die *Culot* „Randgruppen“ nennt. Das muß uns aufmerksam machen. Ist diese Art von Delegation gerechter, besser als die Delegation parlamentarischen Typs? Ist es nicht fast eine Notwendigkeit des gesellschaftlichen Lebens, Delegationen zu organisieren, da alle sich nicht zu allem äußern können? Es erscheint mir interessant zu sehen, wie die Abgeordneten auf diese neue Erfahrung reagieren. Bezuglich der Kommunisten ist das Problem ziemlich einfach, vor allem in Brüssel, wo wir nicht in der Regierung sind: wir sind gegenüber den Stadtteilkomitees sehr aufmerksam. Aber wenn man einen Machtbereich innehat oder teilt, ist das Problem vielleicht anders. Bewußtseinsprozesse müssen in Gang gesetzt werden durch Erkenntnisse, die noch längst nicht offen zu Tage liegen: die politischen Abgeordneten sind selbst Gefangene der ökonomischen Strukturen. Die Entscheidungszentren liegen weniger als jemals zuvor im Kommunalrat oder im Parlament, und es wird immer leichter, dies zu beweisen, sogar außerhalb der organisierten Arbeiterbewegung.

René Soupart – Ich mache weiter im Sinne von *Moins*. Die UDP ist ein Teil der Regierung in Mons. Aber die interne Demokratie, die von einer sorgfältigen Protokollführung abhängt, wird nicht immer durch die Koalitionspartner respektiert und es ziehen nicht alle am selben Strang. Die Stadtteilkomitees haben einen wichtigen Daseinsgrund: das ist eine Schule, eine Einführung ins politische Leben, um die Demokratie zu verbessern. Die Menschen lernen zu diskutieren, ihre Abgeordneten zu kontrollieren – und für die Abgeordneten ist es sehr wichtig, daß sie in Übereinstimmung mit den ordnungsgemäß informierten Komitees handeln können. Sogar als Regierungspartner müssen wir zugeben, daß konstruktive Auseinandersetzungen nützlich sind, sogar notwendig. Wenn die technische Argumentation Fehler hat oder schlecht dargeboten wird, müssen die Techniker sich bemühen, die Forderungen des Volkes zu verstehen.

Marcel Save – Es wurde hier die Frage der den Mitgliedern der Stadtteilgruppen zur Verfügung stehenden Zeit angesprochen und bemerkt, daß die Arbeiter für diese Arbeit keine Zeit aufbringen können. Ich frage mich, ob es dafür nicht einen tieferen Grund gibt: die Menschen, die rund um die Uhr in der Stadt leben, spüren die Entfremdung und die Funktionsmängel der Stadt eher als jene, die die Stadt zur Arbeit verlassen und nur in ihr schlafen. Die Interessen schwerpunkte des Arbeiters liegen eher in der Fabrik als in der Stadt, und sein Kampf um die Veränderung seiner Lebenslage ist der Kampf gegen die Fabrikherren. Für die Handwerker und Händler liegt der Kampfplatz, wenn es einen solchen gibt, in der Stadt. Was die „Randgruppen“ betrifft, die sich in den Stadtteilkomitees aktivieren, so geht es ihnen zweifellos mehr um die Ursachen der Monotonie des städtischen Lebens und um die Mittel, sie zu bekämpfen. Es

gibt also einen Bruch zwischen den beiden Arten der Bewegung. Ich glaube, daß die Stadtteilkomitees im Rahmen eines umfassenden Projekts Verbesserungsmöglichkeiten für die Stadt aufzeigen und auch die politischen Verantwortlichkeiten klarstellen können. Die Verbindung zwischen Stadtteilkomitees und Gewerkschaften ist auf politischer Ebene zu realisieren; sie könnte den einen wie den anderen zeigen, was nicht geht. Die Arbeiterbewegung ist meiner Ansicht nach weder besonders sensibel für das Stadtproblem, noch besonders gut informiert. Alle tasten herum, und mangels seriöser Unterlagen gebraucht man gern Schlagworte. Es ist also wichtig, für die Stadt ein funktionsgerechtes Projekt zu entwickeln, ein Projekt, das von der Situation des Menschen in der Stadt ausgeht. Ein solches Projekt muß sich, so scheint mir, auf Werte stützen, d.h. auf eine bestimmte Lebensweise in der Stadt; z.B. wäre der Vorrang des Autos zurückzuweisen und dieser Vorrang den Menschen einzuräumen usw.

Jacques Vanderbiest — Mich erstaunt, daß die Mitglieder der Stadtteilkomitees extrem verschieden sind und trotzdem dadurch vereint werden, daß sie das Stadtleben gewählt haben. Dieses Leben setzt bestimmte Verhaltensweisen, bestimmte Entscheidungen voraus. So finden sich im Marolles-Viertel Arbeiter, Handwerker und Händler von Zeit zu Zeit zusammen, weil ihre Identifikation in der Gesellschaft über die Stadt geht, welcher Klasse sie auch angehören. Ihr Viertel ist Teil von ihnen selbst. Dagegen schienen mir die Gewerkschaftler, die ich dort traf, völlig absorbiert zu sein von den Problemen ihres Kampfes und ihrer Auseinandersetzung mit dem Unternehmer — soweit sogar, daß sie die Sprache des Unternehmers sprechen und bestimmte Werte des Unternehmers übernehmen.

Meiner Meinung nach haben die Menschen, die in der Stadt leben, einen weniger verstellten Blick, sie sehen die Dinge umfassender. Sie stellen eine Verbindung zwischen Raum und Zeit her. So z.B. ordnet sich, wenn Einigkeit darüber besteht, daß das Haus Nr. 8 am place du Jeu de Balle ein Minimalproblem ist, dieses in den Gesamtrahmen eines Kampfes ein.

Rosine Lewin — Leider ist es im Rahmen unserer Diskussion nicht möglich, auf die Besonderheit, die Unvergleichbarkeit, wenn ich so sagen darf, des Marolles-Viertels und seiner Erfahrungen näher einzugehen. Ich habe den Eindruck, daß das Leben der anderen Stadtteile der Hauptstadt wenig mit dem Leben der Marolles gemeinsam hat, aber es fehlt uns die Zeit, diese Frage zu vertiefen. Übrigens scheint es mir schematisch, dem „umfassenden Überblick“, den die Stadtbewohner haben, den „verstellten“, eingeschränkten derer gegenüberzustellen, die nicht rund um die Uhr in der Stadt leben.

Xavier Leroy — Ich möchte die Veränderung des politischen Bewußtseins der Menschen betonen: die Stadtkämpfe sind nur ein Aspekt des Kampfes für bessere Lebensbedingungen. So muß man auch das der Ökologie entgegengebrachte Interesse vermerken. Auch hier findet man gewisse Zwiespältigkeiten, aber im „Stadt“- wie im „Umwelt“-Problem wird die Frage der Grenzen und Gefahren eines bestimmten Typs technischen Fortschritts und der in eine logische Notwendigkeit verkehrten kapitalistischen Ausbeutung aufgeworfen. Das scheint mir

neu. Wenn es Stadtkämpfe auch seit langem gibt, so ist die Ausbreitung der Einsicht in ihre politische Bedeutung doch ein neues Phänomen. Alle politischen Parteien sind heute praktisch gezwungen, in ihre Programme die Probleme der städtischen und natürlichen Umwelt aufzunehmen.

Rosine Lewin — Man müßte wissen, ob diese Fragen wirklich auf die Wurzel des Übels zielen und ob die Stadtkämpfe die ökonomische Herrschaft in Frage stellen, d.h. ob sie politische Kräfte mobilisieren, die das bewirken können.

Jacques Aron — Ich möchte auf den von *Save* formulierten „Wert“-Begriff zurückkommen. Man kann sehr oft feststellen, daß diejenigen, die den Vorrang des Autos bekämpfen, selbst Auto fahren. Dieses Verhalten kann in den Arbeiterorganisationen nur auf Ablehnung stoßen, zumal die Forderung nach besseren öffentlichen Verkehrsmitteln eine alte gewerkschaftliche Forderung ist. So würde ich es vorziehen, nicht die Verteidigung bestimmter Werte, sondern vielmehr die Vergesellschaftung der Transportmittel in den Vordergrund zu stellen. Es scheint mir, daß man lieber gewisse Zweideutigkeiten vermeiden sollte, die schließlich die Verantwortlichkeiten nur verschleieren. Ich bin erstaunt über die Leichtigkeit, mit der manche dieser Zweideutigkeiten weiterverbreitet werden, von einem französischen Minister wie *Chalandon* ebenso wie auf der Ebene der Stadtteilkomitees. So stellt man die zerstörerische und entfremdende Stadt von heute der traditionellen Stadt gegenüber, die dem Menschen diente, Festplatz war usw. Das sind offensichtlich falsche Bilder, die sich mythischer „Werte“ bedienen und die politischen Verantwortlichkeiten aus dem Blickfeld verschwinden lassen.

Marcel Save — Ich bin damit einverstanden, daß eine bestimmte Form von Opposition gegen das Auto mißverstanden werden kann und halte es für richtig, die Forderung nach einer qualitativen und quantitativen Entwicklung der öffentlichen Verkehrsmittel an ihre Stelle zu setzen. Indessen, von dem Moment an, wo man von Verantwortlichkeiten spricht — Verantwortlichkeiten für Mißstände —, stützt man sich auf ein Stadtprojekt und damit auf ein Projekt für den Menschen. So führt man den Wertbegriff wieder ein, auch wenn man ihn nicht so nennt. Meine Erfahrung als Beirat hat mich gelehrt, daß selbst Abgeordnete, die sich auf die Arbeiterbewegung berufen, unter bestimmten Umständen das reibungslose Funktionieren des ökonomischen Mechanismus in seiner bestehenden, d.h. kapitalistischen Form unterstützen können, weil man z.B. fürchtet, durch Einschränkung der Bodenspekulation könnte man die Unternehmer „vertreiben“ und Investitionen verlieren. Diese Abgeordneten denken noch in Vorstellungen über eine Beteiligung an der Macht und ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung der Ordnung; sie scheinen nicht begriffen zu haben, daß von einem bestimmten Punkt an technischer Fortschritt in seinen Gegensatz umschlägt. Wenn ich auch zugebe, daß sich in weitestem Sinne politisches Bewußtsein entwickelt, ist mein Optimismus daher sehr gedämpft, wenn ich an den politischen Alltag denke.

Maurice Culot — Die Arbeiterführer, die ich Gelegenheit hatte kennenzulernen, gehören meiner Meinung nach nicht der städtischen Welt an, sondern der ländlichen. Das ist nicht beleidigend gemeint, ich betone das, aber es scheint mir

eine wichtige Tatsache zu sein, die auch – zum Teil wenigstens – durch die Anlage von Sozialwohnungen außerhalb der Städte zu erklären ist. Diese Arbeiterführer sind stark von der ländlichen Mentalität geprägt; sie haben Anschauungen antiplatonischen Charakters, mit anderen Worten: sie lassen nicht zu, daß das Wohlergehen der Stadt vor dem Wohlergehen der einzelnen rangiert. Diese Haltung erklärt vielleicht auch Blockierungen. Sicher, die „gute“ Stadt gibt es nicht: das Interessante am Marolles-Viertel ist nicht die Qualität der Stadtlage, sondern die Qualität der Auseinandersetzung um die Probleme, die sie aufwirft. Noch einmal möchte ich sagen, daß die Aktion der Stadtteilkomitees sehr positiv gewesen ist: wenn jetzt eine regionale Umgliederung der nationalen Wohnungsbaugesellschaft vorstatten geht, so ist das auf die Initiativen der Stadtteilkomitees, vor allem des Komitees der Marolles zurückzuführen.

René Schoonbrodt – Für eine Analyse der Stadtprobleme muß man wissen, in welchem Maße ein bestimmter Typ der Stadtanlage die Macht des Individuums verstärkt, die Kontrolle maximiert, die das Individuum über seine eigene Existenz ausübt. Das bedeutet konkret, daß das Kriterium eines Stadtpfleges nicht auf ästhetischer Ebene liegt, sondern auf der Ebene der Macht, die es den Städtern gibt, und zwar den am meisten entfremdeten Städtern, d.h. den Arbeitern. Man kann das mit *Save* einen Wert nennen; wie man es auch formuliert, die Macht der Menschen ist das wesentliche Element.

Marcel Save – Aber was nennen Sie Macht? Die Mittel haben, um in einem bestimmten materiellen und kulturellen Rahmen seinen Bedürfnissen entsprechend leben zu können, ist das eine Macht? Ich glaube schon.

René Schoonbrodt – Zweifellos muß man diesen Begriff erklären, aber ich glaube, daß der Ansatz, den ich vorschlage, einen wesentlichen Teil der Analyse ermöglicht. Für mich erlaubt er, sehr pragmatisch das Problem der ökonomischen Funktion der Städte zu stellen – und das der ökonomischen Kräfteverhältnisse. An diesem Punkt müssen unsere Überlegungen weitergehen, um die Frage: „Was ist eine sozialistische Stadt?“ beantworten zu können. Die allgemeine Richtung der Antwort ist in meinen Augen einfach: es ist die Stadt, die in jeder Hinsicht den Menschen das Maximum an Kraftentfaltung ermöglicht. Aber das wäre eine andere Debatte . . . Im Hinblick auf die Frage, welche Verbindungen es zwischen Stadtteilkomitees und politischem Bereich gibt oder geben muß, möchte ich den in erster Linie erzieherischen Beitrag der Komitees auf der politischen Ebene unterstreichen. Man könnte dazu hundert Beispiele nennen, aber wir haben hier nicht die nötige Zeit. Aber das vorausgesetzt bleibt die Einsicht, daß die Verallgemeinerung der Probleme nur mit der Unterstützung der Arbeiterbewegung bewirkt werden kann, sofern diese Gewerkschaften, kulturelle und politische Organisationen umfaßt.

Jacques Vanderbiest – Es scheint mir, daß mit der Erneuerung der Stadt eine neue gesellschaftliche Realität im Entstehen begriffen ist, die kaum geahnte Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Menschen eröffnet. Das gegenwärtige demokratische System ist noch auf einer Pyramide der Unterordnung aufgebaut. Die Entwicklung des Bewußtseins der neuen Möglichkeiten von Bezie-

hungen zwischen Stadtbewohnern erzeugt natürlich Spannungen. Das ist ein wichtiges Element: die revolutionäre Umgestaltung der Stadt steht unter dem Postulat der Wiederaneignung des Raums durch den Bewohner, und sie erfordert neue Formen der Demokratie, die nicht mehr solche der Unterordnung sind. Diese neuen Formen muß man noch finden, und die Stadtteilkomitees stellen meiner Ansicht nach eine erste Anstrengung in diesem Sinne dar.

Michel Godard – *Maurice* und *Jean-Paul* haben meine Vorschläge als utopisch qualifiziert, aber während der ganzen Diskussion hat man nichts anderes oder weniger „Utopisches“ vorgebracht als eben die Anregungen, die ich gegeben habe, wie die Komitees über ihre bloße Abwehrfunktion hinauskommen können und wie auf der anderen Seite die Gewerkschaftsorganisationen auf präzise Forderungen, die die Stadt betreffen, einzuwirken hätten. Ich glaube, man muß darauf bestehen und wissen, daß die Hauptfrage die der individuellen und kollektiven Macht ist – da stimme ich völlig mit *Schoonbrodt* überein. In Wirklichkeit ist diese Form, das Problem anzugehen, diejenige, die *Marx* angewendet hat, indem er sich weigerte, die Stadt als apartes Problem zu behandeln und den Akzent auf den Kampf um die Macht setzte. In dieser Perspektive kommen Stadtteilkomitees und Gewerkschaften, die Forderungen zu formulieren haben, in dem Maße zusammen, wie ihre Forderungen auf die Machtfrage abzielen und auf das Profitprinzip, von dem sie bestimmt wird.

Jacques Aron – Um den Vorschlag von *Godard* zu illustrieren, könnte man fragen, was das Haus am place du Jeu de Balle oder die Fußgängerzone der rue des Renards in Machtkategorien bedeuten. Ich sehe hier vielmehr die Tendenz, sich von einem Bild der Vergangenheit faszinieren zu lassen. Und mich beunruhigen die Zweideutigkeiten, die weiterhin auf dem Begriff der Macht lasten.

Rosine Lewin – Wir grenzen ihn immer mehr ein. Es kommt schließlich darauf an, eine Antwort auf die folgende Frage zu finden: wenn wir die Macht der Stadtbewohner, die am stärksten von der Entfremdung der Stadt betroffen sind, maximalisieren wollen – welche nächsten Schritte sind zu tun, welche Aktionsformen im Kampf gegen das Großkapital stehen auf der Tagesordnung? Ich glaube nicht, daß man die Verteidigung eines Hauses oder einer Fußgängerzone dieser Hauptrichtung des Kampfes entgegensetzen muß, und in diesem Punkt stimme ich nicht mit *Aron* überein. Aber ich möchte vorschlagen, daß wir gemeinsam versuchen zu bestimmen, wie in der Praxis die Verteidigung des Hauses Bestandteil ist des Kampfes gegen die Trusts, die Multinationals, die Konzerne, die im Besitz der Macht sind.

René Schoonbrodt – Es sind mehrere Fronten gleichzeitig zu eröffnen. Aber ist es nötig, einer „Öffentlichkeit“ gegenüber, die vor allem aus Handwerkern und Kleinhändlern besteht, alle Verflechtungen gleichzeitig zu entlarven? Wir glauben das nicht, auch wenn uns diese Verflechtungen, die im übrigen in bestimmten Dokumenten bestätigt werden, bekannt sind. Aber man muß dem politischen Reifegrad der Bewohner Rechnung tragen. Es liegt auf der Hand, daß wir wachsamer sein müssen, um nicht den Zusammenhang zwischen dem Minimalproblem, das man behandelt, und den politischen Verantwortlichkeiten, die

es impliziert, zu „vergessen“. Die Erfahrung der ARAU hat uns in allen Fällen gezeigt, wie wichtig es in den Stadtkämpfen ist, immer auf die Ersatzlösungen hinzuweisen. In der Definition dieser Lösungen kann man vielleicht den Eindruck hinterlassen, rückständig zu sein, weil man letzten Endes ja keine andere Wahl hat . . .

Maurice Culot – Ich komme zurück auf das berühmte maison de la Place du Jeu de Balle: ganz sicher verdient es „an sich“ kein Interesse, aber wenn man es in den Zusammenhang eines Kampfes einbezieht, versteht man, daß es unerlässlich ist, es zu verteidigen und selbst seine Qualitäten als Haus des 17. Jahrhunderts zu rühmen: darin zeigt sich aller Machiavellismus der Aktionskomitees . . .

Pierre Got – Machiavellismus oder Konfusion? Man darf auch nicht vergessen, daß die soziale Zusammensetzung der Komitees in enger Beziehung zu dem steht, daß die sie zuständig sind. Das zeigt sich ganz deutlich in Tournai. Viertel steht, für das sie zuständig sind. Das zeigt sich ganz deutlich in Bürger-Gewisse Gruppierungen haben eine bürgerliche Mehrheit, weil sie in Bürgervierteln arbeiten. Umgekehrt ist es genauso. Die politische Dimension ihrer Tätigkeit ist von dieser Realität nicht zu trennen. Von daher darf unser Engagement innerhalb dieser Gruppen weniger von der Bedeutung der aufgegriffenen Probleme als von dem politischen Potential bestimmt sein. Dieser Klärungsprozeß scheint mir eine unerlässliche Voraussetzung jeder Radikalisierung der Stadtkämpfe zu sein.

Jacques Aron – Nehmen wir ein anderes Beispiel, das der Aktion der rue des Renards, die von ihren Bewohnern neu gestrichen wurde. Das ist gewiß sympathisch, aber wenn die Aktion damit aufhört, läuft sie Gefahr, politisch folgenlos zu bleiben. Wenn man dagegen aufzeigt, warum das Viertel so vernachlässigt wird, wie es der Fall ist, warum es im Rahmen der öffentlichen Ausgaben keine Mittel für die Verschönerung populärer Stadtviertel gibt, so ist das glaube ich nützlich. Denn offensichtlich geht es nicht darum, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von der ITT oder den Multinationalen zu reden . . .

Jacques Vanderbiest – Ich bin ganz einer Meinung mit *Aron*, daß die „Mal“-Aktion wertlos gewesen wäre, hätten nicht junge Leute sie in die Hand genommen, die gewisse politische Gegebenheiten begriffen haben und darauf in einer ganz bestimmten Art und Weise antworten. Meiner Meinung nach ist das Wichtigste an all diesen Erscheinungen eine neue Einstellung, eine neue Form, die Probleme anzugehen. Sie ist das Gegenstück zur Herangehensweise z.B. der ITT-Phraseologen mit ihrer fadenscheinigen Masche.

Jacques Moins – Ich will auf gar keinen Fall diese Interpretation, die *Vanderbiest* gegeben hat, kritisieren, während man gleichwohl sehen muß, daß es sich um einen „sehr langen Marsch“ handelt. Aber wird der Machiavellismus gewisser Initiatoren der Komitees in der breiten Öffentlichkeit verstanden? Man wird sich das fragen müssen.

Christian Vandermotten – Ich stehe ratlos vor dem Paradox, das aus den Vorschlägen *Schoonbrodt*s resultiert. Auf der einen Seite hebt er hervor, daß das entscheidende Kriterium der Stadtkämpfe die Macht ist, auf der anderen Seite meint er, daß die Komitees vor den Bewohnern bestimmte Beziehungen zur

Macht, bestimmte politische Verantwortlichkeiten nicht enthüllen können. Wie soll man aus diesem Widerspruch herauskommen?

René Schoonbrodt – Dieser Widerspruch, den ich wie Sie sehe, hindert mich nicht an der täglichen Arbeit. Man kann nicht alle Probleme auf einmal lösen.

Marguerite Mertens – Für meinen Teil möchte ich noch sagen, daß die Stadtteilkomitees in dem Maße etwas Neues darstellen, wie dank ihrer Tätigkeit die Bewohner, die von einem Stadtprojekt betroffen werden, sich von nun an die Politik der vollendeten Tatsachen nicht mehr gefallen lassen, zumindest was die Wohnungsfrage betrifft. Wenn die Komitees auch die ökonomische Herrschaft nicht gefährden, so bedrängen sie doch die Abgeordneten. Das erscheint mir als ein deutlicher Fortschritt. Aber dennoch vergesse ich darüber nicht, daß der zurückzulegende Weg noch lang und keineswegs ohne Hindernisse ist. Vielleicht sind wir ein wenig zu ungeduldig.

Rosine Lewin – Zu ungeduldig? Zu anspruchsvoll? Nicht kritisch genug? Zweifellos wird hier keine Einmütigkeit über die Grenzen der Stadtkämpfe erreicht werden. Und zweifellos kann man nicht „alle Probleme auf einmal lösen“. Dennoch wird dieser Meinungsaustausch, denke ich – und ich danke Ihnen im Namen der „Cahiers marxistes“ –, dazu beigetragen haben, die Frage zu klären, unter welchen Bedingungen die Kämpfe der Stadtteilkomitees Auftakt zu einer von gesellschaftlichen Bedürfnissen bestimmten Raumplanung werden können. Die Rolle der Arbeiterbewegung, die Intervention der politischen Kräfte scheinen mir die unerlässliche Bedingung dafür zu sein, daß die Stadtkämpfe eine politische Dimension gewinnen, die ihnen heute noch fehlt.

Übersetzung: Almut Domeradski/Reinhard Schweicher

Bruno Flierl

Gesellschaft und Architektur

Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um zwei Auszüge aus der 1973 publizierten Dissertation von Bruno Flierl: „Gesellschaft und Architektur in unserer Epoche. Ein Beitrag zur architekturtheoretischen Forschung in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus.“ Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Heft 44, Berlin/DDR 1973, S. 33–35 und S. 47–49.

Industriegesellschaftstheorie und Architektur – Westdeutsche Konzeptionen

Die auf dem Boden der Theorie der ‚Industriegesellschaft‘ entstehenden Konzeptionen der Architektur- und Stadtentwicklung gehen alle vom überragenden wissenschaftlich-technischen Fortschritt unserer Zeit aus, folgern daraus ökonomische und soziale Fortschritte und zielen auf eine sozial ausgeglichene reformierte kapitalistische Gesellschaft. Daß die kapitalistische Gesellschaft, so wie sie ist, verändert werden müßte, haben heute so gut wie alle Architekten in westlichen Ländern erkannt. Viele Jahre hindurch ging jedoch die Kritik an Mißständen und Auswüchsen der kapitalistischen Realität – trotz polemischer Schärfe – in der Regel nicht bis an die Wurzel, d. h. nicht bis zur Kritik am System des Kapitalismus, nicht bis zur Forderung nach Abschaffung dieses Gesellschaftssystems. Die Kritik an der ‚Unwirtlichkeit‘ der kapitalistischen Stadt wurde für gewöhnlich nicht als Kritik an der Unwirtlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft geführt¹. Aus diesem Grunde wurde im allgemeinen als Alternative nicht die dem Kapitalismus antagonistisch entgegengesetzte sozialistische Gesellschaft, sondern die moderne ‚Industriegesellschaft‘ im Sinne einer verbesserten kapitalistischen Gesellschaft angeboten, die nämlich evolutionär auf dem Wege von Reformen durch Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft mit ihren Mängeln entstehen soll. Eine marxistisch fundierte Kritik, wie die von Claude Schnaidt 1967 veröffentlichte Kritik am kapitalistischen Städtebau, blieb viele Jahre eine Seltenheit². Erst in der jüngsten Zeit beginnt sich in den westeuropäischen Ländern und auch in der Bundesrepublik mit der zunehmenden Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus auch auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur eine teils antikapitalistische, teils mar-

xistische Kritik am kapitalistischen Gesellschaftssystem zu artikulieren³. Diese Kritik wird getragen von der studentischen Jugend an fast allen Universitäten und Hochschulen der führenden westlichen Länder. Sie hat das Gros der Architekten jedoch noch nicht erreicht. Dafür sorgen nicht zuletzt die Architekturzeitschriften, die nach wie vor das Image der ‚Industriegesellschaft‘ polieren und ästhetische Lösungen für soziale Aufgaben anbieten.

Mit aller Nüchternheit muß festgestellt werden: Die Industriegesellschaftstheorie ist zur modernen Weltanschauung der Architekten, gerade auch vieler fortschrittlich eingestellter Architekten in den westlichen Ländern geworden. Ihre große Anziehungskraft besteht einmal darin, daß sie mit ihren konstruktiven, technikbejahenden und kulturoptimistischen, futurologisch in die Zukunft orientierten Konzeptionen für das Leben der Menschen und die Entwicklung der Gesellschaft bei Architekten und Stadtplanern großen Widerhall gefunden hat. Sie vermittelt ihnen nicht nur allgemein Zukunftsgewißheit, sondern Einsichten in grundlegende Gesetzmäßigkeiten und konkrete Angaben über langfristige Trends der Entwicklung von Wissenschaft und Technik, Lebensstandard und Lebensweise, also Informationen, die für die Architektur- und Stadtentwicklung unentbehrlich sind. Zum anderen hat die Industriegesellschaftstheorie deshalb eine so große Wirkung auf Architekten und Stadtplaner, weil die gebaute räumliche Umwelt des Lebens der Menschen eines der immer wiederkehrenden Hauptbeispiele und Hauptanwendungsgebiete für die Thesen dieser Theorie selbst ist.

So scheint die Industriegesellschaftstheorie den Architekten und Stadtplanern alle Fragen beantworten zu können, die sie stellen, wenn sie die baulich-räumliche Umwelt für gegenwärtige und künftige Lebensprozesse gestalten wollen: Fragen über den technischen, ökonomischen und sozialen Fortschritt, über den Wandel in der Beschäftigtenstruktur und über die Verstädterung, über das Anwachsen der Freizeit und des Lebensstandards usw. Sie scheint brauchbare Modelle und Entwürfe künftiger Lebensweisen und möglicher Zukünfte bereitzuhalten, wie z. B. den ‚Demographischen Kalender‘ von Fourastié oder die ‚Arbeitspläne für Fünftage- und Viertagewecken‘ von Kahn und Wiener⁴. Sie scheint zutiefst dem Drang der bürgerlichen Architekten und Stadtplaner zu entsprechen, mit der architektonischen und städtebaulichen Gestaltung der Umwelt zugleich das Leben der Menschen, die Gesellschaft, die Welt zu verbessern – ohne soziale Revolution oder zur Vermeidung einer sozialen Revolution, wie Le

3) Vgl. Heide Berndt, Alfred Lorenzer, Klaus Horn, Architektur als Ideologie, edition Suhrkamp 243, Frankfurt (Main) 1968; Hans G. Helms, Jörg Janssen, Kapitalistischer Städtebau, Soziologische Essays, Neuwied/Berlin (W) 1970.

4) Vgl. Jean Fourastié, Die 40 000 Stunden, Aufgaben und Chancen der sozialen Evolution, Düsseldorf/Wien 1966 (Paris 1965), S. 72, 305; Hermann Kahn, Anthony Wiener, Ihr werdet es erleben. Voraussagen der Wissenschaft bis zum Jahre 2000, Wien/München/Zürich 1968, S. 184 f.

1) Alexander Mitscherlich, Von der Unwirtlichkeit der Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main 1965.

2) Vgl. Claude Schnaidt, Architektur und politisches Engagement, Deutsche Architektur (Berlin/DDR) (DA), XVII (1968) 7, S. 358 ff.

Corbusier schon hoffte⁵. Denn diese Theorie orientiert geradezu darauf, den Kapitalismus so wie er ist zu kritisieren, um ihn zu verbessern und umwandeln zu können, ohne ihn liquidieren zu müssen! Und eben dadurch befestigt die Industriegesellschafts-Theorie die Fortdauer der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse!

Von großer Bedeutung für die rasche und nachhaltige Verbreitung der Theorie der „Industriegesellschaft“ auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur ist, daß durch die wachsende interdisziplinäre Zusammenarbeit auf Kongressen und bei Publikationen die „Brauchbarkeit“ dieser Theorie für Architekten und Stadtplaner mit nachhaltigem Erfolg demonstriert wird. Dafür ist besonders die Entwicklung in der Bundesrepublik typisch. Allein im Jahre 1967 – einem zugegebenermaßen überdurchschnittlich diskussionsfreudigen Jahr – fanden drei wichtige interdisziplinäre Fachtagungen zu Problemen des Städtebaus und der Architektur statt, auf denen neben Architekten und Stadtplanern bekannte Vertreter der Soziologie, Psychologie, Futurologie und Medizin weithin beachtete Referate hielten und Grundlagen des industriegesellschaftlichen Denkens schaffen halfen, die noch jahrelang nachwirkten: Anlässlich des Frankfurter Gesprächs, das die List-Gesellschaft zum Thema „Von der Stadt- zur Regionalplanung“ veranstaltete, sprachen u. a. *Edgar Salin* und *Burckhardt Lutz*⁶, anlässlich der „Constructa II“, die dem Thema „Philosophie und Realität des Wohnungs- und Städtebaus“ gewidmet war, sprachen u. a. *Jane Jacobs*, *Alexander Mitscherlich* und *Jean Fourastié*⁷, anlässlich des 42. Bundestages des westdeutschen BDA, der das Thema „Wie werden wir weiterleben?“ behandelte, sprachen u. a. *Robert Jungk*, *Pierre Bertaux*, *Nicolaus Sombart*, *Walter Haseloff*, *Alexander Mitscherlich* und *Hans Paul Bahrdt*⁸. Sie alle hatten zuvor in Publikationen grundlegende Positionen oder einzelne Aspekte der „Industriegesellschaft“ theoretisch erörtert und sich mehr oder weniger auch schon mit Problemen der baulich-räumlichen Umweltgestaltung befaßt, sie waren bekannt, sie hatten Autorität und sie hatten auch etwas zu sagen.

In der Bundesrepublik haben alle diese Bemühungen um Konzeptionen für die baulich-räumliche Umweltgestaltung in der „Industriegesellschaft“, die auf eine Verbesserung und Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft hinauslaufen, von Anfang an große ideologische Sympathie und Unter-

5) Vgl. Le Corbusier, Ausblick auf eine Architektur (1922), Bauwelt Fundamente 2, hrsg. v. Ulrich Conrads, Berlin (W)/Frankfurt (Main)/Wien 1963, S. 25, 202.

6) Vgl. Polis und Regio, Von der Stadt- zur Regionalplanung. Frankfurter Gespräche der List-Gesellschaft 8. bis 10. Mai 1967, hrsg. v. Edgar Salin u. a., Basel/Tübingen 1967; Burkart Lutz ist der deutsche Übersetzer des Hauptwerks von Jean Fourastié: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln-Deutz 1954.

7) Vgl. Constructa II, Fachtagung Philosophie und Realität des Wohnungs- und Städtebaus 1967, Hannover 1967.

8) Vgl. Bericht, Referate und Diskussionsbeiträge über den 42. Bundestag des BDA, in: Der Architekt XVII (1967) 9 und 10.

stützung seitens der SPD erfahren und deren Politik in Fragen der Raumplanung, des Städtebaus und der Architektur wesentlich mit formieren helfen. Das gilt spätestens für die Zeit seit dem Parteitag der SPD in München 1956, auf dem *Leo Brandt* die Theorie der „zweiten industriellen Revolution“ und der „Industriegesellschaft“ für die SPD offiziell aneignete⁹. Mit dieser Konzeption hatte die SPD in ihrer Politik bei Architekten und Stadtplanern wesentlich mehr Erfolg zu verzeichnen als die CDU, die Partei der Großbourgeoisie, mit der von ihr vorgelegten Konzeption der „formierten Gesellschaft“ als Variante der Industriegesellschafts-Konzeption¹⁰.

In den letzten Jahren hat besonders *Lauritz Lauritzen*, Bundesminister für Wohnungsbau bis 1972, dazu beigetragen, daß Sozialdemokratismus und Industriegesellschafts-Ideologie einander wie selbstverständlich ergänzen. In einer Dokumentation des „Vorwärts“ zur Vorbereitung des westdeutschen Bundeswahlkampfes 1969 sagte er: „Die moderne Industriegesellschaft braucht das planvoll gestaltete Gemeinwesen. Jetzt, da unsere Partei eine geschlossene Mannschaft in Gemeinden und Ländern bis zum zuständigen Bundesminister stellt, müssen wir uns eindeutig zu einer modernen Städtebaupolitik bekennen.“ Was darunter zu verstehen ist, machte dann vor allem *Louis Storck* in derselben Ausgabe des „Vorwärts“ in einer Betrachtung zum „sozialen Bodenrecht“ klar: Die SPD bekenne sich zu einer Gesellschaft mit Privateigentum an Grund und Boden und strebe danach, sie funktionsfähig zu halten¹¹. *Lauritzen* ist vor allem auch als Herausgeber eines Buches mit dem Titel: „Städtebau der Zukunft“ als Propagandist einer Städtebaupolitik im Sinne der „Industriegesellschaft“ aufgetreten¹². Dieses Buch, das überwiegend schon anderswo veröffentlichte Vorträge und Essays vereinigt, ist allein schon von seinen Autoren her ein Programm. Unter den Nichtarchitekten befinden sich: *Robert Jungk*, *Otto W. Haseloff*, *Alexander Mitscherlich*, *Nicolaus Sombart* und *Hans Paul Bahrdt*, unter den Städtebau-soziologen: *Elisabeth Pfeil* und *Lucius Burckhardt*, unter den Architekten: *Rudolf Hillebrecht*, *Gerd Albers*, *Eckehardt Schulze-Fielitz* und *Frei Otto*. Sie alle hatten schon Jahre zuvor der SPD nahegestanden.

In diesem Buch finden sich gleich drei Autoren, die jene Auffassung unterstützen, die zu einer der grundlegenden Thesen der Industriegesellschafts-Theorie auf dem Gebiet der baulich-räumlichen Umweltgestaltung gehört und die *Françoise Choay* bereits 1965 in die Formel gebracht hatte: „La société industrielle

9) Vgl. Leo Brandt: Die zweite industrielle Revolution, Referat auf dem Parteitag der SPD, München 1956, Vorwärts 20. 7. 1956.

10) Vgl. Reinhard Opitz, Der große Plan der CDU: Die „Formierte Gesellschaft“, Blätter für deutsche und internationale Politik (1965) 9.

11) Vgl. Der Bürger und seine Umwelt. Eine Dokumentation des Vorwärts Nr. 25 vom 19. Juni 1969; Lauritz Lauritzen, Städtebau – unsere Aufgabe von morgen, ebd.; Louis Storck, Soziales Bodenrecht – Voraussetzung der Stadtentwicklung, ebd.

12) Vgl. Städtebau der Zukunft, Tendenzen – Prognosen – Utopien, hrsg. Lauritz Lauritzen, unter Mitarbeit von Horst Jürgen Winkel, Düsseldorf/Wien 1969.

13) Françoise Choay, L'urbanisme, utopies et réalités, une anthologie, Paris 1959, S. 7.

est urbaine“ (Die Industriegesellschaft ist städtisch).¹³ So sagt Sombart: „Industrialisierung und Urbanisierung gehören zusammen, sind zwei Aspekte ein und desselben Vorgangs.“¹⁴ Das natürliche Habitat der Industriegesellschaft sei nicht mehr die primäre Umwelt Mutter Erde, sondern eine künstliche zweite Umwelt des Menschen, wie sie in den ‚Monstre-Anmässungen‘ entsteht, die Megalopolis genannt werden. Die Urbanisierung versteht Sombart als „das ökologische Korrelat zu der im Entstehen begriffenen planetarischen Industriegesellschaft“. Folgerichtig kommt er auch zu dem für die Industriegesellschafts-Ideologie typischen Schluß: „Die Urbanisierung vollzieht sich in allen Erdteilen nach dem gleichen Gesetz – im Westen wie im Osten, unter kapitalistischem Regime genauso wie in den sozialistischen Staaten...“¹⁵

Albers stellt die These auf, daß mit dem Verschwinden der Agrargesellschaft auch die Polarität zwischen Stadt und Land – auch in Hinsicht auf die Umwelt und auf die Lebensformen – zunehmend dahinschwinde. Und er sagt: „Das, was man die städtische Lebensform zu nennen gewohnt ist, stellt in Wahrheit die Lebensform der vollentwickelten Industriegesellschaft dar: ihr gehört die Zukunft.“¹⁶ Lauritzen übernimmt diesen Gedanken fast wörtlich: „Die städtische Lebensform wird die Lebensform der Industriegesellschaft sein.“ Und er ergänzt seine Lösung zum Bundeswahlkampf, wenn er sagt: „Die moderne Industriegesellschaft braucht das planvoll gestaltete Gemeinwesen. Dieses Gemeinwesen kann nur ein bewußt ‚städtisches‘ sein...“¹⁷ Davon ausgehend fordert er eine moderne Städtebaupolitik für die siebziger Jahre, um in der Bundesrepublik die „Weichen zum Städtebau der Zukunft“ stellen zu können¹⁸. Auf die Frage, welche sozial-ökonomischen und politisch-ideologischen Veränderungen notwendig sind, um die Urbanisierung und die vielen Probleme des Städtebaus mit dem gesellschaftlichen Fortschritt in unserer Zeit zu verbinden, kann Lauritzen wie alle anderen Ideologen der ‚Industriegesellschafts-Konzeption‘ verständlicherweise keine Antwort geben. Immerhin muß er bekennen: „Die Industriegesellschaft hat es bisher trotz ihrer ungeheuren Produktionskapazitäten nicht fertiggebracht, die durch die Industrialisierung entstandenen städtebaulichen Probleme zu lösen.“¹⁹

14) Nicolaus Sombart, Stadtstrukturen von morgen (zuerst 1968), in: Städtebau der Zukunft, S. 305 ff., 312.

15) Ebenda, S. 311, 312.

16) Gerd Albers, Stadtentwicklung und Baugeschehen (zuerst 1969), in: Städtebau der Zukunft, S. 142 ff., 145.

17) Lauritz Lauritzen, Zur Konzeption der künftigen Städtebaupolitik, in: Städtebau der Zukunft, S. 81 ff., 108.

18) Ebenda, S. 99.

19) Ebenda, S. 87.

Konzeption einer ‚einheitlichen Weltarchitektur‘

Eng verbunden mit der Konzeption einer ‚einheitlichen modernen Industriegesellschaft‘ in der ganzen Welt – einer sogenannten ‚Weltindustriegesellschaft‘, die sich nicht zuletzt durch die eine, ihr eigene Weltkultur auszeichnet – ist die Konzeption einer ‚einheitlichen Weltarchitektur‘, d. h. einer weltweit ähnlichen Architektur als Ausdruck des in aller Welt sich durchsetzenden Fortschritts der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs und anderer Kommunikationsmittel sowie des dadurch geprägten Lebensstils des ‚modernen‘ Menschen unserer Zeit. Diese Auffassung lebt nicht nur in den durch moderne Massenmedien weltweit verbreiteten modischen Architekturströmungen der gegenwärtigen Praxis, sie wird vor allem in den architektonischen Zukunftskonzeptionen und Utopien sichtbar, in denen die Modelle der ‚Industriegesellschaft‘ bzw. der ‚nachindustriellen Gesellschaft‘ die Grundlage für Modelle der künftigen Architektur bilden²⁰. Gelegentlich spielt diese Auffassung auch auf internationalen Tagungen von Architekten kapitalistischer und sozialistischer Länder eine Rolle, auf denen im Interesse gegenseitiger Verständigung das Gemeinsame, das in aller Welt für ‚den Menschen‘ und ‚die Architektur‘ Gültige betont wird. Die Verschwommenheit der Resolution des IX. UIA-Kongresses in Prag 1967 zum Thema: „Mensch, Architektur und Umwelt“ ist dafür ein Beispiel²¹.

Die Konzeption von einer ‚einheitlichen Weltarchitektur‘ steht – ob beabsichtigt oder nicht, ob ausgesprochen oder nicht – im Gegensatz zur Theorie und Praxis der Architektur- und Stadtentwicklung in den sozialistischen Ländern, die der kapitalistischen Architektur- und Stadtentwicklung bewußt entgegengesetzt ist. Sie läuft darauf hinaus, diesen Gegensatz zu verwischen, „den Architekturbegriff zu ‚entideologisieren‘, den Klassengehalt und die nationale Bestimmtheit aus der Architektur herauszuoperieren und letztlich die Herausbildung einer sozialistischen Architektur aufzuhalten“²².

Bei allen diesen Versuchen, die Probleme der Architektur und der Stadt von heute und von morgen als weltweite Probleme zu lösen, spielen die Theorie von Fourastié über die ‚tertiäre Gesellschaft‘, die auf seiner Dreisektorentheorie beruht, die Theorie von Aron über die ‚industrielle Gesellschaft‘ und neuerdings vor allem die Theorie von Kahn und Wiener, Bell und Drucker über die ‚nachindustrielle Gesellschaft‘ keine unbedeutende Rolle. Denn wer wie Fourastié

20) Vgl. Bruno Flierl, Zukunftskonzeptionen der Architektur, in: Deutsche Bauakademie (Autorenkollektiv), Beiträge zur architekturtheoretischen Forschung (Diskussionsmaterial), Berlin 1967, Abschn. X, S. 225 ff., 227 f.

21) Vgl. Resolution des IX. Kongresses der UIA, DA XVII (1968) 3, S. 181. Wie Teilnehmer der DDR-Delegation des BDA berichten, handelte es sich bei dieser Resolution um eine bereits stark korrigierte Fassung eines ganz im Sinne der Konvergenztheorie vorgelegten ersten Entwurfs.

22) Benny Heumann, Zu einigen Entwicklungstendenzen des Städtebaus in den kapitalistischen Ländern, DA XIX (1970) 10, S. 580 ff., 588.

und Aron behauptet, daß die Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus verschwinden, sobald unter anderem die Beschäftigtenstruktur in beiden Gesellschaften gleich sein wird, nämlich sobald diese in das Stadium der ‚tertiären Zivilisation‘ eingetreten sein werden, der fragt auch nicht nach den Unterschieden zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Stadt heute und morgen, der orientiert sich allein auf die ‚tertiäre Stadt‘ als Stadt der Zukunft. Und wer wie Kahn und Wiener, Bell und Drucker und alle anderen, die ihnen folgen, die Stadt von morgen primär als Stadt der ‚nachindustriellen Gesellschaft‘ betrachtet, als Stadt der Dienstleistungen und der ‚weißen Kragen‘, als Stadt der Wissenschaft, der Information und der Kommunikation, der fragt nicht nach der kommunistischen Zukunft der Stadt. Wer so denkt, begibt sich außerhalb der realen Architektur- und Stadtentwicklung in unserer Epoche.

Nicht alle Verfechter der Konzeption einer ‚einheitlichen Weltarchitektur‘ haben eine Konvergenz zwischen der gegenwärtigen kapitalistischen und sozialistischen Architektur- und Stadtentwicklung im Auge. Im Gegenteil. In den fünfziger Jahren war die Konzeption einer weltweit ähnlichen Architektur derart mit den Vorstellungen von ‚moderner Architektur‘ verknüpft, wie sie vor allem in den zwanziger Jahren in den damaligen Zentren der Architekturentwicklung, in Mitteleuropa, in den USA, aber auch in der Sowjetunion entstanden waren, daß alle Länder, die, wie besonders die sozialistischen Länder, diesem ästhetischen Ideal zu folgen nicht bereit waren, als hoffnungslos zurückgefallen betrachtet wurden. Erst als sich mit dem wirtschaftlichen Aufblühen der Sowjetunion nach den schweren Jahren der Kriegs- und Nachkriegszeit und mit der Entwicklung der sozialistischen Produktion, Lebensweise und Kultur in den volksdemokratischen Ländern praktisch zeigte, zu welchen Leistungen die sozialistischen Staaten bei der Gestaltung der baulich-räumlichen Umwelt zum Wohle der Menschen fähig sind, und als sich gleichzeitig herausstellte, daß die Verwirklichung der Architekturideale in der kapitalistischen Welt auf soziale Grenzen immer größerer Ausmaßes stößt, da tauchte im bürgerlichen Lager die ‚Idee‘ auf, daß auch vom ‚Osten‘ etwas zu lernen sei, ja, daß es unter Umständen das Vorteilhafteste wäre, wenn die Vorzüge beider Systeme im Interesse einer weltweit ähnlichen Architektur kombiniert werden könnten. Manche Architekten begannen von einer Montage der besten Lösungen der Architektur beider Gesellschaftssysteme zu träumen, manche von einer Montage der besten Architekturkonzeptionen und der besten gesellschaftlichen Bedingungen der Welt zur optimalen Architektur unserer Zeit. Diesen Gedanken sprach Hans Blumenfeld bei einem Besuch in der DDR Anfang der fünfziger Jahre dahingehend aus, daß es das Beste wäre, wenn sich die modernen westlichen Architekturauffassungen mit den ökonomischen und sozialen Voraussetzungen und Möglichkeiten der sozialistischen Länder vereinigen könnten²³. In gleicher Weise plädierte Arthur Ling,

23) Nach persönlichen Notizen, die der Verfasser während eines Vortrags von Blumenfeld in Berlin machte.

der Vertreter Großbritanniens auf dem V. UIA-Kongreß 1958 in Moskau, für die ‚goldene Mitte‘ zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Städtebau²⁴.

Es ist bezeichnend für die weit verbreitete militante antikommunistische und antisowjetische Ideologie in der westdeutschen Bundesrepublik, vor allem auch in ihrer Haltung zur DDR, daß die Konvergenztheorie nicht nur auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur, sondern überhaupt langsamer zur Wirkung gekommen ist als in anderen westlichen Staaten²⁵. Denn wer jahrelang politisch-ideologisch von der Nichtanerkennung der DDR lebt, der ist geneigt, nach dem Vorbild von Rostow mit dem Sozialismus insgesamt auch die sozialistische Architektur- und Stadtentwicklung in der DDR als Abweichung vom historischen Weg zur ‚Industriegesellschaft‘ und der ihr gemäßen Architektur und Stadt zu betrachten, wie ihn die kapitalistische Bundesrepublik geht.

Eine der profiliertesten Vorstellungen des Ähnlichwerdens der Architektur in der ganzen Welt – ohne dabei den antagonistischen Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus und ihre etwa mögliche Konvergenz überhaupt zu berühren – stammt von Konstantinos A. Doxiades. In seinem Buch „Architektur im Wandel“ sagt er: „Wir bewegen uns schrittweise nicht nur auf ähnliche Lösungen zu, sondern auf Lösungen, die für die gesamte Menschheit grundlegend und nicht an einen bestimmten Ort gebunden sind.“²⁶ Dieser Prozeß des Ähnlichwerdens der Architektur in verschiedenen Teilen der Welt sei durch drei Einflußwellen nacheinander hervorgerufen worden: erstens durch die Einführung mechanischer Produktions- und Transportmittel, durch Typisierung und Standardisierung, zweitens durch internationale Verbreitung von Materialien, Konstruktionslösungen und Projekten, nicht zuletzt durch Modeströmungen, und drittens durch die Ausbreitung moderner Architekturauffassungen durch die Architekten selbst, die von bestimmten Ausbildungszentren aus in alle Welt gingen²⁷.

Die tiefere Ursache für diesen Prozeß sieht Doxiades in der zunehmenden Gleichheit des technischen Niveaus auf der Grundlage der modernen Industrie, in der Zunahme der Verkehrsverbindungen und sonstigen Kommunikationen und Kontakten, im Abbau der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Ländern, vor allem aber in dem, was er „Sozialisierung der Architektur“ nennt: in der Überwindung einer von Klasseninteressen bestimmten, einzelnen Klassen dienenden Architektur und in der bewußten Herausbildung einer Architektur, die überall den breitesten Schichten dient und Ausdruck einer allgemeinen Kultur sein wird. Mit der weltweiten Auslese der besten Lösungen entstünden allmählich universale Lösungen einer die Welt umspannenden ‚ökumenischen‘ Architektur,

24) Vgl. den Bericht von: Hans Gericke, Städtebauer der Welt in Moskau, DA 7 (1958) 9, S. 603.

25) Vgl. Herbert Meißner, Konvergenztheorie und Realität, Berlin/DDR 1969, S. 43.

26) Konstantinos A. Doxiadis, Architektur im Wandel, Düsseldorf/Wien 1965, S. 183.

27) Ebenda, S. 33.

die durchaus ihren lokalen Ausdruck haben würden. Dieser große Wandlungsprozeß könne erst nach dem Jahre 2000 als vollendet betrachtet werden²⁸.

Doxiades übersieht bei alledem den Einfluß der sozialen, d. h. der sozial-ökonomischen und politisch-ideologischen Entwicklung der Gesellschaft auf die Architekturentwicklung. In Wirklichkeit steht heute "der zunehmenden Ähnlichkeit der Architektur in der ganzen Welt als Produkt der Technik und der Wissenschaft die Ungleichheit der Architektur als Produkt – als Mittel und Ausdruck – gesellschaftlicher Lebenstätigkeit und Kommunikationen der Menschen zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme in der Welt gegenüber, weshalb im Gegensatz zur Annahme der Vertreter einer weltweiten ‚Industriegesellschaft‘ weder von einer einheitlichen Weltkultur noch von einer einheitlichen Weltarchitektur gesprochen werden kann. Eine einheitliche Weltkultur und eine einheitliche Weltarchitektur können nur auf der einheitlichen Grundlage der weltweiten kommunistischen Gesellschaftsformation entstehen.

Diesen großen Prozeß der Architekturentwicklung sieht auch *Frei Otto* nicht, der die interessante Feststellung trifft, daß die in den zwanziger Jahren geborene „eine Weltarchitektur“, die in der Mitte des Jahrhunderts ihre große Zeit des „weltumspannenden internationalen Bauens“ erlebte, ihre Einheitlichkeit heute bereits zu verlieren beginne: „Die Epoche der einen, weltumspannenden Architektur ist beendet“, es breche jetzt die „Zeit der vielen Wege“ an²⁹. Mit diesen vielen Wegen meint *Frei Otto* unterschiedliche architektonische Lösungen von Bauaufgaben, deren soziale Funktion in den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen unserer Zeit er allerdings nicht zur Debatte stellt.

Stadt und Urbanisierung

Die Stadt war in ihrer langen Geschichte schon immer die wirtschaftlichste, politisch aktivste und kulturreichste Siedlungsform für das Zusammenleben der Menschen. Heute jedoch beruht – angesichts der dynamischen wissenschaftlich-technischen und sozialen Entwicklung in unserer Zeit – in viel höherem Maße als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit der Aufschwung der Gesellschaft auf der Entwicklung der Stadt und die Entwicklung der Stadt auf dem Aufschwung der Gesellschaft. Die optimale Gestaltung der Stadt ist daher zu einem bedeutenden Faktor in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus geworden.

Die sozialistische Stadt gestalten heißt, die Stadt in der Einheit von gesellschaftlichem Organismus und baulich-räumlicher Umwelt den Erfordernissen und Zielen, Möglichkeiten und Bedingungen der sozialistischen Gesellschaftsentwicklung entsprechend zu gestalten. Die im Sozialismus sich entwickelnde

28) Ebenda, S. 184, 185, 206, 207.

29) Frei Otto, Bauen und Wohnen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Städtebau der Zukunft (zuerst 1968), S. 263 ff., 267, 268, 271.

Stadt unterscheidet sich daher in dem Maße, wie das Leben selbst spürbare sozialistische Qualität annimmt und sich in der Stadtkultur vergegenständlicht und ausdrückt, mit zunehmender Divergenz von der Stadt der kapitalistischen Gesellschaft, und zwar nicht nur als gesellschaftlicher Organismus, sondern in Abhängigkeit davon auch als baulich-räumliche Lebensumwelt.

Hätten die Vertreter der Theorie der ‚Industriegesellschaft‘ bzw. der ‚nachindustriellen Gesellschaft‘ recht, dann würde die Stadtentwicklung in der Hauptsache nur vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt und seinen Auswirkungen auf das Leben der Menschen bestimmt werden. Die kapitalistische und die sozialistische Stadt wären dann analog zu ihren Gesellschaftssystemen nur als zwei Varianten oder ‚Modalitäten‘ ein und derselben Sache aufzufassen, nämlich als zwei Varianten der Stadt in der ‚industriellen‘ bzw. ‚nachindustriellen‘ Gesellschaft, der ‚tertiären‘ Gesellschaft, der ‚Massenkonsum- und Freizeitgesellschaft‘ oder wie immer von *Aron* und *Fourastié*, *Rostow*, *Bell* und *Kahn* und anderen die auf der materiell-technischen Grundlage der wissenschaftlich-technischen Revolution sich entwickelnde ‚Gesellschaft‘ bezeichnet wird.

Tatsächlich jedoch wird die Stadt vom gesellschaftlichen Fortschritt als der dialektischen Einheit von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und sozialem Fortschritt bestimmt. Bei aller Ähnlichkeit und scheinbaren Gleichheit in unmittelbaren Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion auf alle Lebensbereiche des Menschen wie auch auf die baulich-räumliche Lösung von Bauaufgaben im Kapitalismus und Sozialismus unterscheidet sich die sozialistische Stadt von der kapitalistischen überall da vom Wesen her, wo es um die Gestaltung von gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen, um die optimale praktische Organisation und um die ideologisch wirksame ästhetische Darstellung ihres realen Lebensprozesses in der gebauten räumlichen Umwelt geht. Produktivkräfte, Gesellschaftsordnung und Stadtentwicklung bilden daher einen Zusammenhang, der durch die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche bestimmt wird: durch den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die sozialistische Stadt entsteht auf der Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Erst die im Sozialismus sich vollziehende grundlegende „Erneuerung aller sozialen und politischen Existenzformen“³⁰ des gesellschaftlichen Lebensprozesses der Menschen führt zu jener tiefgreifenden Erneuerung aller Sphären des städtischen Lebens, die eine qualitative Erneuerung der städtebaulichen Umwelt lebensnotwendig und auch erst möglich macht.

Von der Seite des gesellschaftlichen Organismus Stadt her sind im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der sozialistischen Verfassung der DDR von der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg Thesen zur sozialistischen Stadt zur Diskussion gestellt worden, in denen die sozialistische Gestaltung der Stadt als eine der integrierenden Aufgaben der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft begründet wird. Die Stadt wird in diesen Thesen als

30) Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1963.

eine der „elementaren sozialen und politischen Struktur- und damit Existenz- und Entwicklungsformen des gesellschaftlichen Lebensprozesses der Menschen“ betrachtet³¹. Sie wird daraufhin untersucht, wie sie sich als sozialistische Gemeinschaft entwickelt, welche Funktion sie im sozialistischen Reproduktionsprozeß hat und wie sie als politisch organisierte Gemeinschaft einen Teil des einheitlichen sozialistischen Staatsganzen bildet. Die Stadt wird auf diese Weise sowohl von ihrem gesellschaftlichen Lebensprozeß insgesamt, der sich in der Lebensweise und in der Kultur der Stadtbewohner ausdrückt, als auch von ihrer Produktionsweise und von ihrer politischen Struktur her bestimmbar und gestaltbar: als ein bestimmter gesellschaftlicher Organismus, der durch seine ökonomische, sozial-kulturelle und politische Einheit charakterisiert ist.

In der Verfassung werden deshalb die Städte nicht als Verwaltungseinheiten, sondern als sozialistische Gemeinschaften der Bürger aufgefaßt, deren gesellschaftliche Funktion darin besteht, in Übereinstimmung mit der Zielfunktion des Sozialismus – Herausbildung der sozialistischen Gesellschaft und Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten – „die notwendigen Bedingungen für eine ständig bessere Befriedigung der materiellen, sozialen, kulturellen und sonstigen gemeinsamen Bedürfnisse der Bürger“ zu gestalten³².

Mit diesen, aus staatsrechtlicher, kommunalpolitischer und soziologischer Sicht erarbeiteten Erkenntnissen ist ein wichtiger Beitrag für eine Theorie der sozialistischen Stadt als Strukturform des gesellschaftlichen Lebensprozesses der Menschen im Sozialismus geleistet worden, für die Untersuchung der dem Sozialismus gemäßigen städtischen Lebensweise³³.

Aufgabe der weiteren Forschung müßte es sein, exakter als das bislang geschah, zu untersuchen, worin die Spezifität der gesellschaftlichen ‚Existenz-, Struktur- und Entwicklungsform‘ Stadt besteht – im Verhältnis zur Existenz, Struktur und Entwicklung der Gesellschaft insgesamt und damit nicht zuletzt auch zu den anderen Siedlungsformen. Insbesondere käme es darauf an zu erforschen, welche Rolle die Stadt – vor allem: jede konkrete Stadt – im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des übergeordneten Bezugssystems der Gesellschaft und des Territoriums spielt, welches Maß an relativer Selbständigkeit sie dabei hat, welche Veränderungen infolge des wachsenden nationalen und

31) Funktion, Rechtsstellung und Arbeitsweise der Organe der Staatsmacht von kreisan gehörigen Städten und Gemeinden im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus (Thesen), in: Gesellschaftliche Funktion der Stadt und Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung, Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“ (Autorenkollektiv), Berlin/DDR 1969, Band 1, S. 55.

32) Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1968, Art. 41 und 43, 81–84.

33) Vgl. H. Melzer, Über die Rolle der sozialistischen Stadt im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und daraus erwachsende Aufgaben und Verantwortung der örtlichen Räte, in: Generalbebauungsplan der Städte der DDR, Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, H. 29, Berlin 1970, S. 31 f.

internationalen Konzentrations- und Integrationsprozesses der gesellschaftlichen Reproduktion sich für das Leben der Stadt als Teil des Lebens der Gesellschaft ergeben und welche Konsequenzen das alles für die baulich-räumliche Umwelt Stadt hat.

Damit wäre dann auch die soziologische Ausgangsbasis für die Erforschung der sozialistischen Stadt als Strukturform der gebauten räumlichen Umwelt exakter zu bestimmen. Denn als Strukturform des gesellschaftlichen Lebens ist die Stadt an die baulich-räumliche Umwelt gebunden, d. h., die gesellschaftliche Lebenstätigkeit der Stadt bedarf einer ihr adäquaten baulich-räumlichen Strukturform, um sich optimal entwickeln zu können³⁴. Die einzelnen Elemente der Stadt wie Gebäude, Straßen und Plätze, die einzelnen Bereiche der Stadt wie Wohngebiete, Arbeitsstättengebiete, Erholungsgebiete und Stadtzentren bzw. Stadtgebietszentren sowie die Struktur der Stadt, durch die Elemente und Bereiche in ihren Beziehungen untereinander und zum Ganzen der Stadt nach ihrer gesellschaftlichen Funktion baulich-räumlich fixiert sind, haben nur in Hin sicht auf das übergeordnete Ganze der Stadt, das sie formieren, baulich-räumlich und vor allem auch gesellschaftlich ihre optimale Qualität. Denn erst in der Stadt als Ganzes verfügt das gesellschaftliche Leben über eine baulich-räumliche Umwelt, in der es sich relativ selbstständig als ein einheitliches ökonomisches, sozial-kulturelles und politisches Ganzes im übergeordneten System der Siedlung und der Gesellschaft entwickeln kann.

Die Hauptaufgabe der sozialistischen Stadtentwicklung der DDR in den nächsten Jahrzehnten besteht zweifellos darin, die der entwickelten sozialistischen Gesellschaft adäquate Stadt als Ganzes herauszubilden. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft braucht – und sie schafft auch erst – die entwickelte sozialistische Stadt. In diesem Prozeß geht es in erster Linie darum, die vorhandene alte Stadt der Klassengesellschaft – nach dem Gesetz der Negation der Negation – in die sozialistische Stadt umzugestalten. Die konkreten Zielsetzungen des sozialistischen Städtebaus in der DDR ergeben sich daher aus der Aufgabe, die baulich-räumliche Struktur und Gestalt der gegenwärtigen Stadt – bei Bewahrung des wertvollen Alten – so zu verändern, daß die der entwickelten sozialistischen Produktionsweise, Lebensweise und Kultur gemäßigen Prozesse sich optimal vollziehen können, daß das Leben in den Städten für die Gesellschaft immer effektiver und für jeden einzelnen immer lebenswerter wird, daß schließlich die dem Sozialismus eigene prinzipielle Übereinstimmung der gesellschaftlichen mit den kollektiven und individuellen Interessen in der Beziehung der Menschen zur sozialistischen Stadt – als des ihr Leben unmittelbar bestimmenden Teiles der Gesellschaft und der Umwelt – als ihrer Heimat seine Entsprechung findet.

34) Vgl. Norbert Schmidt-Reenberg, Soziologie und Städtebau, Versuch einer systematischen Grundlegung, Stuttgart/Bern 1968, S. 92, der die Stadt als „physisch raumgebundenes und sozial raumbezogenes Interaktionssystem“ untersucht, als „soziales System, das einen jeweils bestimmten begrenzten Ort innehaltet“.

Vom ‚Funktionieren‘ der Stadt im gesellschaftlichen Gesamtprozeß des Lebens der Menschen hängt in hohem Maße nicht nur das Tempo der sozialistischen Gesellschaftsentwicklung, sondern auch die konkrete gesellschaftliche und baulich-räumliche Gestaltung des Lebens jedes einzelnen gesellschaftlichen Individuums ab. Die Erforschung der gesellschaftlichen Funktionen des Systems Stadt in seiner Ganzheit und Entwicklung gehört daher zu den dringenden Aufgaben der Stadtsoziologie.

In der Städtebauwissenschaft ist es seit langem üblich, die gesellschaftliche Funktion der baulich-räumlichen Umwelt – vor allem der Stadt – nach einigen Hauptfunktionen zu differenzieren und davon ausgehend die funktionelle Struktur der baulich-räumlichen Umwelt zu bestimmen und Bauaufgaben abzuleiten. Die „*Charta von Athen*“ (1933) nannte die Funktionen: wohnen, arbeiten, sich erholen (in der Freizeit), sich bewegen³⁵. Die „*16 Grundsätze des Städtebaus*“ (1950) fixierten den Anspruch der Menschen auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung. Über den Verkehr wird gesagt, daß er der Bevölkerung zu dienen habe³⁶. In neueren prognostischen Untersuchungen des Städtebaus in der DDR werden folgende Funktionsbereiche genannt: Arbeiten, Wohnen, Bildung und Kultur, Erholung und Sport. Ihre zunehmende Verflechtung wird ausdrücklich betont. Über den Verkehr wird gesondert gesprochen³⁷. Ein theoretisches Modell für die wissenschaftliche Erkenntnis und praktische Gestaltung der gesellschaftlichen Funktionen im Lebensprozeß der Stadt, wie sie für die Gestaltung der baulich-räumlichen Struktur dieses Lebensprozesses von Bedeutung sind, könnte von folgenden Überlegungen her aufgebaut werden: Die gesellschaftliche Funktion der Stadt beruht auf der gesellschaftlichen Lebenstätigkeit. Ihre Elemente sind: arbeiten, wohnen, sich bilden und kulturell betätigen, sich erholen. Ihre Struktur ist jenes Beziehungsgeflecht, das diese Elemente miteinander verbindet und das Kommunikation genannt wird. Der Begriff Kommunikation wird hierbei weit gefaßt: als stoffliche, energetische und informationelle Kommunikation, d. h. Beziehung, Verbindung, Verknüpfung, Austausch usw. aller Art von Tätigkeiten im gesamten individuellen und gemeinschaftlichen Leben der Menschen, ohne die ihre gesellschaftliche Lebenstätigkeit als ganzheitlicher Prozeß nicht möglich ist³⁸.

Mit dem Problem der gesellschaftlichen Funktion der Stadt und des in unserer Zeit unter dem Einfluß des gesellschaftlichen Fortschritts sich vollziehenden Funktions- und Strukturwandels der Stadt beschäftigt sich die sowjetische Forschung unter dem Aspekt der Urbanisierung. Interessante Untersuchungen haben

35) Vgl. Le Corbusier, An die Studenten/Die ‚*Charte d’Athènes*‘, Rowohls Deutsche Enzyklopädie 141, Hamburg 1962 (Paris 1957), S. 118.

36) Vgl. Grundsätze des Städtebaus, von der Regierung der DDR am 27. Juli 1950 beschlossen, in: Handbuch für Architekten, Berlin 1954, S. 101 f., Grundsätze 2 und 8.

37) Ausarbeitungen zur Städtebauprognoze, Bauakademie der DDR 1970 (VD-Material).

38) Vgl. Bruno Flierl, Städtebau und soziologische Forschung, DA XIX (1970) 4, S. 244.

besonders die Soziologen und Architekten A. S. Achijeser, L. B. Kogan und O. N. Janitzki vorgelegt³⁹. Sie fassen die Urbanisierung als eine Seite der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung auf, deren Bedeutung ständig wächst. Die Triebkräfte dafür sehen sie letztlich in der Entwicklung der praktischen Lebenstätigkeit, in der Entwicklung der Arbeit, im Strukturwandel des ‚Gesamtarbeiters‘. Davon ausgehend sagen sie in einem 1969 veröffentlichten programmatischen Aufsatz „*Urbanisierung, Gesellschaft und wissenschaftlich-technische Revolution*“: „*Die Urbanisierung kann als welthistorischer Entwicklungsprozeß der Konzentration und Intensivierung der Kommunikation, als Prozeß der Integration von immer vielfältiger werdenden Formen der praktischen Lebenstätigkeit verstanden werden. Die Urbanisierung ist ein Moment, ein Ergebnis und zugleich eine Voraussetzung der Kommunikation . . . , der gesamten Lebenstätigkeit der Gesellschaft, der Entfaltung ihrer schöpferischen Potenzen . . . Die der Urbanisierung immanente Tendenz zur Konzentration und Intensivierung der Kommunikation äußert sich am markantesten im Entstehen der Städte als Zentren der weiteren Urbanisierung*“⁴⁰.

Im Prozeß der Urbanisierung bildeten sich „eine spezifische Kultur und Lebensweise, charakteristische Züge der Sozialpsychologie sowie eine spezifische Bevölkerungsstruktur“ heraus. Entscheidend sei vor allem eins: „*Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution wird die Produktion von Gegenständen und schließlich die gesamte praktische Lebenstätigkeit der Gesellschaft zu einem wissenschaftlich begründeten Prozeß, d. h., die ‚Produktion‘ von Wissen wird zur grundlegenden Form der Praxis.*“ Verbunden mit diesem Prozeß der Intellektualisierung der Arbeit seien die rasche Zunahme der „*überwiegend oder vollständig informationellen Tätigkeit*“ und die wachsende Bedeutung der Stadt als sozial-informationeller Komplex⁴¹. Schon einige Zeit zuvor hatte J. M. Scheinin über die Stadt der Zukunft gesagt, daß sie eine Stadt der Wissenschaft sein werde⁴². Auch S. N. Jargina hat sich in diesem Sinne ausgesprochen⁴³.

Alle diese Überlegungen zusammenfassend hat Kogan folgende Feststellung getroffen: „*Die Spezifik der modernen Etappe der Urbanisierung ist mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbunden sowie auch mit der Verstärkung der Rolle der ‚Produktion des Wissens‘, mit der Intellektualisierung der*

39) Vgl. A. S. Achijeser, L. B. Kogan, O. N. Janitzki, *Urbanisierung, Gesellschaft und wissenschaftlich-technische Revolution*, in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, 1969, H. 10, S. 1019 ff. Vgl. auch: A. S. Achijeser, *Die Arbeiterklasse und die Steuerung der Urbanisierung*, in: *Urbanisierung und Arbeiterklasse unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution*, Hrsg. Sowjetischer Fonds für Frieden, Moskau 1970 (Arbeitsübersetzung).

40) A. S. Achijeser, L. B. Kogan, O. N. Janitzki, a.a.O., S. 1020, 1021.

41) Ebenda, S. 1020, 1021, 1024.

42) Vgl. J. M. Scheinin, *Wissenschaftliche Tätigkeit und die Stadt der Zukunft*, in: *Soziologische Voraussetzungen der Gestaltung der Stadt der Zukunft*, Moskau 1967.

43) Vgl. S. N. Jargina, *Die Stadt der Zukunft*, URANIA Sonderreihe für den Referenten (1969) 10, S. 37.

Tätigkeit und auch mit der Erhöhung der Bedeutung der vielfältigen sozialen Informationen (wissenschaftlichen, technischen, kulturellen, psychologischen u. a. m.) . . . Die ‚städtische Lebensweise‘ mit ihrer besonderen Struktur der Kommunikation, mit ihrer Spezifik der Entwicklung der Persönlichkeit und der Familienverhältnisse kristallisiert sich im Prozeß der Urbanisierung. Das wichtigste Merkmal des Verhaltens ist die Mobilität.“⁴⁴

Nach Auffassung führender sowjetischer Theoretiker des Städtebaus und der Urbanisierung – wie Rumanzew, Kogan, Achijeser, Janitzki u. a. – vollzieht sich die Verstädterung nicht einseitig als ein Übergang der Bevölkerung vom Dorf in die Stadt, sondern auch als Übergang von dörflicher zu städtischer Lebensweise auf dem Dorf – bis zu dem Zeitpunkt, wo Stadt und Dorf und ihre einstigen Unterschiede aufgehoben sein werden in einer neuen städtischen Siedlungsform, die als ‚urbanistische Region‘, als ‚integrale Stadt‘ usw. vorgestellt wird.

Wie T. T. Timofejew im Vorwort zu dem Buch: „Urbanisierung und Arbeiterklasse unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution“ hervorhebt, wird im Sozialismus das Problem der Steuerung der Urbanisierung und der Entwicklung der Städte zu einem zentralen Problem der Entwicklung der Gesellschaft. Dabei müsse davon ausgegangen werden, daß das soziale Hauptkriterium der sozialistischen Urbanisierungspolitik – im Gegensatz zur kapitalistischen Urbanisierungspolitik unter dem Prinzip des Profits – stets der Fortschritt der ganzen Gesellschaft ist⁴⁵.

Aus alledem folgt: Um die für eine Auseinandersetzung mit der Industriegesellschaftskonzeption wichtige Frage beantworten zu können, worin der Unterschied zwischen sozialistischer und kapitalistischer Urbanisierung unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution besteht, ist es notwendig, die Urbanisierung einmal im Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Gesellschaftsordnung zu untersuchen, deren dialektische Einheit den praktischen Lebensprozeß der Menschen in einer historisch-konkreten Gesellschaft bestimmt, und sie zum anderen im Zusammenhang mit dem Wechselwirkungsprozeß zwischen Gesellschaft und Umwelt zu betrachten, also in der dialektischen Einheit ihrer gesellschaftlichen und baulich-räumlichen Seite. Aus diesem Ansatz zur Beantwortung der aufgeworfenen Frage läßt sich die folgende These ableiten:

Die Urbanisierung ist eng verbunden mit der Entwicklung der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Sie ist der quantitative und qualitative Prozeß des Städtischwerdens des gesellschaftlichen Lebens der Menschen und ihrer baulich-räumlichen Umwelt. Sie ist bestimmt vom gesellschaftlichen Fortschritt, also von der dialektischen Einheit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des sozialen Fortschritts, und wirkt auf ihn stimulierend zurück. Sie verläuft deshalb

44) L. B. Kogan, Stichwort: Urbanisierung, in: Philosophische Enzyklopädie, Bd. 5, Moskau 1970 (russ.), S. 255 f. (Arbeitsübersetzung).

45) Vgl. T. T. Timofejew, Vorwort zu: Urbanisierung und Arbeiterklasse unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, a.a.O.

in „unserer Zeit – trotz der Gleichzeitigkeit der wissenschaftlich-technischen Revolution in der kapitalistischen und in der sozialistischen Gesellschaft und trotz gewisser Ähnlichkeit in ihren Auswirkungen auf das Leben der Menschen in beiden Gesellschaftssystemen – quantitativ und qualitativ im Sozialismus anders als im Kapitalismus. Sie wird immer mehr zu einer notwendigen Bedingung beim revolutionären Aufbau der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft und bei der Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution in ihrer dialektischen Einheit. Ihr Ergebnis wird das kommunistische Stadtgebilde sein“⁴⁶.

46) Vgl. A. W. Ikonnikow, Entwicklungsperspektiven der sozialistischen Stadt, DA XX (1971) 1, S. 30 ff.; N. W. Baranow, Über die künftige Entwicklung des sowjetischen Städtebaus, DA XX (1971) 6, S. 372 ff.

Marxistische Ästhetik + Kulturpolitik

Soeben erschienen:

Richard Hiepe

Die Taube in der Hand

Aufsätze zur Kunst und Kulturpolitik 1955–1975

268 Seiten und 16 Seiten Abbildungen (Kunstdruck), broschiert, DM 18,—
Die Arbeiten Richard Hiepes dokumentieren, wie sich die fortschrittliche Kunst in der BRD entwickelt hat und wie oppositionelles kunstpolitisches und kulturstudienwissenschaftliches Bewußtsein entsteht. „Tendenz ist der entwickelbare Kern, der in einer Sache steckt“, so wird Hegel im Manifest der Künstlergruppe „Tendenzen“ 1960 zitiert. Die kräftige Strömung der realistischen und demokratisch engagierten Kunst und Ästhetik hat dieser Tendenz recht gegeben. Hiepes marxistischer Standpunkt bewährt sich ebenso gegen die Verzweiflung am gesellschaftlichen Wert der Kunst wie gegenüber den geschichts- und inhaltslosen Formen von bildnerischer Gestaltung, Kunstunterricht und Kunsthistorik.

Anton Hiersche

Sowjetische Gegenwartsliteratur und wissenschaftlich-technische Revolution

240 Seiten, broschiert, DM 8,50

Kann Kunst neben der Wissenschaft bestehen? Wie ändert sich das Bild der Arbeiterklasse in der Sowjetliteratur? Welche neuen Züge entwickeln sich im Verhältnis zur Natur und in der Beziehung zwischen Nationalem und Internationalem? Die Problemuntersuchungen, verbunden mit vielen Einzelanalysen von Gegenwartstexten, machen Hiersches Arbeit zu einer materialreichen Einführung in aktuelle Fragen der Sowjetliteratur.

Bisher sind u. a. erschienen:

Arbeitstagung der DKP zu Fragen der Literatur

Referate, Diskussionsbeiträge, Materialien
192 Seiten, broschiert, DM 6,80

Imperialismus und Kultur

(Herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED)
Zur kulturellen Entwicklung in der BRD
580 Seiten und 32 Seiten Abbildungen (Kunstdruck), Leinen, DM 16,—

Moissej Kagan

Vorlesungen zur marxistisch-leninistischen Ästhetik

820 Seiten, Leinen, DM 23,50

Kaspar Maase

Volkspartei und Klassenkultur

Grundlagen, Konzeptionen und Perspektiven der SPD-Kulturpolitik seit Mitte der fünfziger Jahre
272 Seiten, broschiert, DM 16,80

Fritz Mierau

Revolution und Lyrik

Probleme sowjetischer Lyrik der zwanziger und dreißiger Jahre
220 Seiten, broschiert, DM 7,50

Werner Mittenzwei

Brechts Verhältnis zur Tradition

300 Seiten, broschiert, DM 9,50

Rainer Rosenberg

Literaturverhältnisse im deutschen Vormärz

300 Seiten, broschiert, DM 9,50

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei:

**Damnitz Verlag GmbH (kürbiskern), 8000 München 40,
Hohenzollernstr. 144 Tel.: 089/30 37 83**

Geschichte

der marxistischen Dialektik

Leninsche Etappe

Von einem Autorenkollektiv des Instituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR unter Leitung von G. A. Kursanow
Aus dem Russischen

Etwa 720 Seiten · Leinen 11,— M · Best.-Nr.: 736 455 7

An Hand detaillierter Analysen führen die Autoren den Beweis, daß Lenin mit seinem theoretischen Gesamtwerk auch eine neue historische Etappe in der Wissenschaft von der Dialektik eingeleitet hat. Sie vermitteln dem Leser Zugang zu dem umfangreichen Beitrag, den Lenin zur Ausarbeitung der Dialektik geleistet hat. In kritischer Wertung und Würdigung der Leistungen sowjetischer Philosophen in der Periode nach Lenins Tod, vor allem in der Analyse der Dokumente der KPdSU, zeigen die Autoren, wie das Leninsche philosophische Vermächtnis verwirklicht, wie die Leninsche Etappe weitergeführt wurde.



DIETZ VERLAG BERLIN

102 Berlin, Wallstraße 76–79

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

95

Editorial: Interview des Lesers mit dem Herausgeber

Sprachtheorie und Sprachunterricht

Editorial: Sprachtheorie und Sprachunterricht

P. Eisenberg: Wissenschaftliche Grammatik im Sprachunterricht

W. Dieckmann: Bedarf an Rhetorik?

J. Ellerbrock, P. Jaritz, W. Kühnert, U. Schmitz: Arbeit und

Sprache bei Rossi-Landi, Habermas und Leist

F. Tomberg: Warum an unseren Hochschulen Marxisten unentbehrlich sind

D. Hassenpflug: Umwelt zu Marktpreisen? (II)

Diskussion:

R. Dutschke: Antwort auf Schmidt und andere

G. Armanski: Zur Kritik von Müller

Redaktionelle Anmerkung zur Diskussion

Besprechungen: Schwerpunkte: Allgemeine Psychologie; Demokratische Erziehung; Faschismus, Berufsverbote

Zeitschriftenschau

18. Jahrgang Januar 1976 Heft 1/2 Doppelheft

Einzelpreis 9,— DM, im Abonnement 7,50 DM

für Schüler und Studenten 7,— DM, im Abonnement 6,— DM

ARGUMENT-SONDERBÄNDE

AS

AS 3

Vom Faustus bis Karl Valentin

Der Bürger in Geschichte und Literatur

Editorial

W.F. Haug: Die Einübung bürgerlicher Verkehrsformen bei Eulenspiegel

T. Metscher: Faust und die Ökonomie. Ein literarhistorischer Essay

U. Stadler: Notiz über den „Faustus“

G. Voigt: Forster, Lichtenberg und die Revolution

O.A. Böhmer: Revolution, Vernunftapriorität und Hofmeisterei

M.L. Könneker: Der Struwwelpeter als Radikaler

J. Moebus: Zur Figur des bürgerlichen Heros

A. Hauff: Die einverständigen Katastrophen des Karl Valentin

Einzelpreis 15,50 DM, im Abonnement 12,— DM

für Schüler und Studenten 11,— DM, im Abonnement 9,— DM

ARGUMENT-VERLAG

7500 Karlsruhe 21

Postfach 210730

Architektur/ Planung/ Städtebau

Joachim Petsch (Hrsg.)

Architektur und Städtebau
im 20. Jahrhundert

Originalbeiträge von Klaus Brake, Roland Günter, Hans G. Helms, Jörn Janssen, Jörg C. Kirschbaum, Harald Olbrich, Joachim Schlandt u.a.; Band 1: – Kapitalistischer Städtebau; – Architektur und Informationsästhetik; 295 Seiten; DM 18.— (ISBN 3-87975-042-4); Band 2: – Wohnungsbau; – Sozialistischer Städtebau; 248 Seiten; DM 18.— (ISBN 3-87975-047-5)

Absicht der Beiträge in dem 2 Bände umfassenden Reader zu „Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert“ ist es, die bisher vorherrschende stilgeschichtliche Architektur- und Städtebaugeschichte durch einen materialistischen Ansatz exemplarisch anhand einzelner Bauaufgaben und Themenkomplexe zu ergänzen.

Horant Fassbinder
Berliner Arbeiterviertel

1800 – 1918

Mit einem Beitrag von Ingrid Krau; 202 Seiten; DM 16,80; Analysen zum Planen und Bauen 2 (ISBN 3-87975-026-2)

In diesem Buch wird anhand der Entwicklung von Berlin dargestellt, welche Rolle das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital für die Herausbildung der baulich-räumlichen Struktur der kapitalistischen Stadt spielt und damit einen Teil der Lebensbedingungen des Proletariats bestimmt.

Hans-Jürgen Nörnberg/Dirk Schubert
Massenwohnungen in Hamburg

Materialien zu Entstehung und Veränderung Hamburger Arbeitervorwohnungen und -siedlungen; 304 Seiten; DM 22,—; Analysen zum Planen und Bauen 3; (ISBN 3-87975-061-0)

Am Beispiel des Hamburger Massenwohnungsbaus analysieren die Autoren den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlich-so-

zialgeschichtlichen Entwicklung und dem Massenwohnungsbau. Sie zeigen, daß Wohnungsgröße und -struktur, wohnungspolitische Maßnahmen, Baugesetze und -reformen abhängig sind vom jeweiligen Stand der soziökonomischen Verhältnisse.

Jörg Boström/Roland Günter (Hrsg.)

Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet

Berichte über Selbstorganisation im Ruhrgebiet; ca. 180 Seiten; ca. DM 15.— (ISBN 3-87975-076-9)



Die Entwicklung und Zusammenarbeit verschiedener Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet stellt eine neue Stufe in der politischen Auseinandersetzung um die Wohn- und Lebensbedingungen in industriellen Ballungszentren dar. Dieses Buch enthält Erfahrungs- und Praxisberichte aus und über die verschiedenen Initiativen (u.a. Flöz Dickebank, Eisenheim), konkrete Informationen über Gesetze, Bestimmungen und Verordnungen, deren Kenntnis wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf mit Verwaltung und Baugesellschaften ist.

Projektgruppe Schalke
Wer macht Schalke kaputt?
Untersuchungen in einer Arbeitervstadt; 246 Seiten; DM 15.— (ISBN 3-87975-043-2)

Ein Buch über die Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen im Ruhrgebiet mit zahlreichen Abbildungen, Illustrationen und Fotomontagen (Warum gerade Schalke? / Schalkes Stadtentwicklung / Schalke 04 – Funktionen des Fußballs / Streik bei Küpfersbusch August 1973).

Manuel Castells

Die Stadt

Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung; 2 Bände jeweils ca. 250 Seiten; jeweils ca. DM 20.—; Analysen zum Planen und Bauen (ISBN 3-87975-067-x)

Dieses Buch gibt Informationen und Analysen zur Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung. Es ist ein Grundsatzwerk mit Beiträgen u.a. zum historischen Verstärterungsprozeß in den Metropolen (USA, Paris), zur Stadtentwicklung in unterentwickelten Ländern (Lateinamerika), zu den Städten der sozialistischen Länder, zur Politik der Städte (gesellschaftliche Bewegung in den Städten).

Manuel Castells

Kampf in den Städten

Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht; 128 Seiten; DM 12.—; Analysen zum Planen und Bauen 6 (ISBN 3-87975-052-1)

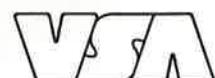
Anhand der konkreten Untersuchung von vier unterschiedlichen Fällen (– Kampf gegen die Sanierung in Paris; – Bürgerkomitees in Montreal; – Umweltschutzbewegung in den USA; – Pobladores-Bewegung in Chile) zeigt Castells die Bedeutung der gesellschaftlichen Entwicklung in verschiedenen Ländern.

**H. J. Behnke/K. G. Evers/
K. F. Möller**

Grundrente und Bodenspekulation

Fallstudien zum städtischen Veränderungsprozeß in Hamburg 1848 – 1975; ca. 150 Seiten; ca. DM 12,80; Analysen zum Planen und Bauen; (ISBN 3-87975-086-6)

VSA Verlag und Vertrieb
Erkelenzdamm 7, Postfach
360 307, 1000 Berlin (West) 36
Tel. 030/614 60 10



Demokratische Erziehung

Politisch-wissenschaftliche Zweimonatszeitschrift für das gesamte Bildungs- und Erziehungswesen

Herausgeber: Georg Auerheimer · Frank Benseler · Horst Beilage · Karl H. Bömer · Dankwart Danckwerts · Alfred Degen · Frank Deppe · Helga Deppe-Wolffinger · Lothar Doermann · Karl-Heinz Henemann · Horst Holzer · Hans Rainer Kaiser · Karl Chr. Lingelbach · Holger H. Lüthig · Michael Oitic · Karin Prieser · Erich Rößmann · Gerwin Schefter · Stephan Voets · Herbert Vörgneder

Heft 1/76

Zur Sozialisation und Erziehung behinderter Jugendlicher:

W. Junzen: Materialistische Erkenntnistheorie,
Behinderungspädagogik und Didaktik.

Aufsätze zu Konzentrationsstörungen in der Schule,
zur Verhaltenstherapie, Legasthenie, zur beruflichen
Eingliederung Behinderter, von U. Preuss-Lausitz,
H. Deppe-Wolffinger, H. Reiser und anderen.

Weitere Aufsätze:

R. Koch / G. Rocholl: Gleichgültigkeit der Lehrerzieher?
Auseinandersetzung mit Heinsohn / Knieper, D. Kramer
zur Jugendzentrumsarbeit. H. Lüthig schreibt aus Bonn;
Sammelrezensionen zur Sonder- und Freizeitpädagogik.

Heft 2/76

Zur Gesamtschulentwicklung –
Erfahrungen und Argumente

J. Dahmberg u. a.: Elternarbeit in der Gesamtschule
K. Goehlcke: Warum bleibe ich Lehrer an einer Gesamtschule?
G. Schefter: CDU-Bildungspolitik auf hausgemachtem Präsentstand
– M. Knill: Einstellungen von Eltern zur Gesamtschule.

Weitere Aufsätze:

Zur Diskussion um eine interessengebogene Konzeption der
Arbeitslehre von D. Götz und von R. Schlüter/P. Werner
V. Gatzor: Die schulische Betreuung von Inklusionskindern
D. Danckwerts: Bildung und Reproduktion der Arbeitskraft.

Pahl-Rugenstein



Dokumente zur deutschen Geschichte

In der Reihe „Dokumente zur deutschen Geschichte“ werden zeitgenössische Quellen zur Geschichte des imperialistischen Deutschlands vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1945 veröffentlicht. Dabei werden wichtige Vorgänge und Ereignisse in allen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung berücksichtigt.

Format: 142x200 mm, Einband: Broschur,
Preis je Exemplar: 8,— Mark

1976 erscheinen:

Herausgegeben von D. Fricke

1897/98–1904

Bearbeitet von D. Fricke

Etwa 136 Seiten

Lieferbar:

Herausgegeben von W. Ruge
und W. Schumann

1917–1919

Bearbeitet von J. Petzold
und D. Zink

136 Seiten

1919–1923

Bearbeitet von H. Habedank
und E. Könnemann

104 Seiten

1924–1929

Bearbeitet von W. Ruge
und K. Dichtl

122 Seiten

1929–1933

Bearbeitet von K. Gossweiler
und M. Piesche

120 Seiten

Weitere Bände, die den Zeitraum
von 1933–1945 behandeln, folgen.



VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften

DDR–108 Berlin, Postfach 1216

Information an alle Interessenten von IMSF-Publikationen

Zur Arbeit des IMSF

Mit der Übersendung des Gesamtverzeichnisses 1976 wollen wir Ihnen Gelegenheit geben, sich über die Arbeiten unseres Instituts zu informieren. Dem Informationszweck dient auch die Aufnahme der Titel, die z. Z. noch in Vorbereitung sind, und die darum erst gegen Ende dieses oder in der ersten Hälfte des kommenden Jahres zu beziehen sein werden. Aus Kostengründen mußten wir jedoch darauf verzichten, auch die Titel mit aufzuführen, die gleichfalls von Mitarbeitern oder Autorengruppen des IMSF erarbeitet wurden, aber in anderen Verlagen erschienen sind. Zahlmäßig sind dies weit mehr, als die vom IMSF selbst vertriebenen Publikationen.

Inhaltliche Konzeption

Aus der Gesamtübersicht über die Publikationen des IMSF können Sie ersehen, daß wir uns auf die Untersuchungen der sozialökonomischen und politischen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland, der Fragen der Bewußtseinsentwicklung sowie auf die Erforschung der sozialen Bewegungen und Kämpfe konzentrieren. Der Charakter der Publikationen ist unterschiedlich; neben größeren wissenschaftlichen Forschungsarbeiten stehen kleinere Einzeluntersuchungen und populärwissenschaftliche Darstellungen.

Wichtige Titel der letzten Jahre

Wegen ihres beachtlichen Echos in der Öffentlichkeit dürfen wir besonders die dreibändige Untersuchung der Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950 bis 1970 (IMSF-Beiträge Band 3), den Kommentar zum Orientierungsrahmen '85 der SPD (IMSF-Info Band 17) und die juristisch-politische Dokumentation zu den Berufsverboten (IMSF-Info Nr. 22, in vier Sprachen) erwähnen.

Marxismus-Digest

Der „Marxismus-Digest“ erscheint nunmehr im 7. Jahrgang. In der vierteljährlich herausgegebenen Zeitschrift werden theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Publikationen des Auslandes zu bestimmten Themenkomplexen veröffentlicht. Der Bezugspreis beträgt im Abonnement DM 22,- pro Jahr, für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende DM 18,-. Falls Sie den Marxismus Digest abonnieren, können Sie aus der auf der Bestellkarte aufgeführten Liste ein bereits erschienenes Heft zusätzlich auswählen.

Die Themen der 1976 erscheinenden Ausgaben des „Marxismus-Digest“ finden Sie im Gesamtprospekt.

Neuer IMSF-Beitrag Nr. 4

Aus der diesjährigen Arbeit unseres Instituts möchten wir die Studie „Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik, eine Analyse der Beziehungen zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftskrise in der Periode von 1966/67 bis 1975“ hervorheben. Diese Publikation wird zeigen, weshalb und wie die staatliche Wirtschaftspolitik in den krisenhaften Verlauf des kapitalistischen Reproduktionsprozesses einbezogen ist,

welche spezifischen Widersprüche auftreten und wie sich das Scheitern der sogenannten sozialliberalen Reformpolitik vollzogen hat.

Mit diesem aktuellen Beitrag zur Wirtschaftstheorie und -Praxis sprechen wir besonders Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Studenten, Journalisten, Gewerkschaftsfunktionäre und Funktionäre der Arbeiterbewegung an. Diese von einer größeren Autorengruppe vorgelegte Arbeit wird voraussichtlich Ende Juni 1976 als Band 4 der IMSF-Beiträge in einem Umfang von etwa 400 Seiten erscheinen. Der Preis wird ca. DM 25,- betragen. Für diese Publikation werden wir jedoch eine Subskription ausschreiben, die bei Vorausbestellung einen verbilligten Bezug ermöglicht. Falls Sie an einem solchen Subskriptionsangebot interessiert sein sollten, senden Sie uns bitte die beiliegende Bestellkarte ein.

Neue IMSF-Reihe

Ein weiteres Projekt, auf das wir Sie besonders aufmerksam machen möchten, ist die Herausgabe der neuen IMSF-Reihe „Soziale Bewegungen und Bewußtseinsentwicklung in der BRD“. Im Rahmen dieser Reihe werden wir kontinuierlich – zunächst halbjährlich – über Inhalt, Umfang, Kampfformen und Ergebnisse von Streik- und Tarifbewegungen informieren, wobei die jeweils wechselnden Schwerpunkte, die sich im Verlauf einer Bewegung entwickeln und die sich einer starren Gliederung entziehen, selbstverständlich Berücksichtigung finden werden. Zwischen den Halbjahresberichten sollen spezielle Untersuchungen bestimmter Bewegungen, Kampfformen, Bürgerinitiativen u. ä. veröffentlicht werden. Auf diese Weise sollen die in vierteljährlicher Folge erscheinenden Berichte dieser Reihe ebenso einen Gesamtüberblick wie auch spezielle Detailinformationen über die wichtigsten sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik vermitteln.

Wir beabsichtigen, diese Reihe sowohl im Einzelheftverkauf als auch im Abonnement zu vertreiben. Die einzelnen Hefte werden ca. 40 bis 50 Seiten im DIN-A-5-Format umfassen. Der Preis für das Jahresabonnement (vier Hefte) wird voraussichtlich DM 20,- betragen. Falls Sie am Bezug dieser Reihe ab September 1976 interessiert sind, fordern Sie bitte unverbindlich mit der beiliegenden Bestellkarte einen Spezialprospekt an.

Teilen Sie uns bitte mit, welche Fragen oder Anregungen Sie zu diesem oder anderen Projekten unseres Instituts haben. Wir sind gern bereit, weitere Informationen über alle Gebiete der Tätigkeit des IMSF zu geben.

Sollte einer oder mehrere Titel des Gesamtverzeichnisses Ihr Interesse finden, bedienen Sie sich bitte der beigefügten Bestellkarte.

INSTITUT FÜR MARXISTISCHE
STUDIEN UND FORSCHUNGEN

Ich bestelle aus dem IMSF:
(bitte ankreuzen)

Lieferung erfolgt gegen Vorausrechnung

Informationsberichte
des IMSF:

<input type="checkbox"/>	6	<input type="checkbox"/>	13	<input type="checkbox"/>	18
<input type="checkbox"/>	7	<input type="checkbox"/>	14	<input type="checkbox"/>	19
<input type="checkbox"/>	8	<input type="checkbox"/>	15	<input type="checkbox"/>	24
<input type="checkbox"/>	9	<input type="checkbox"/>	16		
<input type="checkbox"/>	10	<input type="checkbox"/>	17		

22 Berufsverbote

- deutsch
- englisch
- französisch
- italienisch

Arbeits-
materialien
des IMSF:

<input type="checkbox"/>	2
<input type="checkbox"/>	3
<input type="checkbox"/>	5
<input type="checkbox"/>	6
<input type="checkbox"/>	7

Marxismus-Digest Heft:

<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	8	<input type="checkbox"/>	15	<input type="checkbox"/>	22
<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	9	<input type="checkbox"/>	16	<input type="checkbox"/>	23
<input type="checkbox"/>	3	<input type="checkbox"/>	10	<input type="checkbox"/>	17	<input type="checkbox"/>	24
<input type="checkbox"/>	4	<input type="checkbox"/>	11	<input type="checkbox"/>	18	<input type="checkbox"/>	25
<input type="checkbox"/>	5	<input type="checkbox"/>	12	<input type="checkbox"/>	19	<input type="checkbox"/>	26
<input type="checkbox"/>	6	<input type="checkbox"/>	13	<input type="checkbox"/>	20		
<input type="checkbox"/>	7	<input type="checkbox"/>	14	<input type="checkbox"/>	21		

Bitte senden Sie mir:

Prospekt IMSF-Berichte
Soziale Bewegungen und Bewußt-
seinsentwicklung in der BRD

Subskriptionsangebot
Wirtschaftskrise und Wirtschafts-
politik

Name

Postleitzahl und Ort

Straße

Ein Abo – ein Gratis-Heft

Ich abonneiere die Zeitschrift „**Marxismus-Digest**“

- DM 22,—; DM 18,— (Schüler, Studenten, Wehr- u. Ersatzdienstleistende)

Als **Gratis-Heft** bestelle ich:

- 14 Nationalisierung und demokratische Programmierung
- 15 Bedürfnisse, Reproduktionsbedingungen, Konsum
- 17 Staat und Herrschaftssystem im heutigen Kapitalismus
- 18 Philosophie und Naturwissenschaften
- 22 Allgemeine und zyklische Krise des Kapitalismus

Unterschrift

Bitte senden Sie ein Gesamtverzeichnis an:

Bitte
mit
40 Pf
freimachen

Postkarte

**Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)**
Liebigstraße 6

6000 Frankfurt/Main 1